

Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!

Proletarier aller Länder
und unterdrückte Völker,
vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr.7

Januar 1999
Sondernummer

Rot Front

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

1. Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland von 1984 bis 1997
2. Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

Direktvertrieb über

**Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main,
Telefax: 069/730920**

und

Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
A.Odenhal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Vorwort

1.

Die vorliegende Sondernummer steht in engem Zusammenhang mit der im Januar 1998 erschienenen „Rot Front“ Nummer 5 „Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974“. In der vorliegenden Sondernummer von „Rot Front“ soll einerseits ein möglichst vollständiges Bild vermittelt werden, zu welchen Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter „Gegen die Strömung“ Stellung genommen hat, um kritisch zu diskutieren, ob die inhaltliche Stoßrichtung, die Auswahl und Gewichtung so richtig waren. Andererseits geht es vor allem darum, die in „Rot Front“ Nummer 5 nur angeschnittenen wichtigen Kämpfe in West/Deutschland nach 1974 zu bewerten und einzuschätzen. Wir denken, daß die hier abgedruckten Stellungnahmen eine wichtige Hilfe für die notwendige weitergehende Analyse dieser Kämpfe sind.

In dieser Sondernummer wird auch ein chronologischer Überblick der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland seit 1946 gegeben, um unter anderem klarzumachen, daß die in „Rot Front“ Nummer 5 sowie die in der vorliegenden Sondernummer ausführlich behandelten Kämpfe nur einen Ausschnitt davon darstellen. Die in „Rot Front“ Nummer 5 dargestellten Probleme des Quellenmaterials, vor allem das Problem sehr unterschiedlicher, lückenhafter und teilweise äußerst mangelhafter Quellen, gelten auch für diesen chronologischen Überblick.“¹

Die im Anhang dieser Sondernummer abgedruckten fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern haben wesentliche Bedeutung. Der Kampf der Arbeiterklasse ist seinem Wesen und seinem Inhalt nach international. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland

¹ Vgl. „Rot Front“ Nr. 5, Januar 1998, S. 26 f.

bedeutet das einerseits, daß sie die Kämpfe ihrer Klassengeschwister in anderen Ländern tatkräftig unterstützen müssen, insbesondere die, die sich gegen den deutschen Imperialismus richten. Andererseits kommt es darauf an, maximal aus deren Erfahrungen zu lernen und deren oftmals vorbildliche Aktionen zu propagieren.

2.

Bei den hier abgedruckten Stellungnahmen zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland handelt es sich um Flugblätter, die alle aus aktuellem Anlaß und oft sehr rasch entstanden sind, um bei Streiks und Streikbewegungen grundsätzlich und auch möglichst konkret Position zu beziehen, den kommunistischen Standpunkt propagandistisch in die Kämpfe hineinzutragen. Daraus ergibt sich, daß es in diesen Stellungnahmen vor allem darum geht, ausgehend von einer möglichst genauen konkreten Einschätzung die ideologischen und politischen Probleme in den jeweiligen Kämpfen zu behandeln, um insbesondere den fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeitern die revolutionären Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution aufzuzeigen. Eine systematische Schilderung einzelner Kämpfe, ihres Verlaufs und ihrer Ergebnisse, enthalten diese Stellungnahmen somit nicht. Allerdings zeigen die abgedruckten Flugblätter auch, daß wir selbstverständlich auch großes Gewicht darauf legen, möglichst viele Kämpfe, Streiks, Demonstrationen und andere Aktionen bekannt zu machen und zu propagieren.

3.

Die Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997 haben wir mit folgenden Einschränkungen im wesentlichen unverändert abgedruckt:

a) Weggelassen sind alle Teile der Flugblätter oder anderen Materialien, denen die Stellungnahmen entnommen sind, **die mit dem Thema nichts zu tun haben**. Die vollständigen Flugblätter sind in den seit 1989 zweijährlich erscheinenden Flugblattsammlungen enthalten. Die früheren Flugblätter, die Nummern oder andere Materialien von „Gegen die Strömung“ sind im allgemeinen noch erhältlich.

b) Wiederholungen sind bei thematisch ähnlichen Flugblättern, die in einem gewissen Rahmen jedes einzeln für sich stehen müssen, nicht zu vermeiden. Im Zusammenhang dieser Sondernummer haben wir die Stellungnahmen teilweise um jene Passagen gekürzt, die sich inhaltlich und zum Teil auch fast wörtlich wiederholen. Dies wird durch Auslassungszeichen jeweils kenntlich gemacht.

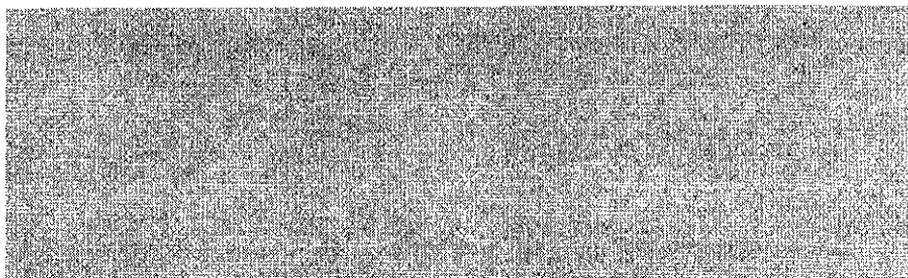
c) Die ursprüngliche Ausdrucksweise und teilweise auch die Begriffe der ersten Stellungnahmen unterscheiden sich verschiedentlich von der Schreibweise der späteren bzw. unserer heutigen Stellungnahmen.

- Wir schreiben heute nicht mehr von den „ausländischen Arbeitern“, sondern von den „Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern“ – eine auch nicht sehr viel bessere, aber immerhin etwas distanziertere Ausdrucksweise angesichts eines vielschichtigen Problems. Wir haben die Schreibweise diesbezüglich meistens geändert.
- Wir sind heute der Meinung, daß vor dem Hintergrund der Nazi-Ideologie und des Rassismus überhaupt der Begriff „entartet“ nicht zu verwenden ist, um etwa das kapitalistisch-revisionistische System der Ex-DDR zu kennzeichnen. Diese Begriff wird daher hier nicht mehr verwendet.
- Auch den von uns nicht mehr verwendeten Begriff „Asylanten“ haben wir ersetzt, da er rassistisch-chauvinistisch besetzt ist. Wir verwenden statt dessen den Begriff Flüchtlinge.

Überall wo uns dies mehr oder minder unproblematisch erschien, haben wir allerdings die ursprüngliche Schreibweise beibehalten bzw. nicht weiter nennenswerte kleinere Ungenauigkeiten stillschweigend korrigiert.

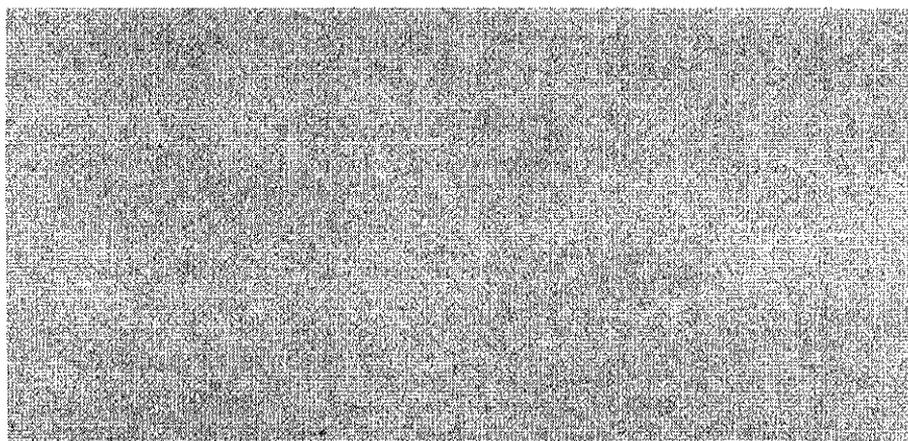
Auf einige inhaltliche Ungenauigkeiten und Fehler, die wir korrigiert haben, wird jeweils im Text in Fußnoten eingegangen.

Redaktion „Rot Front“, Mai 1998



I.

**Zehn Stellungnahmen von
„Gegen die Strömung“ zu
Kämpfen der Arbeiterinnen
und Arbeiter in
West/Deutschland von
1984 bis 1997**



1.

Der Kampf um die 35-Stunden- Woche 1984

Mai 1984

Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein!

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche:

- Der ökonomische Abwehrkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter ist gerecht
- Wie Kapital und DGB-Führer die Forderung nach der 35-Stunden-Woche umbiegen zur Losung für Kurzarbeit, Lohnverzicht und verstärkte Arbeitshetze
- Das Märchen, die 35-Stunden-Woche könnte die Erwerbslosigkeit beseitigen
- Gegen den deutschen Chauvinismus der DBG-Führung
- Keine Illusionen über den westdeutschen Imperialismus !
- Die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats in Westdeutschland vorbereiten!

Der ökonomische Abwehrkampf ist gerecht

Jeder weiß es: Bei 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, drohenden Massenentlassungen usw. wird die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken intensiviert, Unfälle häufen sich, in 8 Stunden wird so viel geschuftet wie früher in 10 !

Lohnerhöhung? Seit Jahren schon übersteigen Inflation, Preissteigerungen aller lebensnotwendigen Mittel die lächerlichen „Lohnerhöhungen“ der letzten Jahre, die in Wirklichkeit Lohnsenkungen waren.

Was tun? Das Kapital und seine bezahlten Papageien haben ein dichtes Lügengespinnt um die Frage gewoben: Wodurch wird die Höhe der Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter bestimmt? Es wim-

melt nur so von pseudowissenschaftlichen Erklärungen und Analysen, die alle in der faulen Behauptung gipfeln: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, kurz jede Besserung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter bedeute den „Ruin der deutschen Wirtschaft“, Lohnerhöhung sei nur bei Vollbeschäftigung möglich.

Die Wahrheit ist, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter im großen und ganzen ihr Existenzminimum erhalten – zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Die Höhe dieses Existenzminimums hängt jedoch im einzelnen konkret ab vom Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern und den Fabrikbesitzern, vom Stand der Klassenkämpfe.²

² Zu diesem Abschnitt gab es damals kritische Diskussionen zu folgenden Punkten:

- Die Formulierung des Flugblatts macht nicht klar, was die Höhe des Arbeitslohns bestimmt: Wie jede andere Ware wird auch die Ware Arbeitskraft *im Durchschnitt zu ihrem Wert* ge- und verkauft.

- Dabei muß auch bewußt sein, daß der Wert der Ware Arbeitskraft selbst keine fixe Größe ist. Er wird gebildet aus einem rein physischen Element (die Menge der absolut notwendigen „Lebensmittel“), welches die äußerste Grenze des Werts bestimmt, und aus einem historischen oder gesellschaftlichen Element (dem traditionellen Lebensstandard), welches wesentlich vom Stand der Klassenkämpfe, vom Kräfteverhältnis der Kämpfenden abhängt (vgl. dazu Marx, „Das Kapital“, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 184 ff, sowie Marx, „Lohn, Preis und Profit“, Marx/Engels Werke Band 16, S. 147 ff).

- Bei genauerer Betrachtung muß dies allerdings auch in Verbindung mit den durch den Imperialismus geschaffenen Verhältnissen gesehen werden. Über den Profit hinaus, den die deutschen Imperialisten aus den „eigenen“ Arbeiterinnen und Arbeitern herauspressen, bringt vor allem die gigantische und besonders brutale Ausbeutung anderer Völker und auch der in Deutschland lebenden Werktätigen aus anderen Herkunftsländern riesige Extraprofitte. Einen Teil dieser Extraprofitte verwenden die deutschen Imperialisten dazu, eine besondere Schicht der Arbeiterklasse, die Arbeiteraristokratie, als ihre Agentur zu kaufen und heranzuzüchten. Darüber hinaus ergibt sich aus der Tatsache der Ausplünderung der unterdrückten Völker durch die imperialistischen Länder zusätzlich, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber den vom Imperialismus abhängigen Ländern in einer ökonomisch und politisch viel besseren Lage lebt (vgl. dazu Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus“, 1916, Werke Band 23, S. 48, wo er die ökonomischen, politischen und ideologischen Unterschiede der wirklichen Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter der unterdrückenden und unterdrückten Nationen darlegt). Denn dort nimmt die Verschlechterung der

Fortsetzung nächste Seite

Der erbarmungslose Kampf um Maximalprofit gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter, gegen die kapitalistische Konkurrenz führt zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter, die immer schlimmer wird, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht anfangen zu kämpfen, zu streiken, Betriebe zu besetzen, also Druck zu erzeugen. Nur dann können sie diese generelle Abwärtsbewegung ihrer Lage wenigstens verlangsamen.

Die Forderung nach Verbesserung ihrer Lage umfaßt einen ganzen Katalog: *Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, mehr Urlaubstage, früheres Rentenalter*. Angesichts der ungeheuren Intensivierung der Ausbeutung in den letzten Jahren kommt der Verkürzung der Arbeitszeit eine besondere Bedeutung zu. Es ist eine berechtigte Forderung, wenn und solange sie wirklich dazu dient, *den Abwehrkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das Kapital für eine Verbesserung ihrer Lage zu führen*.

Eins steht jedenfalls felsenfest: Verbessern kann sich die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter *nur durch den organisierten und bewußten Kampf*, durch gut vorbereitete Streiks und all die Kampfformen, die dem Kapital *wirklich Schläge versetzen!*

Wie Kapital und DGB-Führer die Forderung nach der 35-Stunden-Woche umbiegen zu einer Lösung für Kurzarbeit, Lohnverzicht und verstärkte Arbeitshetze

Was sich bei den Verhandlungen zwischen Kapitalistenverbänden und den DGB-Gewerkschaftsspitzen abspielte und noch weiter abspielt, spottet jeder Beschreibung:

Um die Manager des Kapitals zu „überzeugen“ von den Verbesserungen, die die 35-Stunden-Woche bringt, wird auf die großen Vorteile ... für wen? ... für das Kapital hingewiesen:

Fortsetzung der Fußnote

Lebens- und Arbeitsverhältnisse Formen und Ausmaße an, die in Deutschland und auch in den anderen imperialistischen Ländern nicht vorhanden bzw. nicht vorherrschend sind (siehe dazu ausführlich in „Rot Front“ Nr. 2, S. 128 ff).

Bessere Auslastung der Anlagen durch besser zu organisierende Schichten, absolute Verringerung der Lohnkosten usw.

Die Verhandlungen werden zu Fachsimpeleien über die besten Methoden der Ausbeutung bei möglichst geringen Kosten!

Im Spiegel 12/1984 wird ein bezeichnendes Gespräch zwischen dem Gesamtmetall-Chef Kirchner und dem IG-Metall-Vorstandsmitglied Janßen abgedruckt.

Auf das Gejammer des Kapitalistenchefs Kirchner, was die 35-Stunden-Woche alles kosten würde, reagiert der IG-Metall-Chef-unterhändler bei den Tarifverhandlungen mit „Argumenten“, die selbst den hartgesottenen Ausbeutermanager nur noch verwundert stammeln lassen: ***Das „ist ja wirklich ein Anti-Humanisierungsprojekt...“!***

Denn dieser DGB-Fürst erläutert folgendermaßen die ***Vorteile der 35-Stunden-Woche*** nicht für die Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern ***für das Kapital:***

„Wenn wir einmal davon ausgehen, daß ein Betrieb *mit der gleichen Belegschaft bei 35stündiger Arbeitszeit das gleiche Produktionsergebnis* erwirtschaftet, dann ist das Unternehmen auch bei vollem Lohnausgleich durch die Einführung der 35-Stunden-Woche kostenmäßig *überhaupt nicht belastet*. Es ist im Gegenteil entlastet: fünf Stunden weniger Energieverbrauch, fünf Stunden weniger Anwesenheit im Betrieb, fünf Stunden weniger Strom und was weiß ich alles.

Die Regel wird sein, daß die Unternehmen mit der gleichen Belegschaft und den gleichen Maschinen eben nicht so viel wie bisher produzieren können. *Und das heißt, ein Teil der Unternehmen rationalisiert.*

Es wird auch, Gott sei's geklagt, für den einen oder anderen *eine Leistungsverdichtung geben*. Hinzu kommt: Es wird die achte Stunde weggeschnitten am Tage. In der achten Stunde bringt der Arbeiter nur die Hälfte des Schnitts der ersten sieben Stunden. Es ist also nicht ein Achtel, was er an Leistung weniger bringt, sondern nur ein Sechzehntel. *All das führt natürlich zur Produktivitätssteigerung.*“
(Spiegel 12/84, S. 108, Hervorhebungen von uns)

Bleibt noch zu ergänzen, daß bei BMW schon die Kapitalisten selbst die Einführung der 36-Stunden-Woche geplant haben: Dann

könnten die Fließbänder statt nur 80 – **108 Stunden** in der Woche laufen! Es würde Samstags wieder gearbeitet!³

Die Einstellung des DGB-Bürokraten Janßen zur Entfaltung der Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter kommt gut heraus, wenn er auf die Frage des SPIEGEL-Reporters nach Streik antwortet:

„Als skeptischer Optimist hoffe ich bis zuletzt, daß es nicht dazu kommt.“

(ebenda, S. 115)

Dieser bezahlte Arbeiterbetrüger spricht offener – erfreulich offen – aus als mancher seiner Kumpane des DGB, wie ihm der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter am Herzen liegt: Bis zum Schuß hoffen sie, daß es nicht dazu kommt!

Diese Beispiele alleine müßten ausreichen, um zu zeigen, daß die 35-Stunden-Woche als Forderung nicht allein stehen kann, daß sie sich ebenfalls gegen *intensivere Arbeitshetze* und *Lohnkürzungen* richten muß.

Am Ende des Monats real weniger Lohn – das bedeutet die ganze Verhandlungstaktik der DGB-Spitzen, und das bei intensiver Ausbeutung!

Ohne entschiedenen selbständigen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben *ohne und gegen die DGB-Führung* gerade gegen diese ins Auge gefaßten Verhandlungsergebnisse wird mit der an sich richtigen Lösung von der 35-Stunden-Woche in Wahrheit *Kurzarbeit bei Lohnverzicht*, vielleicht auf mehrere Jahre, herauskommen!

Wenn Arbeiterinnen und Arbeiter, die diesen Betrug der DGB-Führer erkennen, sich deswegen vom Kampf überhaupt fernhalten, dann ist das das Falscheste, was sie tun können: Nicht den Kampf abschwächen, sondern ihn verstärken! Aus guten und aus schlechten

³ IG-Metall-Vorstandsmitglied Janßen zum arbeitsfreien Samstag:

„Wir haben prinzipiell nichts tabuisiert.“

(ebenda, S. 114)

Gewiß, gewiß, Herr Janßen, vor allem haben sie nicht die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter tabuisiert! Zermürbende Schichtwechsel in unregelmäßiger Folge wären das Ergebnis!

Erfahrungen lernen, um weitere Kämpfe vorzubereiten! Vor allem aber sich selbst und anderen bewußt machen: ***Wer sich auf die DGB-Führung verläßt, der ist wirklich verlassen!***

Nur auf die eigenen Kräfte sich stützen – das ist der Kern auch im ökonomischen Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterinnen und Arbeiter. Kämpfen, nicht jammern!

Das Märchen, die 35-Stunden-Woche könnte die Erwerbslosigkeit beseitigen

Die DGB-Führer verbreiten als hemmungslose, geschulte Demagogen – an die Gefühle der Solidarität der Beschäftigten mit den erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeitern appellierend – das Märchen, daß die 35-Stunden-Woche das Mittel gegen Erwerbslosigkeit schlechthin sei. Um alles in der Welt müssen sie verhindern – das ist ihre Aufgabe –, daß die ***wirklichen Ursachen der Erwerbslosigkeit erkannt und bekämpft werden.***

Kann die 35-Stunden-Woche etwa verhindern, daß Großkonzerne mittlere und kleine Betriebe in den Bankrott treiben, ja selbst in Konkurrenz gegen andere Großkonzerne Bankrott machen? Daß Arbeiterinnen und Arbeiter in der Folge in Massen entlassen werden? Kann die 35-Stunden-Woche etwa verhindern, daß im Konkurrenzkampf der Monopolkapitalisten der Welt westdeutsche Betriebe Konkurs oder Kurzarbeit verordnen, um konkurrenzfähig zu bleiben? Können Massenentlassungen bei Rationalisierungsmaßnahmen durch die 35-Stunden-Woche verhindert werden? Kann so die ganze Anarchie und Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion, die Krise beseitigt werden? ***Das ist unmöglich!*** Denn die Ursachen für alle diese für die Arbeiterinnen und Arbeiter äußerst brutalen Erscheinungen liegen ***tiefer***, sie sind begründet im Privateigentum an den Produktionsmitteln, an Fabriken, Maschinen, sie sind begründet in einem System, das auf einem Gesetz aufgebaut ist: ***Profitmacherei*** und erbarmungsloser Konkurrenzkampf, ausgetragen auf dem Rücken und durch die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter!

Sowohl die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter als auch die Beschäftigten sollen nicht wissen, daß ***das ganze System des Kapitalismus zwangsläufig und gesetzmäßig zur Erwerbslosigkeit führt.***

Warum tönt also die DGB-Führung gegen die Erwerbslosigkeit und will den Arbeiterinnen und Arbeitern die Lüge als Wahrheit verkau-

fen, daß die Erwerbslosigkeit *im Rahmen dieses Gesellschafts-systems* abgeschafft werden könne?

Der DGB schreibt völlig offen in seiner Funktionärszeitung „Die Quelle“ (Februar 1983):

„Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sind zu einer *Bedrohung unserer gesamten gesellschaftlichen Ordnung* geworden. Daher müssen die Anstrengungen nachhaltig verstärkt werden...“
(Punkt 1 der Prüfsteine des DGB, Hervorhebung von uns)

Das ist ein interessantes, ein hochinteressantes Motiv der imperialistischen DGB-Führung:

Nicht etwa wegen der miserablen Lage der Arbeitslosen, nicht wegen der durch die Drohung mit der Erwerbslosigkeit intensivierten Ausbeutung der Arbeitenden sind Anstrengungen nötig.

Nein, um die Erhaltung der gegenwärtigen „*gesellschaftlichen Ordnung*“ geht es der DGB-Führung als gekauftem Sachwalter der grundlegenden Interessen der Kapitalistenklasse. Um die Erhaltung der „sozialen Marktwirtschaft“, also um die *Erhaltung des Kapitalismus*, der eben die entscheidende Wurzel der Erwerbslosigkeit überhaupt ist, geht es der DGB-Führung,

Verteidiger des Monopolkapitals, Verteidiger des kapitalistischen Systems, wirkliche gekaufte Arbeiteraristokraten, das sind die DGB-Führer.

Es steht für Kommunistinnen und Kommunisten außer Frage, den *Lohnkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter* wie den Kampf zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse überhaupt zu unterstützen.

Aber bei solchen Forderungen (hier nach der staatlich zu verschreibenden Lohnerhöhung durch Arbeitszeitverkürzung) geht es *vor allem* darum, sie in den *richtigen Rahmen* zu stellen, und keine Illusionen über die Wirkung solcher ökonomischen Kämpfe (auch und gerade wenn sie als Forderungen an den Staat gerichtet sind, also politischen Charakter haben) zu erzeugen und keine Illusion insbesondere über die Rolle des Staates als *Instrument der Kapitalistenklasse* zuzulassen.

So dienlich Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Erhöhung des Stundenlohns für die Arbeiterinnen und Arbeiter ist, insbesondere für ihre Möglichkeiten, sich mehr im Klassenkampf einzusetzen, so

illusionär ist es, die Erwerbslosigkeit durch solche und ähnliche Forderungen abschaffen zu wollen. Es hieße nichts anderes, als zu versuchen, das Gesetz der absoluten Verelendung durch den Lohnkampf aus der Welt zu schaffen.

Betrachten wir die auf grundlegende theoretische Arbeit und riesige praktische Erfahrung des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter gestützten Leitlinien von Marx über diese Fragen, die jede für sich den hinter der 35-Stunden-Forderung stehenden Reformismus ins Herz trifft.

In seiner Schrift „Lohn, Preis und Profit“ wies Marx nach, daß der ganzen Entwicklung nach sich

„die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß“!

(Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit“, 1865, Marx/Engels Werke Band 16, S. 151)

Daraus zog Marx selbstredend nicht den Schluß, daß der ökonomische Kampf unnütz sei. Ganz im Gegenteil. Aber er bewies auch, daß die Arbeiterklasse so

„zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung“

(ebenda, S. 152)

ändern kann, da sie

„gegen Wirkungen, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen kämpft.“

(Ebenda, Hervorhebungen von uns)

Daraus resultiert die vernichtende Einschätzung über alle jene gewerkschaftlichen Organisationen, die nach Marx „ihren Zweck *gänzlich* verfehlen“

„sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, das heißt zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“

(Ebenda, Hervorhebungen von uns)

Marx und Engels bewiesen, daß der ökonomische und eng-gewerkschaftliche Kampf unabhängig von vielen Niederlagen und einzelnen

Siegen dann ein Erfolg ist, wenn er Mittel der Vorbereitung der für die proletarische Revolution nötigen Klassensolidarität ist.

Engels stellte über den ökonomischen und rein-gewerkschaftlichen Kampf klar:

„Es ist natürlich, daß alle *diese* Anstrengungen das Gesetz der Ökonomie nicht ändern können ... Daher sind diese Verbindungen gegen alle *großen* Ursachen ... ohnmächtig.“

(Friedrich Engels, „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, 1845, Marx/Engels Werke Band 2, S. 434)

Der ökonomische Tageskampf kann also die Erwerbslosigkeit die Existenz einer industriellen Reservearmee nicht beseitigen, er kann nur „kleinere Ursachen“ für *besonders krasse* Verschlechterung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter verhindern – dies kann und muß der ökonomische Kampf erreichen.

„Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.“

(Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit.“, 1865, Marx/Engels Werke Band 16, S. 151/152, Hervorhebung von uns)

Und darum ging es Marx und Engels und darum geht es heute – Tageskämpfe vor allem als Mittel zur Vorbereitung der proletarischen Revolution:

„...und so liegt die einzige Lösung der Zehnstundenfrage wie aller Fragen, die auf dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit beruhen, in der *proletarischen Revolution*.“

(Friedrich Engels, „Die englische Zehnstundenbill“, 1850, Marx/Engels Werke Band 7, S. 243)

Die von Marx und Engels aufgedeckte Wahrheit, daß *die Beseitigung des kapitalistischen Systems, die Abschaffung des Profitsystems*, die Übernahme⁴ der Fabriken und der Produktionsmittel durch

⁴ In der ursprünglichen Version des Flugblatts war die Rede von der „Übergabe sämtlicher Fabriken und Produktionsmittel in die Hand der Arbeitenden selbst“. Diese Formulierung wurde hier korrigiert. Denn sie ist reformistisch bzw. auch offen für anarcho-syndikalistische oder auch titoistische „Selbstverwaltungs“-Vorstellungen. Die Aufhebung des antagonistischen Gegensatzes zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung erfordert nicht die „Über-

die gesellschaftlich Produzierenden der einzige Ausweg aus Erwerbslosigkeit, Krisen und auch imperialistischen Kriegen ist, diese Wahrheit wird sich auch in der Arbeiterbewegung in Westdeutschland durchsetzen, aber nur im scharfen Kampf gegen die DGB-Fürsten.

Gegen den deutschen Chauvinismus der DGB-Führung

Eines der wichtigsten Mittel der politischen Spaltung und der Demoralisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland ist die Politik gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern, die hier in Westdeutschland leben und arbeiten. Hier ist schon unmittelbar eine Politik der „Arbeitslosenbeseitigung“ durch Abschiebung und Ausweisung eingeschlagen worden, die das alarmierendste Zeichen der Entwicklung in Westdeutschland in den letzten Jahren ist. Die massive **Bedrohung** mit Ausweisung, die bereits erfolgten tausendfachen Abschiebungen – nicht zuletzt in die Folterkammern faschistischer Regimes der ganzen Welt, die mit den Geldern der westdeutschen Imperialisten für **Ausbeuterruhe** sorgen – all das muß die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland massiv einschränken und tut es auch.

Eine Grundvoraussetzung ist daher die **Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern** zu praktizieren, gerade auch am jeweiligen Arbeitsplatz.

Wenn die massiven Abschiebungs- und Ausweisungskampagnen weiterhin fast ohne Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter – egal aus welchem Land – durchkommen, so wird auch ein wesentliches Merkmal jedes Kampfes der Arbeiterklasse, die **Solidarität**, abgeschoben! Die Folgen auch für die Kampfmentalität der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die kampflos zuschauen, wie die Rechte ihrer

Fortsetzung der Fußnote

gabe“ (wer soll da wem übergeben? Die Kapitalisten den Arbeiterinnen und Arbeitern? Die Arbeiterinnen und Arbeiter sich selbst?), sondern die „Übernahme der Fabriken und der Produktionsmittel durch die gesellschaftlich Produzierenden“.

Klassenschwestern und -brüder mit Füßen getreten werden, sind gewaltig.

Es ist gerade ein wesentlicher Anklagepunkt gegen die deutschchauvinistische Gewerkschaftsführung, daß sie so tut, als ob ein besonderer Kampf gegen die „Ausländer raus“-Politik unnötig, überflüssig sei; angeblich sei durch den Kampf für die 35-Stunden-Woche „alles erledigt“, da stecke doch „alles“ drin; „nur die 35-Stunden-Woche kann Erwerbslosigkeit und somit auch die Ausländerhetze beseitigen“, so oder ähnlich lauten ihre Phrasen. Die gesamte politische Realität in Westdeutschland stellt die Aufgabe, daß – in erster Linie in den Betrieben – ein heftiger Kampf gegen die „Ausländer raus“-Politik aller Schattierungen geführt werden muß, denn täglich werden schon die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Herkunftsländern in den Betrieben abgeschoben, ausgewiesen, rausgeekelt, beleidigt und beschimpft.

Ein Kampf für die 35-Stunden-Woche, der diese Aufgabe ausklammert und nicht vorrangig die Spaltungspolitik und die rassistisch-nazistische Ideologie gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, vor allem aus der Türkei, bekämpft, ist kein *wirklicher* Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland, sondern wäre ein Ablenkungsmanöver von den brennendsten Erfordernissen für jeden Kampf in den Betrieben, wäre eine *Ablenkung vom Kampf für die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter* egal aus welchen Ländern sie kommen!

Es ist unmöglich, daß sich eine kämpferische Arbeiterbewegung entwickelt, solange die Arbeiterinnen und Arbeiter es einigen Pfaffen überlassen, von Abschiebung bedrohte Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern zu verstecken, selbst aber nichts tun und die „Legalität“ dieses Staates abergläubisch anbeten, anstatt alle Formen der nötigen Solidarität zu entwickeln.

Dieses Erfordernis des *proletarischen Internationalismus*, der internationalen Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder auch bereits in den Tageskämpfen, bedeutet auch, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland in richtiger Weise und im harten Kampf gegen die DGB-Fürsten der Demagogie der offiziellen Kapitalistenverbände entgegentreten müssen.

Deren *Hauptargument* gegen Lohnerhöhung, Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung ist:

„Das hilft nur der Konkurrenz aus anderen Ländern (vor allem ‚Japan‘ wird hier beschworen!), wir können dann nicht mehr gegen den Konkurrenzdruck bestehen!“

Zu diesem Punkt fällt dem IG-Metall-Fürsten Janßen etwa nichts besseres ein als die folgende deutsch/europäisch-chauvinistische Bemerkung:

„Irgendwo gibt’s immer noch welche, die billiger arbeiten... dann landen Sie irgendwo im Busch“!
(Spiegel 12/84, S. 110)

Aber es ist natürlich auch nicht von solchen chauvinistischen Arbeiterbürokraten der DGB-Spitze etwas anderes zu erwarten. Die Arbeiterinnen und Arbeiter aber, die wirklich für eine Verbesserung der Lebenslage hier kämpfen, dürfen sich von der unverhüllten Drohung des Kapitals, von ihrer Aufforderung zur „Zusammenarbeit aller Deutschen, von Kapital und Arbeit“ gegen, die japanischen, englischen, amerikanischen, russischen Konkurrenten, ja Feinde, von ihrer Aufforderung zur „deutschen Volksgemeinschaft“ nicht einschüchtern lassen und zu keiner faulen Argumentation hinreißen lassen!

All die Arbeiterinnen und Arbeiter in anderen Ländern, die „billiger“ arbeiten, sei es in Japan oder, wie der Rassist Janßen verächtlich bemerkt, „im Busch“, also in den Ländern, Asiens, Afrikas, Südamerikas, kämpfen auch für bessere Arbeitsbedingungen. Diesen Kampf gilt es zu propagieren und tatkräftig zu unterstützen, man muß ihn genau kennen, um aus diesem Kampf zu lernen und vor allem, um zu begreifen, daß dieser Kampf direkt eine Unterstützung der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland ist. Denn das Kapital ist international, jeder Schlag gegen das internationale Kapital – ob durch Arbeitskämpfe, oder gar durch Aufstände, bewaffnete Erhebungen und Revolutionen – ist eine Hilfe für die Arbeiterinnen und Arbeiter und die übrigen Werktätigen der anderen Länder.

Dies gilt ganz besonders für den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter *der* Länder, in die die westdeutsche Bourgeoisie aus guten Gründen Millionen und Abermillionen an Kapital exportiert, um dort – mit Unterstützung der von ihr mitfinanzierten Staatsapparate – die Arbeiterinnen und Arbeiter ganz extrem auszubeuten und riesige *Extraprofite* herauszuschlagen, mit denen dann Leute wie Herr

Janßen und die DGB-Führung „bei Laune“ gehalten werden für ihre Scheingefechte, für ihre Abwieglerrolle, für ihren Chauvinismus!

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist in der internationalen Arbeiterbewegung *traditionell*, seit die II. Internationale die Forderung nach dem 8-Studentag als mächtige Kampflösung 1889/1890 aufgegriffen und zum Kampfziel erklärt hat, eine internationale Forderung für die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, und keinesfalls eine „europäische“ Forderung, oder eine Forderung der hochindustrialisierten Länder allein. Gerade an dieser Tradition anknüpfend muß auch heute der Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer Lebenslage als *internationaler Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder* geführt werden.

Auf die Forderung des Kapitals an die Arbeiterklasse, sich mit ihnen gegen die „Japaner“ usw. zusammenzuschließen, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter bewußt antworten, in Wort und Tat: Keine Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital, enge Zusammenarbeit mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Engste Zusammenarbeit gerade auch mit all jenen Völkern, die vom „eigenen“, vom westdeutschen Kapital ausgebeutet und unterdrückt werden!

Keine Illusionen und keine Resignation angesichts der Größe der Aufgaben!

Die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats in Westdeutschland vorbereiten!

Westdeutschland ist heute ein Land unter der Diktatur der westdeutschen Imperialisten. Der westdeutsche Imperialismus beutet als imperialistische Großmacht Völker in der ganzen Welt aus. Er ist zudem heute ein eigener gefährlicher Kriegsherd, der zunehmend mit dem USA-Imperialismus und den anderen Imperialisten konkurriert und seinen eigenen Krieg vorbereitet.

In der Tradition des Nazi-Faschismus betreibt er eine durch und durch *revanchistische Politik auf allen Gebieten* und *militarisiert* das ganze Leben. Die Faschisierung im Inneren wird zügig vorangetrieben:

Ein großer und gefährlicher Feind steht der Arbeiterbewegung als Hauptfeind gegenüber, mit einem großen, gut ausgebauten Staatsap-

parat, einer mächtigen Armee, einer schlagkräftigen Polizei, einer durchgreifenden Justiz, todsicheren Gefängnissen usw. **Das ist die Wahrheit!**

Das steckt hinter einer Fülle von Ereignissen, sei es dem Wiedererstarken der Nazi-Banden, dem Erneuern des „deutschen Patriotismus“ der Verbrennung von Flüchtlingen in Gefängnissen, der Verurteilung in Serie zu hohen Gefängnisstrafen schon für den geringsten Widerstand gegen die Faschisierung, wie jüngst bei den „Radikal“-Redakteuren usw.

Gegen den westdeutschen Imperialismus stellen sich gewiß nicht die „Friedensbewegung“ und gewiß nicht die „Grünen“ und auch nicht die Arbeiterbewegung, solange sie noch von der DGB-Spitze weitgehend geführt wird!

Die sich in diesen Bewegungen engagierenden Arbeiterinnen und Arbeiter und andere Werktätige, die dort tätigen Jugendlichen sehen noch nicht den Feind in seiner ganzen Größe, sie glauben einfach nicht, was noch auf uns zukommt und haben vor allem kein klares Ziel vor Augen, für das zu kämpfen sich wirklich lohnt. Geblendet von der millionenfach verbreiteten bürgerlichen Ideologie, eingebettet in ein System des raffinierten Antikommunismus, angewidert von den Fäulniserscheinungen des modernen Revisionismus, des verratenen Sozialismus in der Sowjetunion nach Stalins Tod, in Osteuropa, jetzt auch in China usw., angewidert von der Militärdiktatur in Polen, der revisionistischen DDR, dem Sozialimperialismus in der Sowjetunion, wo neue Ausbeuterklassen herrschen, die Wissenschaft des Proletariats, der Marxismus-Leninismus revidiert wurde – wollen sie einerseits kämpfen, aber andererseits fehlt es ihnen an Kraft, Klarheit, Zielstrebigkeit und Perspektive.

Bei aller eigenen Schwäche hier einzugreifen, die Debatte zu führen über das Ziel des Sozialismus und Kommunismus, die Notwendigkeit der Vorbereitung des unvermeidlichen **Bürgerkriegs** der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Staat, die Notwendigkeit **der Diktatur des Proletariats** über die geschlagene Ausbeuterklasse und alle Reaktionäre nach dem Sieg der sozialistischen Revolution zu beweisen, die negativen Erfahrungen vergangener Revolutionen zu debattieren, vor allem aber selbst alle Kraft in den **Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei** zu stecken, um Perspektive und Kampfkraft in den kommenden Kämpfen zu haben – das ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland.

Trotz alledem!

Das war der Kampf der *Spartakus-Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*, als sie der deutsch-chauvinistischen Welle im Ersten Weltkrieg entgegentraten und *zum Sturz dieses Systems, zum Bürgerkrieg zur Zerschlagung des Staatsapparats der deutschen Bourgeoisie* aufriefen.

Trotz alledem!

Das war die Losung der *von Ernst Thälmann geführten Kommunistischen Partei* auch in der dunklen Zeit des Nazi-Faschismus, als viel zu viele, ja Millionen, ohne Widerstand zu leisten, Hitler hinterherrannten.

Trotz alledem!

Trotz DGB-Führung und trotz „grünem“ Gift, trotz tausendfachem Verrat der modernen Revisionisten, trotz Aberglauben an „diesen Staat“, trotz Unglauben an die Möglichkeit des Aufbaus eines wirklichen Sozialismus, einer wirklichen Demokratie für die Arbeiterinnen und Arbeiter im System der Diktatur des Proletariats über alle Ausbeuterklassen und alle Reaktionäre...

Trotz alledem!

Es gibt überhaupt keinen anderen Weg als den schwierigen, gewundenen, langen Weg über den Aufbau einer wirklich wissenschaftlich fundierten marxistisch-leninistischen Partei der Besten der Arbeiterklasse, die auf allen Gebieten den Kampf für das Endziel, die *kommunistische Gesellschaft* führt, an der Spitze der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der unteren Schichten der Bauernschaft und der anderen ausgebeuteten Werktätigen steht.

Es lebe die sozialistische Revolution der bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland!

Es lebe der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus!

Tod dem westdeutschen Imperialismus!

Aus:

„Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein!“, Flugblatt, Mai 1984 (abgedruckt in: „Flugblätter von ‚Gegen die Strömung‘ 1983/1984“).

2.

Zum Kampf gegen den § 116 im Frühjahr 1986

März 1986

**Zum § 116: Die Ausbeuter ziehen die Ketten enger –
Kämpfen wir dagegen!**

**Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren
als ihre Ketten,
aber eine Welt zu gewinnen!**

*Gefängnis und Zwangsgeld bei Aufruf zu Aktionen und Streiks
gegen den § 116:*

Ein Münchner Arbeitsgericht droht dem Betriebsrat der Siemens AG im Münchner Standort Hofmannstraße 500 000 DM Zwangsgeld, ersatzweise 6 Monate Haft an, falls er, wie angekündigt, eine Betriebsversammlung zum § 116 durchführt. Auch dem Münchner Siemens-Betrieb in der Balanstraße ist durch eine einstweilige Verfügung eine Betriebsversammlung zum § 116 untersagt worden (taz, 7. 2. 86).

Arbeitsgerichte in Bocholt und Arnsberg haben Aufrufe zur Arbeitsniederlegung gegen den § 116 untersagt, „weil es sich dabei um Aufrufe zu verbotenen politischen Streiks handele“. Falls die Gewerkschaft den Streikaufruf nicht widerrufe, wurde ein „Zwangsgeld bis zu 100 000 DM oder eine Ordnungshaft bis zu 6 Monaten“ angedroht (Handelsblatt, 5. 2. 86).

In einer Hetzkampagne durch Presse und Bundestag wurden die nötigen und richtigen Proteste von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern diffamiert und verurteilt, die das Auftreten von Kapitalvertretern und reaktionären Politikern wie Wallmann auf dem Neujahrsempfang des DGB in Frankfurt verhindern wollten.

Die Vorstände der Einzelgewerkschaften in Frankfurt distanzieren sich offiziell von dieser kämpferischen Aktion. Gewerkschaftsmitgliedern wie A. Marchand wird mit Ausschluß gedroht, unbequeme

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollen zu Distanzierungen genötigt werden (FR, 16. 1. 86).

Der Staatsanwalt ermittelt gegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Protestaktion im DGB-Haus. Um weiteres Beweismaterial in die Hand zu bekommen, wird vier Wochen später in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das „Hessische Filmbüro“ durchsucht und Filmmaterial beschlagnahmt (FR, 18. 2. 86).

Das IG-Metall-Vorstandsmitglied Janßen begrüßt die staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen. Janßen ist „glücklich darüber, daß die Staatsanwaltschaft ermittelt“ (Hessenschau, 14. 1. 86).

Worum geht es bei der Neufassung des § 116?

Knapp auf den Nenner gebracht, bedeutet die Neufassung des § 116 eine ***Verschlechterung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in einem Streik***. Der Aussperrungsterror der Kapitalisten wird hingegen gestärkt.

Denn künftig sollen indirekt von einem Arbeitskampf Betroffene, „kalt“ Ausgesperrte, ***in der Regel kein Arbeitslosengeld mehr erhalten***. Das bedeutet den Weg zum Sozialamt und ist ein schwerer Angriff nicht nur auf die Kampfbedingungen bei einem Streik, sondern auf die Existenz, die Lebenslage der „kalt“ Ausgesperrten und ihrer Familien.

In der Begründung für diese Gesetzesänderung wird ausdrücklich auf den Kampf für die 35-Stunden-Woche 1984 verwiesen und klargestellt, daß die damals 300 000 „kalt“ Ausgesperrten, wäre es nach der Neufassung des § 116 gegangen, keinen Pfennig vom Arbeitsamt erhalten hätten. Damals mußte die Zahlung von Kurzarbeitergeld nach kämpferischen Aktionen der Kolleginnen und Kollegen per Gerichtsbeschluß erzwungen werden.

Durch die Neufassung des § 116 soll eindeutig die Macht der Kapitalisten gestärkt und ihre Waffe der Massensperrung geschärft werden. Die Entsolidarisierung und Spaltung der Arbeiterklasse soll mit materiellem Druck vorangetrieben, die Nichtstreikenden sollen gegen die Streikenden aufgehetzt und der gewerkschaftliche Kampf insgesamt geschwächt werden.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen eine solche Verschlechterung ihrer Kampfbedingungen ist ***unbedingt notwendig, wichtig und***

richtig! Hierbei muß aber bewußt sein, daß für den Kampf der Arbeiterklasse die „Gesetzeslage“, die „Versicherung“, die „Paragrafen“ nicht ausschlaggebend sind, sondern die *eigene Kampfkraft und Kampfbereitschaft!*

Die Angst der DGB-Fürsten vor den eigenen Mitgliedern und der anwachsenden Arbeiterbewegung

Trotz heftiger Auseinandersetzungen um die Neufassung des § 116 ließ sich der DGB in Frankfurt auch 1986 nicht von seinem traditionellen Neujahrsempfang abbringen und zeigte wieder, daß die DGB-Fürsten es im Grunde doch lieber mit den „Größen“ aus Politik und Wirtschaft als mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben halten. Diese „Größen“, von Vertretern der Industrie- und Handelskammer, über Arndt von der SPD, Wallmann von der CDU bis hin zu Fischer von den GRÜNEN wurden zu einem Empfang mit Alkohol und kaltem Buffet geladen. Gerade angesichts des Streits um den § 116 war dies eine besondere Provokation. Und zurecht protestierte die AG gewerkschaftlicher Vertrauensleute der IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt, bereits vorher gegen dieses „Sozialpartnerschafts“-Spektakel. Sie erklärte: „Wir sind der Meinung, daß es *nichts Gemeinsames* mit den Kapitalvertretern sowie deren Politikern zu feiern gibt.“ (AK, 10. 2. 86, Hervorhebung von uns.)

Trotz solcher Proteste wurde beim Neujahrsempfang den Kapitalisten und ihren Politikern von den DGB-„Größen“ der Hof gemacht. Einfache Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aber wurden **ausgesperrt**. Der Zivilpolizist des Staatsschutzes Roland Noll, stellvertretender Kreisvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, und andere Polizisten wurden vom DGB-Apparat aufgeboten, um als Ordner vor dem Gewerkschaftshaus den protestierenden Arbeiterinnen und Arbeitern, den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern den Zutritt mit Gewalt zu verwehren.

Doch da ging die Rechnung der Gewerkschaftsfürsten nicht auf. Eine Gruppe von ungefähr 100 Arbeiterinnen und Arbeitern, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ließ sich auch von den Polizisten im Dienst des DGB nicht einschüchtern, sondern gab den „Law and Order“-Gewerkschaftern die richtige Antwort, indem sie sich einfach den Zutritt zum DGB-Haus verschafften. Nach dem

Motto „Was haben die Kapitalisten und ihre Politiker in einem Gewerkschaftshaus zu suchen?!“, versuchten sie zunächst, die Kapitalisten und ihre Politiker, vor allem Wallmann, Bürgermeister von Frankfurt und Mitglied der CDU, am Betreten des Saales zu hindern. Durch laute Zwischenrufe störten sie dann zurecht dessen Gefasel.

Das war eine gelungene Aktion, die sofort einhellig von allen bürgerlichen Kräften verurteilt, bekämpft und verleumdet wurde. Ob man gegen die Neufassung des § 116 war oder dafür – im vorliegenden Fall waren sich *alle* einig!

Auch die DGB-Führung reihte sich nahtlos in diesen Chor ein. Es wurde alles getan, um solche kämpferischen, selbständigen Aktionen im Keim zu ersticken und einfache Mitglieder mundtot zu machen, die ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten nicht an diese Leute abgetreten haben, deren Mauseheien nicht mehr hinnehmen und den „Sozialpartnerschafts“-Phrasen nicht mehr glauben.

Manfred Kiesewetter, DGB-Kreisvorsitzender von Frankfurt, hat „sich noch im Rahmen der Veranstaltung für die Übergriffe entschuldigt“ (FR, 13. 1. 86). Eine schriftliche Entschuldigung und Distanzierung der Einzelgewerkschaften in Frankfurt folgte auf dem Fuß (FR, 16. 1. 86). Das Gewerkschaftsmitglied A. Marchand wurde vor den Landesvorstand der Gewerkschaft NGG zitiert, der Ausschluß wurde ihm und anderen angedroht. Laute Zwischenrufe, Gerempel und Gerangel wurden zu „tätlichen Angriffen“ und zu „Gewalt“ aufgebauscht (siehe z. B. die Pressemitteilung der IG Druck vom 13. 1. 86).

Eine treffende Antwort hierauf ist das, was der Gewerkschafter R. Winter sagte:

„Wenn das schon Gewalt ist, wenn man mal ganz nah an einen rangeht und ihm seine Empörung ins Gesicht schreit, verstehe ich die Welt nicht mehr. Gewalt ist doch, wenn, wie beim letzten Arbeitskampf, ein Polizist einen von uns fragt: ‚Bist du Arbeiter?‘ und ihn dann mit dem Gummiknüppel blutig schlägt. Oder wenn Anti-Terror-Einheiten bei der Trafo-Union in Cannstatt anrücken und die Kollegen zusammenschlagen. Oder einer von uns in Offenbach von wild gewordenen Kleinunternehmern angefahren wird und dann die Prozesse verschleppt werden. Der Kollege läuft heute mit einem Kunstgelenk im Ellenbogen herum.“

(Spiegel 4/86, S. 20)

Janßen, Vorstandsmitglied der IG Metall, hat sich besonders entblößt. Gerade er, dessen Rolle darin besteht, sich ganz besonders kämpferisch, mit geballter Faust, zu präsentieren, zeigte sein wahres Gesicht. Janßen sagte ganz offen:

„Ich bedaure außerordentlich, was dort passiert ist. Ich bin im Grunde glücklich darüber, daß die Staatsanwaltschaft von sich aus jetzt ermittelt gegen die Schuldigen.“

(Hessenschau, 14. 1. 86)

Unglücklich ist Herr Janßen also über die gelungene kämpferische Aktion im DGB-Haus und glücklich darüber, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Wie überglücklich muß dieser Herr jetzt sein, angesichts der „konsequenten Ermittlungen“ der Staatsanwaltschaft am 13. 2. 86 in Frankfurt, als sie nicht davor zurückschreckte, Filmmaterial des „Hessischen Filmbüros“ über den Neujahrsempfang des DGB in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu beschlagnahmen.

Die Treibjagd und Hetze gegen selbständige, kämpferische Aktionen zeigt nicht nur die Stärke und Macht der Herrschenden, sondern auch ihre *große Angst vor einer klassenbewußten und kämpferischen Arbeiterbewegung*. Wenn bei einer verhältnismäßig geringfügigen Remperei wie der gegen Wallmann schon so Zeter und Mordio geschrien wird, was wird dann erst los sein, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter im proletarischen Klassenkampf gegen ihre Ausbeuter und deren bezahlte Diener vorgehen und sich *wirklich mit Gewalt gegen die herrschende Klasse und ihre Unterdrückungsmaschinerie erheben?!!! Dem soll vorgebeugt werden! Davor soll abgeschreckt werden!*

Die Losungen der DGB-Führer, und was davon zu halten ist

Auch wenn die DGB-Führer und Politiker der SPD lauthals gegen die Neufassung des § 116 protestieren, so hat deren Reaktion auf die Proteste beim Neujahrsempfang gezeigt, daß sie von wirklich kämpferischen Aktionen gegen diesen Paragraphen und für ein wirkliches uneingeschränktes Streikrecht nichts halten. Und schaut man sich ihre sogenannten „Kampf“losungen gegen die Neufassung des § 116 genauer an, so wird diese Einschätzung bestätigt.

DGB: „Recht muß Recht bleiben!“ Muß der alte § 116 verteidigt werden?

Den „alten“ § 116 als einen Paragraphen des „Rechts“, das „Recht bleiben muß“, hinzustellen, ist Lüge und Betrug.

So ist doch erst einmal *Kern des § 116, ob alter Fassung oder neuer Fassung*, daß mit ihm die *Aussperrung akzeptiert und legalisiert* ist. Sie wird als berechtigtes und zulässiges Mittel angesehen und somit im Bewußtsein der Bevölkerung verankert. Das sollen sich all diejenigen einmal bewußt machen, die einerseits das „Verbot der Aussperrung“ fordern und andererseits den „alten“ § 116 als „Recht, das Recht bleiben muß“, verteidigen.

Schon der „alte“ § 116 beinhaltet die Möglichkeit, „kalt“ Ausgesperrten das Geld aus der Arbeitslosenversicherung zu verweigern. Das war lediglich schwieriger durchzusetzen, aber überhaupt nicht ausgeschlossen. Jetzt, mit der Neufassung soll ermöglicht werden, dies glatt und unangefochten über die Bühne zu bringen.

Im „alten“ § 116 steht, daß „kalt“ Ausgesperrte dann kein Geld erhalten, wenn sie für ihren Tarifbezirk *„nach Art und Umfang gleiche Forderungen“* wie im Kampfgebiet aufgestellt haben.

In der Neufassung heißt es, daß dann kein Geld gezahlt wird, wenn im Tarifbezirk der „kalt“ Ausgesperrten *„eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist.“*

Mußten früher *die Forderungen*, also *alle*, gleich sein, so soll jetzt *eine* genügen. Mußten früher die Forderungen *exakt gleich sein*, so soll jetzt genügen, wenn eine *„annähernd“* gleich ist.

Zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Paragraphen besteht kein grundsätzlicher, grundlegender Unterschied. *Gegen* die Neufassung des § 116 zu kämpfen, als Kampf gegen die weitere Verschlechterung der Bedingungen im Streik ist *völlig richtig*. Dabei aber gleichzeitig für den „alten“ einzutreten, ist völlig inkonsequent, bedeutet, sich die Hände zu binden, und kann nicht das Anliegen derjenigen sein, die ein wirkliches Streikrecht erkämpfen wollen.

Klar muß sein, daß der „alte“ 116 ebenfalls *ein Knüppel gegen Streikende, ein Gesetz gegen die Arbeiterklasse* ist.

Warum verteidigen DGB-Führung und SPD so hartnäckig den alten § 116?

Die Antwort auf diese Frage ist ganz einfach. Kratzt man nämlich an dem „alten“ § 116, dann kommt sehr schnell zum Vorschein, wer für diesen Paragraphen verantwortlich ist, wer dieses streikfeindliche und arbeiterfeindliche Gesetz mitverabschiedet hat – es ist die SPD.

Der § 116 wurde 1969 zur Zeit der Großen Koalition unter Mitwirkung der SPD eingeführt und seine Konkretisierung durch die sogenannte „Neutralitätsanordnung“ 1973 unter der SPD/FDP-Regierung festgelegt. Der „*alte*“ § 116, dieses arbeiterfeindliche Gesetz, ist also *vor allem das Werk der SPD*. Mit der Unterschrift von Willy Brandt hat es die Bundesregierung 1969 *ausdrücklich abgelehnt*, an mittelbar von einem Streik betroffene Ausgesperrte auch nur einen Pfennig Arbeitslosengeld zu zahlen, denn das „würde die Bereitschaft dieser Arbeitslosen zur *Solidarität stärken* und damit den Arbeitskampf beeinflussen“.

Dies alles soll nicht ans Licht gebracht werden, die SPD soll sich weiter als „arbeitnehmerfreundlich“ aufspielen können. Deshalb wird u. a. der „alte“ § 116 verteidigt, wird sein Unrecht als „Recht“ verkauft. Deshalb wird von der Gewerkschaftsführung und der SPD auch versucht, aus dem berechtigten Protest eine Wahlkampfunterstützung für die SPD zu machen. Es soll vertuscht werden, daß die SPD im Grunde genauso eine bürgerliche Partei im Dienst des Kapitals ist wie die CDU.

Laßt Euch nicht vor den Karren der SPD spannen!

DGB: „Streikrecht verteidigen – Demokratie sichern – Sozialstaat schützen“ ???

Von welcher „Demokratie“ und von welchem „Sozialstaat“ faseln hier eigentlich die DGB-Führer? Von einem „Sozialstaat“, der seit Jahren (und zwar auch unter einer SPD-Regierung!!!) die Sozialleistungen abbaut, unter dessen Herrschaft die Erwerbslosigkeit immer mehr wächst, der systematisch und konsequent die erkämpften Rechte und Errungenschaften der Arbeiterbewegung angreift und rückgängig macht?

Und wie sieht denn das viel gerühmte „demokratische Streikrecht“ aus, das von der Arbeiterklasse früher erkämpft wurde, um sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage, gegen Erwerbslosigkeit, Entlassungen, gegen verschärfte politische Entrechtung zu wehren?

Politische Streiks sind in der „demokratischen Republik“ sowieso per Gesetz verboten. Sie sind illegal. Wer gegen eine bestimmte Politik, gegen eine Regierung, gegen bestimmte Gesetze u. a. m. streikt, der macht sich strafbar. Die jüngsten Urteile von Arbeitsgerichten, die Streikaufrufe gegen den § 116 als politischen Arbeitskampf untersagen, belegen dies wieder.

Spontane Streiks ohne und gegen den Willen der DGB-Führung sind nicht nur per Rechtsprechung verboten, sondern werden gerade auch von den DGB-Fürsten verfolgt. Die Streikenden erhalten keinen Pfennig aus der Streikkasse.

Und was geschieht, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter das kassierte „demokratische“ Streikrecht nutzen, um sich gegen Erwerbslosigkeit, Entlassungen u. a. m. zu wehren? Dann bekommen sie ganz schnell die Knebel dieser „Demokratie“ zu spüren! Richter, Polizisten, Staatsanwälte usw., ja selbst der Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr werden gegen diese Kämpfe mobil gemacht.

„Notstandsübung“ gegen „wilde Streiks“

Auf dem Höhepunkt des Streikkampfes um die 35-Stunden-Woche starteten die westdeutschen Imperialisten eine besondere Provokation: Sie ließen ihren Bundesgrenz(!)schutz Ende Mai 1984 mit rund 1 800 Mann auf dem Gelände der britischen Rheinarmee mit Maschinengewehren und Granaten eine innenpolitische „Notstandssituation“ üben, die gegeben sei, wenn die durchgeführten Schwerpunktstreiks unter der Führung des DGB sich zu „wildem Massenstreik“, d. h. Streiks außerhalb der Kontrolle der DGB-Fürsten entwickeln würden.

Diese „Notstandsübung“ war tatsächlich ein *Bürgerkriegsmanöver zur militärischen Niederschlagung des Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter* und zielte ganz offensichtlich auf die Einschüchterung der damals Streikenden ab.

Und wenn im November 1985 40 Reserveoffiziere des Fallschirmjägerbataillons Iserlohn unter Führung eines GSG-9-Mannes im Arbeiterviertel Haspe in Hagen „Objekt-, Raumschutz und Häuserkampf“ übten, dann diente das demselben Ziel.

DGB: „Für die Neutralität des Staates!“???

Das Geschrei der DGB-Führung von der angeblichen „Neutralität“ des Staates bei „Arbeitskämpfen“ ist angesichts all dieser Tatsachen ein Witz oder besser ein *Betrug*. Die DGB-Führer beteiligen sich damit an der Verbreitung der allseits aufgetischten Lüge vom „neutralen Staat“, der angeblich „über den Klassen steht“. Damit wird die Illusion geschürt, die Arbeiterinnen und Arbeiter könnten sich auf diesen Staat, seine Justiz, seine Polizei, seine Parteien und Politiker verlassen.

Auch wenn bei Streiks, Kämpfen und Aktionen die Kolleginnen und Kollegen immer wieder die Erfahrung machen, daß der Staat den Kapitalisten, den Streikbrechern hilft, so ist diese Staatsgläubigkeit doch so tief verwurzelt, daß viele immer noch darauf hereinfallen und somit die Lügen der DGB-Führung auf fruchtbaren Boden fallen.

Es gilt statt dessen, den *Aberglauben in den Staat* Schritt für Schritt zu untergraben, um ihn schließlich ganz zu zerstören. Es gilt, sich keine Illusionen über die angeblich „neutrale Haltung“ des Staates zu machen, Versprechungen seiner Speichellecker in den bürgerlichen Parteien, im DGB, im Parlament, in der Presse nicht mehr aufzusitzen, sondern zu erkennen, was der bürgerliche Staat in Wirklichkeit ist:

Ein Staat der herrschenden Klasse, eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten!

Die staatstragende DKP

Auch die DKP, die trotz gegenteiligem Anspruch seit dem Tag ihrer Gründung jedes wirklich revolutionäre Anliegen mit Füßen tritt und sich im tagtäglichen Kampf als Abwiegler betätigt, tritt ebenfalls als aktiver Verteidiger der „demokratischen Grundordnung“ dieses Staates auf. In ihrer Zeitung „UZ“ vom 12. 12. 85 schreiben sie, daß „der Kampf um das Streikrecht zugleich die Verteidigung des Grundgesetzes“ sei. Im Chor und an den Rockschoßen der DGB-Führung schüren sie die Illusion, die Arbeiterinnen und Arbeiter könnten sich auf das „Grundgesetz“ dieses Staates verlassen.

**DBG: Für „Waffengleichheit“ zwischen
Arbeiterinnen und Arbeitern und
Kapitalisten!???**

Wir halten überhaupt nichts von einer angeblichen „Waffengleichheit“, einem „Gleichgewicht“ zwischen Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern auf der einen Seite und ein paar tausend Millionären auf der anderen Seite, von einer „Waffengleichheit“ zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, von einem „Gleichgewicht“ oder einer „Gleichheit“ zwischen einer ungeheuren Mehrheit und einer kleinen Minderheit.

Die einzig richtige „Gewichtsverteilung“ kann nur hergestellt werden, wenn das Unrecht des privaten Besitzes an Fabriken und anderen Produktionsmitteln von wenigen als Grundlage der Ausbeutung der ungeheuren Mehrheit abgeschafft wird und die Mehrheit, die die Werte schafft, die Produktionsmittel in die eigenen Hände nimmt. Die einzig richtige „Gewichtsverteilung“ kann nur hergestellt werden, wenn der Staat, der heute das Machtinstrument einer Minderheit ist, zerschlagen und dann ersetzt wird durch einen Staat, der Machtinstrument der Mehrheit ist. Sie kann nur hergestellt werden, wenn das pseudodemokratische System, das in Wirklichkeit eine Diktatur über die Arbeiterinnen und Arbeiter ist, durch einen Staat ersetzt wird, der die Ausbeuter unterdrückt: den Staat der Diktatur des Proletariats, der das ureigenste Werk der bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse ist, der auf der breitesten Demokratie für die Mehrheit beruht, die Ausbeuter enteignet, die Wirtschaft völlig umorganisiert zu einer sinnvollen und planvollen sozialistischen Wirtschaft, die den Interessen der Werktätigen dient.

**DGB: „Wir lassen uns nicht
an die Kette legen!“???**

Das klingt ja so, als gäbe es bisher keine Ketten, als sei die Arbeiterklasse nicht durch das ganze System der Lohnarbeit an die Kette der kapitalistischen Ausbeutung, der Profitwirtschaft, gelegt. Die Losung der DGB-Führung soll genau diese Wahrheit verschleiern, soll vertuschen, daß die Arbeiterklasse gezwungen ist, ihre Arbeits-

kraft an die Kapitalisten zu verkaufen, an die Besitzer der Produktionsmittel, an das Kapital. Die Arbeiterklasse liegt längst an der Kette der kapitalistischen Ausbeutung, die aus der Arbeitskraft ein Vielfaches von dem herauspreßt, was die Arbeiterinnen und Arbeiter dafür als Lohn erhalten. Dieses Ausbeutersystem bringt der Kapitalistenklasse immer mehr Profit und der Arbeiterklasse immer weniger Lohn, mehr Erwerbslosigkeit, Armut, Elend, ja Hunger und Tod.

Es ist das ganze System der Lohnsklaverei, das die Arbeiterklasse in Ketten legt, und nur die Zerschlagung der kapitalistischen Profitwirtschaft, des ganzen kapitalistischen Systems kann sie von dieser Kette befreien.

Deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter und Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern – eine Kampffront

Wer dem Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur hier, sondern in der ganzen Welt eine Niederlage beibringen will, der muß eins tun: Er muß die Reihen der Arbeiterklasse *spalten*. Dies ist eine sehr alte, zentrale und ausschlaggebende Waffe im Kampf gegen die Arbeiterklasse und wird hier in Westdeutschland leider mit viel Erfolg angewendet.

Eines der wichtigsten Mittel der politischen Spaltung, der Schwächung der Kampfkraft und der Demoralisierung ist die Politik, die gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, die hier leben und arbeiten, betrieben wird. Nazistische und chauvinistische Propaganda, Unterdrückung, Ausbeutung und Verfolgung bis hin zum Mord, die Ausweisung und Abschiebung vor allem auch in die Folterkammern faschistischer Regimes wie das in der Türkei sind alarmierende Zeichen der Entwicklung in Westdeutschland.

Wenn all das durchkommt, sich ohne größeren Widerstand noch mehr ausbreiten kann und in den Betrieben an Boden gewinnt, dann wird die *zentrale Bedingung eines jeden Kampfes, die Solidarität* abgeschoben. Die Folgen für die Kampfkraft und Kampfmoral der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die kampfflos zuschauen, wie die Rechte ihrer Klassenbrüder und -schwestern mit Füßen getreten werden, sind gewaltig. Schwäche und Niederlage sind schon vorprogrammiert.

Eine kämpferische Arbeiterbewegung kann sich *nur dann* entwickeln, wenn offensiv das Gift des Nationalismus und Chauvinismus, die Spaltung und Teilung der Arbeiterklasse bekämpft wird.

Solidarität zwischen deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern und Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern und ihre kämpferische Einheit fallen nicht vom Himmel und sind auch nicht das Produkt von Festen mit Essen aus anderen Ländern, Sonntagsreden und huldvollen Erklärungen, daß „man nichts gegen Ausländer“ habe.

Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern heißt ein starkes Bündnis im *gemeinsamen Kampf* herzustellen und gerade auch in den Betrieben gegen den Abschiebungsterror des Staates, gegen die versteckte und offene nazifaschistische und rassistische Hetze, die nicht selten mit Mord endet, zu kämpfen. Es heißt der deutsch-chauvinistischen Überheblichkeit und Arroganz, der tagtäglichen Diskriminierung und Schikane, Beleidigung und Benachteiligung mit allen Mitteln, massiv und unermüdlich entgegenzutreten. Kampf gegen den deutschen Chauvinismus heißt nicht zuletzt *Solidarität* mit den vom westdeutschen Imperialismus unterdrückten Völkern im *gemeinsamen Kampf* gegen den eigenen Imperialismus durch die Schmiedung eines festen Bündnisses herzustellen.

Der aktuelle Kampf in den Betrieben und die Aufgaben in den nächsten 10, 20, 30... Jahren

Wenn Anfang Februar mehrere 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Warnstreiks traten, sich zu Demonstrationen und Kundgebungen versammelten und den Kampf, den Widerstand gegen die Verschlechterung des Streikrechts auf die Straße trugen, so ist das vollkommen gerecht. Dabei muß jedoch bewußt sein, daß es nicht bei diesen einzelnen Aktionen und auch nicht beim Kampf gegen die Neufassung des § 116 bleiben darf, denn die Kapitalisten und ihr Staat ziehen die Ketten immer enger.

Die ganze Entwicklung in Westdeutschland zeigt, was auf die Arbeiterklasse in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch zukommen wird: Der erbarmungslose Kampf der imperialistischen Großmacht BRD, um im Inland wie in der ganzen Welt in Konkurrenz mit den

anderen imperialistischen Mächten Maximalprofite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern herauszupressen, muß zu einer Verschlechterung ihrer Lage führen. Und diese Lage wird immer schlimmer, solange nicht begonnen wird, *konsequent* zu kämpfen, zu streiken, Betriebe zu besetzen, also *Druck zu erzeugen und dem Kapital wirkliche Schläge zu versetzen*. Die breiten Massen der Arbeiterklasse erhalten im großen und ganzen gerade ihr Existenzminimum, wobei dessen Höhe im einzelnen konkret vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten, vom Stand der Klassenkämpfe abhängt. Und nur ein entsprechend geführter Kampf kann die generelle Abwärtsbewegung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter wenigstens verlangsamen.

Ein solcher Kampf kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn er gegen die Politik der Klassenversöhnung, des Reformismus und der Staatsgläubigkeit, gegen die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter durch den deutschen Chauvinismus gerichtet ist, und das geht *nur* gegen und ohne die arbeiteraristokratischen DGB-Führer! *Denn wer sich auf diese Führer verläßt, der ist verlassen!*

Die Tatsache, daß in allen hochindustrialisierten Ländern eine sich radikalisierende Arbeiterbewegung auf die Feindschaft solcher Leute wie hier die DGB-Führer stößt, läßt sich keinesfalls einfach aus – sicherlich auch reichlich vorhandener – Charakterlosigkeit, Karrierismus und anderen ekelerregenden persönlichen Eigenschaften erklären. Die Gründe liegen tiefer. Die genauere Betrachtung der heutigen Gesellschaftsordnung in Ländern wie Westdeutschland zeigt, daß *ein wesentlicher Zug* die Ausbeutung der Völker anderer Länder ist, und daß durch diese imperialistische Ausbeutung z. B. in sogenannten „Billiglohnländern“ ein Extraprofit erzielt wird:

„Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen *Extraprofit* (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres ‚eigenen‘ Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie *bestechen kann*. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der ‚fortgeschrittenen‘ Länder bestochen – durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.

Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie‘ (ist) in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert ... sie

sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labour lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie“.

(Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, 1920, Werke Band 22, S. 198).

Die DGB-Führer sind ein sehr wichtiger Teil und stehen mit an der Spitze dieser Schicht der Arbeiteraristokratie.

Sich auf die eigenen Kräfte stützen – das ist ein Kern im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Eine eigenständige und kämpferische Arbeit ist nötig. Nötig sind, um nur einiges zu nennen:

Aktionen wie in Frankfurt gegen die Zusammenarbeit von Kapital und DGB-Führern; innerbetriebliche Gruppen für *alle* kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, unabhängig aus welchem Herkunftsland, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht; die Herstellung von Verbindungen zu kämpferischen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben.

Auch wenn heute noch viele bei berechtigten Angriffen gegen die DGB-Führung sich *selbst* als Gewerkschaftsmitglied angegriffen fühlen und sagen: „Greift unsere Gewerkschaft nicht an, wer hilft uns denn sonst gegen Entlassungsterror, Lohndrückerei und Schikanen am Arbeitsplatz!“, so werden diese Kolleginnen und Kollegen in den künftigen Kämpfen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften anhand ihrer eigenen Erfahrungen erkennen müssen, daß ein Kampf *zusammen mit den verräterischen DGB-Fürsten nicht konsequent zu führen und zu gewinnen ist*. Der Klassenkampf wird sie lehren, daß nur die Verjagung solcher Gewerkschaftsführer aus der Arbeiterbewegung einen wirklichen Kampf für die Arbeiterinteressen möglich macht.

Ein solcher von Arbeiteraristokraten gereinigter, von Klassenveröhnung freier und militanter Kampf darf sich nicht nur auf die tagtäglichen Probleme bei der Arbeit im Betrieb beschränken, sondern muß sich insgesamt gegen das Kapital, seine Parteien und seinen Staat richten. Ein solcher Kampf wird dann auch Rückgrat sein können für Kämpfe der Jugend und anderer Werktätiger gegen Faschisierung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung, gegen die imperia-

listische Ausbeutung und Unterdrückung durch den westdeutschen Imperialismus in der ganzen Welt.

Doch bei all diesen Teilkämpfen, Teilzielen und möglichen Teilerfolgen muß vor allem bewußt gemacht werden, daß es nicht nur darum geht, die Arbeiterklasse hierfür zu mobilisieren. Denn Teilerfolge und Teilziele werden allzuoft wieder durch verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung rückgängig gemacht, deshalb muß das Übel an der Wurzel gepackt werden.

Es geht darum, in den Tageskämpfen aufzuzeigen, daß der *Kampf gegen das kapitalistische System insgesamt, der Kampf zum Sturz dieses Systems* geführt werden muß, das Ausbeutung, Unterdrückung, Entrechtung, Erwerbslosigkeit, Faschismus, Militarismus und imperialistischen Krieg gesetzmäßig hervorbringt. Die Wurzel für all diese Übel, für dieses Leid, für diese Verbrechen, Brutalitäten und Gemeinheiten, die zurecht auf Empörung und Widerstand stoßen, liegt in einem System, das nur eines kennt: Profit, Profit und nochmals Profit, und wenn man dafür über Leichen gehen muß.

Die entscheidende Kraft in diesem Kampf ist die *Arbeiterklasse*. Ihre Rolle ergibt sich *nicht aus dem jeweiligen Stand der Klassenkämpfe und auch nicht aus dem jeweiligen Stand des Bewußtseins des Proletariats*. Vielmehr ist die Arbeiterklasse *objektiv der Totengräber des Kapitalismus*, ist die einzig konsequent revolutionäre Klasse, der die Zukunft gehört. Karl Marx und Friedrich Engels stellten dies ausdrücklich heraus und schrieben:

„Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.“

(Karl Marx/Friedrich Engels, „Die heilige Familie“, 1845, Werke Band 2, S. 38)

Jede Auseinandersetzung der Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Kapital birgt in sich die Möglichkeit der Erkenntnis, daß dieses ganze kapitalistische System völlig verfault ist, zerschlagen werden und durch eine neue Welt des *Sozialismus und Kommunismus* ersetzt werden muß. Doch diese Erkenntnis kommt nicht von allein.

Hier liegt gerade eine der großen Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten, der *kommunistischen Partei*, die nicht nur alle Kämpfe zusammenfassen, organisieren und führen, sondern gerade

auch die nötige Klarheit und Zukunftsperspektive in die sich entwickelnde Arbeiterbewegung hineinbringen muß. Marx und Engels schrieben im berühmten *Manifest der Kommunistischen Partei* – deren konsequenter Aufbau heute für die bewußten Arbeiterinnen und Arbeiter die Aufgabe Nr. 1 ist – als unmißverständliche Richtlinie:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisheriger Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

(Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1848, Werke Band 4, S. 493)

Aus:

„Zum § 116: Die Ausbeuter ziehen die Ketten enger – Kämpfen wir dagegen! – Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!“, Flugblatt, März 1986

1. Mai 1986

Die Ausbeutung und Unterdrückung durch den westdeutschen Imperialismus bekämpfen –

**ein Rückblick auf die letzten 12 Monate
und die Perspektiven**

Amboß oder Hammer sein!

Verstärkte Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Verrat der DGB-Führung

Das letzte Jahr zeichnete sich dadurch aus, daß Arbeiterinnen und Arbeiter zu Hunderttausenden auf die Straße gingen, diesmal im Kampf gegen die Neufassung des § 116. Die Protestaktionen und die Mobilisierung nicht nur der Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern auch anderer werktätiger Schichten gegen diese *Verschlechterung der Bedingungen in einem Streik* waren notwendig und richtig, bedeutet die Neufassung des § 116 doch, daß der Aussperrungsterror der Kapitalisten zunehmen wird, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der verschiedenen Branchen und Tarifgebiete während eines Streiks gespalten und gegeneinander aufgehetzt werden sollen.

Mit dem neuen § 116 wird auch ein *Generalangriff auf Kolleginnen und Kollegen aus anderen Herkunftsländern* gestartet, die bei den verschiedenen Streiks oft an vorderster Front des Kampfes stehen. Denn den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern, die während eines Streiks „kalt“ ausgesperrt werden, somit keinen Pfennig Geld erhalten und zum Sozialamt gehen müssen, *droht die Ausweisung*, da nach den Bestimmungen des „Ausländergesetzes“ die „Inanspruchnahme von Leistungen des Sozialamts“ ein Ausweisungsgrund ist.

Der Kampf gegen die Neufassung des § 116, die breite Mobilisierung von Hunderttausenden, der Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter *trotz* Verteufelung ihres Kampfes in den Medien, *trotz* Drohungen und Angriffen bürgerlicher Politiker, *trotz* Verfolgung durch die Justiz, kann dennoch kein Grund für selbstgefällige Zufriedenheit sein.

Sieht man sich die Kämpfe nämlich genauer an, wird deutlich, daß sie unter der Führung der DGB-Vorstände stehen, die diesen Kampf im reformistischen Rahmen halten und trotz mancher „kämpferischer“ Töne darauf aus sind, die Arbeiterklasse weiterhin an dieses System zu ketten.

Das, was die DGB-Führung sich bei ihren großmäuligen Ankündigungen über den „Kampf“ gegen die Neufassung des §116 leistete, wie sie die Kolleginnen und Kollegen mit dem Gefühl: „Eure Gewerkschaft, die macht das schon!“ in Sicherheit wiegte, wie sie Unmut und Empörung auffing, um sie dann in ungefährliche Bahnen zu lenken, wirklich konsequente Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verfolgte, das war schon eine „Meister“leistung im Interesse des westdeutschen Imperialismus.

Statt Unterstützung der kämpferischen Stimmung, statt sich steigender kleiner und großer Aktionen, statt wirklicher Mobilisierung der Massen, schafften es die DGB-Fürsten durch ihre Politik der Niederhaltung kämpferischer Aktionen, teilweise eine Gefühl der Resignation und Schwäche selbst innerhalb der fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter zu erzeugen. Die Abstimmung von 7 Millionen gegen die Neufassung des § 116 wurde von der DGB-Führung nicht als Schritt für wirkliche Kampfmaßnahmen genutzt, sondern als Mittel zu übler Abwiegelei.

Die Änderung des § 116 ist nur der Auftakt zur weiteren drastischen Verschlechterung der bisher erkämpften Rechte der Arbeiterklasse, die deswegen angegriffen, und weiter ausgehöhlt werden, um so die Arbeiterinnen und Arbeiter noch „effektiver“ ausbeuten zu können: Lohnerhöhungen? Wozu? Die Profite müssen steigen, nicht die Löhne! Streiks? Dürfen nicht sein, stören nur die Produktion!

Trotz reformistischer DGB-Führung, trotz sozialdemokratischer Abwiegelei, trotz Hetze und Diffamierung in den Medien – die Arbeiterklasse ist an diesem Punkt in Bewegung geraten, und das ist gut

so. Dennoch, das ist nicht genug, wenn man sich ansieht, welche Herausforderungen vor der Arbeiterklasse stehen. Ein Rückblick auf die vergangenen 12 Monate zeigt, daß es für die Arbeiterklasse ***mehr als einen Grund*** gibt, kämpferisch auf den Plan zu treten:

„Ausländerhetze“ und Rassismus

Ob beim Kampf um die 35-Stunden-Woche, dem Kampf gegen den § 116 und anderen Kämpfen, für Kampfmentalität und Kampfkraft ausschlaggebend ist eins: ***Einheit aller Arbeiterinnen und Arbeiter, egal aus welchem Land sie kommen.***

Um diese notwendige gemeinsame Kampffront zu ***spalten***, werden von seiten der westdeutschen Imperialisten und ihrer Helfershelfer Rassismus und Chauvinismus geschürt und verbreitet, die sich vor allem und in ungeheurem Ausmaß gegen die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Herkunftsländern richten und nicht selten mit Mord endet. So wurde im letzten Jahr, im Dezember 1985 in Hamburg Ramazan Avci von nazistischen Schlägern der Skinheads ***ermordet***. Die Lage der in der Bundesrepublik asylsuchenden Flüchtlinge aus aller Welt wird immer unerträglicher: Tagtägliche Schikane, Diskriminierung und Hetze, Anschläge auf die Wohnheime; die „Sammel-lager“ sind überfüllt, Verpflegung und Unterbringung sind schlechter als im schlechtesten Gefängnis Westdeutschlands; Abschiebung in die Folterkeller ihrer Herkunftsländer steht auf der Tagesordnung.

Die Hetze in Westdeutschland gegen „Minderheiten“ dient heute wie auch schon früher als Mittel, die arbeitende Bevölkerung zu ***desorientieren, abzulenken und zu spalten.***

Aus all diesen Gründen ist der Kampf gegen Rassismus und Chauvinismus die ureigenste Angelegenheit der Arbeiterklasse, die mit Kampfaktionen jeder Art die Solidarität mit ihren Klassenschwestern und -brüdern aus anderen Herkunftsländern herstellen muß. [...]

„Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein“

Diese Losung aus der Zeit der Anfänge der Arbeiterbewegung ist an diesem 1. Mai 1986 nach wie vor aktuell.

Sie gilt nicht nur für die großen und grundlegenden Aufgaben der Arbeiterbewegung, das Profitsystem zu stürzen und die sozialistische und kommunistische Gesellschaft aufzubauen, sie gilt auch für die nächsten, kleinen, aber unerläßlichen Schritte im Tageskampf. [...]

Aus:

„Amboß oder Hammer sein!“, Flugblatt 1. Mai 1986.

3.

Zum Kampf in Rheinhausen 1988

Januar 1988

**Für das Kapital und seine Politiker zählt nur
Profit, Profit und nochmals Profit –**

Der Kapitalismus muß gestürzt werden!

Streiks! Demonstrationen! Sprengung einer Aufsichtsratssitzung! Sturm auf die Villa Hügel! Besetzung der Krupp-Zentrale! Nicht Tausende, Zehntausende, nein Hunderttausende beteiligten sich an solchen Aktionen in den letzten Wochen. Die bürgerlichen Gesetze wurden vielfach durchbrochen!

Das ist der richtige Weg: Je *radikaler, energischer und massenhafter die Proteste und Kämpfe sind, um so besser*. Denn das ist die einzige Sprache, die das Kapital versteht. Mit Verhandlungen, Petitionen, scheuen Worten, mit Hoffen und Warten wird lediglich die Sache hingeschleppt, der Kampf in die Länge gezogen, werden die Betroffenen eingeseift.

Nichts und niemand wird Euch helfen, wenn Ihr Euch nicht selber helft. Niemand wird Euch Euren Kampf abnehmen, nichts kann ihn ersetzen oder ersparen. Keine Regierung, keine Führer dieser Gewerkschaft wie Steinkühler und Konsorten, keine der Parteien da oben kann es tun, sondern Ihr selbst müßt Euer Schicksal in die Hand nehmen. Sich auf die eigenen Kräfte stützen – das ist ein Kern im Kampf gegen Erwerbslosigkeit und Massenentlassungen.

Gründet Kampfkomitees für alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, *egal ob Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern oder deutsche, egal ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht*, und stellt Verbindungen zu anderen Betrieben her.

Es muß gewährleistet sein, daß sich alle zusammenschließen, die ehrlich beim Kampf dabei sind, egal aus welchem Land sie kommen, welche Nationalität sie haben, egal ob Arbeiter oder Arbeiterin. Und jeder, der die Spaltung zwischen deutschen und Arbeiterinnen und

Arbeitern aus anderen Herkunftsländern unterstützt, mitmacht oder gar in den Kampf hineinträgt, spielt das Spiel der Kapitalisten, die selbstverständlich mit einer gespaltenen Belegschaft tausendmal leichter fertig werden können als mit einem im Kampf geeinten Proletariat.

Es gibt verschiedene Vorschläge der Kollegen und Kolleginnen, wie weiter vorzugehen ist:

★ Betriebe besetzen.

★ Bonn, Parlament und Regierungsviertel besetzen und lahmlegen, um die dortigen Volkszertreter einmal richtig am Schlafitt zu packen.

★ Fernseh-, Radiosender und Zeitungsredaktionen besetzen, damit dort nicht nur Lügen, warme Worte und Drohungen gegen die Kämpfe in den Betrieben losgelassen werden, sondern auch einmal die Wahrheit gesagt wird.

★ Sofortiger Gewerkschaftsausschluß von allen Betriebsräten, die Entlassungen zustimmen (z. B. vom Krupp-Betriebsratsvorsitzenden Manfred Bruckschen, der im September dem sogenannten „Optimierungskonzept“ zustimmte, das – wie es so vornehm heißt – den „Abbau von 2 000 Arbeitsplätzen“ vorsah).

★ Mehrsprachige Betriebsversammlungen, um die Kampffront zwischen den deutschen und Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern zu stärken. Vollständige Gleichberechtigung! Laßt keinerlei Diskriminierung zu!

★ Selbst Kontakt zu anderen Betrieben aufnehmen, um sich im Kampf zusammenzuschließen.

★ Kontakt aufnehmen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern anderer Länder (Großbritannien, USA, Frankreich, Belgien u. a.), die im Kampf gegen Massenentlassungen und Stilllegungen wertvolle Erfahrungen gesammelt haben. Denn die internationale Einheit der Arbeiterklasse ist eine wirksame Waffe gegen das internationale Finanzkapital.

All diese Vorschläge müssen, wie jeder andere Vorschlag, auch geprüft werden, ob sie die **Kampfkraft stärken oder schwächen**.

Denn das ist es, wovor die hohen Herren Angst haben, was sie treffen wird: der entschlossene, solidarische und eigenständige Kampf

gegen die Stilllegungen und Massenentlassungen ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Gesetze und „Spielregeln“. Das ist es auch, was die bezahlten Gewerkschaftsfürsten fürchten und warum sie die Politiker beschwören, doch einige Almosen und Abfindungen zu geben, damit es nicht zum „Flächenbrand“ kommt (ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies in der Tagesschau am 9. 12. 87).

Wenn die Kolleginnen und Kollegen bei ihrem Kampf gegen Massenentlassungen (die in vielen Betrieben schon traurige Wirklichkeit geworden sind) nicht nur streiken, sondern zu anderen radikalen Maßnahmen übergehen, und z. B. die Krupp-Zentrale heimsuchen, Brücken, Straßenkreuzungen besetzen und Straßensperren errichten, was passiert dann?!

★ Für alle Fälle werden *Polizei und Bundesgrenzschutz* in Alarmbereitschaft versetzt, von der für die „innere Sicherheit“ zuständigen *Bundeswehr* ganz zu schweigen. Sie sind die entscheidende Macht im Staat und sollen eingesetzt werden, wenn die Herrschaft des Finanzkapitals in irgendeiner Hinsicht angegriffen oder bedroht wird.

★ *Die Politiker, diese Werkzeuge des westdeutschen Imperialismus*, tun alles, um eine „Radikalisierung“ zu vermeiden. Demagogie und Heuchelei werden immer ekelhafter: Jedermann, von Kohl, Blüm über Bangemann bis Rau ist „natürlich“ auf der „Seite der Kumpel“. Ach, wie sehr sind alle „betroffen“, diese verfluchten Polit-Profis, die Euch die Ohren vollschwätzen, wie leid es ihnen tue, daß Ihr bald erwerbslos werden sollt.

★ Die *DGB-Fürsten* tauchen höchstpersönlich auf. Ihre Stunde der Bewährung ist gekommen. Jetzt müssen sie zeigen, was sie können und für was sie bezahlt werden: Sprüche klopfen, sich radikal geben, um Sympathien zu gewinnen, die Führung der Kämpfe fest in der Hand zu behalten, die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen richtig in den Griff zu bekommen, damit sie sich nur nicht *radikal, entschlossen und selbständig* zur Wehr setzen.

Und was hat man uns nicht alles zu bieten, was wird uns nicht alles vorgeschwätzt und eingehämmert, um von *den wirklichen Ursachen der Massenerwerbslosigkeit abzulenken* und unseren Kampf in ein falsches Fahrwasser zu bringen:

Gemäß dem Motto „Deutschland, Deutschland über alles!“ soll den Kollegen und Kolleginnen eingeredet werden, es ginge um *deutsche*

Kohle und *deutschen* Stahl und die EG sei schuld, wenn aufgrund der Quotenregelung hier nur eingeschränkt Stahl produziert werden dürfe.

Abgesehen davon, daß das westdeutsche Kapital innerhalb der EG ohnehin die erste Geige spielt, daß also die EG gerade auch für die westdeutschen Imperialisten immer mehr ein Instrument wird, um ihre Vorherrschaft gegenüber den anderen europäischen Imperialisten abzusichern und auszubauen, muß man doch all diese falschen Freunde fragen:

Wem gehören denn die „deutsche“ Kohle und der „deutsche“ Stahl? Es sind doch die Großfinanziere, die sich die Profite aus unserer Arbeit aneignen. Und kann es denn in unserem Interesse sein, wenn wir uns um das Wohl unserer Ausbeuter sorgen? Geht es uns denn gut, wenn es unseren Ausbeutern gut geht? Die Maxhütte, Rheinhausen, Hattingen zeigen doch gerade: Geht es den Kapitalisten gut, werden Ausbeutung und Arbeitshetze noch schärfer, die Rationalisierungen werden vorangetrieben, *auf unserem Buckel* werden Belegschaften dezimiert. Geraten die Kapitalisten in Schwierigkeiten, wird Konkurs angemeldet, die „Verluste“ werden *auf uns abgewälzt*, ganze Fabriken werden geschlossen, damit die Kapitalisten kurzerhand woanders ihr Kapital gewinnbringend anlegen können.

Von diesem unversöhnlichen Klassengegensatz wollen all diese Leute ablenken, sie wollen ihn vertuschen, wenn sie, wie früher die Nazis, ins Horn von den „deutschen Interessen“ stoßen. So wird von der SPD, von Gewerkschaftsführern und auch von verschiedenen Politikern der GRÜNEN in die kämpferische Bewegung gegen die drohende Massenerwerbslosigkeit – mehr oder minder offen – der gefährliche Unsinn hineingetragen, als ginge es bei diesem Kampf um die „Belange der Nation“, „um Deutschland“ u.ä.

Von der DKP, den GRÜNEN, Gewerkschaftern und anderen wird eine „Verstaatlichung“ der Stahlindustrie gefordert. Doch eine etwaige Verstaatlichung ist *keine Rettung, solange der Kapitalismus das herrschende Gesellschaftssystem* ist, weil der *heutige Staat dem Finanzkapital untergeordnet, sein Werkzeug* ist. Das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre z. B. in Großbritannien. Die Verstaatlichung des Kohlebergbaus dort war *kein Hindernis*, um Hunderttausende Kumpel in den letzten Jahren auf die Straße zu setzen. Oder nehmen wir das Beispiel Österreichs. Gerade die „Verstaatlichten“

betreiben zur Zeit Massentlassungen in einem noch nie dagewesenen Umfang, bauen Lohn- und Sozialleistungen ab u. a. m.

Mit all diesen und sonstigen Erklärungen und Rezepten soll um eine Sache herumgeredet werden, soll folgendes verschleiert werden:

Die Ursache von Erwerbslosigkeit, die Ursache auch der drohenden Massenerwerbslosigkeit im Ruhrgebiet ist nicht ein Fehler des Politikers X oder des Aufsichtsratsvorsitzenden Y. Die Ursache der Erwerbslosigkeit liegt im kapitalistischen System selbst, in dem Profitmacherei oberstes Gesetz ist, dem alles untergeordnet wird.

Denn in dieser angeblich „sozialen Marktwirtschaft“, in dieser in Wahrheit gnadenlosen kapitalistischen Gesellschaft sind nicht die arbeitenden Menschen Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Entscheidungen. Nein, im Gegenteil! Hier wird über und gegen sie entschieden, nach einem Kriterium, so als ob es sich um Maschinen handeln würde:

Bringt ihr Einsatz Profit? Bringt er Maximalprofit? Wenn ja, dann ist es gut. Bringen sie keinen Profit, dann werden sie massenhaft entlassen!

Im Kapitalismus geht es *brutal und skrupellos* zu. Das zeigt sich tagtäglich trotz gegenteiliger Beteuerungen der bürgerlichen Politiker, der Gewerkschaftsbonzen, die alle im Fernsehen und im Radio Krokodilstränen vergießen. Das zeigt sich nicht nur in Westdeutschland, in Rheinhausen und Hattingen, in Peine-Salzgitter, bei der Maxhütte, bei Saarstahl, bei Klöckner/Bremen, der Georgsmarienhütte in Osnabrück und anderswo. Das zeigt sich ebenso in anderen Ländern, in Großbritannien, im französischen Lothringen, in Belgien, in Österreich oder in Südkorea, Südafrika etc.

Die sogenannte „freie Marktwirtschaft“ ist in Wahrheit *nichts als eine Lüge*, die den Kampf vertuschen soll, den die Monopole mit *allen* Mitteln auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen austragen, um ihre Konkurrenten niederzuringen. Die geplante Zusammenarbeit der Konzerne Krupp, Thyssen und Mannesmann in Duisburg ist notwendiger Ausdruck des imperialistischen Systems, dient dem weltweiten Kampf um Maximalprofit, und *deshalb* soll Rheinhausen, geht es nach dem Willen dieser Leute, fallen. Die Ruinierung riesiger Industriebetriebe durch andere, noch größere im eigenen Land oder in anderen Ländern im Kampf um immer

gigantischere Profite und damit einhergehend Erwerbslosigkeit und Elend für die Massen – das ist Ausdruck des völligen Widersinns dieses kapitalistischen Systems, das *gestürzt werden muß*.

Erwerbslosigkeit, Betriebsstillegungen, Rationalisierungen auf Kosten der Werktätigen, Lohnkürzungen, Ausbeutung und Unterdrückung wird es geben, solange es Kapitalismus gibt. Darüber muß man sich bewußt sein. Wenn der eine Kampf Erfolg hat, muß man schon wieder in den Startlöchern für den nächsten Kampf stehen. Je härter, geeinter und entschlossener dieser Kampf geführt wird, um so besser, um so erfolgversprechender. Doch der notwendige Abwehrkampf gegen all diese Übel kann nur etwas an den Auswirkungen des kapitalistischen Systems ändern, nichts aber am System selbst.

In diesen Auseinandersetzungen kann einiges klar werden, was für die weiteren Kämpfe – die ökonomischen, die politischen und vor allem für den *Kampf zum Sturz der Kapitalistenklasse und für die Diktatur des Proletariats*⁵ – *ausschlaggebend* ist: Klarheit darüber, wie dieses Gesellschaftssystem in Wirklichkeit funktioniert, das Massenerwerbslosigkeit, Krisen und Elend für diejenigen bringt, die alle Werte schaffen; Klarheit über die schäbige Rolle der Bonner Parteien und ihrer Politiker; Klarheit über die Funktion der Gewerkschaftsführung; darüber, wozu eigentlich Polizei, Bundeswehr und das „Gewaltmonopol“ des Staates da sind.

Diese Kämpfe sind auch der richtige Rahmen, um folgendes zu diskutieren:

Wenn der Kapitalismus als System wirklich verrottet, verfault, tausendfach verflucht, überfällig ist und gestürzt werden muß – wie, mit wem macht man das? Ja, das heißt Revolution und Bürgerkrieg. Aber was tun, da Bundeswehr und Polizei, Bundesgrenzschutz und solche Elitetruppen des Kapitals wie die GSG 9 ganz sicherlich auf den Plan treten?

⁵ Die ursprüngliche Formulierung des Flugblatts vom Kampf „um die politische Macht“ wurde als opportunistisch kritisiert und daraufhin in „für die Diktatur des Proletariats“ geändert. Schon Lenin polemisierte gegen eine solche Formulierung Kautskys, „die den Opportunisten entgegenkommt, da sie die Eroberung der Macht ohne eine Zerstörung der Staatsmaschinerie zuläßt.“ (Lenin, „Staat und Revolution“, Werke Band 25, S. 494)

Und vor allem: Was ist die Alternative? Gorbatschows „Sozialismus“, wo die Arbeiterklasse auch nichts zu sagen hat, und sich das ganze Wirtschaftssystem heute immer unverhüllter als Profitsystem mit all seinen üblen Folgen entpuppt?

Wie kann man gewährleisten, daß nach der Revolution die Diktatur des Proletariats, eine wirklich sozialistische Demokratie für die Arbeiterinnen und Arbeiter, für die Massen der Ausgebeuteten und Werktätigen entsteht, und die ehemaligen Ausbeuter, die Anhänger des alten kapitalistischen Systems und seine Kreaturen, die Reaktiönäre, Kriegshetzer und Faschisten unterdrückt werden, damit sie nicht mehr hochkommen?

Wie funktioniert eine sozialistische Planwirtschaft? Wie wird verhindert, daß nicht eine kleine Clique von Bürokraten, die sich „Sozialisten“ oder „Kommunisten“ nennen, für die Interessen einer kleinen privilegierten Schicht plant, sondern daß wirklich von den Werktätigen für die Werktätigen geplant wird?

Weiche Rolle muß bei all dem eine wirkliche Arbeiterpartei, eine *kommunistische Partei* spielen?

Das sind die *auf lange Sicht* entscheidenden Fragen, die gestellt, diskutiert und beantwortet werden müssen, wenn die kämpferische Kraft der Arbeiterbewegung heute nicht nur kurz aufflammen und dann wieder von den berufsmäßigen Abwiegleren eingeschläfert und fertiggemacht, sondern für die kommenden Kämpfe wachsen und stärker werden soll.

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Mit Betteln und Bitten, mit blindem Vertrauen in die Gewerkschaftsführung, mit blindem Vertrauen in den Stimmzettel und die SPD, mit rein legalen und „feinen“ Methoden, mit all diesem Krampf kommen wir nicht weiter, werden wir fertiggemacht und erledigt.

Das Gebot der Stunde ist der harte, radikale Kampf, sind eigenständige Organisationsformen, ist die weitergehende Auseinandersetzung über die Grundfragen dieser Gesellschaftsordnung.

Aus:

„Der Kapitalismus muß gestürzt werden!“ Flugblatt, Januar 1988 (abgedruckt in „Gegen die Strömung“, Nr. 43, Juli 1988)

Februar 1988

Kann eine „Verstaatlichung“ die Krise in der Stahlindustrie und anderswo lösen?

Dieser Staat ist nicht unser Staat!

„Das ist ja gerade der wunde Punkt, daß solange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung ist.“

(Engels an Max Oppenheim, 24.3.1891, Marx/Engels Werke Band 38, S. 64)

Die Arbeiter der Stahlindustrie kämpfen mutig mit Streiks, Demonstrationen und Blockaden um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, im Augenblick vor allem bei Krupp in Rheinhausen und in der Maxhütte in der Oberpfalz, so wie schon zuvor die Belegschaften von Hattingen, der Bremer Werften, der Betriebe im Saarland usw.

Klar dabei ist: Dieser Kampf ist richtig und notwendig, denn wenn nicht gekämpft wird, bekommen die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht viel mehr als Almosen. Sie werden auf die Straße gesetzt, ohne daß die Kapitalisten auch nur mit der Wimper zucken.

Bei diesem gerechten Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze stellen sich immer wieder alle möglichen berufsmäßigen Abwiegler vor die Arbeiterinnen und Arbeiter hin und zaubern allerlei „Pläne“, „Alternativen“, „Lösungen“ hervor, um falsche Hoffnungen zu wecken und den Kampf in falsche Bahnen zu lenken.

Eine dieser angepriesenen „Lösungen“ ist die „Verstaatlichung“, die immer öfter als angebliches Heilmittel gegen Entlassungen verkauft wird. So wird z. B. auf die Verfassung von Nordrhein-Westfalen verwiesen, in der eine solche Möglichkeit vorgesehen sei, und darauf, daß der Staat doch ein Staat sei, der „für seine Bürger sorgen“ müsse. Das „private Kapital“ sei skrupellos und müßte auf niemanden Rücksicht nehmen, der Staat jedoch wäre „sozial“, ein

„Rechtsstaat“ usw. Auch die IG Metall fordert ähnliches seit 1985 z. B. in ihrem „Stahlpolitischen Programm“. Dort ist zwar die Rede von einer „Vergesellschaftung“, diese läuft aber, schaut man sich die Sache genauer an, auf nichts anderes hinaus als auf eine „Verstaatlichung“. Wie Janßen und Mattfeld im § 1 ihres jüngsten Initiativpapiers zur „Vergesellschaftung der Stahlindustrie“ geschrieben haben, soll die „eisen- und stahlerzeugende Industrie in NRW ... in das Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeineigentum) übergeführt“ werden.

Eins kann nicht völlig ausgeschlossen werden, wenngleich es im Moment nicht danach aussieht: Unter dem zunehmenden Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter, die von Massenentlassungen bedroht sind, könnte das Monopolkapital diese oder jene staatliche oder halbstaatliche Lösung ernsthaft in Erwägung ziehen, um den Kampf möglichst zum Stillstand zu bringen.

Wenn durch eine solche Maßnahme etwa in Rheinhausen für einige Zeit die Arbeitsplätze erhalten, die Lebenslage der von Massenentlassungen Bedrohten nicht verschlechtert, sondern sogar kurzfristig verbessert werden sollte, wäre dies natürlich ein gewisser, zeitweiliger Erfolg, so wie es auch gewisser Erfolg wäre, wenn ein anderer Großkonzern sich zu einer Übernahme, durch die die Arbeitsplätze erhalten würden, entschliesse.

Viel wahrscheinlicher ist allerdings – und das entspricht auch allen Erfahrungen –, daß nach einer Verstaatlichung die neuen Chefs ebenfalls Entlassungen durchführen.

Vielleicht am bekanntesten sind die Erfahrungen mit der Bergbauindustrie in Großbritannien und der VOEST in Österreich und auch hier in Westdeutschland mit den durchgeführten und geplanten Massenentlassungen bei der Bundesbahn. Die dortigen Verstaatlichungen, bzw. das Staatseigentum haben beileibe nicht dazu beigetragen, daß die Arbeiter mehr Sicherheit in Hinblick auf ihre Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen hätten. Ganz im Gegenteil. Massenentlassungen, Lohndrückerei und Antreiberei wurden immer massiver. Hierbei wurden zudem andere Teile der werktätigen Bevölkerung damit aufgehetzt, daß angeblich der Steuerzahler für die verstaatlichten Betriebe Geld berappen müßte, daß in diesen verstaatlichten Betrieben die Schmarotzer säßen, die jetzt endlich einmal auf Vordermann gebracht werden müßten usw. usf.

Illusionen werden geschürt

Wenn wir heute die Propagandisten der Verstaatlichung aus den Reihen der Gewerkschaften, der SPD, der Grünen usw. kritisieren und bekämpfen,⁶ dann gerade wegen der gefährlichen Illusion, die die verschiedenen Verfechter der „Verstaatlichung“ mit dieser Forderung schüren wollen. Es sollen nämlich die Illusionen geweckt werden,

- als ob so die Wirtschaftskrise beseitigt werden könnte;
- als ob etwas am kapitalistischen Profitsystem geändert werden könnte;
- als ob dieser Staat ein Staat im Interesse der Mehrheit der Werktätigen sei;
- als ob friedlich auf dem Weg der Reform der Charakter dieses Staates als Werkzeug des westdeutschen Imperialismus geändert werden könnte.

⁶ Ursprünglich hieß es im Flugblatt an dieser Stelle:

„Wenn wir heute der Propaganda für eine wie auch immer geartete Verstaatlichung entgegentreten, dann gerade wegen der gefährlichen Illusion...“

Ein Leser hat kritisiert, daß diese ursprüngliche Formulierung im Widerspruch steht zu der folgenden Passage in diesem gleichen Flugblatt (s. S. 53):

„Unter dem zunehmenden Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter, die von Massenentlassungen bedroht sind, könnte das Monopolkapital diese oder jene staatliche oder halbstaatliche Lösung ernsthaft in Erwägung ziehen, um den Kampf möglichst zum Stillstand zu bringen.“

Wenn durch eine solche Maßnahme etwa in Rheinhausen für einige Zeit die Arbeitsplätze erhalten, die Lebenslage der von Massenentlassungen Bedrohten nicht verschlechtert, sondern sogar kurzfristig verbessert werden sollte, wäre dies natürlich ein gewisser, zeitweiliger Erfolg...“

Die ursprüngliche Formulierung schließt diese Möglichkeit faktisch aus, daher haben wir die Formulierung gemäß dem Verbesserungsvorschlag des Lesers verändert, wobei klar bleibt, daß die Hauptstoßrichtung gegen die Illusionsmacherei der damaligen aktuellen Propagandisten für Verstaatlichung gerichtet sein mußte. (Anmerkung der Redaktion)

Darin liegt die hauptsächliche Gefahr bei dem ganzen Getöse über die Verstaatlichung.

Egal, ob Betriebe verstaatlicht oder sogenannte „private“ Betriebe sind, am Wesen der Sache ändert sich nichts, denn in dieser Gesellschaftsordnung herrscht das Finanzkapital, regieren die Prinzipien des Kapitalismus, des Profits, der Ausbeutung. Hier wird nach sogenannten „betriebswirtschaftlichen“ Gesichtspunkten verfahren, was im Kapitalismus bedeutet: Massenentlassungen, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit, verstärkte Ausbeutung, weil es den Interessen der *Profitmaximierung* dient.

Wer für eine Verstaatlichung eintritt, muß sich eine entscheidende Frage gefallen lassen: Welchen Charakter hat der heutige Staat in Westdeutschland, was ist seine eigentliche Aufgabe und wessen Werkzeug ist er? Das klarzustellen ist nicht nur für die Beurteilung der Forderung nach Verstaatlichung, sondern überhaupt für den Kampf der Arbeiterklasse eine zentrale Frage. Ist dieser Staat „unser“ Staat oder können wir ihn nicht zumindest dahin verwandeln?

Das Märchen von der „Vergesellschaftung“ im Kapitalismus

Es gibt auch Stimmen, die sich *gegen eine Verstaatlichung* wenden, *einer „Vergesellschaftung“ das Wort reden* und großen Wert darauf legen, das eine von dem anderen zu unterscheiden. Verstaatlichung bedeute, so etwa Teile der GRÜNEN usw., daß die Betriebe in die Hände des Staates gelegt werden, darüber hätte man doch gar keine Illusionen. Vergesellschaftung hingegen bedeute, daß die Industrie in die Hände der Arbeiter gelegt werde, und das sei die einzige Rettung (im Grunde meinen sie damit die Bildung von Arbeitergenossenschaften).

Selbst wenn ein bestimmter Betrieb unter Leitung der dort beschäftigten Arbeiter geführt würde, so kann er ebensowenig wie bei der Verstaatlichung aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung „heraushüpfen“, sondern ist *ihren Gesetzen untergeordnet*. Und wenn dieser Betrieb nicht profitabel arbeitet, nicht konkurrenzfähig ist, wird er eingehen, bzw. werden Entlassungen, Rationalisierungen usw. usf. über kurz oder lang vorgenommen werden müssen. Und

der Kampf gegen eine solche Verschlechterung der Lebenslage wird dann auch noch häufig genug gebremst mit dem Hinweis: „Dann kämpft Ihr gegen Euren Betrieb!“

Also selbst wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen in einem derart „vergesellschafteten Betrieb“ anderen Interessen als dem Profitinteresse verpflichtet sein *wollen*, werden sie das auf Dauer nicht durchhalten können, solange das System des Kapitalismus existiert.

Im kapitalistischen System herrscht die Diktatur der Bourgeoisie

Das kapitalistische System ist nicht nur ein wirtschaftliches System, in dem die Arbeiter gezwungen werden, ihre Arbeitskraft als Ware an die Besitzer der Fabriken zu verkaufen und sich damit ausbeuten zu lassen. Es ist nicht nur ein System, in dem nach dem Prinzip des Profits die arbeitenden Massen ausgebeutet und auf die Straße geworfen werden.

Nein, untrennbar zu diesem Wirtschaftssystem gehört auch, daß – trotz aller Phrasen von parlamentarischer Demokratie – dieser Staat der Staat der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, in erster Linie des Monopolkapitals, ist und als Werkzeug vor allem zur Unterdrückung, aber auch des Betrugs der werktätigen Massen bereitsteht. Dieser Staat ist die Diktatur der Bourgeoisie, wo es in allen entscheidenden Fragen für die Arbeiterinnen und Arbeiter keine Demokratie gibt, schon gar nicht hinter dem Fabrikator.

Die Lüge, daß „dieser Staat unser Staat“ sei, wird in zugespitzten Situationen leichter zu entlarven sein: Der Staat, das ist vor allem die Armee, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz. Wenn die Lage zugespitzt und bedrohlich wird: Auf welcher Seite werden wohl die GSG 9, der Bundesgrenzschutz, die Masse der Polizei und der Bundeswehr stehen? Auf der Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiter oder auf der Seite der Arbeiter gegen die Kapitalisten? Es genügt, diese Frage aufzuwerfen und zu durchdenken, um die klare, durch die ganze Geschichte der Kämpfe der Arbeiterklasse aller Länder bestätigte Antwort zu erhalten: *auf der Seite des Kapitals!*

Ein Einwand liegt in der Luft: Der Staat, das ist doch vor allem das durch „freie Wahlen“ entstandene demokratische Parlament und die

Regierung. Doch das ist nur der Schein, und der Schein trügt und betrügt. Einmal angenommen, eine Mehrheit im Parlament würde wirklich einmal Anstalten machen, gegen das Kapital vorzugehen, einmal angenommen, es bestünde die Gefahr, daß die mit riesigen Summen bezahlten bürgerlichen Politiker keinen Fuß mehr auf den Boden bekämen – das letzte Stündlein des „Hohen Hauses“ hätte geschlagen. So lange würde das Kapital noch nicht einmal warten. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat hier eine wichtige, harte Erfahrung mit dem Nazi-Regime gemacht, als Krupp, Thyssen, Flick, das deutsche Monopolkapital sich durch die anwachsende kommunistisch orientierte Arbeiterbewegung gefährdet sahen und der Nazi-Partei die Regierung übertrugen. Oder denken wir an den Militärputsch in Chile. Diese und andere Erfahrungen zeigen:

**Wenn sich die Imperialisten bedroht sehen,
regieren unverhüllt und offen die Gewehre
und Panzer, das Militär**

In Wahrheit haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem kapitalistischen Staat und in diesem Wirtschaftssystem nichts zu bestimmen. Durch ihren gerechten Kampf können sie nur die Abwärtsbewegung ihrer Lebenslage verlangsamen *und nichts wirklich grundlegend ändern*, – es sei denn, sie führen den Kampf zum Sturz dieses Systems und zur Zerschlagung seines Staates.

Genauso wie ein einzelner Betrieb nicht aus dem Wirtschaftssystem des Kapitalismus ausbrechen kann, genauso wenig kann dieser Staat stückchenweise geändert werden, so daß plötzlich ein anderer, gar ein Staat der Werktätigen daraus werden könnte, wie die DKP das z. B. verbreitet.

Für *den Kampf auf lange Sicht* ist wesentlich zu erkennen: Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln beruht, hat sich tausendfach als völlig verfault erwiesen. Die Herrschaft des Kapitals mit seinem Drang nach weltweitem Profit und nach Weltherrschaft birgt zudem die Gefahr von Raubkriegen in sich. Daher darf das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht länger in der Hand einer Minderheit, der Ausbeuter liegen. Vielmehr muß das Monopolkapital enteignet werden, müssen die Produktionsmittel in die Hand der arbeitenden

Bevölkerung gelegt, muß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwirklicht werden.

Voraussetzung dafür ist aber, daß das ganze alte Gebäude des Staates als Machtinstrument des Kapitals völlig von oben bis unten zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet wird.

Was will die DKP?

Die DKP fordert wie schon früher so auch jetzt in den aktuellen Kämpfen die „Verstaatlichung“. Sie redet von „antimonopolistischer Demokratie“, möchte die „Konzerne an den Kragen packen“ usw.

Gleichzeitig wird sie nicht müde, ihre Staatstreue zu beteuern. Sie verteidigt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Grundgesetz und wird meist erst richtig kämpferisch, wenn sie versucht, die Arbeiter gegen „Chaoten“ aufzuhetzen oder wenn sie ausfallend wird gegen wirklich revolutionäre Kräfte, die die verlogene Propaganda der DKP aufs Korn nehmen.

Wer hier in Westdeutschland die Verstaatlichung als „Weg zum Sozialismus“ preist, gleichzeitig aber immer wieder den reaktionären Charakter des westdeutschen Staates vertuscht, wer sogar wie die DKP ausdrücklich als Grundlage seiner Organisation das Bekenntnis zum Grundgesetz, also der Plattform dieses Kapitalistenstaates, fest schreibt, der hat *mit dem Kommunismus nichts im Sinn*, der will nur Illusionen über diesen Ausbeuterstaat schaffen.

Wer gleichzeitig keine Gelegenheit verpaßt, Staaten wie die DDR, Polen, die Sowjetunion, sogar Afghanistan als Vorbild zu preisen und zu behaupten wagt, in diesen Staaten wären die Fabriken angeblich in den Händen der Arbeiterklasse, der will mit Lügen über die wahren Verhältnisse hinwegreden, der *propagiert zugleich ein gefährliches Zerrbild des „Sozialismus“*.

Schon längst werden diese angeblich sozialistischen Staaten von einer *neuen Ausbeuterklasse beherrscht und kontrolliert*, die auch in den Staatsbetrieben das Kommando ausübt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben weder in den Fabriken etwas zu bestimmen, noch dürfen sie die Politik des Staates auch nur kritisieren, geschweige denn festlegen und kontrollieren. Auch in diesen Ländern *herrscht* –

so wie hier – *eine Minderheit über die große Mehrheit*, die ausgebeutet und unterdrückt wird. Das ist alles andere als eine „Arbeitermacht“, als eine „Diktatur des Proletariats“! Und Politikern wie Gorbatschow liegt auch nichts ferner, als daran etwas zu ändern. Alles was er will, ist eine größere Angleichung an die Verhältnisse in den Ländern des Imperialismus, was er dann auch noch mit großem Rummel als „Demokratisierung“ verkauft.

Das war in der DDR und in der Sowjetunion *nicht immer* so. Aber alle hämischen und enttäuschten Hinweise des „Scheiterns“ und des „Mißerfolges des Sozialismus“ mit Blick auf die DDR, Polen, Sowjetunion usw. sind kein Beweis dafür, daß die Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin angeblich gescheitert sei. Ganz im Gegenteil können uns die Erfahrungen dieser Länder zeigen, daß die revolutionären *Lehren des Weltproletariats in diesen Ländern verraten wurden und daß dieser Verrat erst zum Scheitern führte*.

Keine Freiheit für die Krupps, Abs, Thyssens und ihre Anhänger

Im Kampf mit den Mächten des Kapitals wird die Arbeiterbewegung auf den Trümmern des alten Ausbeuterstaats einen anderen, neuen Staat errichten. Dieser Staat wird die heuchlerische bürgerliche Demokratie von heute durch eine völlig andere, die sozialistische Demokratie der breiten werktätigen Massen ersetzen.

Dieser Staat wird nur einer Minderheit gegenüber diktatorisch vorgehen: dem Kapital, den Reaktionären, den Feinden der Arbeiterbewegung gegenüber. Für Krupp, Abs, Thyssen und wie sie auch immer heißen mögen – und ihre Anhänger wird es keine Freiheit geben, wenn die Masse der Werktätigen ihren Staat in einem sozialistischen Wirtschaftssystem aufbaut: einen Staat der sozialistischen Demokratie, in dem nicht nur Vertreter gewählt, sondern auch rechenschaftspflichtig sind und jederzeit abgewählt werden können; einen Staat, in dem die gewählten Vertreter nur Facharbeiterlohn erhalten und ständig kontrolliert werden, damit sie nicht aus Dienern der arbeitenden Massen zu ihren neuen Herren emporwachsen können.

Das ist keine erfreuliche Perspektive für das Kapital. Es wird freiwillig keinen Millimeter zurückgehen. Die Kämpfe mit einer solchen

Zielsetzung werden sich zuspitzen bis zur bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen die Bürgerkriegstruppen des Kapitals.

Es gilt, einem solchen Kampf nicht auszuweichen, sondern ihn vorzubereiten, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit wissenschaftlichen Argumenten von der Notwendigkeit dieses Kampfes zu überzeugen und sie für einen solchen Kampf und die Perspektive der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie, des Sozialismus und Kommunismus zu gewinnen.

All dies ist ohne eine auf wissenschaftlichem Fundament gegründete, fest mit den Arbeiterinnen und Arbeitern verbundene Partei, eine kommunistische Partei, nicht möglich. In enger Verbindung mit den Kämpfen der arbeitenden Massen selbst muß eine solche Partei, die den Marxismus-Leninismus zur Richtschnur nimmt, planmäßig aufgebaut werden.

Aus:

„Dieser Staat ist nicht unser Staat!“, Flugblatt Februar 1988 (abgedruckt in: „Gegen die Strömung“, Nr. 43, Juli 1988)

Mai 1988

Rheinhausen und der DGB

„Man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!“

(Marx/Engels Werke Band 1, S. 381)

Der Kampf in Rheinhausen ist eine der wichtigsten Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten. Im Kampf in Rheinhausen wird die *Stärke* einer sich entfaltenden Arbeiterbewegung sichtbar, die die Legalität nicht sklavisch anbetet. In diesen Kämpfen werden auch Illusionen zerstört. Das ist gut so, oft aber auch sehr schmerzhaft. Illusionen über diesen Staat, dieses Wirtschaftssystem, über Politiker und die DGB-Führer, aber auch über den gegenwärtigen Zustand der Arbeiterbewegung. Denn auch die *Schwäche* der Arbeiterbewegung in Westdeutschland wird angesichts der harten Kämpfe in Rheinhausen sichtbar. Darüber können großmäulige Phrasen vielleicht ein paar Stunden hinwegtäuschen. Doch dann steht da die harte Realität:

Über zweieinhalb Millionen Arbeitslose im Hintergrund des Kampfes von 5 000–6 000 Arbeitern von Krupp Duisburg-Rheinhausen. Und es gibt sie, die Angst der Belegschaften der anderen Stahlbetriebe, die im Moment noch nicht plattgemacht werden und die hoffen, daß „der Kelch an ihnen vorübergeht“. Dort herrscht, so wie in fast allen Betrieben in Westdeutschland, anstelle der aktiven kämpferischen Solidarität die Angst um den eigenen Arbeitsplatz vor.

Um so beeindruckender sind die Aktionen der 5 000–6 000 kämpferischen Kolleginnen und Kollegen in Rheinhausen, die nicht aufgeben und weiterkämpfen, Aktionen überlegen, um die Solidarität auszudehnen, und ihre eigene Angst zu überwinden gelernt haben.

Denn auch sie hatten und haben Angst. Angst um ihren Arbeitsplatz und die Zukunft ihrer Familien, Angst vor der Situation, am Schluß isoliert und alleine dazustehen, hämisch bespöttelt und diffa-

miert. Denn das Kapital, gegen das sie ankämpfen, ist ein mächtiger Feind, der warten kann, der sich übermächtig darstellt, so als ob er nur ein unüberwindbarer Koloß und nicht ein Koloß auf tönernen Füßen wäre. Und das Kapital beschäftigt Manager, Profis der psychologischen Kriegsführung, Profis, die alle Erfahrungen auswerten, wie man rebellische Belegschaften doch noch kleinkriegen kann. Wie man sie spaltet, gegen die Kolleginnen und Kollegen der anderen Betriebe ausspielt. Wie man einige von ihnen kauft oder in die Knie zwingt, geschickt Peitsche mit Zuckerbrot kombiniert.

Und im Hintergrund drohend die geballte Macht des Staates, von dem die meisten in Rheinhausen vor einigen Monaten noch dachten – und etliche wohl auch heute noch: „Das müßte doch *unser* Staat sein.“

Bei jeder neuen Aktion der Rheinhausener Arbeiter, wie vor kurzem bei der bewußten, kämpferischen Übertretung der Bannmeile des nordrhein-westfälischen Landtages in Düsseldorf, schwebt das Damoklesschwert über ihnen: Werden Polizei und Bundesgrenzschutz dieses Mal eingreifen? Denn die Aktionsformen werden sich – das weiß jeder – verschärfen.

Und so wachsen im Kampf in Rheinhausen Wut und Zweifel. Wut, ja Haß gegen die zynischen Phrasendrescher des Kapitals, die offen erklären, daß „in unserem Wirtschaftssystem“ alles eben so ist, wie es ist: Ohne ausreichenden Profit wird dichtgemacht, ohne Rücksicht auf die arbeitenden Menschen.

Und es wächst der Zweifel: Können wir durchhalten, warum kämpfen andere, die morgen betroffen sind, nicht schon heute mit, warum haben wir den anderen früher, als es noch nicht uns selbst betroffen hatte, nicht tatkräftiger geholfen?

Was tut der DGB, „unsere“ Gewerkschaft?

Angesichts von vielfältigen Solidaritätsadressen von über 2000 Betrieben in Westdeutschland und enormen Geldspenden aus Sammlungen, aber fehlenden *Kampfaktionen* in anderen Betrieben verstärkt sich die Frage: Wozu haben wir eigentlich seit Jahren und Jahrzehnten Mitgliedsbeiträge bezahlt? Doch, um nicht alleine dazustehen, wenn es um Kampf geht, wenn es uns an den Kragen geht.

In Rheinhausen steht der DGB auf dem Prüfstand.

Nicht um die Frage zu entscheiden – um das gleich vorweg klarzustellen – wie er zu einer revolutionären, auf die Zerschlagung dieses Systems und seines Staatsapparates, seiner Armee gerichteten kommunistischen Arbeiterbewegung steht. Denn in dieser Hinsicht hat der DGB auf Kongressen und in Erklärungen ohne Wenn und Aber erklärt, daß er *für* die heutige Gesellschaftsordnung eintritt, für diesen Staat und für die Bundeswehr, von der Polizei ganz zu schweigen. Er hat das durch Gewerkschaftsausschlüsse gegen sogenannte „Linksradikale“ in der Praxis unterstrichen. Nein, der DGB-Apparat ist in Bezug auf eine in der Zukunft liegende revolutionäre Entwicklung in noch viel größerem Umfang eine Waffe der Konterrevolution, ein Mittel, revolutionäre Arbeiter auszuspionieren und zu denunzieren, auszuschließen, dem Kapital für Entlassungen und dem Staat für Gefängnisstrafen etc. freie Hand zu geben.

Das zeigt die ganze Geschichte des DGB seit seiner Gründung. *Einen* „Generalstreik“ gab es: Als der Arbeitgeberpräsident und altgediente SS-Mann Schleyer von der RAF erschossen wurde, da – und nicht wenn ein Arbeiter von der Polizei oder den Nazis umgebracht wird, nicht wenn ein Betrieb plattgemacht wird – ruhte als Akt der Treue zu diesem kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückersystem für einige Minuten die Arbeit in den Betrieben Westdeutschlands.

Aber seien wir ehrlich: Diese auf lange Sicht, in der Perspektive sogar entscheidende Frage der hauptsächlichen Aufgaben des DGB-Apparates und seiner Führung ist heute, im Jahre 1988, für die übergroße Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen *nicht* entscheidend. Für sie ist im Augenblick ausschlaggebend: Was machen die DGB-, die IG-Metall-Führer heute im Tageskampf in Rheinhausen und anderswo, wenn dort Fabriken einfach dichtgemacht werden?

Und trotz einer Fülle negativer Erfahrungen mit dem DGB-Apparat und den Steinkühlern denken viele: „Es kann doch nicht wahr sein, daß ‚unsere‘ eigene Gewerkschaft uns im Kampf in den Rücken fällt. Die Gewerkschaft, das sind doch nicht nur hochkarätige, hochbezahlte Gewerkschaftsfunktionäre, das sind doch Millionen von Mitgliedern.“

Das ist wahr.

Und das muß bedacht werden, denn bei der notwendigen, auch rücksichtslosen Kritik an den Handlungen der DGB-Führer und des DGB-Apparates darf auf keinen Fall herauskommen, daß man die große Mehrheit der Mitglieder gleichsetzte mit dem DGB-Apparat. Das könnte den DGB-Führern so passen.

Aber es muß eine zusätzliche Frage erlaubt sein: Was haben die Millionen von Mitgliedern wirklich im DGB zu sagen? Kaum etwas, vor allem *nichts Entscheidendes*.

4000 Vertrauensleute für Urabstimmung – die Gewerkschaftsführung dagegen

Es gibt *ein* Beispiel, das ist so deutlich, deutlicher geht es nicht mehr. Am 14. 1. 1988 stimmten 4000 Vertrauensleute dafür, die Erhaltung des Stahlstandortes Rheinhausen mit in die Tarifaueinwanderung der Stahlindustrie hineinzunehmen. Damit hätte nach der beantragten Urabstimmung ein massenhafter, alle Stahlbetriebe erfassender, von der Gewerkschaft ganz legal organisierter und bezahlter *Streik* stattfinden können. Das sowieso vordergründige und formale Argument der DGB- und IG-Metall-Führer, sie könnten – leider, leider – kein Geld an die Rheinhausener zahlen, weil deren Streik ja nicht „legal“ sei, wäre dann weggefallen (ja, das sind die angeblich ach so „demokratischen“ Gesetze in der BRD).

Was aber tat die Gewerkschaftsführung? Eiskalt und zynisch wischte sie diesen Beschluß der 4000 Vertrauensleute weg und scherte sich einen Dreck darum. Wer es bisher noch nicht geglaubt hatte, konnte sich nun überzeugen:

Die DGB- und IG-Metall Führer sind ekelhafte Streikverhinderer, Streikbrecher, Heuchler und Lügner. Wer meint, sich auf diese Leute und ihren Apparat verlassen zu können, der ist selber verlassen.

Über einige Ursachen, warum die DGB-Führung und der DGB-Apparat fest in der Hand des Kapitals sind

Die eigene Erfahrung zeigt, daß entgegen allen Erwartungen die ganze Macht des DGB-Apparats ganz und gar *nicht* im Interesse des Arbeitskampfes entfaltet wird. Im Gegenteil. Aber *warum* ist das so? Kann dies nicht geändert werden? Liegt es daran, daß charakterlose

Personen an der Spitze stehen? Müßte man nur andere Personen hinstellen?

Nein, die Dinge haben tiefere Ursachen. Seit den Anfängen der Arbeiterbewegung und der Schaffung eigener Arbeiterorganisationen, der Schaffung von Gewerkschaften bemüht sich das Kapital, innerhalb dieser Gewerkschaften auch „seine Leute“ einzusetzen, womöglich an der Spitze. War das zunächst in der Zeitspanne des aufsteigenden Kapitalismus bis zur Jahrhundertwende nur in geringerem Umfang möglich, so eröffnet die seit dieser Jahrhundertwende entstandene Epoche des *Imperialismus* dem Kapital dafür ganz andere Möglichkeiten: Nicht nur Profit aus der Ausbeutung der „eigenen“ Arbeiter, nein, aus den gigantischen Ausbeutungsmöglichkeiten *anderer* Völker ergibt sich die Möglichkeit, *Extraprofite* in vorher nicht bekannten Ausmaßen herauszupressen.

Einen Teil davon konnte nun dafür verwendet werden, nicht nur einzelne Personen, sondern eine ganze, nicht unerhebliche Schicht der Arbeiterschaft, vor allem die „Aufseher“ und „Unteroffiziere“ in den Betrieben, aber auch Teile der besser qualifizierten Arbeiter deutlich von den untersten Schichten der Arbeiter abzugrenzen, sie zu bevorzugen und mehr oder minder unmerklich an sich zu binden, zu kaufen. Und aus diesen Reihen bildeten sich auch im Rahmen der Gewerkschaften *Bürokraten* (ein von ihnen geleiteter Apparat) heraus, die in engster Absprache und auf ständigen Konferenzen, heute auch im Rahmen von Aufsichtsräten usw. immer fester an das Kapital und seine Interessen gebunden, immer klarer direkt bestochen und gekauft wurden.

Der DGB-Apparat wurde nach 1945 ganz planmäßig zu einer solchen Organisation in den Händen des Kapitals aufgebaut und an sämtlichen Aufbau- und Ausbauplänen des westdeutschen Imperialismus, von der Wiederbewaffnung bis zur Rehabilitierung der Alt-Nazis, beteiligt.

Die Losung von der *Einheit der Arbeiterschaft* muß in unserer heutigen Epoche des Imperialismus eine Einheit ohne und *gegen* diese Schicht der *Arbeiteraristokratie* sein. Es muß eine Einheit der untersten Schichten der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Arbeiterinnen und Arbeiter *aller* Länder gegen das System des Imperialismus in der ganzen Welt sein.

Folgerungen

Was also sollen die gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen tun? Aus den Gewerkschaften austreten? Gar neue gründen? Ohne Gewerkschaften kämpfen? Die Antworten auf diese und ähnliche Fragen sind nicht einfach, sie können auch nicht ein für allemal, für alle Zeit gegeben werden. Aber unserer Meinung nach lassen sich doch einige Ausgangspunkte festhalten:

1. Auf die eigene Kraft vertrauen

In jedem ernsthaften Arbeitskampf können die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nicht auf die DGB-Führung und überhaupt den DGB-Apparat verlassen. Nur wenn sie unabhängig – auch *gegen* die DGB-Führung – im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen, Flugblätter herausgeben, Versammlungen und Demonstrationen, vielfältige zielgerichtete Aktionen durchführen, kann ihr Kampf gewisse Erfolge erzielen.

2. Innerhalb der Gewerkschaften kämpfen

Wir meinen aber auch: Es ist unbedingt nötig, innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen, und zwar vor allem aus zwei Gründen.

Einmal kann, wenn um jeden Zentimeter in der Gewerkschaft gekämpft wird, wenn die DGB-Fürsten die Ohrfeigen der Belegschaften zu spüren bekommen, zusätzlich zu dem selbständigen Kampf auch dieses oder jenes Zugeständnis aus dem DGB-Apparat herausgeholt, erzwungen werden. Je stärker der Kampf, je geringer die Illusionen, desto größer sind hierfür die Erfolgchancen.

Zum anderen aber geht es für die aktiven Kolleginnen und Kollegen gerade darum, innerhalb der Gewerkschaften unter der großen Zahl der einfachen Gewerkschaftsmitglieder (die noch Illusionen in die „Steinkühlers“ haben) Überzeugungsarbeit zu leisten und sie für die energische Unterstützung auch der einfachen Tageskämpfe zu gewinnen und zu mobilisieren.

3. Auch innerhalb der Gewerkschaften mit der Gewerkschaftsführung als Feind rechnen

Beim Kampf konsequenter Gewerkschafter und revolutionärer Kolleginnen und Kollegen wird deutlich werden, daß selbst zarteste Kritik an der käuflichen Qualität von Steinkühler und Konsorten, sei es auch im Rahmen lediglich rein gewerkschaftlicher Interessenvertretung (von revolutionärer Kritik muß gar nicht einmal die Rede sein), zu wütendsten Reaktionen, Diffamierungen, Lügenkampagnen, Ausgrenzungen, Denunziationen und Ausschlüssen führen kann und oft genug dazu geführt hat. (Wenn die in den letzten 20 Jahren aus dem DGB wegen Opposition ausgeschlossenen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen einmal zusammenkämen und über ihre Ausschlüsse allen Gewerkschaftsmitgliedern berichten könnten, wäre so manche Illusion über die „Demokratie“ im DGB verflogen.) Dies vor Augen muß innerhalb des DGB der Kampf prinzipienfest und geschickt, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität, ohne Illusionen in diesen DGB-Apparat geführt werden.

4. Die Grenzen der Tageskämpfe erkennen, vor allem die Kräfte für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution sammeln!

Als Kommunistinnen und Kommunisten arbeiten wir innerhalb der Gewerkschaft, um Seite an Seite mit den Kolleginnen und Kollegen in den Tageskämpfen vor allem die Frage der Revolution und des Kommunismus zu diskutieren und davon zu überzeugen. Der Tageskampf innerhalb dieses kapitalistischen Systems hat seine Grenzen:

Erste Erfolge heute werden morgen direkt oder hintenherum wieder rückgängig gemacht, die allgemeine Verschlechterung der Lage läßt sich auf lange Sicht nur verlangsamen, wenn gekämpft wird, aber nicht stoppen. Daher würde eine Begrenzung nur auf Tageskämpfe oder vor allem auf Tageskämpfe nicht zu wirklichen, langfristigen Erfolgen führen. *Das ganze kapitalistische System*, der Staat als Werkzeug des Kapitals, seine Armee usw. müssen in Frage gestellt, bekämpft, im Bürgerkrieg zerschlagen werden, um eine neue Welt, eine neue Gesellschaft, eine sozialistische Gesellschaft mit

dem Ziel des Kommunismus aufzubauen. Enteignung des Kapitals, diktatorische Unterdrückung des Kapitals und seiner Anhänger, Errichtung der sozialistischen Demokratie – ein solch konsequenter Kampf des Proletariats zur Sprengung des heutigen Systems hat auch in Bezug auf die Tageskämpfe größere Chancen, Zugeständnisse noch innerhalb des kapitalistischen Systems zu erzwingen. Der gewerkschaftliche Kampf allein, der Tageskampf, und sei er noch so konsequent gegen die Verräterei der DGB-Führung gerichtet, kann **grundsätzlich**, so nötig er ist, am kapitalistischen System **nichts** ändern.

Unverändert gilt das Wort von Marx und Engels:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

(Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1848, Werke Band 4, S. 493)

Aus:

„Rheinhausen und der DGB“, Flugblatt Mai 1988 (abgedruckt in: (abgedruckt in „Gegen die Strömung“, Nr. 43, Juli 1988)

Anhang:

Dokumente kämpferischer Arbeiterinnen und Arbeiter

Nachfolgend das im Original wiedergegebene Flugblatt kämpferischer Arbeiterinnen und Arbeiter, darunter vor allem auch Arbeiter von Krupp-Rheinhausen. Daran anschließend drucken wir die Rede ab, die auf der Versammlung am 19. Mai in Rheinhausen *nicht* gehalten werden durfte.

Auch wenn wir nicht unbedingt mit allem übereinstimmen, halten wir eine Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen für sehr wichtig.

Das ist nicht das letzte Wort!

Nach über 5 Monaten eines Kampfes, der die ganze Republik bewegt hat, sind die Vorstände von Krupp und Mannesmann keinen Millimeter von ihren Stilligungsplänen abgerückt. Das Vermittlungsergebnis sieht ein Sterben in Raten vor. Das Kapital und seine Wendepolitiker atmen auf. „Das monatelange, an Krawallen und Rechtsbrüchen reiche Spektakel ist zu Ende“ triumphiert Springers „Welt“. Sie fordern die Rückkehr zu „Vernunft, Recht und Ordnung“. J. Rau schließt sich an, erhofft sich die Wiederherstellung des „sozialen Friedens“ und predigt „neues Vertrauen“ zwischen Arbeit und Kapital.

Jedoch:

- Was ist „vernünftig“ daran, wenn die Erwerbslosigkeit, die soziale Not und der psychische Leidensdruck in Rheinhausen und anderswo jetzt weiter ansteigen sollen?
- Welches Recht ist gemeint, wo vertragsbrüchige und betrügerische Vorstände unbehelligt bleiben?
- Was ist das für eine Ordnung, in der nur wenige, wie die Großaktionäre des Krupp-Konzerns, auf den Knochen der Vielen Milliardenvermögen anhäufen? Wo nur Wenige mit dem Schicksal von Zehntausenden umspringen können, wie es ihnen paßt?

Jede und jeder Einzelne, jede Belegschaft, jede Stadt und jede Gemeinde kann schon morgen an der Reihe sein. Rheinhausen ist überall, und die Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen haben erst begonnen.

Täglich müssen wir uns wehren: Gegen Arbeitsplatzverlust und wachsenden Leistungsdruck, gegen Lohn- und Sozialabbau. Härter wird die Jagd nach den wenigen Lehrstellen und Arbeitsplätzen, die uns noch angeboten werden. Und nichts ist gesichert, auch nicht die dürftigen Zusagen, die von den Konzernvorständen und Politikern mit der Bonner Ruhrgebietskonferenz und dem Vermittlungsergebnis gemacht worden sind.

Ihre Unterschriften sind nichts wert. Wir können nur auf unsere gemeinsame Solidarität bauen. Wir können uns nicht mit der möglichen Ansiedlung einiger Hochtechnologie-Betriebe zufrieden geben, die nur wenige Arbeitsplätze bringen und zu neuen Rationalisierungswellen führen.

Wie wollen kein Sterben auf Raten, weder der Hütte, der Stahlbranche, noch der Gewerkschaften und der Städte und Gemeinden. Rheinhausen hat Maßstäbe gesetzt, wie man sich wehren kann. Darüber darf kein Gras wachsen!

Die Kapitalseite ist hart und kompromißlos. Warum nicht die Verantwortlichen in IG Metall und anderen DGB-Gewerkschaften. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

Alle, die in Rheinhausen und anderswo den Mut nicht sinken lassen, müssen jetzt zusammenstehen.

Nisan Aslan, Mustafa Akorcoy, Hans Batteux (IGM Bochum), Ulrike Behrendt, Hartmut Dicke, Hermann Dirkes (BR Duisburg), Bettina Fahrner (JV Duisburg), Dietmar Hauschke (VKL Krupp-Rheinhausen), Norbert Hinrichs, Manuel Kellner, Wolfgang Kolditz (VK Krupp-Rheinhausen), Herbert Knapp, Martina Sproll (JV Duisburg), Sahset Subasi, Willy Scherer, Dietrich Jobstvogt (VK Witten), Peter Dentgen (VK Krupp-Rheinhausen), Peter Lauff (VK Krupp-Rheinhausen), Rolf Turek (Rentner Rheinhausen)

(Funktionsangaben dienen nur der Kennzeichnung der Person)

Die Unterzeichneten wollten ursprünglich zu einer Protestdemonstration gegen das „Vermittlungsergebnis“ für den 14. Mai aufrufen. Dieser Vorschlag wurde von einer Mehrheit des Bürgerkomitees abgelehnt unter Verweis auf vorgesehene Aktionen am 19. Mai, dem Tag der Aufsichtsratsent-

scheidung selbst. Wir rufen nun dazu auf, den Protest dort zum Ausdruck zu bringen. Das Treffen soll in Rheinhausen am 19. Mai um 17 Uhr und die Kundgebung unter dem Motto „Rheinhausen wird leben – Zukunft für die Stahlregion“ um 19 Uhr stattfinden.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Kolditz, Rheinhausen, Eigendruck im Selbstverlag

Rede, die nicht gehalten werden durfte

Kolleginnen, Kollegen, Bürger und Freunde!

Dies ist ein rabenschwarzer Tag, nicht nur für die Krupp-Belegschaft, nicht nur für Rheinhausen. Heute ist ein schwarzer Tag auch für die Belegschaften aller Stahlbetriebe in der ganzen Bundesrepublik. Und ich gehe noch weiter und sage, ein schwarzer Tag für die abhängig Beschäftigten und ihren DGB insgesamt.

Wir waren angetreten, um die Arbeitsplätze und den Stahlstandort Rheinhausen zu verteidigen. Wir wußten von Anfang an: Es geht nicht nur um 5 000 Arbeitsplätze hier. Es geht um viel mehr, um alles, was dranhängt an diesem Standort, und das sind Zehntausende von Arbeitsplätzen, und das ist die Zukunft unserer Kinder.

Mit der Unterzeichnung – es wird vornehm „Paraphierung“ genannt – der Vereinbarung mit den Vorständen von Krupp und Mannesmann durch den Betriebsrat, ist das Ziel der Verteidigung des Standorts aufgegeben worden.

Der Betriebsrat sagt selbst, daß das eine Niederlage ist. Der Betriebsrat sagt selbst, daß das Ergebnis „nicht akzeptabel“ ist. Nur könnte es durch Kampf nicht mehr verbessert werden.

Kolleginnen, Kollegen, liebe Freunde, unsere Erfahrung in den letzten Monaten ist eine andere. Nur Druck, nur Mobilisierung, nur Kampf konnte irgend etwas bewegen. Doch immer, wenn der Gegner ökonomisch getroffen werden konnte, wurden Streikaktionen beendet.

Man sagt uns, weiterer Kampf könnte das bißchen noch gefährden, was erreicht worden ist. Es ist aber Unsinn, daß irgend etwas erreicht worden wäre. Gar nichts ist erreicht worden. Die sogenannte Zeitschiene paßt den Geschäftsleitungen doch weitgehend in den Kram. Nicht nur weil zur Zeit mit Stahl wieder einmal viel Geld gemacht wird, wir haben eine Zwischenkonjunktur, sondern auch weil der

Ab- und Umbau seine Zeit braucht, und was an Arbeitskräften bleibt, soll dafür weiter ausgequetscht werden. Die „zugesagten“ 1 500 Arbeitsplätze sind ein Witz. Erstens wegen der Menge, 800 neue schaffen hieße das, während 5 000 zerstört werden.

Zweitens weil wir doch wissen, was die Unterschrift dieser sogenannten Herren wert ist. Wenn die Belegschaft zerschlagen und in alle Winde zerstreut wird, können sie tun und lassen, was sie wollen. Wer diese Herren nicht zwingen konnte, den Standort zu erhalten, wird sie auch nicht zwingen, die Zusage der 1 500 Arbeitsplätze einzuhalten.

Drittens verpflichten sich die Herren auch in der Erklärung zu gar nichts. So können die 1 500 Arbeitsplätze auch so entstehen, daß „Dritte“, wie es heißt, „gewonnen“ werden, hier Arbeitsplätze zu schaffen. Das heißt“ jeder Würstchenbudenbesitzer, der einen beschäftigen will, und einen Anruf bei Krupp tätigt, wird von Krupp auf die Liste der 1 500 gesetzt.

Unterm Strich ist nichts geblieben, der großartige Kampf, die Mobilisierung der Bevölkerung, die Solidarität aus allen Ecken der BRD, die war bei diesem Ergebnis für die Katz. Deshalb kann und darf dieses Ergebnis nicht das letzte Wort gewesen sein. Deshalb muß die Perspektive des Kampfes neu aufgerollt werden. Im Endeffekt hätten wir Anfang Dezember schon Ja und Amen sagen können zum Plan der Stahlkapitalisten, Rheinhausen platt zu machen!!

Man hat uns gesagt, die Belegschaft wollte eben nicht mehr kämpfen. Nun, wie sah es denn aus auf der entscheidenden Belegschaftsversammlung am 3. Mai? Die große Mehrheit der über 3 000 Anwesenden hat buchstäblich getobt und gepfiffen, als Manfred Bruckschien ihnen das Ergebnis vortrug.

Karin Benz-Overhage, die das Verhalten der IG-Metall-Führung und das Ergebnis zu rechtfertigen versuchte, kam kaum zu Wort – fünfmal mußte der Versammlungsleiter eingreifen, damit sie überhaupt fertig reden konnte. So groß war die Empörung der Kolleginnen und Kollegen.

Reagiert so eine Belegschaft, die nicht mehr in den Kampf geführt werden kann? Tatsache ist, daß sie deshalb keinen Weg mehr gesehen hat, weil der Betriebsrat in seiner überwiegenden Mehrheit sagte: So, das ist das Ergebnis, wir alle sagen, es ist Scheiße, aber wir sehen keinen Weg, es zu verbessern!!!!!!!

Darum sind die Leute ratlos und verbittert nach Hause gegangen. Das ist die Wahrheit!!!! Und wer behauptet, es wäre anders, der will uns hinters Licht führen.

Bitte bloß keine Schuldzuweisungen, wird nun von vielen so schön gesagt, niemand hat jemandem etwas vorzuwerfen, lassen wir uns nicht auseinanderdividieren. Man sagt uns, wir können erhobenen Hauptes aus diesem Kampf herausgehen. Ich denke aber, der Kopf kann nur erhoben sein, wenn die Wahrheit darin ist, und die Wahrheit ist unsere Stärke. Wir müssen sie sagen, auch wenn sie unangenehm ist. Die Arbeiterbewegung kann nur etwas gewinnen, wenn sie Lehren zieht und wenn sie Roß und Reiter nennt.

Dann muß man aber auch anfangen, die Wahrheit zu sagen über diese SPD und ihren Rau und das, was er uns gebracht hat. Ein Vorsitzender Vogel, der kann in Bonn sagen, er ist für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie, das kostet ihn gar nichts. Johannes Rau hat sich hier doch bloß als Erfüllungsgehilfe des Kapitals betätigt. Hätte er doch dem Krupp-Vorstand Bedingungen gestellt, daß dieser aufhören soll, uns zu belügen und zu bekämpfen, nein, das hat der Rau nicht getan, uns hat er gesagt, wie sollen aufhören zu kämpfen, dann wird er vermitteln. Uns hat er erpreßt.

Und ein Manfred Bruckschen setzt sich ein für den Abbruch des Streiks und behauptet, wenn bei den Verhandlungen nichts herauskommt, werden wir wieder kämpfen. Noch am 1. Mai sagt er öffentlich, man könne noch fünf Monate kämpfen, und eine Schließung des Standortes komme nicht in Frage.

Und dann kommt das Ergebnis der Vermittlung dieses Landesvaters, und was ist es??? Das Ende des Stahlstandortes, der Kniefall vor dem ursprünglichen Plan der Stahlkapitalisten.

Und was sagt Manfred Bruckschen mit der Mehrheit dieses Betriebsrates, der offenbar vor dem vereinten Vorgehen der Stahlkapitalisten und Rau zurückgewichen ist? Er sagt, man könne nichts mehr machen.

Das zweite, und das muß hier in aller Deutlichkeit gesagt werden, das ist die Rolle der IG Metall in dieser Auseinandersetzung. Und wenn ich sage IG Metall, dann meine ich ganz bestimmte Leute, denn die IG Metall, das sind wir alle, das sind die 2,7 Millionen Mitglieder, nicht die Vorstände. Denn gerade eine Reihe von Verantwortlichen in den Vorständen meine ich, die offenbar durchgesetzt

haben, daß Rheinhausen eben nicht tatkräftig unterstützt wurde. Nicht einmal den 1. Mai haben sie nach Rheinhausen gelegt, obwohl die Nazis gedroht haben, sich dieses Feld zu erobern. Nichts hat die IG-Metall-Führung getan, um die Tarifrunde mit der Verteidigung der Stahlstandorte zu verzahnen. Nichts hat sie getan, um die Stahlbelegschaften aller Standorte in einen solidarischen gemeinsamen Kampf zu führen. Eine standortübergreifende Perspektive, die gibt es – das ist das stahlpolitische Programm der IG Metall, von den aktiven Mitgliedern in der Organisation durchgesetzt. Aber es ist Papier geblieben. Nichts ist praktisch durchgesetzt worden, um es in Aktionen umzusetzen. Warum? Weil diese Vorstände sich fürchten, die Verfügungsmacht des Kapitals herauszufordern, und erst recht nicht, um es anzugreifen. Diese Leute vom Apparat haben es sich offenbar so gemütlich eingerichtet in diesem System, daß sie den Sozialpartner, wie das so genannt wird, gar nicht mehr vermissen möchten. Aus alledem müssen Schlüsse gezogen werden. „Jeder stirbt für sich allein“ – das machen wir nicht mehr mit, und ich sage Euch hier und heute im voraus, wir werden immer mehr werden, die das nicht mitmachen. Wir wehren uns dagegen, daß den Kolleginnen und Kollegen an der Basis der Vorwurf gemacht wird: Ihr habt keine Solidarität geübt. Wenn nicht einmal die Verantwortlichen in den DGB-Gewerkschaften und in der IG Metall ihre Pflicht tun.

Unsere Schlüsse müssen sein: Die Neuordnung der Stahlindustrie nach dem Geschmack von Cromme, Kriwet und Co. hat doch erst angefangen.

Schon morgen fällt die Entscheidung über die Schließung von einer oder zwei Warmbreitbandstraßen. Ist es Bochum oder Salzgitter?

Wie lange noch wird Hoesch die Flüssigphase in Dortmund aufrechterhalten?

Wie sicher ist der Edelstahlstandort Witten, wenn Thyssen sein Vormaterial demnächst aus Ruhrort bezieht?

All das zeigt: Nur durch eine standortübergreifende Antwort ist dem Stahlkapital und seinen Plänen beizukommen.

Die IG Metall kann sich kein weiteres Ergebnis wie in Rheinhausen mehr leisten, wenn sie nicht völlig unglaubwürdig werden will.

Eine standortübergreifende Antwort ist notwendig, bei der unsere Interessen den Vorrang haben. Und in diesem Zusammenhang ist das

weitere Schicksal vom Stahlstandort Rheinhausen zu sehen. In diesem Zusammenhang darf erst das letzte Wort über den Fortbestand der Hochöfen gesprochen werden!

Wo kämen wir hin, wenn die Kruppianer sich bis Ende 1990 Stück für Stück demontieren ließen, und andere Standorte in dieser Zeit um ihre Existenz und branchenweite Lösung kämpfen?? Da können wir doch nicht die Hände in den Schoß legen und zuschauen!

Wenn die schönen Losungen von der „Beharrlichkeit der Rheinhausener und von der Macht der Millionen, die gegen die Macht der Millionäre eingesetzt werden soll, überhaupt jemals ernst gemeint waren, dann kommt es jetzt darauf an, zu zeigen, wie ernst es damit überhaupt war.

Die Belegschaft hat nicht diesem Ergebnis zugestimmt. Sie hat darüber nie abgestimmt. Auch der Betriebsrat sagt, es ist unakzeptabel.

Deshalb muß die Mobilisierung weitergehen, in allen denkbaren Formen. Und die Mitglieder der IG Metall müssen dafür sorgen, daß ihre Organisation wieder Kampforganisation wird und kein Busunternehmen und Gesangsverein bleibt. Es dürfen keine Kämpfe mehr nur noch begleitet werden, wie es so schön heißt. Wir werden in Zukunft wissen, wer für uns und wer gegen uns ist in der Organisation.

Wir fordern konkret für die nächste Zeit:

Einberufung einer branchenweiten Vertrauensleutekonferenz!
Neudiskussion des stahlpolitischen Programms unter Einbeziehung der Erfahrungen von Rheinhausen, Hattingen, Oberhausen und der Maxhütte und anderswo. Ausarbeitung eines Aktionsprogramms für die gesamte Stahlindustrie. Rheinhausen ist überall. Der Kampf muß weitergeführt werden für unsere Interessen!

Aus:

„Zum Kampf in Rheinhausen“, „Gegen die Strömung“ Nr. 43, Juli 1988

4.

Zum Kampf gegen den Golfkrieg 1991

Februar 1991

Protest- und Widerstandsaktionen gegen den Krieg im Nahen Osten

Es ist natürlich kein Zufall, daß viele Aktionen, die gegen den Krieg geführt wurden, eher unbekannt blieben. Sie fanden in der Kriegspresse der imperialistischen Medien kaum oder keine Erwähnung. Um so wichtiger wird es sein, den Widerstand umfassend zu dokumentieren. Wir selbst können auch nur schlaglichtartig darauf eingehen:

Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben

Gleich nach Kriegsausbruch kam es zu ersten Aktivitäten in den Betrieben: So legte die Nachtschicht bei „Derndruck“ in Neu-Isenburg gleich nach Bekanntwerden der ersten Bombenangriffe die Arbeit nieder.

Im Laufe der nächsten Tage organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter in den verschiedensten Städten Demonstrationen direkt aus den Betrieben heraus.

Das Vertrauen und das Hoffen auf die DGB-Führung sah sich wieder einmal bitter enttäuscht – nur stellenweise wurde zu fünfminütigen, eher Schweigeaktionen in den Betrieben aufgerufen. In den verschiedenen BMW-Werken nahmen über 60 000 Kolleginnen und Kollegen an dieser fünfminütigen Arbeitsniederlegung teil, bei Audi in Neckarsulm und Ingolstadt über 21 000. Insgesamt beteiligten sich daran mehrere Hunderttausend.

Die Bereitschaft, über diese „Fünfminuten-Aktion“ hinauszugehen, sie auszudehnen, war in der Arbeiterklasse vorhanden. In einigen Betrieben mußte gegen den Widerstand der Kapitalisten, zum Teil gegen den Widerstand der Gewerkschaftsfürsten, eine eigene Belegschaftsversammlung durchgeführt werden.

In Frankfurt weiteten die Arbeiterinnen und Arbeiter von „VDO“ den Widerstand zu neuen und besseren Aktivitäten aus. Sie legten für mehrere Stunden die Arbeit nieder und beteiligten sich an Aktionen auf der Straße. Dabei wurden auch die gerechten Kämpfe des palästinensischen und kurdischen Volkes unterstützt und mit Parolen wie „Deutsche Soldaten – Raus aus Kurdistan“ die Politik des west/deutschen Imperialismus angeprangert.

**Korrespondenz:
Aktionen und Protest von Arbeiterinnen und
Arbeitern in den Betrieben Frankfurts gegen den
Krieg am Golf**

Auch in den Betrieben protestierten in den ersten Tagen nach Beginn des Golfkrieges Kolleginnen und Kollegen gegen diesen Krieg.

In Frankfurt streikten am 17. 1. 91 einige hundert Metallarbeiter von VDO, vor allem türkische und kurdische Kolleginnen und Kollegen.

Ebenfalls streikten am 17. 1. 91 Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Betrieben Schöller, Hartmann & Braun, Derndruck und anderen und zogen vor das Gewerkschaftshaus, um gegen den Krieg zu protestieren.

Bei Derndruck wurde nicht nur die ganze Schicht am 17. 1. 91 bestreikt, sondern auch noch die halbe Tagschicht am 18. 1. 91.

Bei Hartmann & Braun waren die Lehrlinge besonders aktiv am Protest gegen den Krieg beteiligt. Schon morgens am 17. 1. 91, also 6 Stunden nach Beginn der Bombardierungen Bagdads durch die USA, verteilten sie vor dem Betrieb Protestflugblätter gegen den Krieg.

Insgesamt folgten in Frankfurt einige Tausend am 17. 1. und 18. 1. dem Aufruf einiger Gewerkschaften zum Streik und beteiligten sich an den Protestkundgebungen ab 12 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus.

Streiks und Aktionen von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Städten sind uns kaum bekannt. Auch in diesem Fall klappt die Zensur der Medien und der Gewerkschaftspresse gut. Kein Wunder, denn gerade an dem Punkt haben der west/deutsche Imperialismus und seine Arbeiteraristokratie vom DGB besonderes Interesse, die Wahrheit zu vertuschen.

Die Aktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter, insbesondere Streiks, sind eine besonders wirkungsvolle Waffe gegen die Kriegsbeteiligung und -vorbereitung der westdeutschen Imperialisten – deshalb muß natürlich verhindert werden, daß Aktionen bekannt werden, die dann Ansporn sind für andere Betriebe, auch Streiks, Demonstrationen etc. durchzuführen.

Außerdem waren die Streiks am 17. 1. und 18. 1. 1991 seit einigen Jahrzehnten die ersten Streiks aus politischem Anlaß! Das ist ein weiterer zentraler Grund dafür, warum sie weitgehend totgeschwiegen werden. Denn weitet sich die politische Radikalisierung aus, ja würde sich gar der Protest und Widerstand auch immer mehr gegen das ganze System des westdeutschen Imperialismus richten, so wäre die kapitalistische Herrschaft insgesamt in Gefahr. Schon die kleinsten Keime einer solchen Entwicklung spürt die westdeutsche Bourgeoisie und versucht, sie mit den verschiedensten Mitteln zu bekämpfen.

Um so nötiger ist es deshalb, möglichst alle Aktionen, Streiks, und Demonstrationen der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Krieg öffentlich zu machen. Um dies leisten zu können, sind wir dringend auf Informationen angewiesen! Wir können dabei kaum auf die DGB-Presse zurückgreifen, die sich am Totschweigen beteiligt! Deshalb:

Schreibt uns Berichte über Aktionen in und aus den westdeutschen Betrieben gegen den Golfkrieg!

Aus:

„Gegen die Strömung“, Nr. 52, „Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!“, Februar 1991

5.

**Zu den Kämpfen in
der Ex-DDR 1991**

und

**Schlaglichter zu den Kämpfen
1991/92 in Westdeutschland**

März 1991

Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!

Bereits vier Monate nach dem Wahlversprechen „Keinem soll es schlechter gehen“ verschärfen sich die Lebensbedingungen der breiten Massen der Werktätigen in Westdeutschland durch massive Steuererhöhungen. Mindestens 43 Milliarden DM höhere Steuereinnahmen innerhalb von zwei Jahren wird der Staat des west/deutschen Imperialismus durch die Erhöhung der Lohnsteuer, aber auch der Mineralölsteuer haben. Nach der Zahlung von 15 Milliarden DM für die von den US-Imperialisten angeführten Bombardierungen des Irak – eine gigantische Machtdemonstration mit vermutlich über 100 000 Toten auf irakischer Seite in 6 Wochen – sollen ca. 30 Milliarden DM in den Ausbau des Staatsapparates und der Infrastruktur der sogenannten „fünf neuen Bundesländer“ und Westberlins hineingepumpt werden. Noch dramatischer aber als in Westdeutschland spitzt sich die Lage auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu.

In erster Linie sind von der Verschlechterung der Lebensbedingungen die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die anderen Werktätigen eben dieser „fünf neuen Bundesländer“ betroffen – also gerade jene, denen in vollmundigen Versprechungen das Blaue vom Himmel vorgelogen wurde, wenn sie nur für die „Vereinigung“ mit Westdeutschland einträten. „Keinem wird es schlechter gehen“ – diese Wahlparole haben die Arbeiterinnen und Arbeiter der ehemaligen DDR noch in den Ohren, wenn heute ihre Betriebe stillgelegt werden, Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit immer mehr zunehmen und die Zweimillionengrenze längst überschritten haben. Die Lebensbedingungen der

übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der ehemaligen DDR haben sich real verschlechtert und verschlechtern sich in Schüben immer weiter, der nächste große Rückschritt wird die Erhöhung der Mieten sein.

Es sind inzwischen 100 000, die dort die Arbeit niederlegen, ja beginnen, Betriebsgelände zu besetzen und Proteste aller Art gegen die gesamte Art und Weise der Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialismus zu organisieren. Wir kennen die dortige konkrete Lage nicht sehr genau, aber sichtbar wird doch, daß die Zahl derjenigen steigt, die nicht nur die Art und Weise, das Tempo und die Umstände der Einverleibung ablehnen, sondern immer deutlicher einsehen, daß die gesamte Politik der Einverleibung der DDR durch den west/deutschen Imperialismus von vorne bis hinten und von Anfang bis Ende abgelehnt und bekämpft werden muß!

Jedenfalls wird immer deutlicher, daß die große Mehrheit der Bevölkerung der DDR, die im Dezember 1990 noch eindeutig für den „Anschluß“ eintrat, inzwischen nicht mehr jeder Versprechung Bonner Politiker einfach glaubt – zu hart ist die Realität, allzu deutlich und offenkundig der Betrug und die Lüge dieser Politiker des west/deutschen Imperialismus!

Während also momentan die Arbeiterinnen und Arbeiter der „fünf neuen Bundesländer“ in kämpferischen Aktionen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, immer weiter ruhig eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hinzunehmen, wird sich auch die Lage in Westdeutschland nicht so ruhig gestalten, wie sich dies die herrschende Klasse erhofft.

Denn es wird immer klarer, daß der groß versprochene „Aufschwung“ durch die Einverleibung der DDR für die große Masse der Werktätigen nichts weiter als einen „Abschwung“ bedeutet.

Die Erwerbslosigkeit in den „fünf neuen Bundesländern“ drückt direkt und indirekt auch auf die Lebenslage der Arbeiterklasse in Westdeutschland, die wesentlich niedrigeren Löhne in der ehemaligen DDR drücken direkt und indirekt auf das Lohnniveau hier, die Umgehung der Tarifverträge durch eine unübersichtliche Vielzahl von verschiedensten legalen, halblegalen und illegalen Arbeitsverhältnissen nimmt immer groteskere Formen an.

Der „Streit“ zwischen CDU und SPD

Die Kohl-CDU steht in der aktuellen Lage etwas mit dem Rücken zur Wand, da die angekündigte Steuererhöhung die bisherigen Reden und Proklamationen ihrer Spitzenpolitiker als glatte Lüge entlarvt. So stottern die CDU und Herr Kohl etwas, sie hätten die Lage doch „falsch eingeschätzt“ und sich „geirrt“, nun aber wären eben diese Steuererhöhungen „doch nötig“, usw.

Die SPD hingegen argumentiert auf einer Ebene, die prinzipielle Übereinkunft signalisiert: „Natürlich sind Steuererhöhungen nötig“, tönt es von dort, „nur hätte man sie viel früher ankündigen müssen“. Angesichts des ertappten Ober-Lügners Kohl sich im Aufwind wärend, wird bei genauerem Hinsehen klar, daß auch die SPD für das massive Schröpfen der Masse der Werktätigen durch Steuer- und „Abgaben“erhöhungen ist.

Und der DGB?

Ähnliches gilt für die vor allem von der SPD beeinflussten Gewerkschaftsspitzen. Der DGB hat ja in rasantem Tempo den „fünf neuen Bundesländern“ seine Organisation übergestülpt und seine Infrastruktur aufgebaut. Aktuell baut er sie, sich heuchlerisch an die Spitze der Kämpfe stellend, weiter aus. Die *Funktion* dieses rasch errichteten Gewerkschaftsapparates ist es, „organisiert“ die Arbeiterinnen und Arbeiter, die kämpfen wollen, in den Kampf hinein, und dann möglichst rasch und sauber wieder hinauszuführen, damit sich ja keine wirkliche Dynamik, keine wirklich ernsten Kämpfe gegen den privaten Besitz an Produktionsmitteln, gegen den Staat als Instrument des Kapitals, gegen das ganze kapitalistische System entwickeln kann. Das, was sich hier in Westdeutschland schon etliche Male, das letzte Mal drastisch in Rheinhausen bewiesen hat, wird sich auch in den kommenden Kämpfen in den „fünf neuen Bundesländern“ zeigen: Wer den Gewerkschaftsspitzen, ihrem Apparat vertraut, kann nur von einer Niederlage in die nächste Niederlage geraten.

Wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, wirkliche, starke Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter

erfordern, daß – unter Ausnutzung aller innerhalb der Gewerkschaft möglichen Positionen, aber ohne jegliche Illusionen in deren Apparat – eigenständige Organisationsstrukturen im Kampf und für den Kampf geschaffen werden.

Die ekelhaften SED/PDS-Revisionisten

Die PDS ist die Partei, die sich heute in der DDR gerne als „Opposition“ darstellt. Sie spekuliert dabei auf das kurze Gedächtnis der Menschen:

Ist denn wirklich schon vergessen, daß die PDS seit ihrer Umbenennung immer *für* die Vereinigung von BRD und DDR eingetreten ist, daß sie stets nur die *Art und Weise*, das eingeschlagene *Tempo* usw., nie aber die Einverleibung selbst kritisiert hat?!

Ist denn schon vergessen, daß unter der SED/PDS Honeckers alles andere als ein wirklich anziehendes, überlegenes sozialistisches System existierte?! Daß gerade die Revisionisten in der SED die ersten positiven Ansätze hin zu einem Sozialismus in der sowjetischen Besatzungszone und in den ersten Jahren der DDR zunichte machten, daß die systematische *Ruinierung der Ideale des Sozialismus*, der sozialistischen Demokratie, der Idee der Diktatur des Proletariats über Kapitalistenklasse und Reaktion erst die kampflose „Übergabe“ der auch ökonomisch völlig heruntergewirtschafteten DDR an den westdeutschen Imperialismus ermöglicht hat?!

Die Demoralisierung der breiten Massen der Werktätigen in der ehemaligen DDR, die fehlende Bereitschaft, Imperialismus *und* Opportunismus wirklich den Krieg zu erklären – das ist ein Produkt der SED/PDS, ihres korrupten revisionistischen Apparats.

Nur *ohne und gegen diese Verräter am Sozialismus* können die Ideale der Kommunistischen Partei, die Ideale von Marx und Engels, die Ideale der sozialistischen Oktoberrevolution, Lenins und Stalins verteidigt, nur ohne und gegen diese Heuchler kann wirklich revolutionär gegen die Einverleibung durch den westdeutschen Imperialismus gekämpft werden!

Über die Perspektiven des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse in Westdeutschland, Westberlin und in den „fünf neuen Bundesländern“

Innerhalb der Gewerkschaften des DGB sind nun schon weitgehend Arbeiterinnen und Arbeiter und die Angestellten aus Westdeutschland, Westberlin und der ehemaligen DDR gemeinsam organisiert. Auf Kongressen, Tagungen, Schulungen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen verschiedenster Art werden Kontakte hergestellt, Diskussionen geführt, wird gestritten und debattiert, aber auch schon so manches „Bündnis der Basis“ gegen die „Creme“ des DGB und der Einzelgewerkschaften geschlossen.

In den kommenden Tageskämpfen wird das Gebot der *gegenseitigen Solidarität* der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland, in Westberlin und in der ehemaligen DDR zu einem wesentlichen Prüfstein werden.

In den letzten Monaten war zu beobachten, daß die Funktionäre des DGB, der IG Metall, der IG Chemie usw. als getreue Diener und im selben kolonialistischen Stil ihrer Herren innerhalb der ehemaligen DDR „die Dinge in die Hand nahmen“. Jede mehr oder minder selbständige Regung der gewerkschaftlichen Kräfte in den „fünf neuen Bundesländern“ wurde rasch neutralisiert, unterdrückt oder kanalisiert.

Für die fortschrittlichen, wirklich demokratischen und revolutionären Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Westdeutschland war von Anfang an klar, daß sämtliche Proteste gegen diese „Einverleibungsgewerkschafter“ aus Westdeutschland seitens der Kolleginnen und Kollegen der DDR mehr als berechtigt waren.

Bei der notwendigen Unterstützung der Kämpfe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durch die Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland muß in der heutigen Situation im Vordergrund stehen, daß nur eine *revolutionäre Perspektive*, nur der Kampf um wirklich sozialistische Verhältnisse einen Ausweg aus der heutigen Situation,

einen Ausweg aus der gesetzmäßigen Verschlechterung der Lebenslage bietet.

Dabei müssen wir als westdeutsche Marxisten-Leninisten gegen jegliche Mentalität der Bevormundung oder gar der Einverleibung der revolutionären, am Kommunismus orientierten Kräfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ankämpfen, müssen wir die solidarische Diskussion über die gegenwärtige und zukünftig nötige und mögliche Zusammenarbeit suchen.

Aus:

„Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!“, Flugblatt März 1991 (abgedruckt in: „Flugblätter von ‚Gegen die Strömung‘ 1991/1992“)

1. Mai 1992

Die Arbeiterklasse und die anderen Werk­tätigen in Westdeutschland kämpfen gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lage!⁷

Einige Schlaglichter aus den letzten Monaten

★ Die Konzentration des Kapitals in Westdeutschland schreitet immer weiter voran. Der Krupp-Konzern schluckt den Hoesch-Konzern. Gegen die damit verbundene Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen kämpften die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet:

18 000 Stahlarbeiter protestierten in Dortmund, Tausende von Hoesch-Beschäftigten demonstrierten im Oktober 1991 in Dortmund und Siegen gegen die geplanten Entlassungen. 15 000 Hoesch-Stahlarbeiter protestierten auf einer Betriebsversammlung im Dezember 1991 gegen die geplante Vernichtung von Arbeitsplätzen.

★ 50 000 Stahlarbeiter traten im Dezember 1991 in verschiedenen Regionen – in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen – in den Warnstreik. Insgesamt an 28 Stahlstandorten legten Stahlarbeiter die Arbeit nieder, um höhere Löhne zu erkämpfen.

★ Insgesamt 135 000 Bergarbeiter gingen am 27.9.91 in verschiedenen Städten z. B. Dortmund, Gelsenkirchen, Duisburg und Recklinghausen auf die Straße, um gegen die ersatzlose Vernichtung von Arbeitsplätzen zu demonstrieren.

⁷ Der hier nicht abgedruckte Hauptteil dieses Flugblatt-Textes wurde aus der Resolution der 1. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ „Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus“, GDS Nr. 48, Februar 1990 übernommen.

★ Bergarbeiter der Zeche Sophia Jacoba im Aachener Revier in Nordrhein-Westfalen kämpften im Oktober/November 1991 gegen die Schließung der Zeche, gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. Mehr als 450 Bergleute befanden sich eine Woche lang unter Tage und verweigerten die Ausfahrt aus der Grube. Nach zweiwöchiger Unterbrechung haben die Bergleute ihren Kampf wieder aufgenommen, doch die Schließung der Grube steht bevor.

★ Mehrere hundert Bergleute legten im Oktober 1991 den Berufsverkehr in Saarbrücken aus Protest gegen die Kürzung der Kohlesubventionen lahm, durch die von den 19 200 Beschäftigten der Saarbergwerke 4 200 ihre Arbeitsplätze bis 1995 verlieren werden.

★ In Saarbrücken demonstrierten Ende Oktober 1991 10 000 Bergleute gegen die systematische Vernichtung ihrer Arbeitsplätze in der Kohleindustrie.

★ Einige hundert Granit-Arbeiter aus Bayern haben den längsten Streik in der Geschichte Westdeutschlands durchgeführt. Sie kämpften vor allem gegen die Kürzung ihrer Akkordlöhne um 30%. Am 10. 4. 1992 brachen sie ihren Streik nach 302 Tagen ab.

★ 650 Arbeiterinnen und Arbeiter der Adler-Werke Frankfurt/Main (Elektroindustrie) blockierten im Oktober 1991 nach einer Betriebsversammlung eine viel befahrene Straße aus Protest gegen die drohende Schließung des Betriebes.

★ Die Beschäftigten von AEG/Olympia in Wilhelmshaven – im Besitz von Daimler-Benz – nehmen die Vernichtung von 2 700 Arbeitsplätzen durch Schließung des Werkes nicht einfach hin. Mit verschiedenen Aktionen kämpften sie bisher dagegen:

Mit Sonderzügen und Bussen fuhren mehr als 1 000 Kolleginnen und Kollegen nach Stuttgart zum Sitz von Daimler-Benz und nach Frankfurt zur AEG, um gegen die Schließung zu protestieren. Mehr als 1 500 Kolleginnen und Kollegen fuhren im Autokonvoi nach Bremen zum Mercedes-Werk, um dort zu demonstrieren.

★ Im Rahmen der Tarifaueinandersetzungen gab es im Februar und März 1992 breite Streikaktionen im Bankgewerbe. In Frankfurt, Metropole des west/deutschen Finanzkapitals und anderen Großstädten wurden eine Vielzahl von Geldinstituten zumindest zeitweise in ihren Geschäften empfindlich gestört.

★ Schließlich sind jetzt erstmals seit 18 Jahren breitangelegte Streiks im Öffentlichen Dienst sowie bei Bahn und Post angelaufen, um gegen die unverschämte Lohnraubpolitik zu protestieren.

Die vielfältigen Streikaktionen und ihre Auswirkungen lassen erahnen, welch eine Kraft die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in Westdeutschland darstellen werden, wenn sie sich erst einmal zu einem geschlossenen Kampf unter revolutionärer Führung erhoben haben!

Aus:

„Die Arbeiterklasse in Westdeutschland wird sich nicht mit dem kapitalistischen System abfinden!“, Flugblatt 1. Mai 1992 (abgedruckt in: „Flugblätter von ‚Gegen die Strömung‘ 1991/1992“)

6.

Zum Kampf gegen die geplante Einführung von Lohnkürzung im Krankheitsfall und zum ÖTV-Streik 1992

Juli 1992

Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!

Angesichts der geplanten Einführung eines „Karenztages“ war die Empörung insbesondere bei den Mitgliedern der IG Metall so groß, daß es schon zu Warnstreiks von erheblichem Umfang kam. Die Kapitalisten ihrerseits testen, wie weit sie gehen können. Und die DGB-Fürsten spielen wieder einmal das Spiel, das sie letztmalig beim großen ÖTV-Streik vor drei Monaten vorexerziert hatten: Sich an die Spitze der Bewegung stellen, um kämpferische Entwicklungen der Arbeiterinnen und Arbeiter abzuwürgen!

Die Angriffe des west/deutschen Imperialismus auf die Lebenslage der Werktätigen zurückschlagen!

Die west/deutschen Imperialisten haben auf breiter Front eine Offensive auf die Lebenslage aller Werktätigen in West/deutschland gestartet. Getrieben von ihrem Streben nach Maximalprofit versuchen sie, unter dem Druck der vermehrten Konkurrenz ihrer imperialistischen Rivalen, weitere Finanzmittel für ihre Projekte aus den Werktätigen herauszupressen. Um ihre Einverleibung der DDR zu finanzieren, um genügend Mittel für die Eroberung der osteuropäischen Länder und für ihre Vorbereitungen auf großangelegte militärische Aggressionen zu haben, brauchen sie Geld.

Zusätzlich zur verstärkten Ausbeutung durch Intensivierung und Rationalisierung der Produktion sollen vermehrt sogenannte „soziale Leistungen“ – die in Wirklichkeit durch Kämpfe der Arbeiterbewegung den Kapitalisten abgerungene Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft sind – abgebaut werden. In der Krankenversicherung soll die sogenannte „Selbstbeteiligung“ der Kranken erhöht werden, um die „Lohnnebenkosten“ der Kapitalisten zu senken. Eine Pflege-

versicherung soll eingeführt werden, die nach Möglichkeit allein auf Kosten der Werktätigen geht. Und der letzte unverschämte Angriff ist die geplante Einführung des sogenannten Karenztages – nichts anderes als eine direkte Lohnkürzung im Krankheitsfall und eine Erpressung, trotz Krankheit arbeiten zu gehen!

Zudem galoppieren die Preise und Mieten davon. Mehr als Grund genug für die Arbeiterinnen und Arbeiter, um in machtvollen Streik-kämpfen, in gemeinsamen Kampfaktionen die Angriffe auf ihre ökonomische Lage zurückzuschlagen!

Und so war denn auch die Bereitschaft in den Betrieben während der Tarifeininandersetzungen dieses Frühjahrs groß, die Forderungen durch Streiks zu bekräftigen und durchzusetzen. Die großen Streiks im Öffentlichen Dienst, bei den Eisenbahnern und Postlern, die Warnstreiks der Metaller und der Kolleginnen und Kollegen der IG Medien hätten ein großartiger Auftakt sein können – wären sie nicht von den DGB-Fürsten abgewürgt worden.

Sowohl die Kapitalisten, als auch die DGB-Fürsten fürchteten die von solchen Streikaktionen ausgehende Mobilisierung. Viele Kolleginnen und Kollegen spürten das erste Mal, daß sie nicht ohnmächtig sind, daß sie eine Macht darstellen, wenn sie gemeinsam kämpfen! Und sie haben teils zum ersten, teils zum wiederholten Male erfahren, daß sie verlassen sind, wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer verlassen!

Lehren aus dem ÖTV-Streik

Nachdem im Februar bereits die Bankangestellten durch ihre Warnstreiks gezeigt hatten, daß die Werktätigen nicht mehr bereit sind, den alljährlichen Lohnraub geduldig zu ertragen, war es im April dieses Jahres dann endlich soweit: Zum ersten Mal seit 18 Jahren traten die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, bei der Post und bei der Bahn in den Streik! Mit überwältigender Mehrheit von teilweise über 90 % sprachen sich die Kolleginnen und Kollegen für den Streikkampf aus.

Die Mobilisierung war enorm. Die Gewerkschaftsführung, die eher an eine Politik der Nadelstiche dachte, wurde von der Initiative und dem Elan an der Basis überrascht: Weit mehr Beschäftigte als die Gewerkschaftsfürsten geplant hatten, beteiligten sich bei Post, Bahn,

öffentlichem Nahverkehr, bei Müllabfuhr und Stadtreinigung, in Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Schulen an den Aktionen und schlossen sich spontan dem Arbeitskampf an. Am elften Streiktag waren 435 000 Beschäftigte im Ausstand!

Hinzu kamen die Warnstreiks in der Metallindustrie und im Druckgewerbe, an denen sich an manchen Tagen 220 000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten.

In dieser Situation befürchteten die Gewerkschaftsfürsten, daß ihnen die Situation entgleiten, sie die Streikenden nicht mehr kontrollieren könnten – der Streik wurde ausgesetzt!

Stationen des Verrats der Gewerkschaftsführung

- Wurden die Arbeiteraristokraten in der Gewerkschaftsführung zunächst von der breiten Mobilisierung und den spontanen Kampfaktionen überrascht, verstanden sie es doch, sich jeweils an die Spitze der Kämpfe zu setzen, um ihnen den Schwung zu nehmen. Systematisch wurden die Aktionen zwischendurch wieder ausgesetzt, um die Luft rauszulassen. „Schwerpunktstreiks“ nannten sie das.

- Das Aussetzen des gesamten Streiks bereits vor der Durchführung einer Urabstimmung war der entscheidende Schlag gegen die Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter und der anderen Werk tätigen: das mobilisierende Element des gemeinsamen Kampfes, der Solidarität, des Gefühls der eigenen Kraft wurde planmäßig abgewürgt!

- Schließlich das Ergebnis der Urabstimmung, in der mit Mehrheit das Verhandlungsergebnis der Gewerkschaftsführung abgelehnt und die Fortführung des Streiks beschlossen wurde! Doch Wulf-Mathies und Konsorten spekulierten auf die Wirkung ihrer Demoralisierungskampagne und behielten recht: Obwohl sich die Gewerkschaftsführung über das Ergebnis der Urabstimmung hinwegsetzte und den Streik für beendet erklärte, kam es nicht zu wirkungsvollen Protestaktionen aus den Betrieben, die Streiks flammten nicht wieder auf.

- Gekrönt wurde das Schauspiel dann noch durch die Wiederwahl der ÖTV-Vorsitzenden auf dem Gewerkschaftskongreß im Juni in Nürnberg: Nicht etwa, daß sich Frau Wulf-Mathies die eine oder andere Krokodilsträne abdrückte und der Form halber in Selbstkritik

übte angesichts des empörenden undemokratischen Coups. Weit gefehlt! Sie bedauerte lediglich, daß die Abwiegelei und Demoralisierung der Kämpfenden nicht geschickt genug angepackt wurde:

„Da ist psychologisch vieles falsch gelaufen. Die Streikenden fielen praktisch ohne Übergang zu schnell aus dem Machtgefühl eines erfolgreichen Streiks in ihren Arbeitsalltag zurück.“

(FR, 19.6.92, S. 4)

Zu schnell ging er also und so ohne Übergang – der Verrat der Gewerkschaftsführung, so daß sich die eine oder andere Kollegin, dieser oder jener Kollege, das vielleicht merkt fürs nächste Mal...

Wie den Kampf richtig führen?

Die Erfahrung, wie die Gewerkschaftsfürsten den Streik im Frühjahr abgewürgt haben, hat wieder einmal deutlich gezeigt, daß sich die Kolleginnen und Kollegen nicht auf diese Arbeiterbürokraten verlassen dürfen.

★ Sie müssen sich selbständig, ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, organisieren, eigenständige Streikleitungen aus den kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus ihrer Mitte bilden.

★ Es gilt, konsequent zu kämpfen, zu streiken. Betriebe müssen besetzt werden, um wirklichen Druck zu erzeugen, um dem Kapital wirkliche Schläge zu versetzen.

★ Alle Spaltungsversuche der Kapitalisten und Gewerkschaftsfürsten müssen angeprangert und entschieden zurückgewiesen werden. Es ist notwendig, daß deutsche und Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind kämpfen, daß Verbindungen zu anderen Betrieben aufgenommen werden.

★ Es muß gleichzeitig ein Kampf um die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen geführt werden, gegen die Politik der Klassenversöhnung, des Reformismus und der Staatsgläubigkeit.

Ein solcher von Arbeiterbürokraten gereinigter, von Klassenversöhnung freier und militanter Kampf darf sich nicht nur auf die tagtäglichen Probleme bei der Arbeit im Betrieb beschränken, sondern muß sich insgesamt gegen das Kapital, seine Parteien und seinen Staat richten!

Die ökonomischen Kämpfe der Werktätigen – nur ein erster Schritt!

Ging es in den Streiks im Frühjahr in erster Linie um Lohnforderungen, so sind die Warnstreiks der letzten Tage gegen die Pläne zur Einführung von Karenztagen zunehmend politischer: richten sie sich doch gegen die Interessengemeinschaft der Kapitalisten und ihrer Politiker. In diesen Kämpfen kann der Boden bereitet werden für die Erkenntnis, daß der west/deutsche Staatsapparat nicht eine über den Klassen stehende Institution ist, sondern ausführendes Organ der herrschenden Imperialisten.

Doch reichen diese Kämpfe, reicht diese Erkenntnis? Wo sind die Streikkämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter, wo ihr Protest, wenn es um zunehmende Faschisierung des Staatsapparates, um Bürgerkriegsmanöver der Polizei, um rassistische Hetze und Verfolgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden geht? Wo sind die Streikkämpfe gegen die auf Hochtouren laufenden Kriegsvorbereitungen der west/deutschen Imperialisten?

Die fortschrittliche Jugendbewegung und die Arbeiterbewegung müssen gemeinsam kämpfen!

Der Protest gegen die zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte, gegen Nazi-Aktionen, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, gegen Bundeswehr und Polizeistaat regt sich überwiegend unter den Jugendlichen. Hier gibt es örtliche Initiativen und Gruppen, die den Widerstand gegen Nazis und die Unterstützung der Asylsuchenden organisieren. Von ihnen werden Aktionen und Demonstrationen gegen Bürgerkriegsmanöver der Polizei und zunehmende Faschisierung durchgeführt. Unter ihnen gibt es Solidaritätsgruppen zur Unterstützung unterdrückter Völker, usw.

Doch so wichtig und richtig all diese Aktionen sind, so eingengt ist leider oftmals der politische Horizont dieser Gruppen. Die Aufgabe, sich eng mit der Arbeiterbewegung zu verbinden, wird oftmals direkt abgelehnt. Vielen Jugendlichen fehlt die Einsicht in die Stärke und Macht einer fortschrittlichen, einer revolutionären Arbeiterbe-

wegung. Das Bemühen, fortschrittliche Kräfte in den Betrieben zu suchen, ist dieser Jugendbewegung fremd.

Der Zusammenhang zwischen Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb mit Rassismus und Nazismus, zwischen Polizeistaat und Kriegsvorbereitung und dem Streben der Imperialisten nach größtmöglichem Profit wird nicht zugespitzt auf die Aufgabe, die Arbeiterklasse zum Kampf, zum Bürgerkrieg, zur sozialistischen Revolution zu mobilisieren.

Kampf im Betrieb und auf der Straße! Tod dem west/deutschen Imperialismus!

Fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, in den existierenden oppositionellen Gewerkschaftsgruppen fehlt andererseits oft die Bereitschaft, ihren Kampf mit den großen politischen Fragen des Kampfes gegen den west/deutschen Imperialismus praktisch zu verbinden.

Wenn die Arbeiterbewegung über die rein ökonomischen Fragen hinausgeht, sich den großen politischen Fragen des Kampfes gegen den west/deutschen Imperialismus zuwendet, wenn die Jugendlichen in den verschiedenen fortschrittlichen Initiativen erkennen, daß nur das Proletariat berechtigten Forderungen die nötige Kraft und Macht verleihen kann, erst dann wird eine Bewegung entstehen, die einen wirkungsvollen Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus führen kann.

Es ist die Aufgabe der kommunistischen Kräfte, der Kommunistischen Partei, diese Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und fortschrittlicher Jugendbewegung unablässig zu propagieren, aufzuzeigen, daß all die Einzelfragen des Kampfes erst gelöst werden können im Kampf zum Sturz des west/deutschen Imperialismus, zur Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats!

Aus:

„Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!“, Flugblatt, Juli 1992 (abgedruckt in: „Flugblätter von ‚Gegen die Strömung‘ 1991/1992“)

1. Mai 1993

Aus den Betrieben selbst wird sich der Widerstand entwickeln!

- *Während international der west/deutsche Imperialismus die Ausplünderung der unterdrückten Völker der Welt forciert,*
 - *während in Osteuropa der west/deutsche Imperialismus von der Aufhetzung zu nationalistischen kriegerischen Konflikten vor allem in der Ex-Sowjetunion und in Ex-Jugoslawien direkt und indirekt profitiert,*
 - *während der Einsatz der Bundeswehr auf internationaler Ebene Schritt für Schritt propagiert und ausgeweitet wird,*
 - *während innerhalb Westdeutschlands und auf dem Gebiet der Ex-DDR Tag für Tag staatlicher Terror, Abschiebungen, Verhaftungen von Flüchtlingen auf der Tagesordnung stehen und die nazistischen Anschläge ohne Unterbrechung weitergehen,*
- während also auf allen Gebieten der west/deutsche Imperialismus auf dem Vormarsch ist, verschlechtert sich auch die soziale Lage der breiten Masse der Werktätigen, verschärft sich deren Ausbeutung!*

Die Verschlechterung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter, der großen Masse aller Werktätigen wird durch ein Zusammenspiel von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen forciert:

- auf alle Arbeiterinnen und Arbeiter drückt die Last zunehmender Erwerbslosigkeit, von Massenentlassungen, Stilllegungen und Kurzarbeit,
- zunehmende Inflation und direkter Lohnabbau verschlechtern die materielle Lage,
- staatliche Auspressung durch Steuererhöhungen, Abbau von sozialen Leistungen, Kürzungen von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe tun ein übriges.

Die Folgen der sich immer deutlicher abzeichnenden ökonomischen Krise, die staatlichen Kosten des Einverleibungsprozesses der DDR und für die Vorbereitung der weiteren Expansion des west/deutschen Imperialismus sollen abgewälzt werden auf den Rücken der Masse der Werktätigen – das ist der erklärte Wille der west/deutschen Monopolbourgeoisie und ihrer Politiker. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sollen selbst die Kosten für Rationalisierung und Modernisierung, sprich: für verstärkte Ausbeutung, tragen, um ihren Ausbeutern eine bessere Position im Kampf mit ihren imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu verschaffen!

Die Masse der Werktätigen selbst soll die Kosten für die weitere Aufrüstung und Kriegsvorbereitung tragen, für die Schlachtbank, auf der sie den Profitinteressen des west/deutschen Monopolkapitals geopfert werden!

Dagegen regt sich zu Recht Widerstand in den Betrieben, Empörung wird laut, immer offensichtlicher wird es, daß das „soziale“ an der immer wieder in den höchsten Tönen gelobten und beschworenen „sozialen Marktwirtschaft“ nichts weiter als Makulatur war und ist, nur dazu dient, die wirklichen Verhältnisse zu verhüllen, damit nicht erkannt wird, was sie wirklich sind: **Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse.**

Kämpfe in den Betrieben der letzten Monate

Nicht alle Streiks und anderen Kämpfe in den Betrieben erhalten eine „große Presse“. Viele Aktionen bleiben unbekannt, werden bewußt verschwiegen. Wenn man sich nur auf ein, zwei offizielle Medien stützt, entsteht ein völlig falsches Bild der Kämpfe in Westdeutschland, Westberlin und in der Ex-DDR.

Nötiger denn je sind wir daher auf Korrespondenzen angewiesen! Schickt uns Berichte, Betriebszeitungen und Flugblätter von Streiks und Aktionen in den Betrieben! Schreibt uns über verräterische Auftritte der Gewerkschaftsfürsten und anderen Arbeiteraristokraten! Berichtet uns von gewerkschaftsoppositionellen Aktivitäten!

Im folgenden nur eine Auswahl aus uns bekannten Aktionen.

★ **2 500 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Krupp-Werken**, Krupp-Maschinenteknik, Krupp-Verkehrstechnik, Krupp-Widia, Krupp-Industrietechnik Rheinhausen, demonstrierten am 15. 9. 92 gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung in diesen Betrieben. Als Krupp-Vorstands-Chef

Cromme mit leerem Gerede beruhigen wollte, gab es Proteste und Pfiffe. Die Polizei hatte während der Demonstrationen ein **größeres Aufgebot an Bereitschaftspolizei in den Seitenstraßen** aufgeföhren (Nachrichten aus Stahl- und Metallindustrie, AG Stahl- und Metallindustrie, 25. 9. 92).

★ Die Arbeiter des **Stahlwerks Maxhütte** (Oberpfalz) legten am 1. 10. 92 für mehrere Stunden die Arbeit nieder und forderten, über die zukünftigen Pläne, über Arbeitsplatzvernichtung u. a. informiert zu werden (SZ, 2. 10. 92).

★ **2 300 Kolleginnen und Kollegen streikten** vorübergehend im **Stuttgarter Porsche-Werk** gegen die dort geplante Arbeitsplatzvernichtung von 1 850 der 8 000 Stellen (SZ, 7. 10. 92).

★ Gegen die Pläne des west/deutschen Staates zu Tariföffnungsklauseln (Bezahlung unter Tarifabschluß), Streichung von Feiertagen, Einführung von Karenztagen etc. **demonstrierten am 20. 10. 92 in Kassel** mit mehreren Kundgebungen u. a. vor dem Thyssen-Henschel-Werk mehr als **3 700 Werkstätige** (FR, 21. 10. 92).

★ **2 500 Stahlarbeiter der Maxhütte** aus dem oberpfälzischen Sulzbach-Rosenberg **demonstrierten** in Oberammergau gegen den geplanten Verlust ihrer Arbeitsplätze vor dem Haus des bayrischen Ministerpräsidenten Streibl (SZ, 26. 10. 92).

★ Rund **9 000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Kasseler Volkswagen-Werks streikten** am 28. 10. 92 eine Stunde gegen die obengenannten Pläne des westdeutschen Staates (FR, 29. 10. 92).

★ Über **5 000 Postler** im Raum **Frankfurt protestierten** am 19. und 20. November 1992 mit einem halbstündigen Streik gegen das neue „Briefkonzept“ (Arbeitsplatzvernichtung durch weitere Automatisierung). Die Post, die mindestens 20 000 Stellen streichen will, bezeichnete die Aktion als illegal (FR, 21. 11. 92).

★ Mehrere hundert Beschäftigte der **Krupp Industrietechnik Duisburg** demonstrierten vor den Werkstoren für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze (SZ 03. 12. 92).

★ Gegen Arbeitsplatzvernichtung protestierten vor dem Tor 2 der **BASF** am 2. 12. 92 über hundert von Entlassung bedrohte Beschäftigte der BASF Magnetics (MM, 3. 12. 92).

★ **Mehrere tausend Werftarbeiter** demonstrierten am 7. 12. 92 in **Emden** gegen die immer weiter voranschreitende Vernichtung der Arbeitsplätze in der Schiffsbauindustrie (FR, 8. 12. 92).

★ Mit spontanen Versammlungen vor der Kantine von **Bremen-Klöckner** protestierten Hunderte von Stahlarbeitern gegen die geplante Stilllegung der Klöckner-Hütte (MM, 12./13. 12. 92).

★ **1500** Kolleginnen und Kollegen aus vielen Industriebetrieben haben am 19. 12. 92 in **Schweinfurt** gegen die geplante Vernichtung von 2500 Arbeitsplätzen in der Metallindustrie 1993 demonstriert (SZ, 21. 12. 92).

Gegen die drohenden Betriebsstillegungen bei Krupp-Hoesch in Duisburg-Rheinhausen, Siegen und Hagen

Gegen die geplanten Betriebsschließungen in der Stahlindustrie beim Krupp-Hoesch Konzern in Duisburg-Rheinhausen, Siegen und Hagen entwickeln sich Kämpfe aus den Betrieben, vielfältige Widerstandsaktionen.

Warnstreiks

Seit Februar 1993 gab es in den drei Stahlstandorten mehrere Warnstreiks, so u. a. in Siegen am 18. 2. 93, in Duisburg-Rheinhausen am 9. 3. 93. Den ausgedehntesten Warnstreik gab es im März in den 22 Standorten des Krupp-Hoesch-Konzerns in West/Deutschland. Die 30 000 Stahlarbeiter des Krupp-Hoesch-Konzerns legten für einen Tag die Arbeit nieder. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen den drohenden Abbau von 50 000 Arbeitsplätzen im gesamten Stahlbereich und die geplanten Betriebsstillegungen (SZ 05. 03. 93).

Demonstrationen, Straßenblockaden

Es verging im Ruhrgebiet seit dem Februar 1993 fast keine Woche ohne Demonstrationen oder Straßenblockaden, als bekannt wurde, daß die Stahlwerke in Duisburg-Rheinhausen, in Hagen und Siegen stillgelegt werden sollen. Insgesamt gingen bis heute Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße, demonstrierten allein 80 000 in Bonn (taz, 27. 3. 93).

Zwei Demonstrationen mit gleichzeitigen Straßenblockaden waren herausragend:

★ In Dortmund und Duisburg demonstrierten am 17. 2. 93 40 000 Kolleginnen und Kollegen von Krupp-Hoesch. Mehrere Bundesstraßen wurden 12 Stunden lang blockiert (FR, 18. 2. 93).

★ Zwischen Siegen und Hagen trafen sich am 24. 2. 93 1 500 Kollegen von Krupp-Hoesch auf der Autobahn A 45 und blockierten diese mit

Bussen einige Minuten lang. Die Polizei drohte auf Handzetteln mit Strafanzeige und setzte über 250 Polizisten ein, konnte aber die Blockade nicht verhindern (Metall, 5. 3. 93).

Der Kampf gegen den Bruch des Tarifvertrags in der Metall- und Stahlindustrie der Ex-DDR

Am 18. Februar begann die west/deutsche Bourgeoisie mit dem Bruch der Tarifverträge für die Metallindustrie in der Ex-DDR, zuerst für Sachsen, inzwischen für alle „neuen Bundesländer“. Am 1. April wurden auch die Tarifverträge für die Stahlindustrie der Ex-DDR gekündigt. Statt 26 bzw. 20% wollen die Kapitalisten ab April '93 nur 9% mehr Lohn in der Metall- und Stahlindustrie zahlen. Diese weitere Verschärfung der Ausbeutung ließen sich die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht gefallen, es entwickelte sich ein breiter Widerstand aus den Betrieben, der sich auch gegen weitere Betriebsstillegungen und Entlassungen, insgesamt gegen die immer weiter vorangetriebene Verschlechterung der Lebenslage in der Ex-DDR richtet.

Demonstrationen und Straßenblockaden

Schon Tage vor dem 18. Februar gingen Tausende Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter auf die Straße, um gegen die drohende Kündigung des Metalltarifvertrags zu protestieren:

In Mecklenburg-Vorpommern waren am 2. Februar 3 000 Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter auf der Straße, in Dresden am 9. Februar 1 800, in Weimar (Thüringen) am 9. Februar 9 000 „Gegen Tarifbruch – für Arbeitsplätze“, in Magdeburg demonstrierten am 10. Februar über 20 000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen, die aus Solidarität mit 26 Sonderbussen angereist kamen. Am 10. Februar gab es in Halle eine Demonstration mit 2 500 Metallarbeiterinnen und Metallarbeitern, in Eisenhüttenstadt gingen am 12. Februar 6 000 auf die Straße (*Metall*, 19. 2. / 5. 3. 93), in Leipzig demonstrierten 15 000 unter dem Motto „Uns reicht's“ (*FR*, 16. 3. 93), in Chemnitz demonstrierten am 17. Februar 20 000 vor dem Arbeitsamt (*taz*, 19. 2. 93) etc.

Zunehmend werden auch **Straßenblockaden** durchgeführt, z. B. blockierten 250 Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter am 26. 2. 93 die Bundesstraße 6 bei Wurzen (Sachsen-Anhalt) eine halbe Stunde lang (*FR*, 26. 2. 93). In Dresden blockierten am 24. Februar 1 200 Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter Kreuzungen in der Innenstadt.

Vom 15. bis 24. März wurde die „*Woche der Unruhe*“ durchgeführt. Es gab Demonstrationen am 17. 3. 93 u. a. in Dessau, Oschersleben, Magdeburg, Schönebeck mit Kundgebungen. In Schwerin stoppten Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter Straßenbahnen und Busse (SZ, 18. 3. 93).

Warnstreiks

Im April werden zunehmend Warnstreiks als Kampfmittel eingesetzt. Am 2. April kämpften Metall- und Stahlarbeiter aus der Ex-DDR gemeinsam mit einem Warnstreik gegen die Kündigung der Tarifverträge. Von den 400 000 Beschäftigten in der Metallindustrie und den 20 000 Beschäftigten im Stahlbereich der Ex-DDR streikten 100 000 Kolleginnen und Kollegen (SZ, 2. 4. 93). Am 3. April wurden die Warnstreiks von mehr als 20 000 Beschäftigten in 50 Betrieben fortgesetzt (SZ, 3. 4. 93).



Die zur Zeit überall aufbrechenden Kämpfe in den Betrieben, sei es in Rheinhausen, in Dortmund, Hagen, sei es in den Städten in der Ex-DDR richten sich vordergründig zunächst gegen Rationalisierung, Arbeitsplatzabbau und Betriebsstillegungen.

Das wird von den Gewerkschaftsfürsten aufgegriffen, um erst einmal „Dampf abzulassen“. Doch drohen die Kämpfe radikaler zu werden, militanter – dann sind sie schnell dabei, abzuwiegeln, abzuwürgen und eine größere Perspektive des Kampfes im Keim zu erstickern.

Die Abwiegelei der DGB-Fürsten

Zur Bekämpfung spontaner Widerstandsaktionen in den Betrieben, vor allem wenn sie ohne oder gar gegen die Kommandos der Gewerkschaftsführung laufen, wenn sie aus dem Ruder zu laufen drohen, spielt die Abwiegelei der DGB-Fürsten eine entscheidende Rolle. Im Gesamtkonzept der west/deutschen Imperialisten, ein Aufbegehren der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Masse der Werktätigen überhaupt zu verhindern und zu unterdrücken, haben die Gewerkschaftsfürsten und Arbeiteraristokraten ideologisch und praktisch ein ganz zentrales Gewicht:

Sie „begründen“ die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen mit deutsch-nationalistischen Argumenten, rufen zu Opfern für

ein vorgebliches „Gemeinwohl“ auf⁸ und versuchen gar, die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Kriegshetze aufzustacheln!

Neben dieser Aufgabe, die Ideologie, die Gedanken der Herrschenden in West/deutschland in die Köpfe der Werktätigen zu tragen, haben sie aber durch den in ihren Händen befindlichen gewaltigen Gewerkschaftsapparat höchst praktische Möglichkeiten, Resignation und Enttäuschung in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Durch den ganzen technischen Apparat, durch ihre finanziellen Mittel, durch ihre Verbindungen und ihr Netz von berufsmäßigen Gewerkschaftsführern gelingt es ihnen immer wieder, sich in den Arbeitskämpfen nach Belieben an die Spitze zu setzen und sie wie auf Knopfdruck wieder abzuschalten, wenn es den Herren opportun erscheint.

Dieses grausame Spielchen spielen sie immer wieder, Jahr für Jahr wird es in verschiedenen Varianten wiederholt – erinnert sei nur an die Streikkämpfe im Öffentlichen Dienst im April letzten Jahres.

Dieses „Spielchen“ dient einmal natürlich dazu, „Dampf abzulassen“, damit die Empörung und die Wut der Kolleginnen und Kollegen nicht so groß werden, daß sie außer Kontrolle geraten.

Viel wichtiger aber und dauerhafter ist die demoralisierende Wirkung. Ein Gefühl der Ohnmacht und Enttäuschung wird verbreitet! So werden gerade die kämpferischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich noch keine eigenen Kampforganisationen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geschaffen haben, zermürbt, fertiggemacht und von künftigen Kämpfen abgehalten!

⁸ Steinkühler, dieser Handlanger der west/deutschen Imperialisten, auf die Frage eines Journalisten:

„Aber Opfer müßten auch die Arbeitnehmer bringen?“

Ja, natürlich. Von den jetzigen Transfers in den Osten erbringen die Arbeitnehmer schon rund zwei Drittel. Wir haben den Solidaritätszuschlag gehabt, wir haben dafür plüdiert, ihn nicht auszusetzen. Wir können uns vorstellen, daß Steuererhöhungen notwendig sind.“

(IG-Metall-Chef Steinkühler am 15. 11. 92 in der FAZ)

Das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter entsteht nicht spontan

Doch bei allem Betrug und aller Abwiegelei bestehen die Ursachen für Unzufriedenheit, Empörung und Widerstandsaktionen in den Betrieben weiter fort, Ausbeutung und Unterdrückung können durch Demagogie und Lügen eben nur zeitweise verhüllt werden.

Daher werden auch in den nächsten Monaten die Streiks und Demonstrationen noch zunehmen, werden sich die Auseinandersetzungen und Kämpfe noch verschärfen angesichts der ungeheuerlichen Raubzüge des west/deutschen Kapitals gegen die breite Masse der Werktätigen.

Die in diesen Kämpfen gesammelten Erfahrungen sind wichtig, unverzichtbar, ja wesentlich für die weitere Entwicklung der Kämpfe in West/deutschland. In diesen Kämpfen wächst die Erfahrung, daß den Arbeiterinnen und Arbeitern nichts geschenkt wird, daß alles, was sie erreichen, den Kapitalisten abgetrotzt werden muß. Es wächst die Erkenntnis, daß der Staatsapparat nicht über den Klassen steht, sondern im Interesse der Besitzer der Fabriken und Banken arbeitet.

In diesen spontanen Kämpfen entsteht die Keimform des Bewußtseins über die Möglichkeiten und Aufgaben der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter, des Proletariats – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Denn spontan setzt sich immer wieder die herrschende Ideologie, die Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie durch, vergiftet die Köpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter. Lenin setzte sich bereits 1902 in seiner Schrift „Was tun?“ grundsätzlich mit dieser Frage auseinander:

„Warum aber, wird der Leser fragen, führt die spontane Bewegung, die Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstands gerade zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über *unvergleichlich* mehr Mittel der Verbreitung verfügt.“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 397)

Und so gelingt es gerade der west/deutschen Bourgeoisie, die zu einer der erfahrensten Bourgeoisien der Welt zählt, was die allseitige ideologische Knechtung des Proletariats und der werktätigen Massen betrifft, immer wieder, die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre berechtigten ökonomischen Interessen zu kanalisieren, nutzbar zu machen für die Interessen der west/deutschen Imperialisten. So versuchen sie beispielsweise zur Zeit, die Empörung und die Kämpfe gegen die Stahlkapitalisten umzubiegen zu einem Kampf gegen die internationalen Konkurrenten des west/deutschen Imperialismus, gegen Billigimporte usw.

Um nicht nur den einen oder anderen Kampf im Betrieb, um nicht nur den einen oder anderen regionalen oder auch landesweiten Streik erfolgreich zu bestreiten, um an die Wurzel des ganzen Übels zu gehen, um das kapitalistische Gesellschaftssystem, die Herrschaft des west/deutschen Imperialismus zu stürzen, dazu bedarf es mehr als nur der Erfahrung aus den spontanen Kämpfen.

Dazu bedarf es eines Bewußtseins über die Rolle und die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, eines Bewußtseins, welches nötig ist, um sich mit dem internationalen Proletariat und den unterdrückten Völkern zusammenzuschließen, die anderen werktätigen Schichten in den Kampf zu führen, sich zum bewaffneten Kampf zu erheben und den Staats- und Militärapparat zu zerschlagen, um den Sieg in der proletarischen, der sozialistischen Revolution zu erringen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Dazu bedarf es des *proletarischen Klassenbewußtseins*.

Doch dieses Bewußtsein entsteht eben nicht in den spontanen Kämpfen in den Betrieben und kann es auch gar nicht. Warum?

„Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen.“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 436)

Um die gesamte Gesellschaft umzuwälzen, um die eigene Herrschaft zu errichten, reicht es eben nicht, nur die eigene Klasse zu

kennen. Die Analyse sämtlicher Klassen und Schichten der heutigen Gesellschaft, ihre Wechselbeziehungen, die Kenntnis ihrer Stellung im Klassenkampf ist eben nötig, um Freund und Feind, potentielle Bündnispartner und potentielle Gegner zu erkennen und dementsprechend den eigenen Kampf darauf auszurichten.

Doch erschöpfen sich die Quellen für das proletarische Klassenbewußtsein nicht in der Analyse der Situation der Klassenbeziehungen im eigenen Land. Hinzu kommt die Einschätzung der internationalen Beziehungen der Klassen, die Kenntnis der internationalen Verflechtung sowohl der Kräfte der Revolution als auch der Kräfte der Konterrevolution. Der reiche Erfahrungsschatz der Kämpfe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker gegen die einheimischen Herren und die imperialistischen Mächte sind ebenfalls eine unverzichtbare Quelle des proletarischen Klassenbewußtseins.

Und schließlich zählen nicht nur die heutigen Erfahrungen und Kämpfe, sondern auch die der Kämpfe von Generationen von Arbeiterinnen und Arbeitern, ihrer Siege und Niederlagen. Ja letztendlich gehört die Kenntnis aller Klassenkämpfe der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker in allen Gesellschaftsordnungen zu den Grundlagen des proletarischen Klassenbewußtseins.

Das *proletarische Klassenbewußtsein beruht eben auf der Kenntnis des Marxismus-Leninismus*, des wissenschaftlichen Sozialismus, der die Gesamtheit der Erfahrungen der Klassenkämpfe ausgewertet und verallgemeinert hat.

Daher kann das proletarische Klassenbewußtsein nicht spontan entstehen, kann nicht hervorgehen aus der bloßen Erfahrung des ökonomischen Kampfes zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern einerseits und den Kapitalisten andererseits.

Dieses Bewußtsein kann nur geschaffen werden durch die erziehende und organisierende Arbeit einer Kommunistischen Partei, die – gewappnet mit dem Marxismus-Leninismus und dem Geist des proletarischen Internationalismus – die Linie der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution hineinträgt in die tagtäglichen Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/deutschland!

Unsere Aufgabe, die Aufgabe aller revolutionären und kommunistischen Kräfte ist es, in diese Kämpfe einzugreifen, praktische Un-

terstützung zu leisten und über den wirklichen Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der sozialen Lage und der Politik des west/deutschen Imperialismus zu diskutieren, in den Betrieben die zielklarsten und konsequentesten gewerkschaftsoppositionellen Kräfte zusammenzuschließen und in die Diskussion über den Aufbau einer wirklichen kommunistischen Partei einzubeziehen.

Der 1. Mai – Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter in der ganzen Welt!

International ziehen düstere Wolken am Horizont herauf. Den Imperialisten und ihren reaktionären Helfershelfern überall in der Welt gelingt es immer noch mehr, die Völker gegeneinander aufzuhetzen. Den revolutionären Bewegungen gegen den Weltimperialismus werden tagtäglich schwere Schläge versetzt.

In dieser Situation ist es um so wichtiger zu begreifen, daß nicht nur die reaktionären Ausbeuter des „eigenen Landes“ Teil einer internationalen konterrevolutionären, imperialistischen Kraft sind. Herausgestellt und propagiert werden muß vielmehr auch, daß auf der anderen Seite jeder einzelne revolutionäre Kampf in der ganzen Welt Teil des weltweiten Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion, gegen das vorherrschende kapitalistische Weltsystem und alle feudalen Überreste ist, Teil des Kampfes für sozialistische Ziele, für den Kommunismus auf der ganzen Welt.

Aus:

„Aus den Betrieben selbst wird sich der Widerstand entwickeln!“, Flugblatt, Mai 1993 (abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1993–1994“ von „Gegen die Strömung“, April 1995)

7.

Zum Kampf in Bischofferode 1993

August 1993

Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der Ex-DDR unterstützen!

Der bisher heftigste und mit am längsten andauernde Arbeitskampf gegen die quasi kolonialistischen Methoden der west/deutschen Imperialisten in der Ex-DDR zeichnet sich dadurch aus, daß er nicht unter der Regie der reaktionären DGB-Führung steht. Im Gegenteil – die „zuständige“ Führung der IG Bergbau und Energie mit ihrem Vorsitzenden Berger ist den Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in den Rücken gefallen und hat sich eindeutig und direkt gegen ihren Kampf ausgesprochen! Auch die sich zuspitzenden Formen des Kampfes wie Betriebsbesetzung und Hungerstreik, die bereits den Rahmen der üblichen Protestformen verlassen haben, weisen auf die große Bedeutung dieses Kampfes hin. Schließlich signalisiert die Aufforderung der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen von Bischofferode, sie durch Aktionen in anderen Betrieben zu unterstützen, auch den west/deutschen Imperialisten, daß es um mehr geht – und um noch mehr gehen kann – als um das unmittelbar anvisierte Kampfziel, die Arbeitsplätze in der Kali-Grube in Bischofferode zu erhalten bzw. wirkliche Garantien für andere, gleichwertige Arbeitsplätze zu erkämpfen.

Die Politik der Ausschaltung der „Konkurrenz“

Das Beispiel Bischofferode zeigt deutlich, mit welchen Methoden der west/deutsche Imperialismus den Prozeß der vollständigen Einverleibung der Ex-DDR immer mehr vorantreibt: die ökonomische Struktur der ehemaligen DDR wurde ohne Rücksicht auf die in den Betrieben beschäftigten Werktätigen weitgehend liquidiert. Die „Filetstücke“, die profitablen Betriebe wurden bereits in den ersten

Monaten verscherbelt, während für die „Abwicklung“ der großen Masse der Betriebe eigens die „Treuhand“ geschaffen wurde, die darüber zu wachen hat, daß die Betriebe der Ex-DDR im Interesse der west/deutschen Monopolkapitalisten „rationalisiert“ oder plattgemacht werden.

„Keinem wird es schlechter gehen“ – diese vollmundige Lüge des Bundeskanzlers und der anderen Politiker des west/deutschen Imperialismus klingt nicht nur den selbst nach offiziellen Statistiken weit über eine Million erwerbslos gewordenen Kolleginnen und Kollegen wie eine Verhöhnung in den Ohren.

Die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Ex-DDR – deren Zahl weit höher liegt als die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, Schätzungen gehen bis zu einem Drittel der Arbeitsplätze – folgt der Logik des auf Profitmaximierung ausgerichteten Kapitalismus: „der Stärkere setzt sich durch, ist im Recht, macht die Kleineren, die Schwächeren platt!“

Im konkreten Fall in Bischofferode geht es um einen Deal, wie lästige Konkurrenz für den Chemie-Riesen und IG-Farben-Nachfolger BASF ausgeschaltet werden soll. Mit der Schließung der Bischofferoder Kali-Grube nach Fusion mit der BASF-eigenen Kali+Salz aus Kassel soll den Konkurrenten der BASF auf dem Weltmarkt für Düngemittel ein Rohstofflieferant entzogen werden.

Daß die Schließung ihrer Grube einzig und allein den Konzernen in Westdeutschland dient, haben die Kumpel in Bischofferode genau nachgewiesen. Und das macht die politische Dimension dieses Kampfes aus. Über den Kampf für den Erhalt der eigenen Arbeitsplätze hinaus wird damit ein Punkt berührt, der die gesamte Einverleibungspolitik des west/deutschen Imperialismus betrifft, die er unter dem Namen der „Wiedervereinigung Deutschlands“ verkauft.

Streiflichter zum Kampf der Kolleginnen und Kollegen der Kali-Mine „Thomas Müntzer“ in Bischofferode

★ Die Kali-Mine „Thomas Müntzer“

Vor der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus arbeiteten 1900 Werk­tätige in dem nordthüringischen Berg-

baubetrieb: Kumpel, die in die Grube einführen, Verwaltungsangestellte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sozialeinrichtungen wie Kantine, Krankenstation und Betriebskindergarten. Mittlerweile sind von diesen 1900 Arbeitsplätzen nur noch 700 übriggeblieben, um deren Erhalt der Kampf geführt wird. Die Förderleistung wurde allerdings beibehalten, was anschaulich die Verschärfung der Ausbeutung illustriert.

In Bischofferode wird Kali gefördert, ein Salz, das als Rohstoff für die Düngemittelproduktion dient. Kunden der Kalimine „Thomas Müntzer“ sind vor allem westeuropäische Konkurrenten der BASF. Die Kalivorkommen in Bischofferode reichen nach Berechnungen noch für 40 Jahre, bis sie erschöpft sind.

★ Die Lage im „Eichsfeld“

Die Region „Eichsfeld“, zu der Bischofferode gehört, war zu DDR-Zeiten eine wichtige Industrieregion, von der vier Jahre nach der Wende außer der Kaligrube praktisch nichts mehr übrig geblieben ist. Eine benachbarte Spinnerei, in der früher 4 500 Arbeiterinnen beschäftigt waren, wurde beispielsweise geschlossen. Ebenso wurde ein Zementwerk von dem westdeutschen Baukonzern Dyckerhoff aufgekauft, die Produktion drastisch heruntergefahren, ein Großteil der Belegschaft entlassen. Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei über 20 % in der Region, nach Angaben eines Betriebsrates aus Bischofferode aber bei über 50 %. Von 22 000 Arbeitsplätzen in der Kali-Industrie im Südharz vor 3 Jahren sind heute nur noch die 700 in Bischofferode geblieben.

★ Die Lage der Kali-Kumpel

In der Kali-Mine „Thomas Müntzer“ sind 10 % der Beschäftigten Frauen. Kolleginnen oder Kollegen aus anderen Herkunftsländern arbeiten dort nicht. Die Tariflöhne liegen zwischen 1 800,- DM und 2 600,- DM brutto. Die Lebensmittelpreise liegen auf dem Westniveau, die Mieten wurden seit der Wende um ca. 700 % erhöht. Eine Familie mit zwei Kindern bezahlt ca. 400,- DM Miete. Bei einem ersten Streik 1989 konnte von den Kumpels eine Lohnerhöhung von 400,- Mark durchgesetzt werden, das waren 100,- Mark mehr als in den übrigen Kalibergwerken in Thüringen. An diesen Erfolg erinnern sich die Kumpel in ihrem heutigen Kampf.

★ **Der Kampf der Kali-Kumpel**

Seit Anfang April halten die Kumpel die Kali-Mine besetzt, die Geschäftsleitung wird nicht mehr auf das Betriebsgelände gelassen. Die Produktion läuft – bis auf einen kurzen Streik an Ostern – weiter. Seit der Zustimmung der Bundesregierung zum bisher geheimgehaltenen Fusionsvertrag mit der Kali+Salz aus Kassel Anfang Juni befinden sich Kolleginnen und Kollegen im Hungerstreik, zeitweise bis zu 40 gleichzeitig. Ebenfalls Anfang Juli fuhren Ehefrauen der Kumpel in die Grube ein und hielten den Schacht besetzt. Trotz Zuckerbrot und Peitsche – vollmundige Versprechungen auf Ersatzarbeitsplätze einerseits und Drohungen, die Mine sofort und nicht erst zum 31. 12. 93 zu schließen anderseits – bleiben die Kolleginnen und Kollegen konsequent und halten den Betrieb weiter besetzt.

★ **Die Verräter der IG Bergbau und Energie**

Eine Besonderheit des Kampfes in Bischofferode ist die Tatsache, daß er ohne und gegen die „zuständige“ Gewerkschaftsführung durchgeführt wird. Öffentlich hetzt der Gewerkschaftsvorsitzende Berger gegen den Kampf in Bischofferode, in großformatigen Anzeigen in mehreren Tageszeitungen fordert die IGBE zum sofortigen Abbruch des Hungerstreiks auf – unisono mit Treuhand-Breuel und den Politikern des west/deutschen Imperialismus in Bonn!

★ **Wie die Kali-Kumpel mit Spitzeln umgehen**

Bei den Protestaktionen der Kumpel aus Bischofferode vor der Treuhandzentrale in Berlin mischten sich zivile Polizeibeamte als Provokateure unter die Demonstranten. Als ihre wahre Identität bekannt wurde, bekamen sie die Fäuste der Kollegen zu spüren! Ähnlich erging es zwei Spitzelkollegen bei einer Demonstration vor dem Erfurter Landtag, auch sie wurden im wahrsten Sinne des Wortes in die Flucht geschlagen. Der Staatsapparat reagierte mit Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags, drei Verfahren mußten mittlerweile eingestellt werden, gegen einen Kumpel läuft noch ein Verfahren wegen schwerer Körperverletzung. Kommentar einiger Kollegen vor dem Tor der Kali-Mine: „*Das ist wie bei der Stasi, nur daß die heute bessere Kameras haben und uns nicht aus dem Betrieb zerren!*“

★ Solidarität!

Bisher erreichten die Kolleginnen und Kollegen weit über 500 Gruß- und Solidaritätsadressen aus dem In- und Ausland. Über 150 000 DM Geldspenden zur Unterstützung des Kampfes gingen ein, davon allein 10 000 DM von den Kolleginnen und Kollegen aus Rheinhausen. Übrigbleibende Gelder sollen zur Unterstützung anderer Streikkämpfe zur Verfügung gestellt werden. Täglich kommen Besucher aus anderen Betrieben der Ex-DDR, aus Westdeutschland und Westberlin und aus dem Ausland, um ihre Solidarität zu bekunden. Aber auch die Kolleginnen und Kollegen aus Bischofferode beteiligen sich an Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben, so etwa bei einem Besuch bei den streikenden Werftarbeitern in Rostock. Stark betonen die Kumpels von Bischofferode die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten anderer Betriebe. „*Wir wollen nicht gegen andere ausgespielt werden*“, sagen sie und lehnen beispielsweise eine Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen auf Kosten anderer Kolleginnen und Kollegen ab. Eng arbeiten sie mit der Belegschaft der ebenfalls von Stilllegung bedrohten Kugellagerfabrik in Zella-Mehlis zusammen. Die Bedeutung ihres Kampfes stellt ein Betriebsratsmitglied heraus: „*Wir kämpfen hier stellvertretend für die Gesamtbevölkerung in den fünf neuen Ländern*.“

Zeigt Eure Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen von Bischofferode!

Die falschen Freunde entlarven und bekämpfen!

Die Vorstellung bei vielen Arbeiterinnen und Arbeitern, bei einer großen Zahl der Werktätigen in der Ex-DDR, daß die Ersetzung des DDR-Lügengebäudes – das sich zum Schein „sozialistisch“ nannte und doch nur eine schlechte Kopie des westlichen Kapitalismus darstellte – durch das kapitalistische Original der westdeutschen „Marktwirtschaft“ eine Besserung bringen würde, diese Vorstellung bricht unter dem Eindruck der mittlerweile gemachten Erfahrungen immer mehr zusammen. Der – fälschlicherweise gewährte – Vertrauensvorschuß für die Politiker des west/deutschen Imperialismus bewegt sich gegen Null.

Aber wie immer in solchen Situationen, in denen sich meist eine bestimmte Abteilung von Politikern des west/deutschen Imperialismus verbraucht hat, sich bloßgestellt hat und unglaubwürdig geworden ist, stehen schon deren Kollegen von der anderen Abteilung, professionelle „Arbeiterfreunde“ und Abwiegler bereit, die sich in zugespitzten Situationen zumindest als das „kleinere Übel“ präsentieren.

Und so sind natürlich auch in Bischofferode schon irgendwelche SPD-Politiker zur Stelle, die sich gegenüber den abgehalfterten CDU-Politikern zu profilieren versuchen – gefolgt vor allem auch von den revisionistischen Spitzenpolitikern der SED/PDS, die ja entscheidende Weichen für die „Wiedervereinigung Deutschlands“ gestellt hatten und jetzt unschuldig flöten, daß sie es „so nicht gewollt hätten“ und eine „wirkliche Marktwirtschaft“ einfordern.

Selbst die Nazis glauben eine Chance zu wittern, um ihre braune Suppe am Feuer des Kampfes der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode kochen zu können. Doch es gehört zu den wichtigen positiven Aspekten dieses Kampfes, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter klargemacht haben, daß sie die Nazi-Banden sofort und ohne jeden Kompromiß verjagen werden: „Rechte lassen wir hier nicht rein“ erklärt die Arbeiterin am Werkstor, die die Besucher kontrolliert.

Ausgehend von ihrem eigenen Kampf, gestützt auf die eigenen Kräfte und mit dem Ziel der Ausweitung des Kampfes auf andere Betriebe, gelang es den Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode – ähnlich den Kämpfen in Rheinhausen vor einigen Jahren – die verfluchte Philosophie der „Sozialpartnerschaft“, sprich: Klassenzusammenarbeit, in Frage zu stellen. Ohne und sogar gegen die „zuständigen“ DGB-Fürsten haben sie ihre Interessen im Tageskampf in ihre eigenen Hände genommen.

Aber ähnlich wie in Rheinhausen ist auch heute wieder die Gefahr groß, daß die sich selbst als „linkeste“ darstellende Abteilung des west/deutschen Imperialismus, die schwankenden oder schließlich gekauften Funktionäre des DGB auf mittlerer oder unterer Ebene ihre schädliche Rolle spielen. Ihre Aufgabe: den Kampf in den Sumpf und in die Resignation zu führen.

Um so wichtiger ist es, in den nächsten Wochen und Monaten in möglichst vielen Betrieben der Ex-DDR, Westberlins und West-

deutschlands sowie in anderen Ländern Solidarität mit dem Kampf in Bischofferode zu demonstrieren und praktische Unterstützung zu leisten.

Tricks und Methoden der west/deutschen Imperialisten

Und ebenso wichtig ist es, aus den bisherigen Kämpfen in den Betrieben, aus den Kämpfen gegen den west/deutschen Imperialismus zu lernen, gerade auch zu studieren, mit welchen Tricks und Methoden es den Kapitalisten und all ihren Helfershelfern aus Politik, Gewerkschaft und Medien bisher immer wieder gelang, den Kampfgeist zu brechen, Kämpfe, Streiks und Betriebsbesetzungen abzuwürgen.

All die herausragenden Kämpfe – von den Werftbesetzungen in Bremen bis zu den Kämpfen in Rheinhausen – haben gezeigt, daß eines der wichtigsten Mittel der west/deutschen Imperialisten die geheuchelte „Sympathie“ der Zeitungen und Zeitschriften, von Radio und Fernsehen war. Eine „Sympathie“, die dann urplötzlich abgestellt, durch direkte Lügenpropaganda und Hetze ersetzt wurde.

Dieser plötzliche Umschwung traf die Kolleginnen und Kollegen, die in einem Teil der Medienvertreter wohlwollende Sympathisanten sahen und sich ein solches Maß an Niedertracht nicht vorstellen konnten, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Folge war eine Atmosphäre der Resignation, eine Atmosphäre, in der dann ein weiteres Instrument aus dem Arsenal der west/deutschen Imperialisten zum Zuge kam: Spaltungsmanöver durch „Kompromiß“angebote, Abfindungen für einige wenige usw.

Als drittes wesentliches Mittel, das aber nicht an die große Glocke gehängt wurde, kam dann die großzügige Bestechung einiger, oftmals bis dahin anerkannter Anführer der Kämpfe hinzu. Ihren Auftraggebern treu ergeben, spielten diese dann die Rolle der Totengräber der Kämpfe, mit der „weisen“ Offenbarung auf den Lippen „Vertraut uns, wir wissen, mehr ist nicht drin!“.

Das Wissen um diese Kampfmethoden der west/deutschen Imperialisten – je nach Lage kombiniert mit dem Einsatz brutaler Polizeigewalt – ist notwendig, um die jetzigen und die noch anstehenden Kämpfe erfolgreicher durchführen zu können.

Der notwendige Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Perspektive des weiteren Kampfes

Natürlich ist der Kampf in Bischofferode, sind die Kämpfe wie in Rheinhausen oder auf den Bremer Werften lediglich Tageskämpfe, ökonomische Kämpfe zur unmittelbaren Abwehr der Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterinnen und Arbeiter, der ausgebeuteten Werktätigen.

Natürlich sind die Methoden des Kampfes in einem Betrieb, der dichtgemacht werden soll, beschränkt, können sich Kampfformen wie Streiks, die die Kapitalisten durch Produktionsausfall empfindlich treffen sollen, in einer solchen Situation als stumpfe Waffe erweisen. Den Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode ist es gelungen, in dieser Situation Kampfformen zu finden, die ihren Kampfzielen weite Publizität und Aufmerksamkeit gebracht haben.

Und natürlich gibt es bei diesen Kämpfen das Dilemma, daß der Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze gleichzeitig den Erhalt der Ausbeutung bedeutet, sich darum dreht, welcher Kapitalist nun die Arbeiterin und den Arbeiter weiter ausbeuten darf.

Nichtsdestotrotz ist dieser Kampf notwendig, dient er der Sicherung wenigstens eines Minimums der Existenzbedingungen, die gleichzeitig auch die Bedingungen für den weiteren Kampf darstellen. Doch zeigt dieses Dilemma eben die Notwendigkeit einer weiteren Perspektive des Kampfes auf, eines Kampfes, der sich gegen die Wurzel des Übels richtet, gegen die Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung, von Erwerbslosigkeit und Elend, die Ursache für Knechtung anderer Völker und imperialistische Raubkriege. Eines Kampfes, der sich gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem selbst richtet.

Ein wichtiger Aspekt der Kämpfe in Bischofferode muß unbedingt noch erwähnt werden: Die Kämpfe richten sich nicht nur gegen die Folgen der Einverleibung der Ex-DDR durch den westdeutschen Imperialismus, sondern objektiv auch gegen die Einverleibung selbst. Die Entwicklungen der nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob sich diese Kämpfe zu einem Zündfunken für einen Flächenbrand allgemeiner Unzufriedenheit in der Ex-DDR entwickeln

können, ob gar Kämpfe entstehen werden, die sich bewußt den Kampf gegen die Einverleibung der Ex-DDR auf ihre Fahnen schreiben werden.



Wir wissen wohl, welchen Schaden und welche Schande diejenigen Leute, die sich zum Schein „Kommunisten“ und „Sozialisten“ nannten, den grundlegenden Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus zugefügt haben – gerade in der Ex-DDR.

Um so notwendiger ist es, die Frage klar zu stellen:

Für eine Reform des Kapitalismus oder für den revolutionären Sturz des Kapitalismus?

Wir sagen klar: Für den Sturz des west/deutschen Imperialismus, für den Sturz der Bourgeoisie und ihres kapitalistischen Ausbeutungssystems!

Statt der hinter einer verlogenen bürgerlich-parlamentarischen Maske verborgenen Diktatur der Herren der Banken und der Industrie, der Diktatur des Finanzkapitals, proklamieren wir offen und ehrlich die Diktatur der Arbeiterinnen und Arbeiter über die verschwindend geringe Minderheit der Ausbeuter und imperialistischen Kriegstreiber. Nur auf dieser Basis läßt sich eine wirklich sozialistische Demokratie für die breiten Massen der Werktätigen schaffen.

Für die unerbittliche Diktatur des Proletariats, die hervorgeht aus der sozialistischen Revolution der breiten Massen der Werktätigen, geführt von der bewußten und organisierten Arbeiterklasse.

Das Ziel kann nicht die Rückkehr zu den verlogenen Verhältnissen der revisionistischen DDR unter der Führung der SED sein, die – nach einigen hoffnungsvollen Anfangsjahren – Sozialismus nur noch in Worten verbreitet hat. In Wirklichkeit wurde ein verschleieter Kapitalismus praktiziert. Es gab keinerlei sozialistische Demokratie, keinerlei Diktatur des Proletariats, die Staatsgeschäfte lagen eben nicht in den Händen der Arbeiterklasse. Unsere Ziele sind die unverfälschten Ideale der Arbeiterbewegung aller Länder, die Ideale, für die die Kommunistinnen und Kommunisten in der ganzen Welt, oft unter Einsatz ihres Lebens, gekämpft haben. Unser leuchtendes Beispiel ist die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Lenins und Stalins, die später von Chruschtschow und Konsorten in den Dreck gezogen und pervertiert wurde!

Der Kampf in Bischofferode wird, ebenso wie die Kämpfe, die in den nächsten Jahren folgen werden, immer wieder auf diese Fragen stoßen und auch die Frage nach dem Aufbau einer zielklaren, wissenschaftlich arbeitenden Kommunistischen Partei, die ihren Namen auch wirklich verdient, immer vehementer auf die Tagesordnung setzen.

Für viele ist eine sozialistische Revolution, der Aufbau einer Kommunistischen Partei noch keine Perspektive. Aber angesichts des erstarkenden west/deutschen Imperialismus, der immer brutaleren Ausbeutung und Unterdrückung, wird dies für immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter die einzig mögliche Perspektive werden!

Aus:

„Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der Ex-DDR unterstützen!“, Flugblatt, August 1993 (abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1993–1994“ von „Gegen die Strömung“, April 1995)

8.

Zum Kampf auf der Vulkan- Werft/Bremerhaven 1996

**Kämpfe gegen die weitere
Verschlechterung der Lage der
Arbeiterinnen und Arbeiter 1996**

Juni 1996

**„Wer kämpft kann verlieren,
wer nicht kämpft, hat schon verloren!“**

Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven

Als die Nachricht von den geplanten Massenentlassungen beim Vulkan-Konzern an die Öffentlichkeit sickerte, hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven die Schnauze voll. Arbeiterinnen und Arbeiter blockierten ab dem 19. 2. 96 die Werkstore, ja die Vulkan-Werft in Bremen wurde am 20. 2. 96 besetzt. Am Werkstor wurde ein Transparent angebracht: „Wir lassen diesen Betrieb nicht sterben, wir kämpfen!“. Diese Blockaden und die Besetzung waren der Anfang von massiven Protesten und Kämpfen vor allem der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, die mehrere Tage andauerten.

Die verschiedenen Kampfformen, der faktische Abbruch der Kämpfe nach einigen Tagen, die sich ausbreitende Resignation, gepaart mit einer trügerischen Hoffnung, daß vielleicht doch noch „Rettung“ von den Banken und bürgerlichen Politikern kommen könnte, die Führung der Kämpfe in den Händen falscher Freunde – dies alles zeigt die Stärken und Möglichkeiten, aber vor allem die Schwächen dieses ökonomischen Kampfes – und auch die Beschränktheit jedes spontanen Tageskampfes unter der Herrschaft des Kapitalismus.

Die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Abwiegelei der DGB- und IG-Metall-Führung

Am 19. 2. war die Stimmung auf der Bremer Vulkan-Werft kämpferisch. 2 500 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich an der Betriebsversammlung, die Mehrheit war dafür, sofort eine Demonstration durchzuführen. Das war das Signal für die Abwiegelei der Gewerkschaftsbürokraten. Der Betriebsratsvorsitzende Hasso Kulla konnte die Blockade der Werkstore nicht verhindern, er hatte aber in anderer Hinsicht noch „Erfolg“: mit Mühe konnte er die kämpferische Stimmung abwürgen, so daß die geplante Demonstration zunächst nicht stattfand (jw, 20. 2. 96).

Doch schon am 20. 2. 96 ließen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr einlullen trotz weiterer direkter Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Karl-Heinz Schönberger log offen und unverschämt die Kolleginnen und Kollegen an, nachdem er als Mitglied des Aufsichtsrates den Beschluß des Vergleichsantrages der Bremer Vulkan-Werft am 20. 2. 96 mitbekommen hatte: es sei noch unklar, ob es zu Massenentlassungen kommen würde. Den Beschluß erwähnte er mit keinem Wort, um weitere Proteste und Widerstand möglichst zu unterbinden (jw, 22. 2. 96)! Trotzdem demonstrierten Tausende in Bremen und Bremerhaven, davon 4 000 vor der Vulkan-Verwaltung in Bremen, für den Erhalt der Arbeitsplätze beim Vulkan-Konzern. In Bremerhaven besetzten 1 500 Kollegen und Kolleginnen der Schichau Seebeck-Werft vorübergehend den Hauptbahnhof.

Am 21. 2. 96 demonstrierten in Bremen 6 000 Beschäftigte der Bremer Vulkan-Werft, Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe und Schülerinnen und Schüler. Zum ersten Mal solidarisierten sich die Kolleginnen und Kollegen eines Vulkan-Betriebes in Rostock, es wurde eine Demonstration von mehreren tausend Menschen für den Erhalt der Arbeitsplätze beim Vulkan-Konzern durchgeführt.

Am 22. 2. 96 fand die größte Demonstration in der Geschichte von Bremerhaven statt. 20 000 gingen auf die Straße, viele davon Kolleginnen und Kollegen aus den Werften und von Zulieferbetrieben, Angestellte, Schülerinnen und Schüler, die sich mit dem Kampf der

Werftarbeiterinnen und -arbeiter solidarisierten. Doch so positiv dies war, so negativ muß bewertet werden, wie und wer diese Demonstration organisiert hatte: Gewerkschaftsführung und Kapitalisten Hand in Hand unter dem Motto „Eine Stadt steht auf!“ und „Wir sitzen alle im selben Boot“ (Nordseezeitung, 21.2.96). Unter den Demonstranten und Rednern waren u. a. auch solche reaktionären Figuren wie der Vorstandsvorsitzende des Vulkan-Konzern, Henneemann (SPD) oder der Bremer Bürgermeister Henning Scherf (SPD), die maßgeblich mitschuldig sind an den drohenden Massenentlassungen beim Vulkan-Konzern.

Systematisch wurde von der Gewerkschaftsführung das Abwürgen der Kämpfe vorbereitet, es wurden Illusionen in die Kapitalisten, in eine mögliche „Lösung“ zusammen mit den Kapitalisten und bürgerlichen Politikern geschürt – all dies zeigte seine Wirkung bei den Kolleginnen und Kollegen. Einige Beispiele: IG-Metall-Chef Zwickel entblödete sich nicht, als am 24.2.96 die Schichauwerft und Lloyd-Werft einen Vergleichsantrag stellten, folgende „Lösung“ zu präsentieren: Mehr Einfluß für die Aufsichtsräte! (taz, 24./25.2.96) Das liegt ganz auf der Linie des „Bündnisses für Arbeit“ der IG-Metall-Führung, einer besonders ekelhaften Variante der Philosophie der „Sozialpartnerschaft“, sprich: Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsführung, und des Positionspapiers der IG-Metall Küste für ein „Norddeutsches Bündnis für Arbeit“. IG-Metall-Bezirksleiter Teichmüller, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender beim Vulkan-Konzern, legte seine „schützende Hand“ über die Kapitalisten, indem er eine Mitverantwortung des Aufsichtsrates für die drohenden Entlassungen ablehnte (taz, 26.2.96).

Nach dem 22.2.96 war dann der Widerstand und Kampf am Abbröckeln, die Illusionen in den bürgerlichen Staat und die Politiker des deutschen Imperialismus gewannen immer mehr die Oberhand. Ein besonders geschickter Schachzug, um die Kämpfe abzuwürgen und neue Illusionen zu schüren, war die am 26.2.96 erfolgte öffentliche Bekanntgabe, daß die Löhne für die Werften in Bremen und Bremerhaven durch Bankkredite bis April 1996 gesichert seien.

Aber auch nach diesem Manöver gab es noch einige wichtige Aktionen: Am 25.2.96 besetzten 100 Kollegen und Kolleginnen in einer Blitzaktion vorübergehend den Betrieb der Neptun Techno in Rostock. Am 26.2.96 blockierten 200 Arbeiterinnen und Arbeiter einer Bremerhavener Vulkan-Werft das Stadtzentrum und legten damit

eine halbe Stunde den Verkehr lahm. Kolleginnen und Kollegen der Geeste Metallbau, die zum Vulkan-Konzern gehört, solidarisierten sich und blockierten mit einer Kundgebung vor dem Arbeitsamt in Bremerhaven Zufahrtsstraßen zur Innenstadt und zur Autobahn. Als am 29.2.96 öffentlich bekannt wurde, daß der Betrieb Dörries Scharmann in Mönchengladbach, der zum Vulkan-Konzern gehört, Vergleich beantragt hat und die Entlassung von 1 626 Kolleginnen und Kollegen droht, wurde noch am selben Tag eine Mahnwache vor dem Betrieb eingerichtet und eine Demonstration durchgeführt. Werftarbeiter bei Blohm + Voss Hamburg und HDW Kiel haben Demonstrationen zur Unterstützung des Kampfes der Vulkan-Werften durchgeführt.

Auf die eigene Kraft vertrauen!

Die Gewerkschaftsfürsten des DGB und der IG Metall hatten die Kämpfe in Bremen und Bremerhaven weitgehend im Griff und haben sie abgewürgt. Es gibt unzählige weitere Beispiele seit der Gründung des DGB, wo die DGB-Fürsten und ihre Handlanger sich als Streikverhinderer, Streikbrecher, als Abwiegler, Heuchler und Lügner erwiesen haben – es sei nur an den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der AG Weser Werft von 1983, an den Kampf in Rheinhausen 1988 oder den Streik im öffentlichen Dienst von 1992 erinnert.

All diese Beispiele zeigen: Wer den Gewerkschaftsspitzen, ihrem Apparat traut, ja sich auf diesen stützt, kann nur von einer Niederlage in die nächste Niederlage geraten. Durch ihren ganzen technischen Apparat, ihre finanziellen Mittel, durch ihre Verbindungen und ihr Netz von berufsmäßigen Gewerkschaftsführern gelingt es ihnen immer wieder, sich in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter an die Spitze zu setzen und sie wie auf Knopfdruck wieder abzuschalten, wenn es diesen Herren und ihren Auftraggebern, den deutschen Imperialisten, opportun erscheint. Dieses „Spielchen“ dient einerseits dazu, „Dampf abzulassen“, damit die Empörung und Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht so groß wird, daß sie außer Kontrolle geraten. Andererseits soll damit aber ein Gefühl der Ohnmacht und Enttäuschung verbreitet werden. Durch diese demoralisierende Wirkung werden kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter zermürbt, fertiggemacht und von künftigen Kämpfen abgehalten!

Wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, wirkliche starke Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Massenentlassungen und Lohnraub erfordern, daß – unter Ausnutzung aller möglichen Positionen innerhalb der Gewerkschaft, ohne Illusion in deren Führung und Apparat – eigenständige Organisationsstrukturen gegen die DGB-Führung und ihren Apparat im Kampf und für den Kampf geschaffen werden, daß auf die eigene Kraft vertraut wird.

Betriebsbesetzungen, Blockaden und Demonstrationen gilt es wieder aufzunehmen und auszuweiten, um wirklichen Druck zu erzeugen, um dem Kapital wirkliche Schläge zu versetzen. Alle Spaltungsversuche der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung – vor allem durch deutschen Chauvinismus in deutsche und Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern – müssen angeprangert und entschieden bekämpft werden. Es ist notwendig, daß deutsche und Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind kämpfen. Es ist wichtig, die Kontakte zu anderen Betrieben auszubauen, gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen.

Gleichzeitig muß ein Kampf um die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen geführt werden, vor allem gegen das Gift des deutschen Chauvinismus, die Ideologie der Klassenversöhnung, die Illusionen in die bürgerlichen Politiker und die verfluchte deutsche Staatsgläubigkeit.

Die Atmosphäre ist im Moment noch so, daß vor allem die Nazi-Parteien die Aufgabe übernehmen, unter ihren Parolen „Ausländer raus!“ und „Arbeitsplätze nur für Deutsche!“ offen Pogrome gegen Menschen, die sie als „undeutsch“ bezeichnen, zu schüren und dazu aufzurufen – oftmals versteckt, indirekt und teilweise auch offen unterstützt von bürgerlichen Politikern und Medien. Diese Tatsache darf jedoch keineswegs dazu führen, das chauvinistische Potential der DGB-Führung und ihrer Handlanger zu unterschätzen, die mit Hilfe ihres DGB-Apparats in der Lage sind, in kürzester Zeit deutsch-chauvinistische, rassistische pogromartige Kampagnen gegen Werktätige aus anderen Ländern zu entfachen, wenn ihre Herren, die deutschen Imperialisten, die Zeit für gekommen halten!

Ein entscheidendes Merkmal, ob in einem Tageskampf wirklich dem deutschen Chauvinismus der Kampf angesagt wird, ist ob die

internationalistische Solidarität, das internationalistische Element tatsächlich gefördert, verstärkt und ausgeweitet wird.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, Arbeiteraristokraten, egal welcher bürgerlicher Partei sie angehören, gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf aufbauen und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt – das ist der einzig mögliche Weg im Kampf gegen Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung. [...] ⁹

Für viele ist eine proletarische Revolution, der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei noch keine Perspektive. Aber angesichts des erstarkenden deutschen Imperialismus, der immer brutaleren Ausbeutung und Unterdrückung, der rasanten Verschlechterung der Lebenslage für die Ausgebeuteten auch in Deutschland werden immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter gezwungen werden, sich mit den Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus auseinanderzusetzen, wird die proletarische Revolution für immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter die einzig mögliche Perspektive werden!

Aus:

„Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven“, Flugblatt, Juni 1996 (abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1995–1996“ von „Gegen die Strömung“, März 1997).

⁹ Die an dieser Stelle folgenden längeren Passagen über das kapitalistische System als Ursache von Massenentlassungen und Erwerbslosigkeit haben wir weggelassen, da in dieser Nummer auch das Flugblatt „Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! – Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!“ vom Februar 1998 abgedruckt ist, in dem sehr ausführlich darauf eingegangen wird (s. S. 208).

Juni 1996

Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!

Der jahrelange Zustand sich ständig verschärfender Ausbeutung wird nun durch ein neues Paket von Kürzungen auf eine neue Stufe gehoben: Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit auf 80% des Lohnes, das anschließende Krankengeld soll von 80% auf 70% gekürzt werden, Erhöhung der Altersgrenze für das Rentenalter bei Frauen von 60 auf 65 und Rentenkürzung, schrittweise Beseitigung des Kündigungsschutzes, Verlängerung der Arbeitszeit, gleichzeitig verschärfte Gangart gegen Erwerbslose, die kürzere Zeit Anspruch auf die sogenannte „Arbeitslosenhilfe“ erhalten und jährliche Kürzung um 3% usw. Insgesamt sollen die Kürzungen 25 Milliarden Mark pro Jahr betragen.

Werden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Erwerbslosen, alle Betroffenen dies alles gefallen lassen? Wird nach etwas Schaumschlägerei durch die DGB-Fürsten die Sache „geschluckt“ ohne wirklichen Kampf? Dann ist der Weg frei für die nächste Etappe der verschärften Ausbeutung.

Ja, es ist wahr, viele finden es „unerhört“, was sich da zusammenbraut. Aber wirklich dagegen kämpfen? Viel zu viele haben noch Hoffnung auf „Abwahl der CDU“, auf Spitzengespräche und auch auf die hohlen Aktionen der DGB-Fürsten. „So schlimm wird es schon nicht kommen“, tönt es. Die wenigen, aber um so wichtigeren Kräfte in den Betrieben und Erwerbsloseninitiativen, die es besser wissen, die wissen, daß ohne und gegen die DGB-Fürsten gekämpft werden muß, sind weitgehend isoliert voneinander, eng, zu eng „an ihren Bereich“ gefesselt und oft auch nicht breit genug im eigenen Betrieb verankert. Dennoch: hier und nur hier liegt die Möglichkeit und die Kraft, in sich zuspitzenden Situationen und Kämpfen die grundsätzliche Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes deutlich werden zu lassen und die Kämpfe wirklich anzuleiten. Es kommt darauf an, Inhalte und Formen des Kampfes zu wählen, die den vor-

gegebenen legalistischen Rahmen der „Luftablaßaktionen“ der DGB-Fürsten – wie nun am 15. Juni 1996 in Bonn – sprengen.

Dazu ist jedoch auch Klarheit nötig, warum es dem Kapital immer wieder wie selbstverständlich gelingt, den riesigen Gewerkschaftsapparat mit Tausenden freigestellter Funktionären und Angestellten, der von der Masse der Arbeiterinnen und Arbeitern als „Kampforganisation“ finanziert wird, zur Abwiegelei und zu Scheingefechten zu nutzen und warum es der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht gelingt, mit seiner Unterstützung den Abwehrkampf gegen das Kapital und seinen Staat zu führen.

Die Wahrheit ist, daß es keinesfalls überraschend ist, daß diese Operationen ständig „erfolgreich“ sind und sozusagen risikolos. *Denn der Gewerkschaftsapparat ist fest in der Hand einer gut bezahlten und vollständig gekauften kleinen Schicht von Gewerkschaftsfürsten (Lenin nannte sie „Arbeiterbürokratie“), die sich ihrerseits der Unterstützung einer nicht unerheblichen Schicht der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, sicher sein kann.*

In diese Schicht der besser gestellten Arbeiteraristokratie, in die aus dieser Schicht hervorgegangenen Gewerkschaftsbürokraten dürfen keine Illusionen mehr vorhanden sein, wenn ein konsequenter gewerkschaftlicher Kampf wirklich aufgenommen werden soll. Dabei muß bewußt sein, daß diese Figuren und ihr Apparat ja nicht nur direkt Kampfaktionen verhindern, sondern auch im Vorfeld direkt und indirekt, mal raffinierter, mal plumper, klassenversöhnlerische Politik, mit nationalistischem und rassistischem Beiwerk verkleidet, betreiben und sich an der Faschisierung des Landes aktiv beteiligen.

Das alles ist nicht nur das Ergebnis von Charakterlosigkeit (die sicherlich bei diesen Leuten reichlich vorhanden ist), sondern es hat gesellschaftliche und ökonomische Ursachen.

Die Arbeiteraristokratie – Stoßtrupp des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung!

Über den Profit hinaus, den die deutschen Imperialisten aus den „eigenen“ Arbeiterinnen und Arbeitern herauspressen, bringt vor allem die gigantische und besonders brutale Ausbeutung anderer Völker und auch der in Deutschland lebenden Werktätigen aus anderen Ländern Extraprofite in riesigem Ausmaß. Einen Teil dieser

Extraprofiten verwenden die deutschen Imperialisten dazu, eine besondere Schicht der Arbeiterklasse als ihre Agentur zu kaufen und sich zu halten. Vor allem die „Aufseher“ und „Unteroffiziere“ in den Betrieben, aber auch Teile der besser qualifizierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden durch Privilegien deutlich bevorzugt und von den unteren Schichten der Arbeiterklasse abgegrenzt, mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft.

Diese gegenüber der gesamten Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie, bildet – neben dem Kleinbürgertum – die soziale Basis der Bourgeoisie und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung.

Die Bedeutung dieser Schicht für den Imperialismus beschreibt Lenin folgendermaßen:

Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie‘ (ist) in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert ... sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommiss der Kapitalistenklasse ... wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus.“

(Lenin, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“, 1920, Werke Band 22, S. 198)

Die Arbeiteraristokratie ist ein Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer Ideologie, Stoßtrupp des Reformismus, des Antikommunismus und deutschen Chauvinismus und Rassismus, sowohl gegenüber den hier lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern als auch gegenüber den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern.

Die Existenz einer Arbeiteraristokratie ist eine der Hauptursachen dafür, daß die Arbeiterklasse in Deutschland von ihren eigentlichen Aufgaben und von ihren internationalistischen Verpflichtungen abgehalten wird bzw. daß ihrer Mehrheit diese Verpflichtungen erst gar nicht bewußt werden. Durch die Existenz der Arbeiteraristokratie wird die Entstehung einer revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland erheblich erschwert.

Die ganzen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zeigen, daß die Feststellung von Lenin richtig ist:

„Nicht einmal der Anfang einer Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist möglich, wenn man nicht einen unverzüglichen, systematischen, breiten und offenen Kampf gegen diese Schicht führt ...“

(Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale“, 1920, Werke Band 31, S. 181/182)

Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten Hand in Hand mit der Polizei und hetzen nationalistisch/rassistisch verhetzte Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder aus anderen Ländern!

Bauarbeiter propagieren im Kampf gegen ihre Lohnkürzungen nicht ohne Grund die Parole „Bauarbeiter aller Länder, vereinigt Euch!“, Plakataktionen in 8 Sprachen gegen Razzien zur Unterstützung der in extremer Weise ausgebeuteten Arbeiter aus anderen Ländern werden durchgeführt – diese wichtigen antichauvinistischen und antirassistischen Aktionen sind notwendige Reaktionen darauf, daß Gewerkschaftsfunktionäre, wie der IG-Bau-Funktionär Schröder (Berlin) die untersten Schichten der Arbeiterklasse, die unter extrem krassen Verhältnissen ausgebeutet werden, als „Parasiten“ und „Krebsgeschwür“ rassistisch beschimpft (*junge welt*, 17. 4. 96), und daß Funktionäre der IG Bau mit der Gewerkschaft der Polizei gemeinsame Aktionen nicht gegen das Kapital, sondern gegen die Klassenbrüder aus Polen, Tschechien, Albanien usw. organisieren („*Der Grundstein*“, 2/96).

Dies zeigt, daß in jedem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, dieser Staat und der Gewerkschaftsapparat sich bemühen werden, den Kampf abzulenken gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern. Umgekehrt muß jede wirklich ernste gewerkschaftliche Bewegung von vornherein gegen all diese Tendenzen massiv und militant, Seite an Seite mit den rassistisch, nationalistisch und polizeistaatlich bedrohten Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern kämpfen.

Massive militante Aktionen für Lohnerhöhung für die „Illegalen“ seitens der zu Tariflöhnen arbeitenden Bauarbeiter, egal welcher Nationalität, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keinesfalls unwirksamen Aktionen zur Spaltung der Bauarbeiter entgegenzutreten. Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalter-

schen Bedingungen Arbeiter illegal beschäftigt, ihren Lohn raubt und keinerlei Unfallschutz bietet, wüßte, daß am nächsten Tag die Bauarbeiter gemeinsam „seinen Laden“ auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann wäre ein Schritt in die richtige Richtung getan!

Für den Zusammenschluß der kämpferischsten und fortgeschrittensten Kolleginnen und Kollegen!

Das heißt konkret, daß die am wirklichen Kampf gegen das Kapital interessierten Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb des Gewerkschaftsapparates einen umfangreichen ideologischen und organisierten Kampf gegen das gesamte Arsenal des Nationalismus, des Rassismus und der klassenversöhnlerischen Partnerschaftsideologie sowie den Aberglauben an den Staat führen müssen, um Kolleginnen und Kollegen selbständig, ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten zu mobilisieren.

Dabei müssen wir uns auf einen harten Kampf mit allen Spielarten des Reformismus, des Opportunismus, der Abwiegelei und des Verrats auch innerhalb der Gewerkschaften einrichten.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieb und Gewerkschaft festzuschreiben:

- ★ Die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe, ist unverrückbarer Ausgangspunkt.
- ★ Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen (z. B. das reaktionäre „Betriebsverfassungsgesetz“), der kaum oder gar keinen Erfolg ermöglicht, zu sprengen, auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.
- ★ Dabei ist besonders wichtig, daß der eigene Kampf im Betrieb, in einer Region nicht isoliert wird, daß der Kampf ausgeweitet,

über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vornherein auch mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.

- ★ Es muß vor Ort und darüber hinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewegung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror kämpft, sich konsequent demokratische und revolutionäre Aufgaben stellt.
- ★ Es muß in einer demokratischen Atmosphäre Raum und Gelegenheit für grundlegende Debatten sein, um das ganze System des Kapitalismus in Frage zu stellen, um Perspektiven für ein anderes Gesellschaftssystem zu diskutieren, revolutionäre und kommunistische Positionen nicht auszugrenzen, sondern gründlich und der Situation entsprechend zu debattieren.

Die kommunistischen Kräfte werden in alle berechtigten Tageskämpfe ihre Kampfkraft, ihre Aktivität, ihre Argumentation hineintragen, diese Kämpfe nach Kräften unterstützen. Sie werden dabei nicht verschweigen, daß aus jedem Abwehrkampf eigentlich und auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen kann, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen, das Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln diktatorisch beseitigen und für eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft kämpfen.

Aus:

„Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen“, Flugblatt, Juni 1996 (abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1995–1996“ von „Gegen die Strömung“, März 1997).

9.

**Solidarität mit den von Razzien,
Abschiebungen und Nazi-Terror
bedrohten Bauarbeitern aus
anderen Ländern!**

**Streiks und Kundgebungen im
September/Oktober 1996 gegen
den Angriff der Kapitalisten
auf die Lohnfortzahlung
bei Krankheit**

Oktober 1996

Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!

Extrem niedrige Löhne, die oftmals gar nicht ausbezahlt werden, Unfallschutz und Arbeitssicherheit sind fast gleich Null, 12-Stunden-Tage sind der Normalfall, auch 16-Stunden-Tage sind keine Seltenheit, zusammengepfercht in überfüllten „Wohn“-Containern, gemeinsame Razzien von IG-Bau-Führung und Polizei, staatliche Abschiebungen und nicht nur rassistische Beschimpfungen und Aktionen durch Arbeiteraristokraten der IG Bau, sondern auch ein zunehmender Rassismus von rassistisch verhetzten deutschen Arbeitern bis hin zu nazistischen Angriffen und Nazi-Mordanschlägen – das alles prägt inzwischen den „Alltag“ der meisten Bauarbeiter aus anderen Ländern, insbesondere auch der „illegal“ arbeitenden, die zu den am brutalsten ausgebeuteten Teilen der Werktätigen in Deutschland zählen.

Hier nur einige Schlaglichter:

- Ende Juni 1995 wurde in Frankfurt/Oder mit einem Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen etwa 300 vermeintlich „illegale“ polnische Arbeiter mit äußerster Brutalität vorgegangen. Diese wurden festgenommen, in einen Lagerraum getrieben und schließlich ausgewiesen. Bei dieser regelrechten Treibjagd kam es zu Szenen, die ältere Menschen in Polen an den Terror während der Nazi-Okkupation erinnerten. Als Solidaritätsaktion mit den inhaftierten und ausgewiesenen polnischen Arbeitern besetzten über hundert polnische Jugendliche die Oderbrücke und blockierten eine Stunde lang den Grenzverkehr (*jw*, 27. 6. / 13. 7. 1995).

- An den staatlichen Razzien gegen „illegal Beschäftigte“ beteiligen sich die Arbeiteraristokraten und -bürokraten der IG Bau bundesweit. Es läuft immer nach dem gleichen Schema ab: Es wird ver-

sucht, vor Ort Betriebsräte zu bespitzeln, um an Informationen zu kommen, es werden selbständig Kontrollen durchgeführt, die Zollbehörde wird verständigt, die dann polizeiliche Razzien organisiert. „So läuft das immer ab“, erklärt der Arbeiterbürokrat Hans Schmid von der IG Bau Hamburg, um „Ordnung auf unseren Baustellen“ zu schaffen (*iw*, 25./26. 5. 1996).

● Auch der Terror der Nazis richtet sich zunehmend gegen Bauarbeiter aus anderen Ländern. Drei Bauarbeiter aus England, Noel M., Arthur B. und Michael R., wurden am 17. 6. 1996 auf dem Bahnhofsvorplatz von Mahlow (bei Berlin) von ca. 10 Nazis wegen ihrer dunklen Hautfarbe rassistisch angepöbelt. Als sie die Stadt mit ihrem Auto verlassen wollten, wurden sie von einem VW-Golf verfolgt, und nazistische Mörder warfen einen großen Stein in die Scheibe der Fahrertür, so daß sich daraufhin das Auto mehrere Male überschlug. Noel M. wurde in die Intensivstation eingeliefert, mußte künstlich beatmet werden und ist seit dem Mordanschlag vom Nacken ab querschnittsgelähmt. Seine beiden Kollegen wurden leicht verletzt. Von der Polizei und Staatsanwaltschaft wurden die Nazi-Opfer wie Täter behandelt, die Nazis wurden über einen Monat nicht belangt: Als die Polizei am Unfallort eintraf, interessierte sie sich nicht für den Nazi-Angriff, sondern in rassistischer Manier nur für die Pässe der Bauarbeiter. Die Staatsanwaltschaft versuchte den Nazi-Angriff umzudrehen in eine angebliche Verfolgung der Nazis durch die Bauarbeiter, um die Nazis zu entlasten. Über einen Monat konnten sich die Nazis weiterhin am Bahnhofsvorplatz treffen, ohne daß die Polizei irgend etwas unternahm, erst am 24. 7. 1996 wurden zwei Nazis, Heiko H. und Mario P. aufgrund einiger Solidaritätsaktionen – u. a. eine antifaschistische Solidaritätsdemonstration in Mahlow am 27. 7. 1996 –, vermehrter Berichte in der deutschen bürgerlichen Presse und Fernsehen und auch Berichten in der englischen bürgerlichen Presse festgenommen und Haftbefehl erlassen, allerdings keineswegs wegen Mordversuch, sondern lediglich wegen „schwerer Körperverletzung und schweren Eingriffs in den Straßenverkehr“. Alle anderen Nazis laufen nach wie vor frei herum und können ihre rassistischen Angriffe fortsetzen (*iw*, 24.–26. 7. 96).

In der Nacht zum 1. 10. 96 wurden in Trebbin (Brandenburg) drei italienische Bauarbeiter Opfer eines brutalen nazistischen Überfalls, zwei der Arbeiter wurden dabei von den Nazis mit Baseballschlägern schwer verletzt, der eine liegt mit Schädelbruch im Koma. Kollegen

brachten die Schwerverletzten ins Krankenhaus, und auf dem Rückweg wurde einer von ihnen erneut von Nazis angegriffen. Er erlitt einen Nasenbeinbruch. Ein paar Tage später stürmten fünf Nazis die Stammkneipe der Bauarbeiter, zerstörten große Teile des Inventars und bedrohten den libanesischen Besitzer des Lokals. Die Bauarbeiter haben nach dem Nazi-Angriff tagelang nicht geschlafen aus berechtigter Angst, daß es zu weiteren Nazi-Angriffen kommen könnte. Viele Bauarbeiter überlegten sich, angesichts dieser Situation möglichst schnell aus Deutschland zu flüchten, um ihr Leben zu retten. Ein paar Tage nach dem Überfall der Nazis nutzten die Kapitalisten die Angst der Bauarbeiter ganz bewußt aus: Die ausstehenden Lohnzahlungen wurden verweigert und mit der Abreise spekuliert. Doch die Bauarbeiter ließen sich nicht unterkriegen und hatten eine richtige Antwort für die Kapitalisten parat: sie besetzten einen Baukran, forderten die Auszahlung der ausstehenden Löhne und konnten mit dieser Aktion auch eine vorübergehende Zusage der Kapitalisten nach teilweiser Lohnauszahlung erkämpfen (*FR*, 4./5. 10. 96, *jw*, 16. 10. 96).

- Besonders alarmierend ist, daß sich zunehmend auch deutsche Bauarbeiter an chauvinistischen und rassistischen Aktionen und Schikanen gegen ihre Kollegen aus anderen Ländern beteiligen. In Hamburg wollten deutsche Bauarbeiter die Toiletten mit ihren polnischen Kollegen nicht mehr teilen, weil diese angeblich so dreckig wären. Daraufhin wurde ein Container aufgestellt, mit der rassistischen Parole: „Nicht für Polen“. Ebenfalls in Hamburg wurde eine Baustelle, wo viele Bauarbeiter aus anderen Ländern arbeiten, mit einer Menschenkette umzingelt, um in rassistischer Manier auf die „vielen Ausländer“ aufmerksam zu machen (*jw*, 25/26. 5. 96).

- Die Bauarbeiter aus anderen Ländern nehmen dies alles allerdings nicht widerstandslos hin. So besetzten 100 Bauarbeiter aus Italien im Juni 1996 eine Woche lang eine Baustelle in Berlin, um ihren seit drei Monaten ausstehenden Lohn zu erkämpfen. Nach einigen Tagen wurde Polizei eingesetzt, die die Baustelle räumte, doch sie wurde erneut besetzt. Bauarbeiter aus Portugal, die die Arbeit auf der Baustelle fortführen sollten, ließen sich nicht als Streikbrecher einspannen. Inzwischen sind die Bauarbeiter gekündigt und nach Italien abgereist. Von ihrem ausstehenden Lohn von pro Person bis zu 12 000 DM hat jeder nur 400 DM erhalten, was noch nicht einmal für die Zugfahrkarte reichte (*jw*, 21./27.6.96).



Jede wirklich ernste gewerkschaftliche Bewegung muß von vornherein gegen all diese Tendenzen massiv und militant, Seite an Seite mit den rassistisch, nationalistisch und polizeistaatlich bedrohten Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern kämpfen. Massive militante Aktionen gegen den Nazi-Terror, Schutz vor Razzien und folgende Abschiebungen und für Lohnerhöhung für die „Illegalen“ seitens der zu Tariflöhnen arbeitenden Bauarbeitern, egal welcher Nationalität, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keinesfalls unwirksamen Aktionen zur Spaltung der Bauarbeiter entgegenzutreten.

Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalterischen Bedingungen Arbeiter beschäftigt, ihren Lohn raubt und keinerlei Unfallchutz bietet, wüßte, daß am nächsten Tag die Bauarbeiter gemeinsam „seinen Laden“ auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde, doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann wäre ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan. Eine Aktion in diese Richtung führten irische Bauarbeiter im Oktober 1994 durch. Um ihre nicht ausgezahlten Löhne zu erkämpfen haben sie den gerade von ihnen gebauten Dachstuhl mit Kettensägen in kleine, handliche Teile zerlegt. Sie hinterließen ein „Bekennerschreiben“: „Hugo R.: Kein Geld – kein Dach.“

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen von vornherein, ohne Wenn und Aber jegliche Hetze gegen die durch den Kapitalismus zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern bekämpfen. Jegliche „Sondergesetze“ wie das „Ausländergesetz“ sowie „Zuzugsregelungen“, „Einwanderungsgesetze“ usw. dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die deutsche Arbeiterklasse mit dem Geist der Überheblichkeit und des Chauvinismus anzustecken. Jede fortschrittliche Arbeiterbewegung muß unbedingt für die *gleichen Rechte* aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Menschen, die ursprünglich aus anderen Ländern kommen, eintreten, für die Abschaffung des „Ausländergesetzes“ und gegen jede Einwanderungsbeschränkung kämpfen, gegen jegliche Sondergesetze und gegen jede Beschränkung für Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß.

Der Grundgedanke der proletarisch-internationalistischen Solidarität, das Ziel des Zusammenschlusses über die Grenzen der Staaten

und Nationalitäten hinweg muß bei all diesen Kämpfen im Vordergrund stehen.

Streiks und Kundgebungen vom 23. 9. 96 bis zum 9. 10. 96 gegen den Angriff der Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit:¹⁰

23. 9. 96: Die Frühschicht einer Molkerei in Schlüchtern (Hessen) streikt drei Stunden um ihrer Forderung nach Absicherung der Lohnfortzahlung bei Krankheit in den laufenden Tarifverhandlungen Nachdruck zu verleihen (*junge welt*, 24. 9. 96).

25. 9. 96: Im Bremer Mercedes-Werk kommt es immer wieder zu kurzen Protestaktionen. 2 000 Arbeiterinnen und Arbeiter legen spontan die Arbeit nieder. Im Kasseler Mercedes-Werk treten 2 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Warnstreik (*taz*, 26. 9. 96, *FAZ*, 26. 9. 96, *jw*, 1. 10. 96).

26. 9. 96: In den Mercedes-Werken Sindelfingen, Stuttgart-Untertürkheim, Mettingen, Hedelfingen, Mannheim, Bremen und Berlin treten 27 000 Arbeiterinnen und Arbeiter für zwei Stunden in den Streik. 1 500 Kolleginnen und Kollegen der Alcatel SEL in Stuttgart beteiligen sich an Kundgebungen (*jw*, 27. 9. 96, *FR*, 27. 9. 96, *jw*, 1. 10. 96).

27. 9. 96: 4 000 Arbeiterinnen und Arbeiter im Bremer Mercedes-Werk legen die Arbeit nieder und beteiligen sich an einer Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude (*taz*, 28. 9. 96, *jw*, 1. 10. 96).

28. 9. 96: 23 000 Arbeiterinnen und Arbeiter verweigern in den Mercedes-Werken Sindelfingen, Stuttgart-Untertürkheim und Bremen bereits geplante Sonderschichten am Wochenende (*jw* 30. 9. 96).

¹⁰ Der Haupttext des Flugblatts „Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit: Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!“ wurde hier nicht aufgenommen, da er in „Rot Front“ Nr. 5 im Abschnitt „Der Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein 1956/57 weitgehend unverändert eingearbeitet worden ist (siehe Rot Front Nr. 5, S. 80–85).

DGB-Funktionäre bei der Arbeit: Abwiegeln im Dienst des Kapitals!

■ Als ob es vor dem 13. 9. 96 keinen Kapitalismus in Deutschland, keine Ausbeutung und Arbeitshetze in den Betrieben gegeben hätte, warf G. Kronawitter, IG-Metall-Bezirksleiter Frankfurt/M., den Kapitalisten „soziale Gefühlskälte“ vor:

„Sie machen alles kaputt, was diesem Land jahrzehntelang inneren Frieden gegeben hat“.

Welche Ängste diesen Arbeiteraristokraten dabei wirklich trieben, wird deutlich, wenn er davor warnt, daß die Kapitalisten sich „nicht wundern“ dürften,

„wenn diese Angst (*der Arbeiter, A.d.V.*) unversehens in Aggression umschlage. Und zwar gegen alles, auch gegen die Arbeitgeber“.

(Aus: „Metall Nachrichten Frankfurt“, 30. 9. 96)

■ Die Sorgen des DGB-Arbeiterbürokraten Bernd Frank, Betriebsrat bei Mercedes-Benz in Mannheim, bestehen darin, ob es ihm gelingen wird, die Politik der Abwiegelei und Zusammenarbeit mit den Kapitalisten gegen die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen:

„Wir wollen uns mit der Konzernleitung verständigen, deswegen müssen die Leute ruhig halten... Die Kollegen würden am liebsten alles hinschmeißen... Wir müssen jetzt erst einmal sehen, wie sich die ganze Sache entwickelt. Wir halten uns vorerst an die geltenden Regeln... Die Voraussetzung ist, daß wir die Leute überhaupt so lange bei der Stange halten können. Am Mittwoch Morgen ist es bei uns eskaliert. Wir haben riesige Probleme, die Leute ruhig zu halten.“

(junge welt, 26. 9. 96)

30. 9. 96: 3 000 Mercedes-Arbeiterinnen und Arbeiter in Düsseldorf legen die Arbeit nieder und versammeln sich vor dem Betriebsratsbüro zu einer Kundgebung. Im Bremer Mercedes-Werk treten 4 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Frühschicht in den Streik. Nach einer Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude formiert sich eine kurze Demonstration außerhalb des Werkes (*jw*, 1. 10. 96).

1. 10. 96: Der bisherige Höhepunkt des Kampfes wird erreicht. Mehr als 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter streiken in ganz

Deutschland. Allein in 50 Mercedes-Werken (u. a. Sindelfingen, Untertürkheim, Berlin, Hamburg, Friedrichshafen, Bremen, Varel, Kassel, Mannheim, Wörth, Gaggenau, Gelsenkirchen, Saarlouis) wird die Arbeit niedergelegt. Auch Arbeiterinnen und Arbeiter der DASA und DEBIS beteiligen sich daran. Allein 18 000 Arbeiterinnen und Arbeiter streiken bei Opel in Rüsselsheim, Kaiserslautern und Bochum. In den Kölner Ford-Werken nehmen 10 000 Arbeiterinnen und Arbeiter an Protestaktionen teil. 1 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Aachener Philips-Werke beteiligen sich an einer Kundgebung auf dem Betriebshof. Protestaktionen gibt es bei Stihl in Waiblingen und den Heidelberger Druckmaschinen. In vielen Städten kommt es außerhalb der Betriebe zu kämpferischen Demonstrationen und Kundgebungen (*jw*, 2./4. 10. 96, *taz*, 2. 10. 96, *FAZ*, 2. 10. 96).

2. 10. 96: 2 400 Arbeiterinnen und Arbeiter der Mercedes-Werke Sindelfingen, Gaggenau und Rastatt beteiligen sich an Protestaktionen. Kolleginnen und Kollegen der Robert Bosch AG treten in den Warnstreik. 4 000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Fichtel & Sachs legen für eine Stunde die Arbeit nieder. 600 Arbeiterinnen und Arbeiter von Danfoss in Flensburg beenden frühzeitig die Früh- und Nachtschicht (*FAZ*, 4. 10. 96).

7. 10. 96: 4 000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Bremer Mercedes-Werks legen für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Ein kleinerer Teil nimmt die Arbeit nicht wieder auf. Arbeiterinnen und Arbeiter in Fulda streiken drei Stunden in der größten hessischen Molkerei (*jw*, 8. 10. 96, *taz*, 8. 10. 96).

9. 10. 96: 15 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der BASF in Ludwigshafen beteiligen sich an einer Kundgebung (*taz*, 10. 10. 96).

Aus:

„Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit: Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!“, Flugblatt, Oktober 1996 (abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1995–1996“ von „Gegen die Strömung“, März 1997).

10.

Zum Kampf der Bergarbeiter 1997

März 1997

Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter

Mehrere Tage lang kämpften Zehntausende Bergarbeiter mit vielfältigen Aktionen gegen die drohenden Betriebsstillegungen und die angekündigte Beseitigung Zehntausender Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau. Während dieses Kampfes der Bergarbeiter wurden zwei Dinge sichtbar:

Erstens zeigte sich, daß es nicht immer gelingt, die Wut, die Entschlossenheit und den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter voll und ganz unter Kontrolle zu halten. Es wurde deutlich, welche Kraft in der Arbeiterklasse, in ihrem Kampf steckt, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter ohne und gegen die großen und kleinen Arbeiterbetrüger kämpfen. Zweitens war nicht zu übersehen, wie groß der Einfluß der verfluchten Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsfürsten und auch revisionistischer Kräfte in den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse ist, wie relativ schnell eine großartig sich entwickelnde Arbeiterbewegung gestoppt und in die Demoralisierung getrieben werden kann. Demoralisieren, demoralisieren und nochmals demoralisieren – das war und ist die Aufgabe der Arbeiterbetrüger an der Spitze der Gewerkschaften. Die falschen „Arbeiterfreunde“ unterstützen den Kampf, loben ihn heuchlerisch, um ihn im nächsten Augenblick abzuwürgen. Und unsere Schlußfolgerung daraus? Es geht darum, sich mit aller Kraft auf die Arbeiterklasse zu konzentrieren, ihre gerechten Kämpfe maximal zu unterstützen, innerhalb der Betriebe eine weitreichende Vernetzung zwischen den fortschrittlichsten Kräften zu schaffen. Es geht darum, die Kommunistische Partei innerhalb der Großbetriebe, der Hauptfestungen kapitalistischer Ausbeutung, systematisch aufzubauen, um die bürgerliche Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse bekämpfen und möglichst weitgehend besiegen zu können, um zur führenden Kraft in den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen das Kapital, gegen den Kapitalismus zu werden.

Die Kampffraktion der Bergarbeiter in Bonn und die widerliche Abwiegelei der IGBE-Fürsten im Bündnis mit der SPD-Führung

Der Auslöser der Kämpfe der Bergarbeiter war die öffentliche Ankündigung der Bonner Regierung vom 6. 3. 1997, daß von heute noch 85 000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau 56 000 zerstört werden sollen. Das bedeutet, daß 10 der insgesamt 17 Zechen im Steinkohlebergbau geschlossen werden (*junge welt*, 13. 3. 97).

Das „Gegenangebot“ der IGBE-Fürsten strotzt nur so von „Sozialpartnerschaft“ und Verständnis für die Kapitalisten. Der Plan von Berger, Vorsitzender der IGBE, Bundestagsabgeordneter der SPD, der diverse Sitze in verschiedenen Aufsichtsräten einnimmt, sieht folgendermaßen aus: Bis 2005 sollen die staatlichen Subventionen auf 6,5 Milliarden Mark im Jahr zurückgefahren werden, das rette angeblich 45 000 der 85 000 Arbeitsplätze! Die IGBE-Fürsten gingen also im Interesse der Kapitalisten und ihren Plänen, die Produktion aus dem Steinkohlebergbau in andere profitablere Bereiche zu verlegen, in die „Verhandlungen“.

Gegen diese drohenden Betriebsstillegungen und die damit verbundene Erwerbslosigkeit Zehntausender entfaltete sich ein massiver Kampf von Zehntausenden Bergarbeitern, der die unterschiedlichsten Formen annahm, von Demonstrationen, Straßenblockaden, Streiks über Betriebsbesetzungen und Besetzungen von Rathäusern bis zu militanten Aktionen in Bonn.

Am 10. 3. 1997 begannen die Aktionen in Bonn, die Druck ausüben sollten auf die am nächsten Tag stattfindenden „Verhandlungen“ zwischen IGBE-Führung und der Bonner Regierung. Die FDP-Parteizentrale wurde blockiert, mehrere tausend Bergleute aus dem Ruhrgebiet demonstrierten in Bonn vor dem Regierungsviertel. Die Wut der Bergleute entlud sich vor allem gegen die FDP-Zentrale: Scheiben und Inventar wurden zerstört, es wurde niemand rein- noch rausgelassen (*Kölner Stadtanzeiger*, 2. 3. 97). Berger demonstrierte, auf wessen Seite er steht, indem er sich offen gegen die Kämpfe der Bergarbeiter aussprach: „Es ist gegen unseren Rat zu dieser Bewegung gekommen“ (*Neues Deutschland*, 12. 3. 97).

Die nun folgende Abwiegelei der IGBE-Fürsten im Zusammenspiel und mit verteilten Rollen mit der SPD-Führung, der Polizei, den bürgerlichen Medien und den anderen Bonner Parteien ist ein Musterbeispiel, wie derartige Manöver ablaufen und funktionieren.

Die SPD übernahm zusehends die Rolle der „arbeiterfreundlichen Opposition“. Bergarbeiter wurden in der SPD-Zentrale mit Essen und Trinken versorgt und konnten dort übernachten. Die Bundestagsfraktionen der SPD, der Grünen und der PDS gingen geschlossen zu den Bergarbeitern, um „Solidarität“ zu heucheln.

Als am 11. 3. 1997 bekannt wurde, daß die Bonner Regierung unter „dem Druck der Straße“ nicht verhandeln und die Verhandlungen einfach auf den 13. 3. 1997 verlegte, hatte die Wut der Bergarbeiter ihren Höhepunkt erreicht. Hunderte von Bergarbeitern durchbrachen die Absperrgitter zur sogenannten „Bannmeile“, indem sie die wenigen postierten Polizisten einfach beiseite schoben. Scheiben gingen zu Bruch, ein Polizeiauto wurde versucht umzuwerfen. Hunderte drangen in die „Bannmeile“ ein und zogen weiter Richtung Regierungsviertel. Gewerkschaftsfürsten wiegelten ab, riefen zur Umkehr auf, was aber vorerst nicht gelang. Die Polizei setzte Schlagstöcke ein und stoppte die Bergarbeiter einige hundert Meter weiter. Vor allem SPD-Politiker wie Matthäus-Maier und Scharping wiegelten gekonnt ab, indem sie mahnten: „Setzt euch nicht ins Unrecht“ (FR, 12. 3. 97). „Keinen Krach mit der Polizei!“, „Bleibt, aber keine Gewalt“ (*Kölnische Rundschau*, 12. 3. 97). Vor allem aufgrund der Abwiegelei der SPD-Führung kehrten die Bergarbeiter nach einer Stunde wieder um und verließen die „Bannmeile“ (*Westfalenpost*, 12. 3. 97).

FDP und CDU sprachen gemäß ihre Rolle als „Scharfmacher“ von „Gewalttätern und Randalierern“. In den bürgerlichen Medien wurde „Verständnis für das Anliegen der Bergarbeiter“ geheuchelt, aber gegen die „Gewalttäter“ gehetzt, sie stellten es so hin, als wäre „der Alkohol“ schuld, als seien „die Randalierer“ alles „Betrunkene“ gewesen. In einigen Stunden hatten die berufsmäßigen Abwiegler wieder die weitgehende Kontrolle, was sich den ganzen Tag nicht mehr änderte. Zur „Besänftigung“ wurden Funktionäre der IGBE abgestellt, die immer wieder über Megaphon abwieglerische Durchsagen machten.

Dann begann ein weiterer Höhepunkt der Abwiegelei durch die IGBE-Fürsten und die SPD-Führung. Berger verkündete auf einer am selben Tag initiierten Kundgebung in Bonn, daß man auf die Forderungen von Kohl eingehen müsse, sonst würden keine Verhandlungen zustande kommen, man müsse eben zurück in die Reviere gehen, d. h. ins Saarland und ins Ruhrgebiet, und „abwarten“. Als dieser „Vorschlag“ zum großen Teil auf wütende Proteste stieß, wurde er am nächsten Tag variiert: Man solle nach Köln gehen und dort auf das Ergebnis der Verhandlungen warten, verkündete Berger auf einer weiteren Großkundgebung mit Unterstützung von Lafontaine und Scharping (*Kölner Stadtanzeiger*, 12. 3. 97). Wenn es zu keinem Ergebnis käme, so erklärte Berger vollmundig, dann würden 100 000 erneut nach Bonn marschieren (*ebenda*, 13. 3. 97). Dieses Manöver ging voll auf. Nach kurzem Zögern zogen bis am Mittag die Bergarbeiter aus Bonn ab, 10 000 Bergarbeiter aus dem Saarland wurden nach Köln transportiert, wo sie durch ein „Kulturprogramm“ und mit Reden von Scharping, Lafontaine, und diversen DGB-Fürsten eingelullt wurden, damit sie am nächsten Tag den jetzt schon feststehenden „Kompromiß“ ruhiger schlucken. Als dann Berger und seine Handlanger am 13. 3. 1997 triumphierend das durch und durch kapitalistenfreundliche Ergebnis der „Verhandlungen“ mit der Bonner Regierung in Köln als „Sieg“ verkauften – bis 2005 soll es 45 000 Beschäftigte weniger im Steinkohlenbergbau geben, sowie angeblich keine Entlassungen, was natürlich gelogen ist –, gab es nur noch wenige Gegenstimmen. Die Stimmung unter den mehreren tausend Bergarbeitern schlug um und neigte sich eindeutig auf die Seite der IGBE-Fürsten. Der angebliche „Sieg“ wurde nun auch von der übergroßen Mehrheit der Bergarbeiter in Köln gefeiert. In wenigen Minuten waren die Bergarbeiter in Busse dirigiert und auf der Heimfahrt ins Saarland. Die Abwiegelei der IGBE-Führung war erfolgreich beendet, auch die Aktionen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen wurden weitgehend eingestellt.

Die Justiz wurde nach den Aktionen in Bonn aktiv. Zwecks Abschreckung für künftige Kämpfe laufen jetzt die ersten Strafverfahren an wegen Autobahnblockaden und dem Eindringen in die „Bannmeile“ (*Westfalenpost*, 13. 3. 97). Wegen Blockaden der A 59 und A 3 am 10. 3., der Blockade der B 9 in Bonn und der Blockade der FDP-Zentrale wird gegen mehrere Bergarbeiter ermittelt (*Kölner Stadtanzeiger*, 13. 3. 97).

Weitere Kämpfe der Bergarbeiter vom 7.3.1997 bis zum 13.3.1997

★ Schon am 7.3.1997 wurden im Saarland mehrere Autobahnen und Bundesstraßen stundenlang blockiert, z. B. die A 620, das Autobahnkreuz A 1 und A 8 bei Quierschied, die B 51 bei Ensdorf. Insgesamt waren an diesen Aktionen mehrere tausend Bergarbeiter beteiligt.

★ Am 8./9.3.1997 wurden alle Zechen des Steinkohlebergbaus besetzt und bestreikt. Es gab in mehreren Städten Demonstrationen mit mehreren tausend Bergarbeitern gegen die drohenden Entlassungen. Betriebsversammlungen mit mehreren tausend Kumpeln berieten vor oder in den Zechen, wie der Kampf weitergeführt werden soll. Mehrere Verletzte gab es am 9.3.1997 in Saarbrücken, als ein Autofahrer absichtlich in eine Gruppe von Bergarbeitern raste, die eine Straße in Völklingen blockierten. Nach Augenzeugenberichten war das nicht der erste Angriff auf blockierende Bergarbeiter durch Autofahrer, sondern es gab weitere Versuche, bei denen nur durch Zufall niemand verletzt wurde (*Saarbrücker Zeitung*, 10.3.97).

★ Am 10.3.1997 wurden die Streiks in allen Gruben fortgesetzt. In Saarbrücken wurde eine Demonstration mit 30 000 Leuten, vor allem Bergarbeitern, über die A 620 zum Saarbrücker Landtag durchgeführt. Die A 59 und A 3 werden ebenfalls stundenlang blockiert. Insbesondere Autobahnblockaden können von den IGBE-Bürokraten zeitweise gar nicht oder nur sehr mühsam „im Griff“ gehalten werden, ihre Abwiegelei zieht gerade bei diesen wohl am kämpferischsten eingestellten Kollegen nur sehr langsam. Rathäuser in Lünen, Berkamen und Werne wurden vorübergehend besetzt, 5 000 Bergarbeiter demonstrierten in Düsseldorf.

★ Am 12.3.1997 wurde die A 1 am Kamener Kreuz, die Autobahn zwischen Völklingen und Saarbrücken durch jeweils mehrere hundert Bergleute blockiert, die B 51 durch 500. Den Hammer Hauptbahnhof besetzten 1 000 Bergarbeiter und blockierten so für mehrere Stunden Zugverkehr. 1 500 Bergleute aus Marl protestierten zwei Stunden lang vor der CDU-Zentrale in Nordrhein-Westfalen. In Bottrop demonstrierten 2 500 Bergarbeiter der Zeche Prosper/Haniel.

★ Noch am 13.3.1997 besetzten 400 Bergarbeiter das Rathaus in Gladbeck, 300 demonstrierten in Recklinghausen.

★ Es gab auch verschiedenste Solidaritätsaktionen für den Kampf der Bergarbeiter, so z. B. eine Demonstration von Schülern im Ruhrgebiet, bei der Besetzung der Rheinhausener Brücke durch Bergarbeiter beteiligten

sich Arbeiter von Krupp, Thyssen und Beschäftigte aus Chemiebetrieben, Kollegen aus Lausitzer Braunkohlezechen besetzten eine Kreuzung in Cottbus, ehemalige Kollegen aus Bischofferode sandten Grußadressen an die kämpfenden Bergarbeiter (*junge welt*, 13. 3. 97).

Die falschen Freunde entlarven und bekämpfen!

Mit einem ganzen Arsenal an Methoden und Tricks wurde versucht, den Kampf der Bergarbeiter im Zaum zu halten, abzuwürgen, in den Sumpf zu ziehen und zu demoralisieren. Daß das so ablief ist kein Zufall und liegt nicht nur an der Charakterlosigkeit der berufsmäßigen Abwiegler – die sicherlich reichlich vorhanden ist –, sondern hat System und hat tiefere Ursachen. Es läuft immer nach dem gleichen grundlegenden Muster ab – und wird je nach der Situation kombiniert mit brutaler Polizeigewalt:

Abgehalfterte und ungläubwürdige Politiker werden ersetzt durch professionelle „Arbeiterfreunde“, die sich in zugespitzter Situation zumindest als das „kleinere Übel“ präsentieren, in diesem Fall SPD-Politiker statt CDU- oder FDP-Politiker. Diese Politiker haben zusammen mit gekauften Funktionären des DGB/IGBE auf unterer und mittlerer Ebene, der DGB/IGBE-Führung nur ein Ziel: den Kampf in den Sumpf und in die Resignation zu ziehen, den Kampf zu kanalisieren durch Spaltungsmanöver mit Hilfe von „Kompromissen“, Abfindungen für einen Teil der Kolleginnen etc.

Die Methode „Dampf abzulassen“, wie in Bonn angewandt, dient dazu, daß die Empörung und die Wut nicht zu groß werden, so daß die Kämpfe nicht außer Kontrolle geraten. Die demoralisierende Wirkung, die von dem Abschalten der Kämpfe durch die DGB-Fürsten ausgeht, führt dazu, daß sich ein Gefühl der Ohnmacht verbreitet, was gerade kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich noch keine eigene Kampforganisation innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geschaffen haben, zermürbt, fertigmacht und von künftigen Kämpfen abhält.

Die *Funktion der SPD* war und ist eindeutig: Die SPD ist eine Partei des Kapitals, eine Agentur des deutschen Imperialismus wie alle Bonner Parteien. Sie stand noch nie wirklich auf der Seite der Bergarbeiter, was nicht nur ihr Verhalten bei den jetzigen Kämpfen zeigte. Sie war maßgeblich an der Zerstörung von Arbeitsplätzen im

Steinkohlebergbau beteiligt, vor allem als Regierungspartei zwischen 1970 und 1980, wo allein 66 000 Bergarbeiter ihre Arbeit im Steinkohlebergbau verloren (*Saarbrücker Zeitung*, 12. 3. 97). Die SPD hat als Partei des deutschen Imperialismus die Aufgabe – wie alle anderen Bonner Parteien – eben einen bestimmten Teil der Bevölkerung an sich zu binden, um sie an das System des deutschen Imperialismus insgesamt zu ketten. Dabei ist eine ihrer Besonderheiten, daß sie sich ab und an gar „arbeiterfreundlich“ gibt.

Die IGBE/DGB-Fürsten und -Bürokraten spielen bei sich entwickelnden Kämpfen eine ganz besondere Rolle. Sie gehören zu einer besonderen Schicht der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, einem Stoßtrupp des Kapitals innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Tatsache, daß sie aus der Arbeiterklasse kommen, deshalb noch vielfältige Verbindungen dorthin besitzen, erleichtert ihnen mit Hilfe des gesamten DGB-Apparats, jeden Ansatz von wirklicher Radikalisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse zu erkennen, einzudämmen und abzuwürgen. Die DGB-Fürsten sind Streikbrecher, Streikverhinderer, Heuchler und Lügner – das haben unzählige Kämpfe gezeigt. Das hat dieser Kampf der Bergarbeiter, das hat auch der Kampf der Kali-Arbeiter in Bischofferode vom August 1993 gezeigt, wo die IGBE-Führung sich ganz offen gegen diesen Kampf ausgesprochen und in ihrem Organ sowie in großformatigen Anzeigen in mehreren Tageszeitungen zum Abbruch des Kampfes der Kali-Arbeiter aufgerufen hat. Das hat vor allem auch der Kampf für den Erhalt des Stahlbetriebes in Rheinhausen 1988 gezeigt.

Die entscheidende *Rolle der bürgerlichen Medien* bei solchen Ereignissen wie in Bonn besteht darin, Verständnis für das „Anliegen“ der Kämpfenden zu heucheln, aber gleichzeitig zu spalten, abzuwiegeln und eine Stimmung zu erzeugen, die große Teile der Bevölkerung gegen die Proteste aufbringt. Es wird gegen „Gewalttäter“ gehetzt, es wird Stimmung gemacht, daß sich Blockaden ja auch gegen den „einfachen Mann“ richteten etc. All dies hat große Wirkung auch bei den Kämpfenden selbst, ihren Familien und Unterstützern, schafft Desorientierung und Verwirrung, demoralisiert und hilft deshalb entscheidend, die Kämpfe abzuwürgen.

All das zeigt: Die bürgerlichen Medien sind fester Bestandteil des reaktionär kapitalistisch-imperialistischen Systems, dienen ihm und haben vor allem und über allem die Funktion, dieses Ausbeutersystem zu sichern.

Der deutsche Nationalismus – eine Waffe der deutschen Bourgeoisie im Klassenkampf

Deutsch-nationalistische Parolen wie: „Es geht um deutsche Steinkohle“, „Die EG ist schuld“, „Wir sitzen alle in einem Boot!“, „Es geht um die Erhaltung deutscher Arbeitsplätze“, gehörten bei der Abwürgung dieses Kampfes ganz fest zum Arsenal der bürgerlichen Politiker und IGBE-Fürsten. Ein besonders widerliches Beispiel lieferte Scharping in einer Fernsehdiskussion mit Schäuble (CDU) am 12. 3. 1997. Scharping propagierte dort die chauvinistische Position „Den Deutschen die deutschen Arbeitsplätze!“, indem er demagogisch die rhetorische Frage stellte: „Wollen wir, daß in den Ruhr- und in den saarländischen Revieren Kumpel mit 32 oder 35 Jahren entlassen werden müssen, ihre türkischen Kollegen in den Zechen bleiben?“ (*FR*, 14. 3. 97)

Diese und die tagtägliche „normale“ nationalistische Propaganda der bürgerlichen Medien und Politiker zeigt auch Wirkung bei den Bergarbeitern, nationalistische Ideen und Vorstellungen sind bei der übergroßen Mehrheit fest verankert. Auf Transparenten, in Diskussionen und auch bei einzelnen Aktionen wie z. B. bei der Blockade des Kanals bei Hammeln gegen billige Importkohle aus Polen war das deutlich festzustellen (*Bild*, 11. 3. 97).

Gegen diese nationalistische Propaganda gilt es klarzustellen, daß der deutsche Imperialismus das Instrument EG ausnutzt, um durch Zusammenarbeit und Rivalität vor allem mit Frankreich und England seine Position bei der Ausplünderung der kleineren europäischen Staaten zu verbessern, um seine Position als Nummer eins in Europa weiter auszubauen und zu festigen.

Mit der nationalistischen Propaganda soll der antagonistische Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat vertuscht werden, es wird geleugnet, daß Arbeitshetze und Ausbeutung noch schärfer werden, die Rationalisierungen und Entlassungen vorangetrieben werden, wenn es den Kapitalisten gut geht; es soll vertuscht werden, daß eben Konkurs angemeldet wird, wenn die Profite der Kapitalisten in bestimmten Bereichen nicht mehr maximal sind, daß ganze Fabriken geschlossen werden, damit die Kapitalisten ihr Kapital

gewinnbringender in anderen Bereichen anlegen können. Es wird damit von dem wirklich Schuldigen für Erwerbslosigkeit, Ausbeutung und Elend, dem imperialistischen System selbst, abgelenkt, für das die Erzielung von Maximalprofit oberstes Gesetz ist.

Dieses Gesetz der Profitmacherei ist ein Wesenszug des imperialistischen Systems: Ein Kapitalist schlägt viele tot, d. h. im Kampf auf Leben und Tod um Profitmaximierung muß jeder Kapitalist versuchen, seine Konkurrenten auszuschalten, ihre rentablen Betriebe zu schlucken und selbst immer größer, fetter und mächtiger zu werden. Der Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten des Steinkohlebergbaus gegen die Atom- und Erdölkonzerne, sowie die internationale Konkurrenz vor allem mit den imperialistischen Ländern Rußland und den USA, die Steinkohle im Tagebergbau viel billiger fördern können als es in Deutschland möglich ist, spielen eine wesentliche Rolle für die Betriebsstillegungen und die Verlagerung des Kapitals aus dem Steinkohlebergbau in andere Bereiche. Außerdem gehen die Betriebsstillegungen im Steinkohlebergbau auch darum weiter, weil immer weniger Steinkohle zur Erzeugung derselben Menge Stahl nötig ist sowie immer weniger Arbeiter zur Erzeugung derselben Menge Steinkohle. Steigende Produktivität bedeutet im Kapitalismus eben keinesfalls mehr Reichtum für die Werktätigen, sondern zunehmende Betriebsstillegungen, Verlagerung der Produktion in andere profitablere Bereiche und immer größere Massen-erwerbslosigkeit.

Der deutsche Nationalismus und Chauvinismus diene und dient auch dazu, Mißtrauen zu säen, Haß zu schüren zwischen den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern einerseits und den Werktätigen aus anderen Ländern andererseits. Die „Ausländer“ werden zu Sündenböcken gestempelt, die angeblich schuld seien an Entlassungen, fehlenden Arbeitsplätzen, fehlenden Wohnungen.

Durch ein ausgeklügeltes System der nationalistischen und chauvinistischen Propaganda versucht der deutsche Imperialismus, die Arbeiterklasse in Deutschland zu spalten, die ausgebeuteten Werktätigen gegeneinander auszuspielen. „Teile und Herrsche“ – dieses Prinzip ist eine wichtige Waffe des deutschen Imperialismus im Klassenkampf und wird auch in den kommenden Kämpfen eine zentrale Rolle spielen.

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

Es geht darum, die Einsicht zu fördern und zu vertiefen, daß bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen – dann sind sie verlassen! Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf Erfolge erzielen.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieben und Gewerkschaften festzuschreiben:

Gegen den verfluchten deutschen Nationalismus muß internationalistische Solidarität entwickelt werden. Im Kampf gegen Lohnkürzungen und Betriebsstillegungen, im Kampf gegen das Kapital ist die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe unverrückbarer Ausgangspunkt.

Es geht darum, im Rahmen des Tageskampfes die Aktionen auszuweiten, den legalistischen Rahmen immer weiter zu sprengen, auf langandauernde Betriebsbesetzungen, immer mächtiger werdende Streiks, auf kämpferische und militante Aktionen auf der Straße das Hauptgewicht zu legen!

Dabei ist besonders wichtig, *daß der eigene Kampf im Betrieb* in einer Region nicht isoliert wird, daß der Kampf ausgeweitet, über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vornherein auch *mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.*

Es muß vor Ort und darüber hinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewe-

gung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror kämpft, die sich konsequent demokratische und revolutionäre Aufgaben stellt.

Das alles erfordert einen harten Kampf gegen alle Spielarten des deutschen Nationalismus, der klassenversöhnlerischen Partnerschaftsideologie, des Aberglaubens an den Staat, des Reformismus, des Revisionismus und des Opportunismus. Wir müssen uns auf Abwiegelei und Verrat auch innerhalb der Gewerkschaften einrichten, müssen dort einen legalen wie verdeckten Kampf führen, um wirklich die fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten mobilisieren zu können.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, Arbeiteraristokraten, egal welcher bürgerlichen Partei sie angehören, gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf initiieren und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt – das ist der einzig mögliche Weg, um wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, gegen Massenentlassungen, Lohnraub und den Abbau der sozialen Rechte, gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die DGB-Fürsten durchsetzen zu können.

Die Kommunistische Partei vor allem in den Betrieben aufbauen!

Gerade die bewußtesten Genossinnen und Genossen in den Betrieben – und es gibt sie durchaus, weniger, weit weniger als nötig wären, aber doch auch mehr als so mancher naserümpfende Klugscheißer meint – wissen sehr genau, wie der Stand der Klassenkämpfe in den Betrieben aussieht und welches Ausmaß der Grad der chauvinistischen Verseuchung dort angenommen hat. Jede Illusion über den realen Zustand der heutigen Arbeiterbewegung ist schädlich. Die Wahrheit ist, daß der Bewußtseinsstand der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter ebenso wie ihre Kämpfe noch sehr zurückgeblieben sind. Die bürgerlich-reaktionäre Ideologie bis hin zu ihren chauvinistischen Extremen beherrscht die Köpfe der übergroßen Mehrheit der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Nicht kapitulieren dürfen alle revolutionär gesinnten Genossinnen und Genossen vor den Schwierigkeiten des Kampfes gegen die bürgerlich-nationalistische Ideologie, die Ängstlichkeiten und die Illusionen in den Köpfen der Mehrheit der Arbeiterklasse. Denn hier und nur hier ist die Kraft zu finden und zu entwickeln, die – Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder – schließlich dem deutschen Imperialismus den Garaus machen wird.

Hier und nur hier wird jener Haß wachsen, der die Kraft zum Sturz und zur Zerschlagung des ganzen imperialistischen Systems durch die sozialistische Revolution im Bürgerkrieg hervorbringt, der die Wucht erzeugt, auch andere ausgebeutete und unterdrückte Schichten der werktätigen Massen mitzureißen im gemeinsamen Kampf. Nur hier schließlich, in solchen Massenkämpfen gegen das ganze System, wird eine fruchtbare Diskussion über wirklichen, in der Mehrheit der Arbeiterklasse verankerten, auf der wirklichen Diktatur des Proletariats beruhenden Sozialismus, durchgeführt werden.

Die Arbeiterklasse ist die revolutionärste Kraft, was sich nicht aus dem aktuellen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse, dem derzeitigen Entwicklungsgrad und Umfang seiner Kämpfe ergibt. Das Proletariat ist aufgrund seiner objektiven Lage die revolutionäre Klasse, die fähig ist, den Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus aufzunehmen und zu führen.

Das ist deshalb so, weil die Arbeiterklasse keine Produktionsmittel besitzt und insofern nichts zu verlieren hat als ihre Ketten. Sie steht als Klasse als einzige der Bourgeoisie in unversöhnlichem und direkten Gegensatz gegenüber und ist fähig, alle anderen Ausgebeuteten im Kampf gegen das Kapital zu führen. Das Proletariat ist mit der Großproduktion verbunden, der fortgeschrittensten Form der Produktion, der grundlegenden Produktionsform des Sozialismus und Kommunismus. Das Proletariat hat deshalb als einzige Klasse eine wirkliche Zukunft. Die Konzentrierung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken erleichtert ihre Bewußtmachung, ihre Organisierung, die Schaffung einer bewußten Disziplin. Das Proletariat ist eine internationale Klasse und hat, ob in den USA, Angola, Japan oder Südkorea, in der ganzen Welt, trotz aller Unterschiede, wesentlich dasselbe Interesse – was die volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder erfordert.

Doch das bedeutet keineswegs, daß die Arbeiterklasse „von selbst“, aus ihren eigenen Kämpfen heraus, den Kapitalismus vernichten kann. Lenin hatte recht, als er schon 1902 in seinem berühmten Buch „Was tun?“ bewies, daß ohne den systematischen, jahrzehntelangen Kampf der Kommunistischen Partei zur Erziehung der Arbeiterklasse, trotz Opferbereitschaft und aller Kraftanstrengungen, dennoch die Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse nicht beseitigt, die Arbeiterklasse nicht befähigt werden kann, den Kapitalismus zu vernichten.

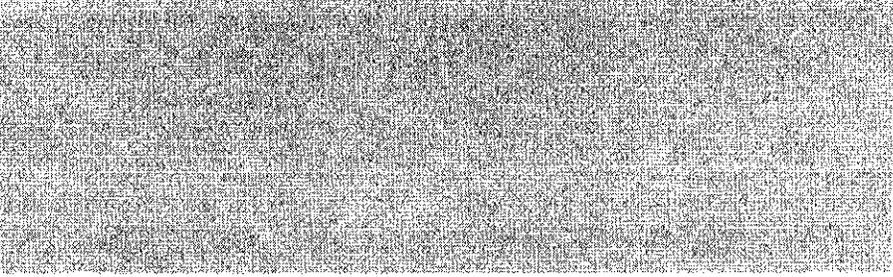
Die Schlußfolgerung kann nur lauten:

Die Kommunistische Partei muß vor allem in den Betrieben, in den Großbetrieben, aufgebaut werden. Es geht darum, in den nächsten Jahren als ersten Schritt Betriebszellen in einigen wichtigen Großbetrieben zu schaffen, einen Kern von Kadern aus der Arbeiterklasse zu gewinnen, um sich dann langfristig mit aller Kraft darauf konzentrieren zu können, systematisch vor allem in allen Großbetrieben, in allen wichtigen Betrieben, durch die richtige Kombination von legaler und illegaler Arbeit, die Kommunistische Partei auf illegaler Grundlage aufzubauen, die Losung „Jeder Betrieb muß unsere Festung werden!“ immer weitergehender zu realisieren.

Es gilt heute, die entscheidenden Kräfte auf den Aufbau einer wirklich wissenschaftlich fundiert arbeitenden, professionell organisierten, disziplinierten Kommunistischen Partei aus den energischsten und zielklarsten Genossinnen und Genossen vor allem aus den Betrieben zu konzentrieren, die wirklich die Ideen des Kommunismus verteidigt und verbreitet, die den gigantischen ideologischen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und ihre Ideologie aufnimmt, um systematisch sozialistisches Bewußtsein bei der Mehrheit der Arbeiterklasse zu schaffen und zu verankern.

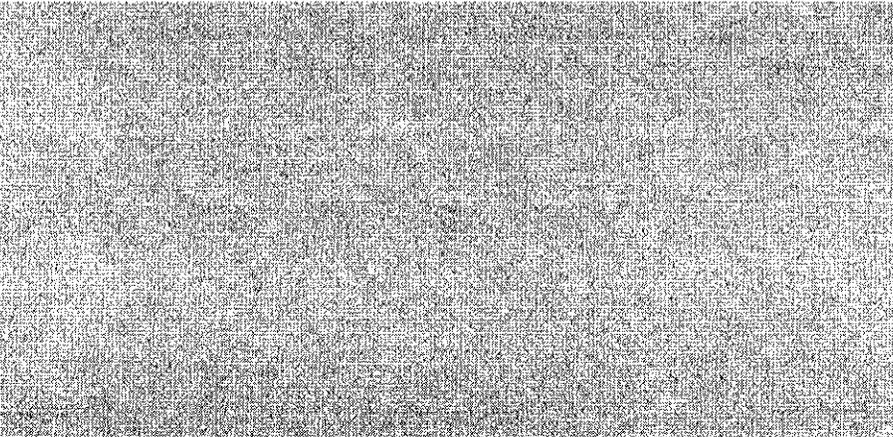
Aus:

„Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter“, Flugblatt, März 1997



II.

Chronologischer Überblick über Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland 1947 – 1997



1945/1946

Kämpfe für die Entfernung von Nazis aus den Betrieben sowie aus politischen Positionen. Proteste und Aktionen der Bergarbeiter erzwangen z. B. im Dezember 1945 und Januar 1946 die Entlassung von 70 Direktoren und leitenden Angestellten der Montanindustrie sowie einiger besonders „belasteten“ Nazis aus den Bergwerksverwaltungen.¹

1947

Politische Proteste, Streiks und Kundgebungen von Tausenden Anfang 1947 vor allem im Ruhrgebiet gegen die Geheimtagung führender Vertreter des Industrie- und Bankkapitals am 29. November 1946 in Düsseldorf, die in der Tradition der Industriellen/Hitlertagung vom 27. 1. 1932 stand. Zentraler Protesttag war der 27. Januar 1947.²

3. Februar 1947: 6-stündiger antinazistischer Streik von 70 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Nürnberg als Protest gegen einen Bombenanschlag von Nazis auf die Nürnberger Entnazifizierungsspruchkammer.³

1. April 1947: Streik von 30 000 Arbeiterinnen und Arbeiter nahezu aller Betriebe in Braunschweig gegen die schlechten Lebensbedingungen und gegen die fast vollständige Besetzung des Amtes für Nahrungsmittelversorgung mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern.⁴

3. April 1947: 24-stündiger Streik von insgesamt 334 000 Bergarbeitern als Höhepunkt der Massenaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter des Ruhrgebiets gegen die schlechten Lebensbedingungen.⁵

1948

28. Oktober 1948: Militante Proteste Zehntausender Werktätiger gegen Teuerung in Stuttgart, die von der Militärpolizei mit Tränengas und sogar Panzeraufgebot bekämpft wurden.⁶

12. November 1948: Mehr als 9 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in ganz Westdeutschland beteiligten sich an dem von der Gewerkschaftsführung ausgerufenen „General- und Demonstrationsstreik“ für Preisregulierungen, Lohnerhöhungen und „Mitbestimmung“, der von seiten der Gewerkschaftsführung aber nur zum „Dampfablassen“ angesetzt war.⁷

1950

1. Februar 1950: Auf einer vom DGB einberufenen antinazistischen Großkundgebung und Demonstration protestierten in Bielefeld 40 000 Menschen gegen das lächerlich geringe Urteil des örtlichen Schwurgerichts vom 30. Januar über den ehemaligen Gestapobeamten Karl Kaufmann.⁸

1951

4. – 14. August 1951: In Hessen und Niedersachsen fand mit 12 000 Streikenden der größte Lohnstreik von Landarbeiterinnen und -arbeitern in der Geschichte des westdeutschen Staates statt. Neben der Polizei ging auch die Klassenjustiz mit voller Härte gegen die streikenden Landarbeiterinnen und -arbeiter vor. Die Streikenden konnten ihre Forderungen nicht durchsetzen.^{9*}

27. August – 23. September 1951: Der teilweise erfolgreiche Lohnstreik von ca. 75 000 Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Hessen unter Führung der IG Metall war der erste große ökonomische Streik nach 1945 in Westdeutschland.¹⁰

23. Oktober – 7. November 1951: Selbständiger Streik von über 6 000 „unständigen“, d. h. nicht ständig beschäftigten, Hamburger und Bremer Hafenarbeitern gegen den Willen der ÖTV-Führung. In Bremen kam es mehrfach zu militanten Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und Verhaftungen von Arbeitern, worauf der Streik nach zwei Tagen abgebrochen wurde und ohne weitere Erhöhung des Schichtlohns endete.¹¹

1952

Mai bis Juni 1952: Proteste von ungefähr 2,5 Millionen westdeutscher Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Gesetzesentwurf des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes. Höhepunkt war der zweitägige politische Streik der Drucker am 28. und 29. Mai, durch den bundesweit keine Zeitungen erschienen konnten. Die DGB-Führung

* Die im folgenden so gekennzeichneten Streiks und Streikbewegungen wurden ausführlich in Rot Front Nr. 5 behandelt.

stellte trotz kämpferischer Phrasen noch vor der Verabschiedung des Gesetzes offiziell alle Kampfmaßnahmen ein.¹² *

1953

28. Januar – 11. März 1953: Sechswöchiger Streik von 21 500 Textilarbeiterinnen und Textilarbeitern in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg für Lohnerhöhung. Beim Streik der 10 000 Textilarbeiterinnen und -arbeiter von Nordhorn spielte die KPD eine führende Rolle. Die Streikbewegung endete nur mit einem Teilerfolg.¹³

27. April – 8. Juni 1953: Streik von 14 000 Werftarbeiterinnen und Arbeitern in Bremen, der mit der Aussperrung von 14 000 beantwortet wurde. Die Gewerkschaftsführung setzt gegen den Willen der Arbeiterinnen und Arbeiter eine faule Kompromißvereinbarung durch.¹⁴

1. Mai 1953: In München, wo sich 80 000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Königsplatz versammelten, kam es zu militanten Kämpfen gegen die mit Wasserwerfern, Karabinern und Knüppeln anrückende Polizei. Bei der Abwehr der Polizeiaktion stirbt der Gewerkschaftler Georg Bachl.¹⁵

1954

9. – 31. August 1954: Dreiwöchiger, teilweise erfolgreicher Lohnstreik der 200 000 bayerischen Metallarbeiter und -arbeiterinnen. Als besonderes Kennzeichen dieses Streiks kann der überaus brutale Polizeiterror angesehen werden. Die Streikenden, unterstützt durch eine bundesweite und internationale Solidaritätskampagne, organisierten auch Demonstrationen und protestierten gegen Aussperrungsterror, Streikbrecherterror und Polizeiterror.¹⁶

4. – 12. August 1954: Der teilweise erfolgreiche Lohnstreik der 15 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten der Kommunalverwaltung Hamburgs, bei dem weitgehend der gesamte Verkehr in Hamburg stillgelegt wurde, war der erste größere Kampf in Westdeutschland gegen einen staatlichen „Arbeitgeber“.¹⁷

1955

Januar 1955: Militante Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen Nazis, im Anschluß an eine vom DGB initiierte Großkundge-

bung mit 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Hamburg-Winterhude. Unter dem Gesang von Arbeiterliedern wurden die Polizeiketten durchbrochen. Erst durch den Einsatz der gesamten Hamburger Bereitschaftspolizei, von Wasserwerfern und auswärtigen Polizeieinheiten wurden die Demonstranten kurz vor dem Tagungsort der Nazis zum Stehen gebracht.¹⁸

22. Januar 1955: 24-stündiger politischer Massenstreik von 820 000 Bergarbeitern, Stahl- und Metallarbeitern in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und in Hessen gegen eine arbeiterfeindliche Provokation des ehemaligen Nazi-Kriegswirtschaftsführers und nunmehrigen Generaldirektors der Gute-Hoffnung-Hütte, Reusch.¹⁹

21. – 26. Februar 1955: Streik der 70 000 saarländischen Metallarbeiterinnen und -arbeiter für eine Lohnerhöhung. Aus Solidarität und aus Protest gegen den massiven Druck der Landesregierung traten am 25. Februar 1955 im Saarland allgemein 310 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte in einen 24-stündigen Generalstreik.²⁰

22. August – 2. September 1955: Selbständiger Streik von ca. 8 000 Arbeitern der Howaldt-Werft und der 3 500 Werftarbeiter der Stülken-Werft. Dieser Streik ragt vor allem heraus, weil es ein von der KPD geführter Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung war. Die Konzernherren unterdrückten den Streik mit der Ausspernung von allen 11 000 Werftarbeitern ab dem 26. August. Die Polizei ging mit Verhaftungen usw. massiv gegen den Streik vor. Der Streik endete ökonomisch mit einem Teilerfolg, doch wurden die kämpferischsten, insbesondere KPD-organisierte Arbeiter entlassen.^{21 *}

22. August – 1. September 1955: Der selbständiger Streik der 11 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Henschel-Werke in Kassel für Lohnerhöhung setzte Lohnerhöhungen durch. Politische Entlassungen auf Grund des Streiks konnten verhindert werden.²²

1956/1957

14. Oktober 1956 – 15. Februar 1957: Streik von 34 000 Metallarbeiterinnen und Metallarbeitern in Schleswig-Holstein für die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wichtiges Merkmal dieses Streiks war der fortgesetzte Widerstand gegen die Versprechungen und Druckmaßnahmen von Kapitalisten und Polizei und gegen die

mehrmals gestartete Abwiegelei der Gewerkschaftsführung. Mittelbarer Erfolg war, daß einige Jahre später ihre Forderung nach Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall gesetzlich verankert wurde.^{23 *}

1957

5. März – 18. Mai 1957: Teilweise erfolgreicher spontaner elfwöchiger Streik von 235 Metallarbeiterinnen und -arbeitern der Vollmer-Werke in Biberach an der Riß gegen kapitalistischen Terror des Produktionsleiters mit der Forderung seiner Absetzung. Am 11. Mai 1956 demonstrierten rund 20 000 Arbeiterinnen und Arbeiter zur Solidarität für die Forderungen der Streikenden, wobei die Polizei ständig provozierte.²⁴

1958

An den Kundgebungen und Demonstrationen der Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr im Frühjahr 1958 beteiligten sich zwar Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter, aber in den Betrieben gab es, abgesehen von sehr kurzen Arbeitsunterbrechungen, kaum größere Streiks. Besonders zu erwähnen ist der einstündige, ohne die Zustimmung der IG Metall durchgeführte Streik am 28. März 1958 von 8 800 Arbeiterinnen und Arbeitern des Volkswagen-Hauptwerks in Wolfsburg und der 3 200 Arbeiterinnen und Arbeiter des Zweigwerks in Braunschweig gegen die Atombewaffnung und gegen die Weigerung des DGB, das Kampfmittel des politischen Generalstreiks einzusetzen.²⁵

1963

29. April – 10. Mai 1963: Zweiwöchiger Streik von 82 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der baden-württembergischen Metallindustrie für Lohn- und Gehaltserhöhungen. Dem Streik begegneten die Kapitalisten mit der bisher größten Aussperrung von 350 000 Arbeiterinnen und Arbeitern, womit die Kapitalisten ihre Interessen weitgehend durchsetzen konnten.²⁶

1968

Gegen die Notstandsgesetze protestierten Hunderttausende in Demonstrationen, Kundgebungen in mehreren Städten. Am Sternmarsch nach Bonn nahmen 40 000 teil, darunter 3 000 Kölner Ford-Arbeiterinnen und -Arbeiter. In Frankfurt/M. demonstrierten Tau-

sende von Arbeiterinnen und Arbeitern und in fast 30 Betrieben verließen die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Fabriken. Kurz vor Verabschiedung des Gesetzes kündigte die DGB-Führung ihre bis dahin in diesem Punkt praktizierte Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Opposition auf und boykottierte die gemeinsam geplante Protestdemonstration in Bonn.²⁷

1969

September 1969: Erste große Welle von spontanen Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung in der Geschichte des westdeutschen Staates. Ausgelöst wurden die Kämpfe für höhere Löhne und gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik durch den Streik auf der „Westfalenhütte“ von Hoesch in Dortmund. Die Septemberstreiks erfaßten zwischen dem 2. und 20. September insgesamt 69 bestreikte Betriebe mit 140 000 Streikenden. Fast alle Streiks nahmen die Form der faktischen Betriebsbesetzung an.^{28 *}

1971

22. November – 15. Dezember 1971: Streik von bis zu 120 000 Arbeiterinnen und Arbeitern im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden. Am 26. 11. sperren die Kapitalisten unter Führung des Arbeitgeberpräsidenten und früheren SS-Mitglieds Schleyer 360 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Mit den gleichen Methoden wie bereits 1963 wurde der Streik letztendlich abgewürgt.²⁹

1972

April 1972: Ende April streikten und demonstrierten mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen Zehntausende von Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten unter dem Motto „Ja zu den Ostverträgen!“ für die imperialistisch-revanchistische „Ost“-Politik der Regierung Brandt. Die DKP- und SED-Revisionisten bejubelten diese proimperialistischen Aktionen.³⁰

1973

Frühjahr und Sommer 1973: In mehreren ohne und gegen die Gewerkschaftsführung geführten kämpferischen Streikwellen, oft verbunden mit Betriebsbesetzungen, wehrten sich rund 275 000 Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem der unteren Lohngruppen aus mindestens 335 Betrieben gegen drohende Reallohneinbußen sowie

gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen. Führend waren oft Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, darunter insbesondere auch die Frauen. Die Gewerkschaftsführung bekämpfte die spontane und selbständige Streikbewegung noch wütender als 1969 und die Polizei ging häufig mit größter Brutalität gegen die Streikenden, vor allem gegen die aus anderen Herkunftsländern, vor.³¹

28. Februar – 9. März 1973: Zehntägiger spontaner Streik mit Betriebsbesetzung im Profilwalzwerk der Duisburger Mannesmann AG. Etwa 400 Arbeiterinnen und Arbeiter erkämpften in einem sehr harten, geschlossenen und selbständigen Streik Lohnerhöhungen durch Höhergruppierung und zusätzliche Prämienerhöhung für gesteigerte Produktivität, nicht nur für sich selbst, sondern für alle Produktionsabteilungen des Werkes. Ein Großteil der Arbeiterinnen und Arbeiter stammte aus der Türkei, die kämpferisch vorbildlich vorangingen.³²

16. – 19. Juli 1973: Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung vor allem von den „ganz unten“ stehenden Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern in den Hella-Werken bei Lippstadt gegen lohnmäßige Diskriminierung der Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem der Frauen aus anderen Herkunftsländern. Während des Streiks kam es zu brutalen Polizeieinsätzen mit Knüppel, Hunden und gezogenen Pistolen. Die Lohnforderungen konnten weitgehend durchgesetzt und alle Repressalien der Kapitalisten erfolgreich abgewehrt werden.³³

13. – 20. August 1973: Streik in dem Neusser Betrieb Pierburg ohne und gegen die Gewerkschaftsführung. Der Streik ist bis heute in West/Deutschland herausragendes Beispiel dafür, daß ein gemeinsamer Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern zusammen mit deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern möglich ist und Erfolg haben kann.³⁴ *

24. – 30. August 1973: Fordstreik in Köln – der bis heute härtesten Streik in der Geschichte des westdeutschen Staates. Dieser ohne und gegen die Gewerkschaftsführung durchgeführte Streik war insbesondere von den über 10 000 Arbeitern aus anderen Herkunftsländern getragen, vor allem von Arbeitern aus der Türkei. Der Streik wurde von den Arbeiterbürokraten des Betriebsrates und den Arbeiteraristokraten vereint mit Hunderten von Spitzeln, Zivilpolizisten und der Polizei mit großer Brutalität niedergeschlagen.³⁵ *

1974

6.-24. März 1974: Der dreiwöchige Streik von 30 000 Metallarbeiterinnen und Metallarbeitern im Unterwesergebiet war gekennzeichnet von schweren gewaltsamen Attacken der Kapitalisten und ihrer Lakaien gegen die Streikenden. Zahlreiche Streikposten wurden verletzt und oder mit Schußwaffen bedroht.³⁶

1975

Mai 1975: Spontaner und selbständiger Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Dynamit Nobel in Fürth. Der hauptsächlich von Arbeitern aus der Türkei geführte Streik wurde von der Polizei brutal zerschlagen, wobei 4 deutsche und 28 Arbeiter aus der Türkei verhaftet wurden. 26 Arbeiter aus der Türkei wurden in die Türkei abgeschoben.³⁷

10. März 1975 – 2. Juni 1976: 442 Tage Streik und Besetzung des Zementwerkes Seibel & Söhne in Erwitte durch die 150 Arbeiterinnen und Arbeiter. Es gelingt, die Entlassung von 100 Kolleginnen und Kollegen kurzzeitig zu verhindern. Am 1. Mai findet eine Solidaritätsdemonstration mit 12 000 Beteiligten sowie einer Delegation der französischer Arbeiterinnen und Arbeiter der französischen Uhrenfabrik LIP, die ebenfalls ihr Werk besetzt hatten, statt.³⁸

1976

28. April – 18. Mai 1976: Bundesweite Streiks von fast allen 78 000 Arbeiterinnen und Arbeitern in der Druckindustrie für mehr Lohn. Die Kapitalisten reagieren gleich am ersten Streiktag mit der ersten bundesweiten Aussperrung gegen 145 000 Kolleginnen und Kollegen. Gegen den Streik wurde mit massivem Polizei- und Streikbrecherterror vorgegangen. In den Betrieben gab es massiven Widerstand gegen die Abwiegelei der Gewerkschaftsfürsten. Die Gewerkschaftsführung beendete den Streik unter den zuvor aufgestellten Forderungen.³⁹

1977

3. – 22. Juni 1977: Dreiwöchiger Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie der Angestellten und Redakteure bei Weser-Kurier und Bremer Nachrichten – ohne und gegen die Führung der IG Druck und Papier – gegen Lohnkürzungen für 81 Angestellte und 19 Re-

dakteure. Erst nach mehreren Anläufen schafften es der Betriebsrat und die Führung der IG Druck und Papier, den Streik gegen die Interessen der Streikenden abzubrechen.⁴⁰

Oktober 1977: Nach der Liquidierung des Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und ehemaligen SS-Mitglieds Schleyer am 19. Oktober durch die Rote Armee Fraktion rief die DGB-Führung bundesweit gemeinsam mit den Kapitalistenverbänden zu betrieblichen „Trauerminuten“ auf.⁴¹

1978

27. Februar – 19. März 1978: Streik von 19 000 Kolleginnen und Kollegen der Druckindustrie gegen die durch Rationalisierung drohende massive Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen sowie drohende Massenentlassungen. Eine Besonderheit war, daß der Streik von den kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben ohne und gegen die Gewerkschaftsführung vorbereitet wurde und die Gewerkschaftsführung letztendlich gezwungen wurde, die „wilden“ Streiks als gewerkschaftlich „sanktioniert“ anzuerkennen. Den Kapitalisten wurden einige wichtige Zugeständnisse abgetrotzt.⁴²

1978/79

28. November 1978 – 10. Januar 1979: Streik mehrerer zehntausend Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen, bei dem es neben dem Kampf um mehr Lohn zum ersten Mal auch wesentlich um den Kampf für die 35-Stunden-Woche ging. Am Aktionstag, dem 17. 11., demonstrieren 120 000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Auf Grund der kämpferischen Stimmung in den Betrieben konnte die Gewerkschaftsführung dazu gezwungen werden, für den 12. 12. zu Solidaritätskundgebungen während der Arbeitszeit aufzurufen, an der sich 175 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten. Gegen den Streik gingen die Kapitalisten mit massivem Aussperrungsterror vor, insgesamt 67 000 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden ausgesperrt. Fast die Hälfte der Stahlarbeiter stimmte gegen das Verhandlungsergebnis der Großen Tarifkommission.⁴³

1981/1982

10. Dezember 1981 – 27. Januar 1982: Betriebsbesetzung von 1 630 Werk tätigen bei Videocolor Ulm, um gegen die geplante

Schließung zu protestieren. Der Betrieb wurde zwar geschlossen, doch durch die Betriebsbesetzung konnte ein besserer Sozialplan sowie die Zahlung der Streiktage durchgesetzt werden.⁴⁴

1982

4. November 1982 – 4. Februar 1983: Dreimonatige Besetzung des Betriebes Georg Heckel in Saarbrücken-Burbach durch 220 Arbeiter mit starker Unterstützung ihrer Frauen gegen die Schließung des Betriebs und drohende Erwerbslosigkeit. Das Ergebnis des Kampfes waren zumindest Ersatzarbeitsplätze, auch wenn diese unsicher waren.⁴⁵

1983

12. – 20. September 1983: Neuntägige selbständige Besetzung von 4 000 Arbeiterinnen und Arbeitern der Howaldt-Deutsche-Werft in Hamburg gegen drohende Massenentlassungen von 1 345 Kolleginnen und Kollegen, darunter vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern. Die IG-Metall-Führung hatte weder den Streik und schon gar nicht die Besetzung des Werkes unterstützt. Nach Drohung der Kapitalisten mit Räumung der Werft durch die Polizei, mit fristloser Entlassung aller Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie einer 8-wöchigen Sperre des Arbeitslosengeldes wurde am 20. September der Abbruch der Besetzung beschlossen.⁴⁶

19. – 26. September 1983: Einwöchige selbständige Besetzung der Werft AG Weser in Bremen-Gröpelingen und Streik der 2 600 Werftarbeiter ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, um gegen die geplante Schließung des Werks zu protestieren.⁴⁷

1984

Mai – Juli 1984: Streikbewegung unter überwiegender Kontrolle der DGB-Führung für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In der Metallindustrie wurde 7 Wochen, in der Druckindustrie sogar 13 Wochen gestreikt. Die Kapitalisten reagierten mit Aussperrungen von über 350 000 Arbeiterinnen und Arbeitern, allein aus der Metallindustrie, von denen ca. 147 000 von der Gewerkschaft Unterstützung erhielten. Über 200 000 waren „kalt“ ausgesperrt, in Fabriken, die nicht direkt am Arbeitskampf beteiligt waren. Statt 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurden nur teilweise

Arbeitszeitverkürzungen erreicht und „flexiblere Arbeitszeiten“ festgeschrieben, welche für die Kapitalisten je nach „Konjunktur“ vorteilhaft sind.⁴⁸

1986

6. März 1986: Streiks von über 1 Million Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Verschärfung des § 116, welche die Wirkung des Aussperrungsterrors der Kapitalisten stärkt („kalt“ Ausgesperrte sollen in der Regel kein Arbeitslosengeld mehr erhalten). Die Proteste, die klar unter der abwieglerischen Führung der DGB-Vorstände standen, konnten diese Verschärfung allerdings nicht verhindern.⁴⁹

26. November 1987 – 19. Mai 1988: Der einjährige Kampf Tausender Stahlarbeiterinnen und -arbeiter in Rheinhausen gegen die Stilllegung von Krupp und Mannesmann mit Streiks, Demonstrationen, Sprengung einer Aufsichtsratssitzung, Sturm des Aufsichtsratstagungshauses („Villa Hügel“), Besetzung der Krupp-Zentrale, Rheinbrückenblockade etc. war einer der massivsten Kämpfe in Westdeutschland. Nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern nahezu die gesamte werktätige Bevölkerung des Ortes und der Region führte eine Fülle kämpferischer Aktionen durch. Jedoch gelang es den verschiedenen Arbeiterbürokraten, die Kämpfe putschartig abzuwürgen.⁵⁰

1991/1992

17. und 18. Januar 1991: Nach Beginn des Golfkriegs gab es verschiedene Antikriegs-Proteste von Hunderttausenden Arbeiterinnen und Arbeitern in den Betrieben. So nahmen in verschiedenen BMW-Werken über 60 000 Kolleginnen und Kollegen an einer fünfminütigen Arbeiterniederlegung teil, bei Audi in Neckarsulm und Ingolstadt über 21 000. In Frankfurt legten die Arbeiterinnen und Arbeiter für mehrere Stunden die Arbeit nieder und beteiligten sich an Aktionen auf der Straße. Die Streiks am 17. und 18. 1. 1991 waren seit einigen Jahrzehnten die ersten (fortschrittlichen) Streiks aus politischem Anlaß.⁵¹

12. Juni 1991 – 10. April 1992: Der Streik von 350 Arbeiterinnen und Arbeiter im Granitabbau in Aicha am Wald gegen die Kürzung der Akkordlöhne um 30% gehört zu den längsten Streiks in Westdeutschland.⁵²

1992

27. April – 7. Mai 1992: Zum ersten Mal seit 18 Jahren streikten bis zu 435 000 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst für mehr Lohn. Die ÖTV-Führung setzte sich dann unverschämt – ohne größere Proteste – über das eindeutige Ergebnis der Urabstimmung hinweg, in der mit Mehrheit das Verhandlungsergebnis der Gewerkschaftsführung abgelehnt und die Fortführung des Streiks beschlossen wurde.⁵³

1993

Seit April 1993 fast einjährige Besetzung der Kali-Mine „Thomas Müntzer“ in Bischofferode auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von ca. 700 Kali-Kumpeln ohne und gegen die Führungsclique der IG Bergbau. Die Streikenden führten teilweise einen Hungerstreik durch, um gegen die Stilllegungspläne im Zusammenhang mit der Übernahme des Werks durch das westdeutsche Monopolkapital zu protestieren.⁵⁴

1993

Februar 1993: Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter gingen auf die Straße, um mit Kundgebungen und Straßenblockaden gegen die drohenden Betriebsstillegungen bei Krupp-Hoesch in Duisburg-Rheinhausen, Siegen und Hagen zu protestieren. So demonstrierten am 17. 2. 93 in Dortmund und Duisburg 40 000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Krupp-Hoesch und blockierten mehrere Bundesstraßen für 12 Stunden.⁵⁵

1996

Februar 1996: Werftbesetzungen und Bockaden der Werkstore der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven gegen die geplanten Massenentlassungen beim Vulkan-Konzern. Den Gewerkschaftsfunktionären gelang es, die Kämpfe zu ersticken.⁵⁶

Frühjahr 1996: Demonstrationen Zehntausender Bauarbeiter gegen Billiglöhne für Bauarbeiter aus anderen Ländern und für Mindestlöhne am Bau, wobei nicht nur bürgerliche Medien und Politiker, sondern auch von der IG Bau chauvinistische und rassistische Hetze betrieben wurde.⁵⁷

Juni 1996: Hunderttausende protestierten gegen das Sozialabbauprogramm der Bundesregierung. An der zentralen Demonstration am 15. Juni in Bonn beteiligten sich rund 350 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, doch der DGB-Führung ging es dabei nur darum, mit einer großangelegten „Dampfablaßaktion“ die Kampfentschlossenheit der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben zu kanalisieren.⁵⁸

Juni 1996: Die Traktorenbauer bei Deutz-Fahr in Köln führten einen spontanen Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze durch.⁵⁹

1997

17. Februar – 20. März 1997: 31-tägiger Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten bei der „Magdeburger Volksstimme“ mit dem Ziel der Anerkennung der Tarifverträge der Druckindustrie. Trotz massivem Streikbrechereinsatz und dem Druck der Zeitung in anderen Betrieben wurden die Forderungen der Belegschaft durchgesetzt. Neben einer starken Solidarität aus anderen Druckereien bis hin zu Solidaritätsstreiks gab es auch eine Aktion britischer Gewerkschafter, die sich scheinbar als Streikbrecher anwerben ließen und sich dann vor dem Tor der „Magdeburger Volksstimme“ mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen solidarisierten.⁶⁰

März 1997: Kampf Zehntausender Bergarbeiter von Ruhr und Saar gegen Zechenschließung mit Demonstrationen, Straßenblockaden, Streiks, Betriebsbesetzungen und Besetzungen von Rathäusern bis zu militanten Aktionen in Bonn, bei denen die Bannmeile gegen den Knüppeleinsatz der Polizei militant durchbrochen und die FDP-Zentrale teilweise zerstört wurde.⁶¹

¹ Mannschatz, Gerhard/Seider, Josef, „Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945–47“, Berlin 1961, S. 105/106. Zu den antinazistischen Kämpfen 1945–1949 vgl. ausführlicher auch „Rot Front“, Nr. 5, S. 32–36.

² Ebenda, S. 211–213

³ „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED Hrsg., Band 6, Berlin 1966, S. 208.

⁴ Mannschatz, Gerhard/Seider, Josef, a.a.O., S. 233/234.

⁵ Ebenda, S. 234/235.

⁶ „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED Hrsg., Band 6, S. 208, Berlin 1966, S. 298/299.

⁷ Beier, Gerhard, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt am Main 1975

⁸ Kraushaar, Wolfgang, Die Protestchronik, 1949 bis 1952, Band 1, Hamburg 1996, S. 177.

⁹ Ebenda, S. 465/466.

¹⁰ Ebenda, S. 474–476.

¹¹ Ebenda, S. 502/503.

¹² Ebenda, S. 595–630.

¹³ Ebenda, S. 729/730.

¹⁴ Ebenda, S. 770.

¹⁵ Ebenda, S. 773.

¹⁶ Ebenda, S. 1024–1026.

¹⁷ Ebenda, S. 1023/1023.

¹⁸ „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, ZK der SED Hrsg., Band 7, Berlin 1966, S. 295.

¹⁹ Kraushaar, Wolfgang, Die Protestchronik, 1953 bis 1956, Band 2, Hamburg 1996, S. 1112/1113.

²⁰ Ebenda, S. 1140.

²¹ Ebenda, S. 1236–1238 / Keinen Hammerschlag – bis wir siegen – Die Streiks bei Howaldt und Henschel und ihre Lehren, RK Hessen der KPD(AO), Frankfurt am Main 1975 / Jüres, Ernst August/Kuehl, Herbert, Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg – Der Hamburger Werftarbeiteraufstand 1955, Hamburg 1981 / Wissen und Tat, Theoretisches Organ der KPD, Heft 11–12, 1955, S. 24–32.

²² Wissen und Tat, Theoretisches Organ der KPD, Heft 11–12, 1955, S. 24–32 / Keinen Hammerschlag – bis wir siegen – Die Streiks bei Howaldt und Henschel und ihre Lehren, RK Hessen der KPD(AO), Frankfurt am Main 1975

²³ Kraushaar, Wolfgang, Die Protestchronik, 1953 bis 1956, Band 2, Hamburg 1996, S. 1483–1487 / Kraushaar Wolfgang, Die Protestchronik, 1957 bis 1959, Band 3, Hamburg 1996, S. 1580/1581

²⁴ Ebenda, S. 1588/1589.

²⁵ Ebenda, S. 1788–1875.

²⁶ Noe, Claus, *Gebändigter Klassenkampf in der Bundesrepublik Deutschland – Der Konflikt zwischen Gesamtmetall und IG Metall vom Frühjahr 1963*, Berlin 1970

²⁷ Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas Hrsg., *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1990, S. 158–168, 251, 253, 257, 267–270.

²⁸ Steinhaus, Kurt, *Streiks in der Bundesrepublik 1966–1974*, Frankfurt am Main 1975, S. 43–71.

²⁹ Ebenda, S. 93–103.

³⁰ Ebenda, S. 106–109.

³¹ Ebenda, S. 115–143 / Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walter/Schmidt, Eberhard Hrsg.: *Gewerkschaften und Klassenkampf – Kritisches Jahrbuch 1974*, Frankfurt am Main 1974, S. 44–54.

³² *Wir gehen nach vorn, Bericht über den Streik der Profilwalzwerker bei Mannesmann im März 1973*, Münster 1973

³³ Steinhaus, Kurt, *Streiks in der Bundesrepublik 1966–1974*, Frankfurt am Main 1975, S. 122/123.

³⁴ Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walter/Schmidt, Eberhard Hrsg. *Gewerkschaften und Klassenkampf – Kritisches Jahrbuch 1974*, Frankfurt am Main 1974, S. 71–81.

³⁵ Gruppe „Arbeiterkampf“, *Streik bei Ford Köln*, Köln 1973

³⁶ *Der Streik der Metallarbeiter Bremen März 1974 – Analysen und Dokumente*, Heidelberg 1974 / Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walter/Schmidt, Eberhard Hrsg. *Gewerkschaften und Klassenkampf – Kritisches Jahrbuch 1974*, Frankfurt am Main 1974, S. 116–129.

³⁷ TÖK/YD (Konföderation der Studenten aus der Türkei/im Ausland) Hrsg., *Das wahre Gesicht der Türkei*, S. 66 Duisburg 1979

³⁸ Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walter/Schmidt, Eberhard Hrsg., *Gewerkschaften und Klassenkampf – Kritisches Jahrbuch 1975*, Frankfurt am Main 1975, S. 18–31 / Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walter/Schmidt, Eberhard Hrsg., *Gewerkschaftspolitik in der Krise – Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78*, Berlin 1978, S. 209.

³⁹ Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walter/Schmidt, Eberhard Hrsg., *Gewerkschaftspolitik in der Krise – Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78*, Berlin 1978, S. 116.

⁴⁰ Ebenda, S. 135–150.

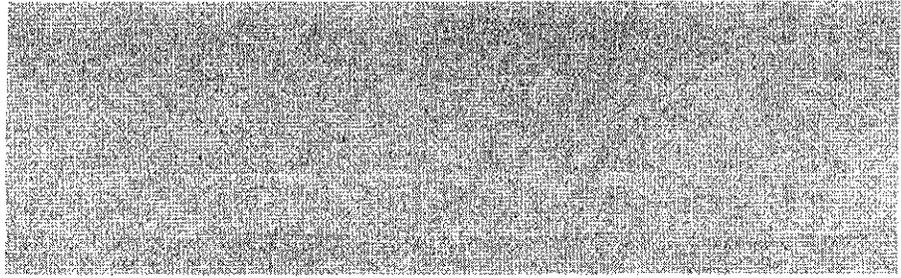
- ⁴¹ Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte, Bundesrepublik Deutschland – Rote Armee Fraktion, Köln 1990, S. 94.
- ⁴² Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walter/Schmidt, Eberhard Hrsg., Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft -Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79, Berlin 1979, S. 10–22.
- ⁴³ „Der Weg der Partei“, Theoretisches Organ der KPD/ML, Nr. 2/79, Dortmund 1979. S. 32–51.
- ⁴⁴ „Dokumentation zum Streik“, Videocolor“/Ulm, Stuttgart, Januar 1982
- ⁴⁵ Beck, Käthe/Buch, Rosi „100 Tage Arbeitskampf an der Seite unserer Männer – Heckel-Frauen berichten“, Saarbrücken 1983
- ⁴⁶ „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“, Hamburg 1984
- ⁴⁷ Ebenda
- ⁴⁸ Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas Hrsg., Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990, S. 428–433.
- ⁴⁹ Ebenda, S. 435/436
- ⁵⁰ Kinzel, Wolfgang, Rheinhausen: Beginn eines Aufschwungs der Arbeiterbewegung?, Essen 1988 / Syben, Theo, Abstich in Rheinhausen, Duisburg 1988
- ⁵¹ „Gegen die Strömung“, Nr. 52, „Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!“, Februar 1991.
- ⁵² „Gegen die Strömung“, Mai 1992 „Die Arbeiterklasse in Westdeutschland wird sich nicht mit dem kapitalistischen System abfinden!“, abgedruckt in Flugblätter von ‚Gegen die Strömung‘ 1991/1992 / Frankfurter Rundschau 30.3.98
- ⁵³ ÖTV Hessen, Dokumentation zum Streik 1992 im Öffentlichen Dienst, Frankfurt am Main 1996
- ⁵⁴ „Gegen die Strömung“, August 1993 „Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der Ex-DDR unterstützen!“, abgedruckt in „Politische Stellungnahmen 1993–1994 zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus in Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung“
- ⁵⁵ IG Metall 4/93,5/93, Tageszeitung 24./27.3.93 Süddeutsche Zeitung 12./18./19.3.93, Mannheimer Morgen 5./13./14.3.93
- ⁵⁶ Junge Welt 20./22.2.98, Tageszeitung 24./25./26.2.98, Nordsee – Zeitung 21.2.98
- ⁵⁷ Tageszeitung 23. und 25.3.96

⁵⁸ Tageszeitung 6.6.96, Tageszeitung 7.6.96, Frankfurter Rundschau 12. und 13.6.96, Junge Welt 17.6.96, Tageszeitung 28.6.96

⁵⁹ Junge Welt 11.6.96

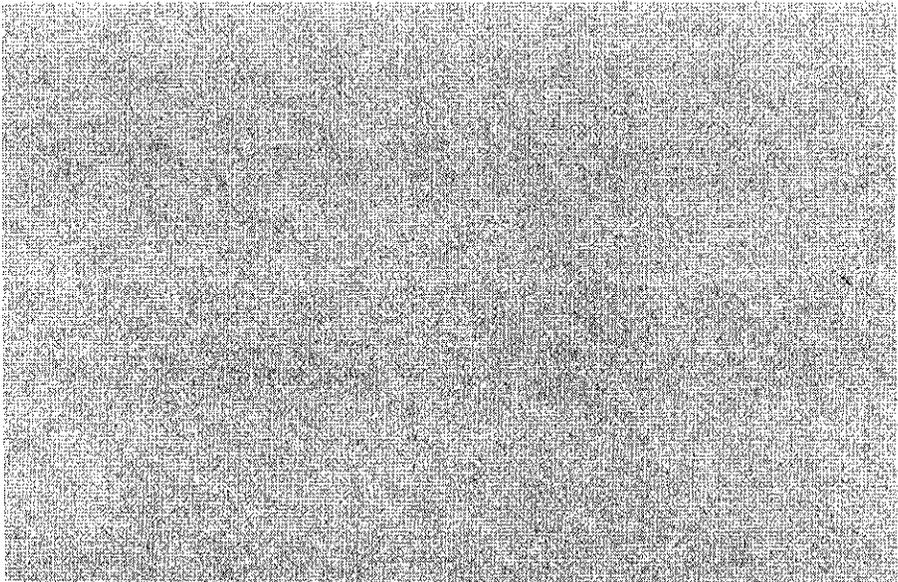
⁶⁰ Dokumentation: Der 31-tägige Streik bei der „Magdeburger Volksstimme“ vom 17. Februar – 20. März 1997, Magdeburg 1997

⁶¹ Westfalenpost 13.3.97, Kölner Stadtanzeiger 13.3.97, Saarbrücker Zeitung 10.3.97, Junge Welt 13.3.97



Anhang:

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern



1.

**Zum Streik bei VW Mexiko,
der weitgehend fehlenden
Solidarität in Westdeutschland
mit diesem Kampf und einer
Initiative philippinischer
Arbeiterinnen und Arbeiter 1987**

September 1987

Streik der VW-Arbeiter in Mexiko

Wie steht es mit der proletarischen Solidarität der westdeutschen Arbeiterklasse?

Beispiele für die Ausbeutung und Unterdrückung westdeutscher Firmen in anderen Ländern:

Südkorea

Textilkonzern Adler in Iri, Südkorea. 1 300 Näherinnen und Büglerinnen kämpfen seit über einem Jahr gegen Stundenlöhne von 2 DM, gegen tägliche Arbeitszeiten bis zu 12 Stunden, gegen Akkord und sexuelle Unterdrückung. Die Entlassung von 12 kämpferischen Arbeiterinnen beantworteten ihre Genossinnen am 4. April dieses Jahres mit einem Sitzstreik. Die Antwort der Kapitalisten: Prügel und Verhaftungen durch die Polizei.

An der großen Streikwelle in Südkorea beteiligen sich auch die Arbeiterinnen und Arbeiter westdeutscher Firmen, so bei BASF-Hyosung und bei Bayer-Pharma.

Südafrika

Daimler Benz in East London, Südafrika. Seit Anfang August dieses Jahres streiken 2 600 Arbeiter für Lohnerhöhungen und einen wenigstens teilweisen Ausgleich für die Verringerung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 43 Stunden. Die Antwort der Kapitalisten: 200 Arbeiter wurden entlassen. Nachdem die Arbeiter ein von der Firma gesetztes Ultimatum hatten verstreichen lassen, zog die Firmenleitung sämtliche zuvor gemachten Angebote wieder zurück und verlangte den bedingungslosen Abbruch des Streiks. Der Streik geht weiter.

Spanien

Daimler Benz in Vitoria, Spanien. Im Mai dieses Jahres streikten 300 Arbeiter. Die Kapitalisten antworteten mit Streikbrechern unter Polizeischutz, Wasserwerfern und Gummigeschossen der Polizei gegen die Streikenden.

Und Mexiko...

Streik der VW-Arbeiter in Mexiko

Acht Wochen mußten die Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW Mexiko in Puebla streiken, um 78% Lohnerhöhung durchzusetzen.

Dieser Streik war einer der größten und längsten Streiks in Mexiko in den letzten Jahren. Er spielte für die Arbeiterklasse Mexikos eine sehr wichtige Rolle angesichts der allgemeinen Verelendung der Volksmassen, die sich z. B. in einer offiziell zugegebenen Inflationsrate von 130% ausdrückt. Somit konnte mit dieser schwer erkämpften Lohnerhöhung noch nicht einmal zu zwei Dritteln die Inflation ausgeglichen werden.

Dennoch war dieser Streik in mehrerer Hinsicht *erfolgreich* und *wichtig*:

- Auslöser für den Streik war die geradezu provokatorische Ankündigung der Firmenleitung, die Löhne um 15% zu senken und gleichzeitig 723 Arbeiterinnen und Arbeiter zu entlassen, nachdem in den letzten Jahren bereits 5 000 entlassen worden waren. Die Belegschaft des Werkes, 11 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, nahm daraufhin ihren schweren Kampf auf.

- Im Verlauf ihres Kampfes beschränkten sie sich nicht auf den *Streik* alleine. Es wurde am 18. Juli eine mächtige *Solidaritätsdemonstration* von 20 000 Arbeiterinnen und Arbeitern in Puebla organisiert. Und nachdem die Firmenleitung nach sieben Wochen Streik immer noch nicht die Löhne erhöhen wollte, entschloß sich die Belegschaft, den *Betrieb zu besetzen*.

- Obwohl die westdeutsche Konzernleitung selbst den Befehl zur Lohnsenkung gegeben hatte (taz, 31.7.87), zog sie sich zu einem bestimmten Zeitpunkt als „ganz und gar unschuldig“ zurück, da der

Kampf ihr bald zu brenzlich wurde, und die Niederträchtigkeit der VW-Ausbeuter – auch in Westdeutschland – immer bekannter wurde. Sie habe mit dem Streik nichts zu tun. Er sei ganz allein die Sache der Firmenleitung in Mexiko. Erst nachdem die möglichen Auswirkungen des Streiks auch auf Betriebe außerhalb Mexikos, auf VW Do Brasil und auf VW in Westdeutschland, nicht mehr auszuschließen waren, wurde ein eigens Beauftragter von Wolfsburg nach Puebla geschickt.

- Die VW-Ausbeuter konnten sich **auf die Arbeiteraristokratie in Westdeutschland verlassen**: Der Kasseler VW-Betriebsrat stimmte einer **Sonderschicht** zu, in der die sonst in Mexiko hergestellten Fertigungsteile, die nun aufgrund des Streiks ausblieben, in Kassel produziert werden sollten. Ein klarer Fall von **Streikbrechertum!** Die IG-Metall-Zentrale in Frankfurt erklärte, sie werde **keine** Solidarität mit den Streikenden in Mexiko üben, da ihre Gewerkschaft nicht Mitglied der offiziellen mexikanischen Metallgewerkschaft sei (taz, 31. 7. 87). Hier wird klar, daß gerade selbständige, betriebsnahe Gewerkschaften wie die bei VW in Puebla den Arbeiteraristokraten ein Dorn im Auge sind, da sie die Zusammenarbeit der westdeutschen IG Metall mit den Ausbeutern von VW anprangern, also mit anderen Worten, den arbeiteraristokratischen Charakter der Gewerkschafts-bosse hier ins Visier nehmen.

- Erst auf Druck westdeutscher Arbeiterinnen und Arbeiter wurde es für diese Arbeiterverräter der IG-Metall immer schwieriger, ihre Streikbrecherrolle weiter beizubehalten. Und so mußte dann auch **die Zustimmung zur Sonderschicht auf Druck der VW-Arbeiter in Westdeutschland zurückgezogen werden**. Ausdruck der Solidarität hier in Westdeutschland mit den Streikenden in Puebla war ebenfalls die anderthalbstündige Arbeitsniederlegung bei VW-Salzgitter. Es wurde eine Solidaritätsversammlung im Betrieb veranstaltet, an der sich 600 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten. Selbst diese Veranstaltung spielte der Betriebsrat in der Öffentlichkeit herunter.

- Die Stärke der Streikenden in Puebla hängt u. a. damit zusammen, daß sie eine wirklich kämpferische Gewerkschaft hatten, die diesen Streik führte. Deren Führer werden von den Gewerkschaftsmitgliedern u. a. dadurch kontrolliert, daß z. B. alle drei Jahre neue Führer der Gewerkschaft gewählt werden und die alten Führer zurücktreten müssen.

Alle diese Erfahrungen sind von Bedeutung nicht nur für die Arbeiterinnen und Arbeiter in Mexiko sondern auch für die hier in Westdeutschland. Die Solidarität hier war noch viel zu schwach, um eine feste und dauerhafte Solidarität zwischen der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder zu schaffen. Sie war noch nicht stark genug, um den Graben zwischen der Arbeiterklasse verschiedener Länder wirklich zuzuschütten, der nicht nur von der Ausbeuterklasse immer wieder aufgerissen wird, sondern gerade auch von den Arbeiteraristokraten, die durch die Extraprofite – aus den Knochen der Arbeiterklasse z. B. in Mexiko herausgesaugt (15 DM Lohn am Tag!) – bestochen werden.

Nachspiel zur Solidaritätsaktion in Salzgitter: Über 200 Abmahnungen

Erstmals in der Geschichte des VW-Konzerns wurde ein Solidaritätsstreik wie der in Salzgitter am 18. August von seiten der Kapitalisten mit über 200 Abmahnungen beantwortet. Neben der Eintragung in die Personalakte wurde den Arbeitern aufgrund des Streiks der Lohn gekürzt. Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen VW-Werken haben auf diese massive Drohung zur Verhinderung proletarischer internationaler Solidarität mit der Zusicherung der Unterstützung ihrer Kolleginnen und Kollegen geantwortet.

Eine Initiative von Arbeiterinnen und Arbeitern aus den Philippinen – Vorbild für die westdeutsche Arbeiterklasse

Mitglieder der kämpferischen „1.-Mai-Gewerkschaft“ (KMU) aus dem Adidas-Werk in Manila auf den Philippinen besuchten am 8. Oktober 1986 die Adidas-Kolleginnen und -Kollegen in Westdeutschland. Sie berichteten von der Ausbeutung auf den Philippinen, aber auch von den Kämpfen nicht nur gegen ihre Kapitalisten, sondern auch gegen Polizei und Militär. Als die kämpferische

Gewerkschaft KMU später von Entlassungsplänen bei Adidas Westdeutschland erfuhr – 450 sollten entlassen werden –, solidarisierte sie sich mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und schickte ihnen folgendes Telegramm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir von der Gewerkschaft Kilusang Mayo Uno, die eine genuine, kämpferische und dem Wohl des Landes verschriebene Gewerkschaftsbewegung in den Philippinen vertritt, haben erfahren, daß 450 Arbeiter von ADIDAS Deutschland zu Unrecht entlassen worden sind. Begründung der Kapitaleigner des Betriebes: ‚Anpassungen‘ infolge des ‚Dollarverfalls und geringer Wirtschaftlichkeit‘.

Wir halten diese Entlassungen für ungerecht, weil das Überleben der Arbeiter einer fortgesetzten Wohlstandsvermehrung durch wenige geopfert wird.

Die philippinischen Arbeiter, besonders wir unter der KMU, sind sehr betroffen von Eurer Misere. Denn auch wir waren in unserem Kampf für bessere Lebensbedingungen und demokratische Rechte schon oft genug Opfer kalter Mißachtung durch die Kapitalisten.

Aus diesem Grund verstehen wir bei der KMU es voll und ganz, wenn Ihr in Deutschland Eurer kollektiven Stärke vertraut, um Eure Lebensbedingungen zu verteidigen, und wir unterstützen alle Schritte, die Ihr zur Rettung Eurer Situation unternehmen werdet.

Das ist nur ein kleines Beispiel, aber wir meinen, daß solche Formen der Solidarität entwickelt und verstärkt werden müssen, nämlich eine unmittelbare, enge Verbindung zwischen der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder herzustellen, die nicht angewiesen ist auf das Wohlwollen irgendwelcher Gewerkschaftsführer, denen alles andere am Herzen liegt als wirkliche proletarisch-internationalistische Solidarität.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Aus:

Gegen die Strömung Nr. 40, September 1987, „Die Revolution in Chile unterstützen!“, S. 41 f.

2.

**Zum Kampf der Arbeiterklasse
Südkoreas 1990**

Juni 1990

Die Arbeiterklasse Südkoreas kämpft!

Ende April/Anfang Mai kam es in der Hyundai-Werftanlage in Ulsan/Südkorea zu heftigen militanten Kämpfen mit der reaktionären Polizei. Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter anderer Betriebe solidarisierten sich durch Streiks und Demonstrationen. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der staatlichen Rundfunkanstalt streikten. Gewerkschafter wurden festgenommen, andere tauchten unter und werden mit Haftbefehl gesucht.

● Am 25. April traten 20 000 von 24 000 Arbeiterinnen und Arbeitern der Hyundai-Werft, die zu den größten der Welt zählt, in den Streik und besetzten die Anlagen des Konzerns in Ulsan. Sie forderten die Freilassung von inhaftierten Gewerkschaftern, die im Vorjahr einen monatelangen Streik auf der Werft organisiert hatten.

● Am 28. April stürmten 10 000–12 000 Polizisten das Gelände mit Schlagstöcken und Tränengasbomben. Sie wurden gebührend mit jenen Cocktails empfangen, die ihren Namen nach Genossen Molotow haben. Der Polizei gelang ein zeitweiliger Sieg, ungefähr 600 Streikende wurden festgenommen.

● Im Laufe des Wochenendes kam es zu einer Ausweitung der Kämpfe. 20 000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Hyundai-Autowerks traten ebenso wie die Belegschaften von sechs weiteren Betrieben des Hyundai-Konzerns in Ulsan in Solidaritätsstreiks. Es kam zu militanten Straßenkämpfen, eine Polizeistation wurde in Brand gesetzt, zwei Dutzend Polizeifahrzeuge wurden zerstört.

● Am Vorabend des 1. Mai wurde der 19tägige Streik bei der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt KBS ebenfalls gewaltsam beendet. Am 1. Mai standen fast 70 000 Arbeiterinnen und Arbeiter im Streik. Hinzu kamen Solidaritätsaktionen in mehreren Städten (so zum Beispiel der U-Bahn-Beschäftigten in Seoul) sowie Kundgebungen und Demonstrationen von mehr als 50 000 Studentinnen und Studenten in einer Reihe von Universitätsstädten, die sich mit der Arbeiterbewegung solidarisierten.

Das sind nur die Höhepunkte der anschwellenden Streikwelle in Südkorea. Von 7 000 Streiks seit 1987 spricht die bürgerliche Presse.

Diese von den Kapitalisten so genannten „Unruhen“ haben mehr mit Westdeutschland zu tun, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Für Südkorea ist die Bundesrepublik der bedeutendste Handels„partner“ in Westeuropa, mit über 8 Milliarden DM „bilateralem Handelsvolumen“ (1989) drittgrößter weltweit, wie die Presse vermeldet.

In Südkorea werden durchschnittlich 55 Stunden die Woche an sechs Tagen gearbeitet. Überstunden werden nicht berechnet. 1985 verdienten 87% der vierköpfigen Arbeiter- und Angestelltenfamilien weit weniger als das offizielle monatliche Existenzminimum von umgerechnet 1 250 DM, der durchschnittliche Monatslohn eines Industriearbeiters betrug 550 DM. Der gesetzliche Mindestlohn für 1990 beträgt umgerechnet ca. 460 DM. Ausländisches Kapital darf in Südkorea 5 Jahre lang „steuerfrei“ Gewinne machen. Klar, daß dem westdeutschen Imperialismus die Bedingungen in solch einem Land gefallen, sei es der Textilkonzern ADLER, der brutal südkoreanische Arbeiterinnen bis aufs Blut ausbeutet, seien es BASF oder andere.

„Um ein solches Wachstum zu erreichen, kann man eben nicht anders, als erst einmal drei Generationen von Arbeitern zu verheizen.“

(Westdeutscher Industrieller, FR vom 9. 2. 1979)

„Korea – Das lohnende Kooperationspartnerland für die deutsche Wirtschaft“

(Harald Koch, „Berater für Korea“, „Übersee Rundschau“ 1/1986)

Lohnend zum Beispiel für:

- **BASF**
- **Bayer**
- **Boehringer**
- **Schering**
- **Siemens**
- **Adler**

Die Streikkämpfe in Südkorea – eine Ermutigung für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt!

Angesichts des scheinbaren Triumphs der kapitalistischen Welt, der Expansion in noch größerem Umfang als bisher nach Osteuropa und angesichts des Rückgangs der Streikkämpfe in vielen Ländern der Welt in den letzten Jahren bilden die Streikkämpfe in Südkorea eine wichtige Erfahrung.

Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Fabriken in Südkorea, das war nicht nur ein leeres Wort, das war eine konkrete Erfahrung.

Militanter Kampf gegen reaktionäre, mörderisch vorgehende Polizeikräfte war ein wichtiges Kennzeichen der Einsatzbereitschaft, des Mutes und des Kampfwillens der Arbeiterbewegung in Südkorea. *Breites Bündnis* mit den breiten Massen der bäuerlichen Bevölkerung (auf dem Lande ist die Lage davon gekennzeichnet, daß 60% des Bodens 5% der Bevölkerung gehören) und der studierenden Jugend – das war ein weiteres Kennzeichen dafür, daß es sich in Südkorea um eine wirkliche Massenbewegung gegen den reaktionären Staat und seine Polizeistaatspraktiken handelt!

Es ist die Aufgabe der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Westdeutschland, sich möglichst umfassend über diese großen Streikkämpfe in Südkorea zu informieren, die Informationen in den einzelnen Betrieben zu verbreiten und überall dort, wo es eine Gelegenheit dazu gibt, Formen der Solidarität mit der Arbeiterbewegung in Südkorea zu entwickeln.

Revolutionäre Perspektiven

Auch wenn die konkreten Klassenkämpfe in Südkorea an den Grundfesten dieses reaktionären Staates rütteln, zeigt sich in diesen großartigen, zu unterstützenden Kämpfen eine entscheidende *Schwäche*, die zu verschweigen ein grober Fehler wäre:

Es fehlt die wirklich *internationalistische Verbundenheit der verschiedenen Klassenkämpfe in den fünf Erdteilen, in allen Ländern*. Die Ursache ist – kurz und knapp gesagt – das *Fehlen einer kraftvollen marxistisch-leninistischen Weltbewegung*. Nur wenn wirk-

lich kommunistische Parteien, geschwisterlich miteinander verbunden, sich in die Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern einschalten, dort schrittweise die Leitung dieser Kämpfe übernehmen, die großartigen Erfolge, aber auch die Halbheiten und Schwächen dieser Klassenkämpfe und Massenbewegungen solidarisch und konkret international bekanntmachen, können wirklich gemeinsame proletarisch-internationalistische Aktionen gegenseitiger Unterstützung organisiert werden.

Die imperialistische Welt, so sehr sie sich auch aufplustert, ihre eigene Überlegenheit und Schönheit beschwört, ihre Unsterblichkeit proklamiert, ist in Wahrheit ein *Koloß auf tönernen Füßen*: Der Imperialismus ist ein verfaulendes System. Seine Totengräber, das Proletariat aller Länder, werden Niederlagen und nochmals Niederlagen einstecken müssen, aber sie werden niemals endgültig besiegt sein. Die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder werden sich immer und immer wieder auf Grund der zunehmenden Ausbeutung und Unterdrückung zu machtvollen Kampfaktionen erheben, die anderen unterdrückten, breiten Volksmassen mitreißen und das ganze System des Imperialismus in Frage stellen und zerschlagen. Nicht auf einmal, nicht auf einen Schlag und nicht in einigen wenigen Jahren. Aber dieser revolutionierende Prozeß in den verschiedensten Ländern, im unterschiedlichsten Tempo wird die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder erfassen.

Die augenscheinliche Lehre – angesichts der Ereignisse in Osteuropa – *wohin* Revisionismus und Opportunismus führen, wird die Frage mächtig entstehen lassen, *was Revisionismus und Opportunismus ist* und wie sie bekämpft werden können, wird die Frage stellen, wie nicht nur die ganze alte Welt des Imperialismus, des Kapitalismus kompromißlos zerschlagen, sondern auch eine neue Welt, eine Welt des Sozialismus mit dem Ziel des Kommunismus aufgebaut werden kann.

Diese Fragen entstehen und werden weiter entstehen – zunächst in den bewußten und kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse, dann aber auch in der breiteren Masse der mitkämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter.

Und es gibt Antworten auf diese Fragen. Es ist an den Marxisten-Leninisten aller Länder, diese Antworten klar und verständlich zu entwickeln und zu propagieren, den Aufbau wirklich marxistisch-leninistischer Parteien als entscheidenden Hebel anzupacken, um sich

entwickelnde revolutionäre Massenkämpfe erfolgreich anleiten zu können.

Die Kämpfe in Südkorea, die unsere volle Solidarität verdienen, erinnern an die großen Aufgaben des proletarischen Internationalismus und die Perspektiven der Streikaktionen und Klassenkämpfe auch hier in Westdeutschland!

Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in Südkorea!

Bereiten wir Streiks, Aktionen und Kämpfe im eigenen Land gegen das westdeutsche Kapital, den westdeutschen Imperialismus vor!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Aus:

„Die Arbeiterklasse Südkoreas kämpft“, Flugblatt, Juni 1990 (abgedruckt in: „Flugblätter von ‚Gegen die Strömung‘ 1989 – 1990“)

3.

**Der Kampf der Arbeiterklasse
der Türkei –
Vorbild für den Kampf
gegen die Verschlechterung
der Lebensbedingungen,
Vorbild im Kampf gegen
imperialistische Kriegspolitik**

10. Januar 1991

Solidarität mit den streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen in der Türkei!

Seit Ende November 1990 befinden sich 48 000 Bergarbeiter der Stadt Zonguldak an der Schwarzmeerküste im Streik! Sie streiken gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage durch die Inflation von rund 70% bei einem Tageslohn von nur umgerechnet 4,50 DM: für ein Kilo Bohnen muß ein Bergarbeiter heute fast doppelt so lange arbeiten wie vor 15 Jahren!

Die Kumpels von Zonguldak ließen sich auch durch massives Polizei- und Militäraufgebot nicht einschüchtern. Trotz der Entsendung von zehntausend Polizisten, trotz Straßenpatrouillen von schwerbewaffneten Soldaten fanden fast täglich Demonstrationen statt.

Doch die Bedeutung des Streiks von Zonguldak geht über einen örtlichen Lohnkampf hinaus. Der Streik wurde zum ermutigenden Beispiel für die unterdrückten Werktätigen in der ganzen Türkei. Sympathiekundgebungen und -streiks wurden im ganzen Land durchgeführt. Höhepunkt war die Ausrufung eines Generalstreiks am 3. Januar, dem allein in Istanbul über 1,5 Millionen folgten!

Zunehmend geht der Streik auch über rein ökonomische Forderungen hinaus. Lauter werden die Parolen gegen die Regierung Özal und gegen die Kriegsvorbereitungen der Türkei.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, waren die Kumpels von Zonguldak am 4. Januar zu einem Fußmarsch nach Ankara aufgebrochen, nachdem sie daran gehindert worden waren, mit Bussen zu fahren. Starke Barrikaden und der Einsatz von Polizei und Militär zwangen sie, ihren Marsch 220 km vor Ankara am 7. Januar zunächst einmal abubrechen. Der Streik aber geht weiter!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Aus:

„Der Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei – Vorbild für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Vorbild im Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik: Statt „nationaler Opfer“ und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei – Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus!“, Flugblatt vom 10. Januar 1991 (abgedruckt in: „Flugblätter von ‚Gegen die Strömung‘ 1991 – 1992“)

4.

Zu den Kämpfen in Mexiko 1994

Januar 1996

Es lebe die Revolution in Mexiko!

Der Aufstand im Süden Mexikos, in Chiapas, zu Beginn des Jahres war für die Revolutionäre der ganzen Welt ein Lichtblick in einer Zeit, in der es so scheint, als ob der Weltimperialismus auf breiter Front unaufhaltsam in der Offensive ist und die Revolutionäre geschlagen sind. Die revolutionären Kämpfe in Mexiko machen Mut und beweisen aufs Neue, daß die Widersprüche des imperialistischen Systems von diesem selbst nicht zu lösen sind, daß mit elementarer Kraft immer wieder die Kämpfe der Völker aufbrechen werden, um diese Widersprüche auf revolutionäre Weise – durch den Sturz und die Vernichtung des imperialistischen Systems – zu lösen.

Daher war es uns eine besondere Freude, daß Vertreter von „Spartakus“ und „Gegen die Strömung“ in Barcelona die Gelegenheit hatten, mit dem Genossen P., einem Repräsentanten des „Movimiento Revolucionario de México“ (ein Zusammenschluß von sieben bewaffnet kämpfenden revolutionären Organisationen Mexikos), ein ausführliches Gespräch zu führen, das wir im folgenden auszugsweise abdrucken.

Der Aufstand in Chiapas

Kannst Du uns den Beginn und den Verlauf des Aufstandes in Chiapas schildern?

In der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar wurden in Chiapas frühmorgens gleichzeitig fünf Städte eingenommen. Der Name des Subcomandante Marcos ist übrigens dort entstanden. Jeweils die ersten Buchstaben von diesen fünf Städten – Las Margaritas, Altamirano, Rancho Nuevo, Comitán, Ocosingo, San Cristóbal de las Casas ergeben zusammen „Marcos“. Das sind eigentlich sechs Städte, aber Comitán einzunehmen, ist nicht gelungen. Drei dieser Städte haben mehr als 100 000 Einwohner. Immer wieder

sind wir gefragt worden, ob der Aufstand in Chiapas auch zusammenhängt mit dem Inkrafttreten des NAFTA-Vertrages am 1. Januar. Marcos hat in einem Interview auf diese Frage geantwortet, daß der Überraschungsfaktor bei so einer Aktion das wichtigste ist. Man hat also den 31. Dezember ausgewählt, um den Aufstand zu beginnen, weil die Soldaten und Polizisten sich an Silvester meistens betrinken. Und das war dann auch so. Deshalb konnten auch nicht so schnell Truppen aus Mexiko City geschickt werden; erst am 2. Januar lief die Entsendung von Armeeeinheiten an.

Man hat diesen Bundesstaat Chiapas und diese Städte ausgewählt, um den Aufstand auszulösen, denn eines der wichtigsten Ziele war es, der ganzen Welt zu zeigen, unter welchen Verhältnissen wir, das Volk, leben müssen und deshalb mußten wir dem Staat einen solchen Schlag versetzen, den er nicht vertuschen konnte.

In Chiapas arbeiten ja auch viele Nicht-Regierungsorganisationen aus den USA oder Europa. Außerdem ist San Cristóbal eine große Touristenattraktion. Als San Cristóbal eingenommen wurde, waren gerade Hunderte von Touristen in der Stadt. Deshalb konnte der mexikanische Staat den Aufstand auch nicht vertuschen. Aber die Besetzung der Städte auf längere Sicht war niemals geplant. Der EZLN wollte dem mexikanischen Staat vor aller Welt einen Schlag versetzen und sich dann zurückziehen. Dann wurde der geordnete Rückzug angetreten; das hat auch geklappt, aber in Altamirano hatten wir einige Tote zu beklagen, weil man dort die Lage falsch eingeschätzt hatte. Die Armee hatte entgegen unseren Erwartungen Truppen über den Bundesstaat Tabasco geschickt, die dann auch schneller in Altamirano eingetroffen sind als erwartet. Einige Genossen mußten in der Stadt bleiben, um den Rückzug auch der Zivilbevölkerung zu decken, also vor allem Scharfschützen, die dann die Armee daran gehindert haben, in die Stadt einzudringen. Es ist der Armee dann aber doch gelungen, die Genossen waren umzingelt und sind alle – es waren 42 – erschossen worden.

Während der ersten fünf Tage konnten 300 Soldaten erschossen werden, 280 Gefangene wurden gemacht. Es wurden ungefähr 1 000 Waffen, also Pistolen, Gewehre und Maschinengewehre, erbeutet sowie 1400 Kilo Dynamit. Drei Helikopter und drei Flugzeuge konnten abgeschossen werden. Es gelang, aus drei Gefängnissen alle Gefangenen zu befreien. Zur Zeit gibt es in der Selva Lacandona ein befreites Gebiet von 30 000 km² Fläche. Die genaue Zahl der Teil-

nehmer am Aufstand ist ein militärisches Geheimnis, aber es hat sich nur ein kleiner Teil unserer Kräfte daran beteiligt. Es gibt ja noch andere Gebiete Mexikos, wo seit 1978 auch am Aufbau der revolutionären Bewegung gearbeitet wird, in anderen Gebieten schon seit 1964. Am 8. Januar haben die übrigen politisch-militärischen Organisationen Aktionen durchgeführt, als Ausdruck der Solidarität mit dem Aufstand in Chiapas und auch als Zeichen der Verurteilung des Massakers, das der mexikanische Staat an der Zivilbevölkerung begangen hat. In Hidalgo und Puebla wurden Hochspannungsmasten gesprengt, in Acapulco wurde mit Granaten eine Polizeikaserne angegriffen, das Campo Militar Núm. 1 in México City wurde mit Boden-Boden-Raketen angegriffen. Dort wurde auch eine Autobombe gelegt in einem Einkaufszentrum der Reichen, Guerilla-Kommandos führten in verschiedenen Städten des Landes bewaffnete Propagandaaktionen durch, Guerilla-Einheiten bewegten sich innerhalb der Bundesstaaten Oaxaca und Guerrero als eine Form der bewaffneten Propaganda.

Wie reagierten die Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Aufstand in Chiapas?

Sie waren ja die ersten, die den Aufstand unterstützten. Am 2. Januar fand eine Demonstration in México City statt, zu der der „Movimiento Proletario Independiente“, ein Dachverband verschiedener Gewerkschaften, aufgerufen hatte. Diese Demonstration war schon länger geplant, es ging um konkrete ökonomische Forderungen. Nach dem Aufstand in Chiapas vom 1. Januar wurde daraus eine Demonstration zur Unterstützung des EZLN. An dieser Demonstration haben sich 20 000 Arbeiter beteiligt, die dann die Polizisten verprügelt haben. Die Polizei hatte Straßensperren errichtet, um zu verhindern, daß die Arbeiter ins Stadtzentrum vordringen. Aber an diesem Tag waren nur 300 bis 400 Polizisten da. Als die Arbeiter dann vorgerückt sind, ist der kommandierende Polizist zu einem Arbeiter hingegangen und wollte verhandeln, aber der Arbeiter hat dann zu ihm gesagt: „Hier hast Du Deine Verhandlung“ und hat ihm eines aufs Haupt geschlagen. Dann ist es losgegangen. (...)

Aus:

„Es lebe die Revolution in Mexiko!“, Flugblatt, Mai/Juni 1994 (abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1993–1994“ von „Gegen die Strömung“, April 1995).

5.

Zu den Kämpfen in Frankreich 1996

Januar 1996

Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!

Während das Kapital tönt, es habe zumindest in Westeuropa „alles im Griff“, es habe zumindest hier die notwendige Friedhofsruhe geschaffen, so zeigen doch die militanten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich, daß das keinesfalls stimmt. In Paris, in Le Havre, Grenoble, Lyon, Nantes, Bordeaux und vielen anderen Städten und Regionen ... wurde militant, internationalistisch und immer radikaler gekämpft. Und nicht nur das. Die seit vier Wochen andauernden Streiks, Demonstrationen und Kämpfe in Frankreich lassen auch erahnen, was passiert, wenn einmal „alle Räder stillstehen“, wenn die Arbeiterklasse nicht mehr auf die Abwiegelei und das Sozialpartnerschaftsgeschwätz der Gewerkschaftsfürsten hört.

Einleitend einige Streiflichter der Klassenkämpfe in Frankreich

1. Dezember 1995: Durch den Streik der Eisenbahner mußte das deutsch-französische Militärmanöver in Südwestfrankreich abgesagt werden, da der Schienen- und Straßentransport der deutschen Panzer „nicht zu gewährleisten ist“.

4. Dezember 1995: 80 von 100 Energieverteilerzentren wurden bestreikt, ebenso 2/3 der Kraftwerke. In Nizza, Brest, Grenoble und Moulhouse wurden die Haushalte zum verbilligten Nachttarif mit Strom versorgt. In Finisterre lieferten die Streikenden an 100 000 Haushalte kostenlos Strom.

5. Dezember 1995: Der Nah- und Fernverkehr war landesweit lahmgelegt. Um zu verhindern, daß der Transport vom Schienen- auf den Straßenverkehr verlegt wird, blockierten LKW-Fahrer die Autobahn. Der staatliche Radiosender „France Inter“ konnte nur mit Hilfe eines Notprogramms senden. Die Streiks weiteten sich auch auf die Privatindustrie aus, bestreikt

wurden Renault- und Michelin-Werke. Nach Auseinandersetzungen mit der Polizei in Paris und Montpellier wurde als Antwort auf die brutalen Polizeiangriffe in Nantes der Busbahnhof niedergebrannt.

6. Dezember 1995: Rund einhundert Eisenbahner besetzten an der Autobahn bei Marseille die Mautstellen. Sie verteilten dort Flugblätter über den Streik und ihre Forderungen. Danach ließen sie die Autofahrer kostenlos die Mautstation passieren. Weitere einhundert Eisenbahner blockierten bei Martigues die Zufahrt zu einer Ö raffinerie.

7. Dezember 1995: Streikposten besetzten den Sitz der französischen Nationalbank Banque Française, in Nantes wurden vor der Filiale der Banque Française die Straßenbahnschienen herausgerissen. Etwa eine Million Menschen beteiligen sich an den Streiks. In Rouen und Bordeaux beteiligten sich 50 000 Menschen, in Caen und Marseille 100 000 Menschen, in Toulouse 80 000 Menschen an Demonstrationen. 1 500 Angestellte von Air France besetzten die Landebahn des Flughafens Orly. Den Tränengasangriff der Polizei beantworteten sie mit Feuerlöschkanonen. Zum Kampf der streikende Bergarbeiter in Freyming-Merlebach siehe: „Interview mit einem Streikenden“, S.197.

8./9. Dezember 1995: Die Kämpfe weiteten sich auf die Provinz aus. In Avignon wurde die Rathaushalle besetzt. Zur Verhinderung eines Interviews mit einem gaullistischen Abgeordneten wurde in Limoges ein Radiosender besetzt. Nach der Niederschlagung einer Demonstration, bei der die Polizei vor allem arabische Immigranten niedergeknüppelt und verhaftet hatte mit dem Ziel einer Aburteilung im Schnellverfahren, zogen einen Tag nach den Verhaftungen mehrere hundert Uranbergarbeiter in Montpellier vor die Präfektur und forderten die Freilassung der Verhafteten.

12. Dezember 1995: Beginn des Druckerstreiks. Mehr als 2 Millionen Menschen gingen auf die Straße.

Ende Dezember 1995: Weitgehender Abbruch der Streiks.¹¹



Begonnen hatte alles mit dem Streik der Eisenbahner am 24. November gegen die „Sanierung“, genauer: die geplante Entlassung von 30 000 Eisenbahnern bis zum Jahr 2000. Die Streiks und Demonstrationen griffen immer mehr um sich, Anfang Dezember beteiligten sich auch zunehmend Arbeiterinnen und Arbeiter weiterer Berei-

¹¹ Quellen: „Junge Welt“, „Die Tageszeitung“, „Le Républicain Lorrain“

che des öffentlichen Dienstes, z. B. bei der Post, der Telecom, dem Flugverkehr, bei Metros, Stromwerken, Schulen, Krankenhäusern, Banken, Steuer- und Zollbehörden, aber auch Arbeiter und Arbeiterinnen der großen Autofirmen, der Druckereibetriebe, Bergarbeiter, Hafenarbeiter usw. Nach und nach begannen die Arbeiterinnen und Arbeiter zeitweilig sogar so wesentliche Kommandohöhen wie den Transport, Radiosender, Elektrizitätsversorgung usw. lahmzulegen.

Es kam zu Demonstrationen in zahllosen Städten, allein am 12. Dezember gingen über 2 Millionen auf der Straße. Die meisten Parolen und Transparente richteten sich gegen den staatlichen „Sozialplan“, und wiesen teilweise auf die wahren Gründe der sozialen Mißstände und Kürzungen hin: *„Geld ist da – in den Kassen der Unternehmer!“* Immigrantinnen und Immigranten, Studentinnen und Studenten, Arbeitslose, Obdachlose und antirassistisch-antifaschistische Gruppen schlossen sich mit eigenen Forderungen den Kämpfen an und beteiligen sich an den landesweiten Demonstrationen. So forderten die Immigrantinnen und Immigranten u. a. Schluß mit der rassistischen Diskriminierung und bessere Wohnungen, die Studentinnen und Studenten neben finanzieller Unterstützung die Beschlagnahme der privaten Universitäten und das Ende der Diskriminierung von Studentinnen und Studenten aus anderen Ländern durch die Universitätsbehörden.

Knüppel und Tränengas – die wütende Antwort des Staates gegen die Streikenden

Im Anschluß an zahlreiche Demonstrationen kam es zu Auseinandersetzungen und Kämpfen mit der Polizei, auch der Einsatz des Militärs für den Pendlertransport wurde von der französischen Bourgeoisie in Erwägung gezogen. Während die Polizei gegen die Streikenden und Demonstranten mit Knüppeln und Tränengas vorging, während die Regierung keinen Schritt von ihrem Plan abwich und versuchte, mit 1 000 Privatbussen das Verkehrschaos in Paris zu meistern – was sie täglich 900 000 DM kostete –, wurde von reaktionären Kräften gleichzeitig gegen die Streikenden gehetzt. Allen voran die faschistische „Front National“, doch auch die gaullistische RPR stand dem in nichts nach. So hetzte der gaullistische Deputierte der Nationalversammlung Fourgous gegen die Streikenden: *„Es kommt nicht in Frage, mit Leuten zu verhandeln, die so ihre Verachtung für*

das Land gezeigt haben. Man wird diese Leute fragen müssen, welcher Rasse sie angehören.“ (Junge Welt, 4. 12. 95). Als Antwort auf die Hetze der RPR besetzten einige Tage darauf Streikende in Limoges eine Radiostation, als dort ein „Parteikollege“ interviewt werden sollte. Darüber hinaus gab es Versuche, gegen die Streiks gerichtete sogenannte „Verbraucherkomitees“ aus der Taufe zu heben. Mit recht bescheidenem Erfolg: In Paris nahmen an diesen Demonstrationen jeweils nur 1 000 bis 3 000 Streikgegner teil.

Die Abwiegelei der Gewerkschaftsfürsten

Aber nicht nur die Hetze und die Polizeiangriffe dienen dem Ziel, der Streikbewegung die Spitze abzubrechen. Von viel größerer Bedeutung und um ein vielfaches gefährlicher, weil nicht offensichtlich, ist die Abwiegelei der pseudo-linken Gewerkschaften und Parteien. So riefen die reformistisch-revisionistische KPF und die reformistische PS erst nach einer Woche zu den Streiks auf, um die radikaleren Forderungen der Demonstranten abzuwürgen und auf rein wirtschaftliche zu beschränken zur Verhinderung einer weiteren Radikalisierung der Kämpfe gegen die Polizei. Auf dem CGT-Kongreß stimmten 55% der Delegierten gegen eine Vertagung des Kongresses zur Ermöglichung der Teilnahme an der Demonstration in Paris und begnügten sich mit der Entsendung einer „Delegation“. Noch einen drauf setzte der Sekretär der revisionistisch-reformistischen KPF, Robert Hué. Er verkündete am 7. Dezember in RTL, daß *„man nicht die (Streik-)Bewegung dazu bringen soll zu sagen, was sie nicht sagt... Die Bewegung heute ist nicht auf einen politischen Wechsel aus.“* Doch die Radikalität der Kämpfe auf der Straße straft ihn Lügen.

Auch die reformistische, sogenannte „sozialistische“ Gewerkschaft CFDT stand dem in nichts nach. Zunächst ließ die Chefin der CFDT Nicole Notat verlauten, daß doch 85 bis 90 Prozent der Einschnitte ins Sozialsystem gerechtfertigt seien. Daraufhin trugen viele CFDT-Mitglieder ihre Buttons auf Demonstrationen mit dem Zusatz „CFDT – ohne Notat!“. 500 CFDT-Mitglieder schalteten in Le Monde eine Anzeige, in der sie die totale Unterstützung für alle Streikaktionen bekundeten und somit indirekt ihre Vorsitzende angriffen.

Hinter der Abwiegelei der Gewerkschaftsfürsten stehen nicht zuletzt ganz handfeste, materielle Interessen. Die großen französischen

Gewerkschaften sind an den Krankenkassen mit Geldern und Pöstchen beteiligt und haben aufgrund der finanziellen Einsparungen einfach Angst um ihre Privilegien. Die Gewerkschaftsbürokratie hat ein Interesse an den Protesten aus Angst um ihre Privilegien, doch wollen sie gleichzeitig die Streiks unter Kontrolle behalten, damit diese sich nicht verselbständigen. Die Kapitalisten und auch die Gewerkschaftsfürsten fürchten die von solchen Streikkämpfen ausgehende Mobilisierung, sie fürchten, daß aus dem „Funken ein Steppenbrand“ wird. Viele Kolleginnen und Kollegen in Frankreich haben gespürt, daß sie ganz und gar nicht ohnmächtig sind, sondern daß sie selbst eine Macht darstellen, wenn sie sich nicht spalten lassen und gemeinsam kämpfen.

Interview mit einem Streikenden:

„Das ist *ein* Kampf, obwohl die Bergleute ihre spezifischen Probleme haben, aber der Kampf gegen den Plan Juppé ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse in Frankreich!“

Die Kämpfe der Bergleute in Freyming-Merlebach

Freyming-Merlebach liegt im lothringischen Kohlebecken. Die Bergarbeiter wollten eine Demonstration als der Auftakt eines 24-stündigen Streiks durchführen, sie forderten den Erhalt der Sonderregelungen für ihren Sozialschutz und höhere Löhne. Schon beim Aussteigen aus den Bussen wurden sie von Polizeitrupps mit Tränengas beschossen. Zahlreiche Fensterscheiben der Generaldirektion der Zechengesellschaft HBL gingen zu Bruch. Nach dem Angriff der Polizei auf die Demonstration der 3 000 Bergarbeiter mit Hilfe von Tränengas und Plastikgeschossen blockierte ein Teil der Demonstranten die Autobahn, andere „wandten“ sich an den Bürgermeister des Ortes Pierre Lang, der gleichzeitig Abgeordneter der Nationalversammlung und Berichterstatter für Kohleprobleme ist. Die Bergarbeiter nahmen ihn kurzerhand „in ihre Mitte“ und so bekam er in vorderster Front der Demonstration die Wirkung der Tränengasgranaten zu spüren. Danach hielten ihn die Bergleute noch zwei Stunden in der Schachanlage Vouters fest. Mit einem Schaufelbagger zertrümmerten sie die Scheiben des örtlichen Polizeikommissariats. Die Kämpfe gegen die Polizei entwickelten sich zu einer zwei Tage andauernden Straßenschlacht. Die Bergleute füllten Ballons mit Stahlschrauben und Stahlmuttern gegen die Polizei,

bauten Barrikaden auf den Straßen. Es folgt ein Interview mit einem der Streikenden:

Zunächst – wie ist die Situation in Frankreich und speziell für die Bergleute?

In den letzten Jahren gingen etwa 23 % der Kaufkraft verloren. Und seit die neue Regierung am Ruder ist und der Plan Juppé rausgekommen ist, haben sich die 23 % noch verschlimmert... Wir sind jetzt soweit, daß 4 Millionen Leute überschuldet sind. Bisher haben wir 10 Millionen Menschen, die außer der Norm leben, also Leute, die erwerbslos sind, die auf der Straße sitzen, Kurzarbeiter, die praktisch weniger als 70 Stunden im Monat arbeiten, usw. Bon, das ist eine große Armut, die sich entwickelt hat, daher jetzt diese Unruhe. Der Druck vom Plan Juppé, das bringt jetzt alles zum platzen. Da kommt jetzt noch einiges an Verschlechterungen hinzu.

In dieser Region hier – Bergbau – wie ging das hier los? Gegen den Plan Juppé laufen ja die Auseinandersetzungen und Kämpfe in ganz Frankreich, hier ist die Situation ja noch mal speziell?

Ja, sie ist speziell. Da muß ich noch mal darauf zurückkommen, was ich am Anfang sagte. Erstmal die Kaufkraft, die seit '89 verloren ist. Dann ist auch die Perspektive, die ist sehr düster. Der französische Bergbau endet 2005, das ist das geplante Aus. Dann ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Jugendlichen und überhaupt für die Leute aus der Gegend sehr schlecht. Mit Ausnahme von dem Rummel um Mercedes, (Mercedes-Werk), das ja im Nachbarort gebaut worden ist, aber das hat im großen Gesamten, also für die vielen verlorenen Arbeitsplätze, einen ganz, ganz geringen, minimalen Einfluß gehabt...

Wie ging es hier los mit dem Bergarbeiterstreik?

Also, der Streik ging am Donnerstag los, also sagen wir mal, der große Protest. Bloß, das war schon vorher, schon monatelang, daß es gegärt hat. Bisher haben wir schon verschiedene Demonstrationen gemacht, die immer friedlich abgelaufen sind, mit Ausnahme ein bißchen vor der Sous-préfecture von Forbach, mit dem einzigen Resultat, daß die Arbeitgeber überhaupt nicht zuhören und schon gar nicht verhandeln wollten.

Was sind die Forderungen der Bergleute im einzelnen?

Also, der französische Bergbau wird ja praktisch vom Staat dirigiert, das bedeutet, daß in Paris also der Rahmen der Lohnerhöhungen festgesetzt wird, und der Rahmen war festgesetzt auf 1,7 % als Lohnerhöhung. Aber bisher haben wir nur ein Prozent bekommen, die restlichen 0,5 oder 0,7 %

sind bis jetzt im Dezember noch nicht gefallen. Und insgesamt war das natürlich auch ein Aspekt, der über längerer Zeit verteidigt und erkämpft wurde, wo aber bisher die Kapitalisten sich nicht dran gehalten haben. Die einzelnen Forderungen sind also erstens die Lohnerhöhung in diesem bereits festgesetzten Rahmen. Und dann muß man sehen, daß die gesamte „*carrière*“ der Bergleute gekürzt wird, damit meine ich, daß der Lohn nach der Dauer der Beschäftigung in verschiedene Kategorien gestaffelt ist, und da ist durch die Perspektive von 2005 ja klar, daß die meisten der Bergleute, daß wir also keine große Aussicht mehr haben, und vor diesem Hintergrund fordern wir die Heraufsetzung dieser Kategorien für jeden einzelnen Bergmann um eine Stufe. Und außerdem ist ein Problem das mit der Krankenkasse: wir haben hier eine Sonderregelung im Unterschied zur Generalkrankenkasse von Frankreich – in Elsaß-Lothringen gibt es ja noch die alten Bismarck-Gesetze, und im Unterschied zu der Privatkasse in den anderen Departements haben wir im Moment in der Krankenkasse für die Bergleute eine hundertprozentige Rückerstattung für Arzneimittel, Krankenhäuser und ärztliche Behandlung, und der Plan Juppé will diese Sonderregelung flachsetzen, und da sehen wir genau, wohin das alles geht: das ist im großen und ganzen ein zusätzlicher Verlust für die Bergleute und vor allem auch für die Rentner – und da ist unsere Forderung, daß das erhalten wird. Und das sind unsere Forderungen im wesentlichen.

Und was fordert ihr in Bezug auf das geplante Aus für den Bergbau im Jahr 2005?

Wir sind hundertprozentig dagegen. Und das ist ja klar: denn als Gewerkschaft haben wir doch die Vorstellung, daß unserer Rolle vorneweg die ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen. Und in deren Interesse ist es ganz bestimmt nicht, daß die Betriebe dichtgemacht werden...

Und wie sind die Auseinandersetzung dann gelaufen, ihr wolltet verhandeln und wurdet von der Polizei angegriffen?

Also nach monatelangen Forderungen und friedlichen Demonstrationen war es dann soweit, daß die Leute gesagt haben, also jetzt ist Schluß, jetzt muß es zum Streik kommen. Und dann ist der Streik ausgerufen worden und wir sind vor die Hauptverwaltung marschiert, um zu demonstrieren. Das war morgens zwischen halb sieben und sieben, und die Gewerkschaften haben über Lautsprecher ihre Manifestationen verkündet. Die Leute waren noch nicht alle da, die meisten waren noch unterwegs, auf der Straße und in Bussen, wir haben hier ja Zechen, die bis zu 18 Kilometern entfernt sind, und die waren noch nicht alle da, wir waren also zwischen 1 000 und 2 000 Leuten, und alle hundertprozentig in Streikstimmung. Zwar nicht insgesamt, aber auch die Betriebe, die über Tage arbeiten, zu über 50 Prozent.

Ja klar, und dann kamen wir auf diesen Platz, ein Großteil der Leute war noch nicht hier, und dann hat die Polizei sofort angefangen zu schießen. Ohne Ankündigung, mit Tränengas, na ja, und dann ging's los.

Habt ihr damit gerechnet, wart ihr darauf vorbereitet?

Nein überhaupt nicht. Also ich glaube, das lag am Druck der Préfecture, das ist die staatliche Vertretung im Landkreis, also der Polizeipräfekt ist die Vertretung vom Staat, von Paris. Der steht in Verbindung zum Ministerium in Paris, und der führt die Befehle aus Paris aus, und der ist auch der Chef der gesamten Polizei hier, auch in Verbindung mit dem Hauptkomisariat der Polizei in Metz und der Sous-préfecture in Forbach. Bon, klar, also ich nehme an, daß der Staat dem auf die Klamotten gehauen hat und wollte gleich den Ton ankündigen und deutlich machen: so, halt. Und wir waren zunächst erschrocken, nur wir sind halt Bergmänner, nicht etwa Studenten, und das haben sie vergessen. Klar, und dann ging's los. Und dann gab es Verletzte, und dann geht der Druck von alleine los. Und da braucht man auch nicht mehr groß aufzurufen, da hat jeder gestreikt. Und da brauchte man auch keine Ordner mehr hinzustellen, um die Leute zurückzuhalten, dann ist alles aus. Und da haben wir gesagt, so jetzt geht's nicht mehr so weiter. Und dann waren wir 4 000 Leute.

Und dann gingen die Kämpfe den ganzen Tag weiter?

Ja, ja. Und die Polizei hat uns weiter beschossen, nicht nur mit Tränengas, auch mit anderen Sachen, mit Granaten, also mit Luftgranaten, mit Schreckgranaten, und jetzt haben wir einen im Krankenhaus mit Splintern im Auge. Das kommt auch noch dazu, und normalerweise, wenn die Polizei Tränengasgranaten schießt, dann wird über die Leute geschossen, das kommt dann von oben runter, und von wegen drüberschießen: Das sieht man teilweise sogar auf Bildern in den Zeitungen, Polizisten, die radikal gerade schießen, und das ist natürlich nicht normal, daß die gerade anlegen und direkt in die Leute reinschießen.

Und wieviel Bergleute sind dabei verletzt worden?

Insgesamt über 80, aus den Krankenhäusern wurden bis Freitag 29 gemeldet, aber auch ein Polizist, also 28 sogar Schwerverletzte, und am Donnerstag hat z. B. auch ein Gewerkschafter von der CFDT einen Spanschuß direkt ins Gesicht bekommen, und der hat sämtliche Knochen im Gesicht gebrochen, Kieferbruch, und Platzwunden, das ganze Gesicht ist aufgeplatzt, und bis heute, 4 Tage später, kann er noch nicht wieder sehen. Der mußte mit dem Hubschrauber nach Straßburg gebracht werden.

Man sieht draußen immer noch um die Hauptverwaltung starke Polizeikräfte in Kampfmontur?

Ja, die stehen drumrum, die haben bestimmt Angst, daß wir einen Angriff machen.

Und gestern waren Verhandlungen in Paris?

Und heute noch, deswegen sitzen wir hier zusammen und diskutieren, wie es morgen weitergeht, im Moment ist die Situation noch nicht klar, und heute Nachmittag ist eine Zusammenkunft von mehreren Gewerkschaften, wo beratschlagt wird, wie es morgen weitergeht, auf Grundlage der Verhandlungen, die jetzt noch laufen. Bis jetzt sind die mit Vorschlägen rausgekommen, mit denen können wir uns nicht abfinden. Wir können doch nicht vor die Bergleute gehen und denen erzählen, so wir haben jetzt zwei Tage gestreikt, 30 Kollegen liegen im Krankenhaus und jetzt können wir wieder Arbeiten gehen.

Wie hat sich der Polizeiangriff auf die Kampfbereitschaft ausgewirkt, haben die Leute da eher gesagt, das wird uns jetzt zu heiß, da geben wir uns lieber mit weniger zufrieden ...

Nein nein nein nein nein ... die Leute, die rausgegangen sind am Freitag, haben einen klaren Willen und wollen auf keinen Fall die Forderungen zurücknehmen – bloß, als Gewerkschaft sind wir jetzt auch in einer schwierigen Situation, also wenn wir so weitermachen, daß wir gegen die Polizeikraft noch mal vorgehen.....

Und rechnet ihr damit, daß ihr bei der nächsten Demonstration noch mal von der Polizei angegriffen werdet?

Also ich bin ziemlich lange bei der Sache dabei und habe schon einige Streiks mitgemacht, aber eine solche polizeiliche Brutalität habe ich bis jetzt noch nie erlebt. Sowas gab's noch nicht, die hatten pro zwei Demonstranten einen Polizisten da stehen. Da war das schon vorgemünzt.

Und wie ist das Verhältnis der kämpfenden Bergleute in Lothringen beispielsweise zu den streikenden Eisenbahnern und Busfahrern in Paris, wird das als ein Kampf gesehen?

Das ist ein Kampf, obwohl die Bergleute ihre spezifischen Probleme haben, aber der Kampf gegen den Plan Juppé ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse in Frankreich.

Und da ist auch die gegenseitige Unterstützung da?

Ja, hundertprozentig. Auch was der Staat im Moment spielen will, ist, daß er spalten will und die Bereiche, die jetzt nicht streiken, gegen die Streikenden aufbringen und ausspielen will, was nicht nur unsinnig ist, sondern auch einen Bürgerkrieg bringen kann. Und auch was wir

Donnerstag und Freitag mitgemacht haben, das war kein normaler Streikzustand mehr, das war schon Straßenschlacht und fast schon richtiger Bürgerkrieg.

Ja, wenn man auch jetzt noch draußen die Tränengasgranaten rumliegen sieht...

Och, das ist schon nichts mehr, die haben schon mit Lastwagen den ganzen Schrott weggebracht.

Und wie ist die Unterstützung durch die Bevölkerung hier für euren Kampf, die jetzt nicht unmittelbar mit dem Bergbau zu tun hat, gab's die auch noch nach der Schlacht mit der Polizei, oder wollte man dann nichts mehr mit Euch zu tun haben?

Nein nein nein nein, also wir rechnen auch weiter damit und denken, daß die ganze Bevölkerung der Gegend mitmacht, und wir rechnen mit 10 000 Personen, die wir hier in Merlebach für den Bergbau auf die Straße bringen.

Und wie wird's weitergehen, wie schätzt ihr eure Chancen ein?

Also bis jetzt sieht man schon, daß die Kapitalisten Stück für Stück nachgeben, auch der Staat teilweise nachgibt, weil er „sozialen Frieden“ will und jetzt kommt es darauf an, wie weit jeder geht. Also wenn es soweit kommt, daß wir als Gewerkschaften vor unsere Leute gehen können und konkret sagen können, so, es hat sich gelohnt, dann ist die Sache klar. Nur, das Plan-Juppé-Problem müssen wir erst noch übertrumpfen, das ist für uns im Moment das wichtigste Problem.

So, eine letzte Frage bezieht sich auf die Situation in Deutschland, da kommen wir her, und die Situation mit Sozialabbau und Kürzungen hier und dort, da gibt es deutliche Parallelen zur Situation in Frankreich und das trifft die Arbeiter ja genauso, da gibt's zum Beispiel seit fünf Jahren auch Reallohnverluste, Arbeitslosenzahl über 5 Millionen, nur man könnte bei uns im Moment fast glauben, daß der Staat alles mit uns machen kann, es wird kaum noch gekämpft, und auch von Solidarität mit dem Kampf hier in Frankreich ist nichts zu spüren, was denkt Ihr, wo das herkommt?

Das ist schon eine Mentalitätssache, man darf auch nicht vergessen, daß wir hier in Frankreich als erste eine Revolution gemacht haben, und das steckt auch noch drin, also geschichtliche Ursachen.

Und was würden sie den Arbeitern in Deutschland in dieser Situation raten?

Die sollen sich wehren, die sollen sich wehren. Das Problem mit dem politischen Regime, das über uns sitzt, das will ich noch ein bißchen rausbringen, da wird man es so machen, daß ganz Europa mal ein bißchen wach wird. Und die Bergleute in Deutschland werden in Zukunft auch noch viele Probleme kriegen. Bei dem, was wir hier im Land so mitmachen, können wir prophezeien, daß das in Deutschland auch so weit kommt. Solange man sagt, die Kohle ist nicht rentabel, da muß man doch Fragen, die ist nicht rentabel gegen was, gegen die Importe? Man hat hier versucht, kolumbianische Kohle zu waschen, was wäscht man von der Kohle runter? Blut von Kindern von 10 Jahren? Wo sind denn da die Menschenrechte, die immer so betont werden – also so geht das doch nicht weiter, daß Kinder von zehn Jahren in den Kohlegruben arbeiten müssen, noch dazu ohne Sicherheit, für nichts. Und immer reden sie von Menschenrechten – reden.

Danke für das Gespräch und alles Gute und viel Kraft für die Bergarbeiter in Lothringen und die Kämpfenden in ganz Frankreich.

(Das Interview führte eine Leserin von „Gegen die Strömung“ im Dezember 1995.)

Die „Solidarität“ der DGB-Führung: Solidarität mit dem Klassenfeind!

Und was fordert der DGB-Apparat? Unterstützung für deutsche Firmen, die „von den Auswirkungen des Streiks in Frankreich betroffen sind“. Wieder einmal hat sich gezeigt: Die DGB-Führung und der DGB-Apparat stehen fest an der Seite der imperialistischen Bourgeoisie, sind durch tausend Fäden mit diesem imperialistischen Staatsapparat verbunden, ja in vielerlei Hinsicht faktisch ein Teil des Staatsapparats des deutschen Imperialismus. DGB-Chef Schulte rief Anfang Dezember die französische Regierung und die Gewerkschaften „zu Gesprächen“ auf, in der Erklärung des DGB vom 4. Dezember wurde zwar aus Opportunitätsgründen die „Art und Weise“ der Dekretierung der Sozialkürzungen beanstandet, jedoch wurde für deutschen Firmen, „die von den Auswirkungen des Streiks betroffen sind“, gefordert, daß die „Arbeitsverwaltung schnell und unbürokratisch die notwendige Unterstützung leistet“. Diese offen bekundete Solidarität mit dem Klassenfeind, dieser offene Aufruf zum Streikbruch setzte sich auch in der unteren Führungsriege der DGB-Fürsten fest. Die Streikbrecherdienste der Deutschen Post AG, die

über die Poststelle Strasbourg/Offenburg mit der Versendung französischer Auslandspost im Umfang von zehn Tonnen Briefen täglich einer „befreundeten Postverwaltung“ aushelfen wollte, wurde vom Bezirkssekretär der Deutschen Postgewerkschaft in Freiburg Heribert Marquardt gerechtfertigt:

„So kann man das nicht darstellen. Strasbourg/Offenburg ist ein Postübergang, wenn von dort Sendungen kommen, sind die von uns zu verteilen. (...) Es gibt ein Abkommen. Dem können wir uns nicht widersetzen (...) Es hilft ja nichts wenn wir sie (die Lieferungen, A.d.V.) liegenlassen. Damit wird der Streik nicht unterlaufen. Es kann nicht sein, daß wir als Gewerkschaft zu diesem Streik aufrufen...“

(Junge Welt, 8. 12. 95)

Beispielhaft in vieler Hinsicht für wirkliche Klassensolidarität ist hingegen ein Aufruf der Arbeiter von Alcatel Duisburg. In ihrer Solidaritätserklärung schreiben sie unter anderem:

„Unsere Kabelfabrik in Duisburg mit 500 Beschäftigten soll zum Juni 1996 dichtgemacht werden. Für Alcatel zählt nur der Maximalprofit und der erste Platz auf dem Weltmarkt. Aber wir, die Kabelarbeiter wollen diese verschärfte Ausbeutung nicht länger hinnehmen. Wir kämpfen nicht nur für uns selbst, sondern für die Arbeitsplätze und die Zukunft der Jugend. Nächste Woche werden uns die belgischen Kollegen von Alcatel-Bell besuchen. Wir wollen uns gemeinsam beraten und lernen, gemeinsam zu kämpfen, denn wir brauchen die internationale Einheit der Arbeiter. Wir laden auch Euch Kollegen von Alcatel de Paris zu diesem Treffen ein. Knüpft Kontakte mit uns! Vereinigen wir unsere Kräfte! Lassen wir uns nicht spalten durch Regionaldenken, durch Nationalismus und Konkurrenzkampf...!“

(Aus einem Flugblatt des Komitees der Arbeiter von Alcatel Duisburg vom 6. 12. 95, verteilt auf einer Demonstration in Paris)

Die Perspektive der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter

Es ist wahr, daß die momentanen Klassenkämpfe in Frankreich ökonomische Tageskämpfe sind, in denen es um konkrete soziale und ökonomische Forderungen geht. Dennoch richten sie sich in ihrer Stoßrichtung auch gegen die Interessengemeinschaft der Kapitalisten und Politiker. Insofern sind die Mobilisierungen und Streik-

kämpfe in Frankreich ein erster Schritt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sehen anhand ihrer eigenen Erfahrung: Im Kampf selbst um die scheinbar banalsten Forderungen an die Bourgeoisie – gleich ob in Frankreich oder hier in Deutschland oder sonstwo auf der Welt –, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Interessen gegen die Gewerkschaftsführung und gegen die Angriffe des Staates durchsetzen. In solchen Kämpfen kann also der Boden bereitet werden für die Erkenntnis, daß der Staatsapparat keine über den Klassen stehende Institution ist, sondern das ausführende Organ der herrschenden Klasse.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter machen die Erfahrung, daß diese Aktionen selbst bei der kleinsten Streikaktion geplant werden müssen, daß die Feinde mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen werden, den Kampf abzuwürgen und zu sabotieren. Diese Kämpfe werden zunehmend den vorherrschenden Legalismus und Pazifismus durchbrechen. Waren die Kämpfe der Arbeiterklasse in Frankreich im Grunde rein ökonomische Kämpfe um Reformen, so zeigt sich doch, wie wutschnaubend die imperialistische Bourgeoisie und ihr Staat darauf reagieren.

„Das kapitalistische System hat seinen Bankrott erwiesen!“

Besonders wichtig erscheint uns die folgende Stellungnahme eines streikenden Arbeiters:

Wir, die Eisenbahner, wir wollten nicht '86 wiederholen. 1986, nach drei Wochen Streik hatten wir nichts gekriegt. Aber wir waren sehr isoliert. Diesmal, wenn ich sagen darf, haben wir ein sehr großes Glück gehabt: der Juppé-Plan, der alle Unzufriedenheiten zusammengebracht hat. Wir haben sehr schnell die Burschen der Electricité De France, der Sozialversicherung, der Privaten getroffen. Wir haben alle gemeinsam gekämpft, sind viel weitergegangen als die spezifischen Forderungen der einzelnen Berufszweige. Wir haben uns jeden Tag gesehen, wir haben diskutiert, so, wie wir nie die Gelegenheit haben, wenn wir arbeiten. Wir haben die Welt nicht neu gestaltet, aber es gab schon Ansätze...

Ich glaube, daß die Bewegung einen solchen Umfang angenommen hat, weil die Leute angefangen haben nachzudenken. Zwanzig Jahre lang hat man uns das gleiche gesagt: „Die Opfer von heute sind für die Arbeitsplätze von morgen.“ Aber es gab immer mehr Opfer, und immer weniger

Arbeitsplätze. Es war immer die gleiche Leier: „Morgen wird alles besser.“ Aber es war nie Besserung in Sicht. Diesmal haben wir entschieden, daß wir nicht darauf warten, den Bart vom Nikolaus zu bekommen, um uns zu bewegen.

Die Arbeiter dieses Landes wollen sich nicht mehr die Haare vom Kopf fressen lassen. Unsere Meinung wird uns nicht vom Institut Ipsos vorgegeben. Wir machen sie uns selbst, auf der Straße. Ich habe meine zwei Kinder zu der Demo mitgenommen. Sie sind 5 und 10 Jahre: für sie ist das besser als all die „Naturausflüge“ und was weiß ich was. Für mich auch: ich habe mehr gelernt in den zwanzig Tagen als in fünfzehn Jahren Schule und meinen 36 Jahren.

Ich mag nicht die großen Sprüche, aber wir haben wirklich das Gefühl bekommen, einen historischen Moment zu erleben. Der Streikabbruch, das Zurück zum normalen Gang der Dinge wird sicher schwer sein. Aber es wird nicht die Niedergeschlagenheit sein. Denn die Niedergeschlagenheit von unseren Lebensbedingungen, die kennen wir schon gut genug.

Ich bin von Grund auf ein optimistisch Mensch. Es ist noch etwas verfrüht, eine Bilanz dieses Dezembermonats zu ziehen. Aber wir werden uns wiedersehen müssen, mit all den Kumpeln, die gestreikt haben. Wir werden all die etwas konfuse Ideen, die in der Straße aufgetaucht sind, zusammenbringen und werden schon sehen, was wir daraus machen können...

Das kapitalistische System hat seinen Bankrott erwiesen.“¹²

Die Arbeiterklasse, die sich im Kampf gegen die bestochene Arbeiteraristokratie, gegen Opportunismus und Verräterei ihrer Lage und ihrer Rolle bewußt wird, entwickelt sich zur Trägerin einer neuen, der sozialistischen Gesellschaftsform.¹³ Die Unlogik und Absur-

¹² Zitiert nach einer französischen Zeitung vom Dezember 1995.

¹³ Ursprünglich hieß es im Flugblatt an dieser Stelle, daß sich die Arbeiterklasse im Kampf gegen die bestochene Arbeiteraristokratie, gegen Opportunismus und Verräterei ihrer Lage und ihrer Rolle bewußt wird, sich zur „Trägerin einer völlig neuen, der sozialistischen Gesellschaftsform“ entwickelt.

Dieses „völlig“ ist falsch und wurde daher gestrichen. Die sozialistische Gesellschaft ist nicht eine „völlig neue Gesellschaftsordnung“, sondern enthält als Übergangsstufe zum Kommunismus in vielfacher Weise noch Merkmale, Elemente und Überreste, die aus dem Kapitalismus und der Ausbeutergesellschaften stammen und bewußt im verschärften Klassenkampf des Proletariats auf dem Vormarsch zum Kommunismus bekämpft und liquidiert werden müssen. Den

dität des Kapitalismus, die Frage nach einer anderen Gesellschaftsordnung zwingt die Arbeiterinnen und Arbeiter durch die sich immer weiter verschärfende Ausbeutung und Unterdrückung zum Kampf. Dieser Kampf ermöglicht die Vereinigung der sich revolutionierenden Arbeiterklasse mit dem wissenschaftlichen Kommunismus. Der Aufbau der Kommunistischen Partei als Teil und Vorhut der Arbeiterklasse bereitet den Boden für die Leitung und Radikalisierung der Kämpfe der gesamten werktätigen Massen bis zur Leitung des Kampfes gegen das Kapital, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Übergang zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Diese „allgemeine Wahrheit“ konkretisiert sich in jedem Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, und die Kämpfe in Frankreich helfen den kommunistischen Kräften in andern Ländern, geben Mut, finden Solidarität und sind ein Lichtblick im langandauernden Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus.

Aus:

„Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!“, Flugblatt, Januar 1996 (abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1995–1996“ von „Gegen die Strömung“, März 1997).

Fortsetzung der Fußnote

Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Gesellschaft bezeichnend schrieb stellte Marx dazu fest:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 20, bzw. Einzelausgabe Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 13)

Februar 1998

Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen!

Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!

In Deutschland wie Frankreich, Spanien, Italien, Türkei, Polen usw. herrscht heute millionenfache Massenerwerbslosigkeit, die weiter zunimmt und immer größeres Massengelend bedeutet. Um dies zu beschönigen und zu rechtfertigen, vor allem aber um jedes kämpferische Aufbegehren dagegen zu verhindern, werden verschiedene reaktionäre Demagogien verbreitet. So wird die massenhafte Erwerbslosigkeit nur als eine Art vorübergehende „Panne“ des Kapitalismus hingestellt, die von ihm behoben werden könne. Oder aber es wird so getan, als ob die Einführung neuer Techniken und Maschinen „an sich“ die Ursache der Erwerbslosigkeit sei. Jahr für Jahr und Monat für Monat werden Millionenmassen getröstet, daß leider nur im Moment „noch keine Wende“ absehbar sei. In Verbindung damit wird die chauvinistisch-rassistische Vorstellung geschürt, daß die Wurzel der „Arbeitslosigkeit“ in der „Überbevölkerung“ vor allem der abhängigen Länder liege, was in der nazistischen Parole „Ausländer raus!“ gipfelt. Gleichzeitig wird die Lage der Erwerbslosen durch drastische Verschärfungen Zug um Zug verschlechtert. Die kapitalistischen Profiteure setzen dabei auf die Vereinzelung der Erwerbslosen, die angeblich einer solchen Situation ohnmächtig ausgeliefert seien und angeblich keine Chance auf die Solidarität der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen hätten. Doch in Frankreich haben zehntausende Erwerbslose „Schluß“ gesagt und den Kampf dagegen aufgenommen. Sie beweisen, daß es möglich ist, zu kämpfen, Druck auf die

Herrschenden auszuüben, sich über die Grenzen der Nationalität und Staatsangehörigkeit hinweg solidarisch im Kampf auch mit anderen vom Kapital Unterdrückten und Ausgebeuteten zusammenzuschließen. Und zugleich haben sie vielfach auch die Frage der grundsätzlichen Ursache der Erwerbslosigkeit aufgeworfen, die im kapitalistischen Profitsystem selbst liegt.

Der Kampf der Erwerbslosen in Frankreich

In Frankreich sind derzeit offiziell ca. 3,2 Millionen Menschen „arbeitslos“ gemeldet, das sind 12,4 % der erwerbsfähigen Bevölkerung.¹⁴ In Wirklichkeit gibt es annähernd 7 Millionen Erwerbslose im Land: 3,2 Millionen Erwerbslose, eine Million Sozialhilfeempfänger, eine Million Vorruehändler, 2,8 Millionen prekäre Arbeitsverträge und eine halbe Million jugendliche Erwerbslose.¹⁵

Wer von den Kapitalisten aufs Pflaster geworfen wird, stürzt sehr rasch in tiefes Elend. Erwerbslose beziehen zunächst noch 70 Prozent ihres letzten Gehalts als Arbeitslosengeld. Alle vier Monate sinkt das Arbeitslosengeld um 17 Prozent, solange bis nichts mehr übrig ist. Dann bleibt nur noch die sogenannte „Solidaritäts-Unterstützung“ oder die Sozialhilfe RMI, umgerechnet sind dies zwischen 650 und 700 DM im Monat. Die unter 25-jährigen bekommen derzeit nicht einmal Sozialhilfe.¹⁶

Mehr als ein Drittel der Erwerbslosen ist schon länger als ein Jahr erwerbslos.¹⁷ Mindestens 500 000 Erwerbslose sind auf die „Solidaritätshilfe“ von 2 300 Francs (650 DM) im Monat angewiesen, eine Million auf das noch niedrigere „Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung“ (Sozialhilfe).¹⁸

¹⁴ Frankfurter Rundschau, 10. 1. 1998.

¹⁵ taz, 8. 1. 1998.

¹⁶ Frankfurter Rundschau, 19. 1. 1998.

¹⁷ Frankfurter Rundschau, 19. 1. 1998.

¹⁸ Jungle World 2/98, S. 19.

Laut einer Studie müssen heute in Frankreich insgesamt 6 Millionen Menschen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Mindestrente und Behindertenunterstützung leben. Dazu kommen noch 2,8 Millionen „Arbeiterinnen und Arbeiter in Armut“, die zwar eine Beschäftigung haben, zumeist Teilzeit, aber unter 5000 Francs (1490 DM) pro Monat verdienen. Rund 11 % der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze von ca. 3300 Francs (rund 970 DM).¹⁹

Darüber hinaus gibt es Tausende Menschen „Sans papiers“, d. h. Menschen, deren Existenz in Frankreich für „illegal“ erklärt wird, indem ihnen die Papiere für den legalen Aufenthalt verweigert werden. Diese müssen oft seit Jahren von der Solidarität ihrer Kolleginnen und Kollegen leben bzw. „schwarz“ arbeiten. Stets von der Abschiebung bedroht, ist ihre Lage besonders prekär, ihr Elend besonders groß.

Auslöser der Proteste

Im Juli 1997 beschloß die französische Regierung eine sogenannte „Reform“ der Erwerbslosenunterstützung (UNEDIC). Um „effektiver“ zu wirken, verwalteten nunmehr außenstehende Organisationen in Form von Fonds die Gelder. Das hat für viele Erwerbslose die Folge, daß sie keine Sonderhilfen mehr beanspruchen können, weil der direkte Ansprechpartner in der Erwerbslosengeldstelle nunmehr fehlt. So hatten in den Vorjahren örtliche Erwerbslosenkassen häufig Zusatzsummen zum Jahresende ausbezahlt. Damit konnten Erwerbslose teilweise die ärgsten Haushaltslöcher stopfen. Die „Reform“ macht dies nahezu unmöglich. Die Selbstorganisationen der Erwerbslosen protestierten gegen diese faktische Einschränkung, die zum 1. Oktober 1997 wirksam wurde. In Verbindung damit wurden eine Reihe elementarer Forderungen erhoben:

- Rücknahme der „Reform“ vom 2. Juli 1997;
- Erhöhung des Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Mindestsatzes von derzeit 2430 Francs (knapp 730 DM) um 1500 Francs (knapp 450 Mark) sofort und für alle;

¹⁹ Politische Berichte 2/98, S. 10.

- Eine Jahresendprämie von 3 000 Francs (knapp 900 DM) für Erwerbslose entsprechend dem 13. Monatsgehalt.
- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche.

Die kämpferischen Merkmale der Erwerbslosenbewegung in Frankreich

Die gegenwärtige Bewegung der Erwerbslosen in Frankreich begann mit ihren Aktionen Anfang Dezember 1997 in Marseille. Dort wurde am 11. Dezember die erste Besetzung einer Arbeitslosenkasse durchgeführt. Ein weiterer Ausgangspunkt der kämpferischen Bewegung waren die von der Erwerbslosigkeit besonders betroffenen Regionen an der belgischen Grenze. Im Lauf des Dezembers breitete sich die Bewegung rasch in ganz Frankreich aus. Anfang Januar waren landesweit bis über 30 Arbeitsämter gleichzeitig besetzt. Tag für Tag werden auch andere kämpferische Protestaktionen durchgeführt, z. B. Bahnhöfe und Eisenbahnstrecken blockiert, verschiedene öffentliche Gebäude besetzt, Demonstrationen durchgeführt. Folgende Merkmale der Erwerbslosenbewegung in Frankreich gilt es unserer Meinung nach besonders herauszustellen:

- **Militanz der Protestaktionen.** Die Erwerbslosenbewegung in Frankreich erzeugte vor allem deshalb echten Druck gegen die Regierung der französischen Imperialisten, weil sie ihre Aktionen weitgehend ohne Rücksicht darauf durchgeführt haben, ob diese nach bürgerlichem Recht „erlaubt“ sind oder nicht. So stürmten in Arles am 11. Januar 1998 etwa 20 Erwerbslose nach ihrer polizeilichen Vertreibung aus dem Arbeitsamt das Rathaus und setzten zwei stellvertretende Bürgermeister fest.²⁰ Ein Höhepunkt der Aktionen war ohne Zweifel die Besetzung der Pariser Börse am 13. 1. 1998 durch 500 Erwerbslose, welche sich gezielt und bewußt dieses „Symbol des Kapitalismus“ ausgewählt haben. Dabei verteidigten sich die in der Börse verbarrikadierten Besetzerinnen und Besetzer militant gegen die mit Reizgas angreifende Polizei. Gleich nach dem Einzug in die Börse wurden die Türen mit den Renovierungsgerüsten, Tischen und Stühlen verbarrikadiert. Aus dem 2. Stock wurde die das Gebäude

²⁰ Süddeutsche Zeitung, 12. 1. 1998.

umzingelnde Polizei mit Möbelstücken beworfen. Gleichzeitig fand im Gebäudeinnern eine Beratung über das weitere Vorgehen statt.

- Ein wichtiges Merkmal der kämpferischen Erwerbslosenbewegung in Frankreich ist, daß sie in einem **engen, solidarischen wechselseitigen Zusammenhang mit anderen fortschrittlichen Bewegungen steht**, mit der Bewegung „Sans papiers“ und der Bewegung der Obdachlosen, und sich insbesondere auch den engen Zusammenschluß mit den beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern zum Ziel stellt und dementsprechend auch handelt.

- So hatte die AC („Agir ensemble contre le chômage!“, „Gemeinsam gegen die Erwerbslosigkeit handeln!“ schon vor geraumer Zeit bei Renault eine Demonstration vor den Werkstoren organisiert und während des Mittagessens wurde **gemeinsam mit den Beschäftigten diskutiert**.

- **Enges Zusammenwirken mit der Bewegung „Sans papiers“**. So zogen nach dem Ende der Besetzung der Handelsbörse in Paris am 13. 1. 1998 alle an der Aktion Beteiligten in einer nicht angemeldeten Demonstration von der Börse zum Senat, wo gerade eine Kundgebung der Bewegung „Sans papiers“ gegen ein rassistisches Gesetz stattfand. Während der Demonstration wurden sowohl Parolen gegen die Erwerbslosigkeit als auch Parolen für das Bleiberecht für alle illegalen Flüchtlinge gerufen, so z. B. „Erwerbslose, Wohnungslose, Papierlose – ein Kampf“. Als in Arras im Norden Frankreichs Erwerbslose eine Autobahnmautstelle besetzt hatten, haben sie die Autos umsonst durchgelassen und von den mehrere tausend Francs Spenden die Hälfte an die Hungerstreikenden von „Sans papiers“ in Lille weitergeleitet.

- Die **Bauernorganisation** „Confédération Paysanne“ erklärte sich „solidarisch mit dem Kampf, der in Frankreich von den Erwerbslosen und ihren Vereinigungen seit mehreren Wochen geführt wird. In verschiedenen Departements ist die Confédération Paysanne bei den Aktionen der Erwerbslosen dabei.“ (Aus einer Erklärung der Confédération Paysanne vom 15. 1. 1998)

- Sehr wichtig ist auch der Zusammenhang mit der fortschrittlichen **Jugendbewegung**. Die Jugenderwerbslosigkeit liegt in Frankreich bei über 25 %. Es gab letztes Jahr erfolgreiche Proteste von Jugendlichen gegen die Absenkung des Einstiegseinkommens. In zahlreichen Städten gab es Demonstrationen, Straßenkämpfe und

Aktionen. Trotz Repression war der Widerstand erfolgreich. Die Pläne der Regierung verschwanden (vorerst) wieder in der Schublade.

Die Proteste der Erwerbslosen überschritten sich zum Jahreswechsel 1997/98 unmittelbar mit militanten Jugendprotesten. Diese waren durch den Tod von zwei Jugendlichen aus Vorstädten einige Tage vor Weihnachten ausgelöst worden. Ein 16jähriger Junge wurde beim Durchfahren einer Straßensperre in Dammerie-les-Lys, einem Pariser Vorort, von einem Polizisten erschossen. Nur wenige Stunden später wurde der junge Familienvater Fabrice Fernandez auf einer Polizeiwache in Lyon erschossen. Die Regierung reagierte auf die gerechten Jugendproteste mit harter Repression, scharfen Strafen, sowie der Ankündigung von Gesetzesverschärfungen.

● Generell ist es der Regierung und ihren Mittelsleuten in den Zentralen der CGT und der CFDT nicht gelungen, die Bewegung der Erwerbslosen in der werktätigen Bevölkerung zu isolieren. Im Gegenteil, *die weit überwiegende Mehrheit sympathisiert mit den Zielen und Aktionen der kämpfenden Erwerbslosen*. Das bestätigte auch eine Umfrage der Zeitung Le Parisien vom 31. Dezember, in der 63 Prozent der Befragten ihre Solidarität oder Sympathie gegenüber der Bewegung der Erwerbslosen erklärten.²¹ Die polizeiliche Räumung der besetzten Arbeitsämter sowie anderer Einrichtungen verfolgte dabei im übrigen auch das Ziel, eine stärkere Solidarisierung von Werktätigen der betreffenden Institutionen bzw. von „Kunden“ der betreffenden Institutionen mit den Besetzern möglichst zu verhindern. Als z. B. am 19. 1. 1998 die Direktion der Pariser Filiale der staatlichen Elektrizitätswerke versuchte, die Besetzer gewaltsam hinauszuerwerfen, verhinderten dies in den Räumlichkeiten anwesende Kunden zusammen mit den Aktivistinnen und Aktivisten.²²

● *Verbindung von Aktion und Diskussion*. In der Erklärung der erwerbslosen Besetzerinnen und Besetzer einer Pariser Elite-Hochschule vom 15. 1. 1998 heißt es:

²¹ Jungle World 2/98.

²² Jungle World 4/98.

„Wenn wir heute die École Normale Supérieure der rue d’Ulm besetzen, so geschieht dies zunächst aus einem unmittelbaren praktischen Grund: Es geht darum, ein Forum für alle zu eröffnen, wo alles, was zu diskutieren ist, diskutiert werden kann. Nur dieser Ort eröffnete uns die Aussicht auf mehrere Tage in Sicherheit vor den Ordnungskräften. Die Isolierung der Individuen ist die Hauptschwäche der vorangegangenen Kämpfe gewesen und die wertvolle Waffe der heutigen Macht. Und es ist genau das, was wir zerbrechen müssen.“

(Aus dem Flugblatt „Wir sind nichts, werden wir alles!“ der Besetzerinnen und Besetzer der École Normale Supérieure in Paris, eigene Übersetzung)

Die Politik der Regierung der französischen Imperialisten: Zuckerbrot und Peitsche

Die sogenannte „Linksregierung“ reagierte gegenüber der Bewegung der Erwerbslosen mit der bürgerlichen Doppeltaktik: Zum einen machte sie demagogische Versprechungen und kleine Zugeständnisse, um die Bewegung abzuwürgen. Zum anderen ging sie mit Polizeigewalt gegen die kämpfenden Erwerbslosen vor. In der Nacht vom 10. auf den 11. Januar 1998 ließ die Regierung die besetzten Arbeitsämter durch die Polizei räumen. Allerdings erreichte sie weder mit dem einen noch mit dem anderen bisher ihr Ziel. Die Reaktion der Erwerbslosen auf die Räumungen war: *„Sie können uns vertreiben, aber sie können uns nicht zum Verschwinden bringen“*.²³ Unmittelbar danach führten die Erwerbslosen neue Besetzungen durch.

Auch das sogenannte „Entgegenkommen“ der Regierung wurde von den Aktivistinnen und Aktivisten der Erwerbslosen weitgehend durchschaut und zumeist entschieden zurückgewiesen. Organisationen der Erwerbslosen entlarvten diese Manöver, indem sie nachwiesen, daß die angekündigten Verbesserungen den Betroffenen insgesamt umgerechnet nur knapp 30 Mark mehr im Monat bringen!²⁴

²³ Taz, 12. 1. 1998.

²⁴ Frankfurter Rundschau, 23. 1. 1998.

Die sogenannten „Verbesserungen“, welche die Regierung angekündigt hat, bestehen in folgenden weiteren Punkten:

Die Erwerbslosen haben erkannt, daß die Regierung gegenüber den Hauptforderungen der Erwerbslosen, generelle Erhöhung der Erwerbslosen- und Sozialhilfe sowie Zusatzzahlung am Jahresende, völlig unnachgiebig blieb.

Die Funktion dieser Regierung besteht darin, als Sachwalterin der französischen Imperialisten deren reaktionäre und imperialistische Interessen nach innen und außen zu sichern und durchzusetzen. Das „linke“ Mäntelchen dient dieser Funktion. Mit dem Image der „Linksregierung“ soll erreicht werden, was einer offen reaktionären Regierung in dieser Situation womöglich nicht gelingt: mit einer geschickten sozialen Demagogie die fortschrittlichen Bewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen, aller vom Kapital Unterdrückten und Ausbeuteten, abzuwürgen.

Die selbständige Bewegung der Erwerbslosen vor allem auch mit ihren Besetzungsaktionen ist allen reaktionären Kräften ein Dorn im Auge:

Die „sozialistische“ Arbeitsministerin Martine Aubry forderte dazu auf, die „illegalen Besetzungen der Ämter“ zu beenden. Die Aktionen seien „durch nichts gerechtfertigt.“²⁵

Fortsetzung der Fußnote

- Das „Beschäftigungsprogramm“ für Jugendliche besteht zu einem erheblichen Teil ausgerechnet darin, 70 000 neue Polizisten aus diesen Jugendlichen zu rekrutieren.
- Die Einführung der 35-Stunden-Woche ab dem Jahr 2000 erfolgt in einer „flexiblen“ Form, die völlig den Profitinteressen der Kapitalisten angepaßt ist.
- Der von Premierminister Jospin angenommene Vorschlag des revisionistischen Fraktionsvorsitzenden Bocquet, der Erwerbslosen oder Sozialhilfeempfängern über 55 Jahren den Status von Frühpensionisten geben will, wenn sie mindestens 40 Jahre lang Beiträge zur Erwerbslosenversicherung bezahlt haben, betrifft effektiv nur 22 000 Personen.
- Die am 4. Januar bekanntgegebene „Freigabe“ von 500 Millionen Francs für die Unterstützung von Umschulungsmaßnahmen bedeutet lediglich, daß die Regierung nunmehr ein Fünftel der Kürzungen rückgängig macht, die das Kabinett von Juppé 1996 vorgenommen hatte. (Jungle World, 2/98)

²⁵ taz, 5. 1. 1998

Die grüne Umweltministerin Voynet ging deutlich auf Distanz zu den Besetzungsaktionen. „Der Dialog ist hergestellt, und nichts rechtfertigt mehr, das normale Funktionieren der Ämter der Arbeitslosenkasse zu behindern“, sagte sie im Radio.“²⁶

Der „PCF“-Transportminister Jean-Claude Gayssot begrüßte ausdrücklich Jospins Entscheidung, am 10. 1. 98 die Arbeitsämter räumen zu lassen. Er erklärte: „Ich bin solidarisch“ – und meinte damit nicht die Erwerbslosen, sondern das Kabinett²⁷ – ebenso distanzierte sich die pseudolinke CGT-Zentrale von der Besetzung der Handelsbörse in Paris.

Die „oppositionelle“ faschistische „Front National“ hat sich deutlich gegen die Bewegung der Erwerbslosen ausgesprochen. Die Erwerbslosenbewegung wird ebenso wie die „Ohne-Papiere“-Bewegung und die Obdachlosenbewegung von den FN-Faschisten beschimpft: „Nach dem Samba der Ohne-Papiere (Ex-Versteckte) und dem Rumba der Ohne-Wohnung (Ex-Clochards), nun der Salsa der Ohne-Arbeit (Ex-Erwerbslose)“.²⁸ Trotz dieser offenen Verunglimpfung dürfen die Anbiederungsdemagogie und die Versuche der FN-Faschisten, in der Erwerbslosenbewegung Fuß zu fassen, nicht unterschätzt werden.

Die größte Befürchtung all dieser reaktionären Kräfte besteht darin, daß sich die kämpferische Erwerbslosenbewegung, an der sich heute Tausende aktiv beteiligen, weiter ausdehnt und sich zunehmend mit der kämpferischen Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Werktätigen in den Betrieben und auch mit der fortschrittlichen Jugendbewegung verbindet.



Zur Bedeutung der Bewegung sagt ein Aktivist der AC!: „An einer Bewegung wie der unseren ist wichtig, daß wir den Kopf wieder hoch

²⁶ jw, 13. 1. 1998

²⁷ taz, 12. 1. 98, jungle world 5, 29. 1. 1998

²⁸ „National Hebdo“, 15–21. 1. 1998

erhoben haben und daß wir anderen beweisen, daß es möglich ist, zu kämpfen.“²⁹

In diesem Kampf – wie bei anderen Kämpfen auch – ist ein großes Problem, daß die diversen revisionistischen, reformistischen Kräfte in den Kampf ihren Reformismus hineintragen. So wird die Illusion verbreitet, daß über Arbeitszeitverkürzungen die Erwerbslosigkeit im Rahmen des Kapitalismus angeblich beseitigt werden könne. Gleichzeitig tragen diverse kapitaltreue Kräfte auch das Gift des nationalen Chauvinismus unter die Massen, indem sie mit der „Würde der Nation“ usw. argumentieren. So zeigt sich auch in Frankreich heute sehr stark die Notwendigkeit einer wahrhaft revolutionären Kommunistischen Partei, die in der Lage ist, proletarisches Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, all die gerechten Kämpfe zusammenzufassen, Reformismus und Chauvinismus wirksam zu bekämpfen und als politische Kampfzentrale die proletarische Revolution vorzubereiten.

Gerade eine solche kämpferische Bewegung wie die der Erwerbslosen in Frankreich bietet umgekehrt aber auch die große Möglichkeit, unter den Militanten und den breiten Massen in der Debatte um die prinzipiellen Grundfragen voranzukommen. So wird in der bereits zitierten Erklärung der erwerbslosen Besetzerinnen und Besetzer einer Pariser Elite-Hochschule vom 15. 1. 1998 auch deutlich gemacht, worüber es zu diskutieren gilt:

„Es ist bekannt, welchen Profit der Kapitalismus aus dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit zieht als Bedrohung, welche Druck gegen jeden Werktätigen macht. So ist die Erwerbslosigkeit ein wirksames Instrument zur Sicherung der Gesellschaft und ihres Elends. Aber die Erwerbslosigkeit ist auch eine notwendige Konsequenz des Kapitalismus, gegen welche er nichts machen kann. Das Problem der Erwerbslosigkeit wirft das Problem des Überlebens des Kapitalismus auf. Und wichtig ist nun, daß sich der Kampf gegen die Ausbeutung und die Entfremdung selbst organisiert.“

(Aus dem Flugblatt „Wir sind nichts, werden wir alles!“ der Besetzerinnen und Besetzer der École Normale Supérieure in Paris, eigene Übersetzung)

²⁹ Zitiert nach „Le Monde“, 31. 12. 1997, eigene Übersetzung.

Prinzipielle Fragen des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit

Ursachen der Erwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit wird offiziell vom deutschen Staat und seinen Repräsentanten als „Arbeitslosigkeit“ bezeichnet. Ihr Ziel ist dabei, zu vertuschen, daß für alle Werktätigen insgesamt Arbeit genug da ist, daß nicht Arbeit fehlt, sondern die Erwerbsmöglichkeiten.

Zentral muß herausgestellt werden: *Das kapitalistische System als Ganzes ist die Ursache* der Massenerwerbslosigkeit. Marx bewies in seinem Werk „Das Kapital“:

„Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser (kapitalistischen, A. d. V.) Produktionsweise.“

(Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 647)

Das ökonomische Grundgesetz besteht im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, in der Sicherung des Maximalprofits des Finanzkapitals durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Werktätigen des „eigenen“ Landes, durch Versklavung und Ausplünderung der Völker anderer Länder, insbesondere der vom Imperialismus abhängigen Länder, sowie durch Militarisierung und imperialistische Kriege, die der Sicherung der Maximalprofite dienen.

Unter diesem Gesetz der Profitmacherei ist ein Wesenszug dieses Systems: Ein Kapitalist schlägt viele andere Kapitalisten tot, d. h. im Kampf auf Leben und Tod um Profitmaximierung trachten die Kapitalisten danach, die Konkurrenten auszuschalten, ihre rentablen Betriebe zu schlucken und selbst immer größer, fetter und mächtiger zu werden.

Der Kapitalist ist auf der Grundlage der imperialistischen Konkurrenz gezwungen, in steigendem Maße neue Techniken, neue Produktionsmittel einzuführen, um die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter und somit seinen Maximalprofit zu erhöhen.

Auf dieser Basis entsteht gesetzmäßig eine industrielle Reservearmee, die Armee der Erwerbslosen.

Die Verteidiger und Propagandisten der bestehenden kapitalistischen Ordnung verbreiten die falsche Vorstellung, daß die Einführung neuer Techniken und Maschinen die Ursache der Erwerbslosigkeit sei. Der ganze Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise wurde von Marx gerade auch an den Möglichkeiten neuer Technik aufgedeckt:

„Es ist eine unzweifelhafte Tatsache, daß die Maschinerie an sich nicht verantwortlich ist für die ‚Freisetzung‘ der Arbeiter von Lebensmitteln.“

(Ebenda, S. 464)

„An sich“ heißt: von den gegebenen Bedingungen abgesehen, ohne den Irrsinn der kapitalistischen Anwendung der Maschinen. Jede sachliche Überlegung zeigt sofort, daß eine neue Maschine bei leichterem und kürzerer Arbeitszeit die Lebensmittel für die Gesellschaft vermehren müßte. Im Kapitalismus trifft jedoch genau das Gegenteil zu. Wie Marx ausführt, ist es so, daß

„also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum der Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw.“

(Ebenda, S. 465)

Schuld ist also nicht die Einführung neuer Techniken „an sich“, denn bei dem heutigen Stand der Produktivkräfte könnte bei planmäßiger, nicht am Profit orientierter Produktion jeder Mensch arbeiten und mit ausreichend Lebensmitteln versorgt werden. Schuld ist nicht die scheinbare „Überbevölkerung“, denn diese ist ja nichts anderes als die Nichtversorgung eines Teils der Weltbevölkerung mit Arbeit und Lebensmitteln, verursacht durch das kapitalistische System.

Lenin erklärte beispielhaft anhand der Entdeckung eines Verfahrens zur unmittelbaren Gewinnung von Gas aus Steinkohlenflözen durch den englischen Chemiker Ramsay:

„Unter dem Kapitalismus wird die ‚Freimachung‘ der Arbeit von Millionen mit der Gewinnung von Kohle beschäftigter Bergarbeiter unvermeidlich zu Massenarbeitslosigkeit, zu einem

gewaltigen Anwachsen des Elends, zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter führen. Den Profit aber aus der großen Erfindung werden sich die Morgan, Rockefeller, Rjabuschinski, Morosow und ihr Gefolge an Advokaten, Direktoren, Professoren und anderen Lakaien des Kapitals in die Tasche stecken.

Im Sozialismus wird die Anwendung des Verfahrens von Ramsay, indem es die Arbeit von Millionen Bergarbeitern usw. ‚frei macht‘, gestatten, den Arbeitstag *für alle* sofort von 8 Stunden auf beispielsweise 7 Stunden oder sogar noch weniger zu verkürzen.“

(Lenin, „Ein großer Sieg der Technik“, 1913, Werke Band 19, S. 43)

Die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil der Arbeiterklasse

Die Erwerbslosen rekrutieren sich aus allen Schichten der Bevölkerung, zu großen Teilen auch aus der Arbeiterklasse, aus dem städtischen und ländlichen Proletariat. Kern der Herangehensweise muß sein, daß die überwiegende Masse der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter Teil der Arbeiterklasse ist. Entgegen den Beschönigungen der bürgerlichen Propagandisten muß die Lage der Erwerbslosen auch in jede Beurteilung der Lage der Arbeiterklasse einbezogen werden.

„Wenn über die materielle Lage der Arbeiterklasse gesprochen wird, hat man gewöhnlich die in der Produktion beschäftigten Arbeiter im Auge und läßt die materielle Lage der sogenannten Reservearmee von Arbeitslosen außer acht. Ist es richtig, an die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse so heranzugehen? Ich denke, das ist nicht richtig. Wenn die Reservearmee von Arbeitslosen existiert, deren Angehörige von nichts anderem leben als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, dann gehören die Arbeitslosen natürlich zum Bestand der Arbeiterklasse, wenn sie aber zum Bestand der Arbeiterklasse gehören, dann kann ihre elende Lage nicht ohne Einfluß auf die materielle Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bleiben. Darum meine ich, daß bei einer Charakteristik der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern auch die Lage der Reservearmee der arbeitslosen Arbeiter berücksichtigt werden müßte.“

(Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952, Werke Band 15, S. 335)

Das Verständnis der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter als Teil der Arbeiterklasse betrifft auch die Frage der kommunistischen Organisation. Die Zelle ist die Grundorganisation der Kommunistischen Partei, die entscheidende Form der Zelle ist aber die Betriebszelle. Denn die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei ist die Bewußtmachung und Erziehung der Arbeiterklasse, die dort am besten durchgeführt werden kann, wo sich die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter konzentrieren – vor allem in den Großbetrieben des Kapitals. In diesem Sinne gilt „Jeder Betrieb muß unsere Festung sein“ (Lenin). Da die Kommunistische Partei aber ebenso auch unter den erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeitern ihre Grundeinheiten haben muß, sind auch Straßen- und Wohnviertelzellen unverzichtbar, die wiederum in engster Verbindung mit den Betriebszellen stehen müssen.

Massenerwerbslosigkeit in Deutschland

In Deutschland sind laut offizieller Statistik über 4,8 Millionen Menschen erwerbslos. In Wirklichkeit sind es noch mindestens zwei Millionen mehr, denn mit diesen Statistiken werden ganz gezielt und bewußt die Zahlen verfälscht. Nicht mitgezählt werden nämlich

- Vor allem die längere Zeit Erwerbslosen, die kein Geld mehr aus der sogenannten „Arbeitslosenversicherung“ bekommen,
- Frauen, die längere Zeit keine Arbeit mehr angenommen haben,
- Werk tätige, die umgeschult werden,
- vorübergehend in ABM-Stellen Beschäftigte,
- Arbeiter und -arbeiterinnen, die kurzarbeiten müssen,
- Werk tätige aus anderen Ländern, die angesichts der zunehmenden Erwerbslosigkeit gezwungen werden, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren,
- frühzeitige Rentner und Jugendliche, die nach der Schulausbildung eine „Weiterbildung“ oder ähnliches absolvieren.

Sie alle werden einfach nicht mitgezählt, um die Verhältnisse zu beschönigen und das ganze Ausmaß der immer weiter voranschreitenden Verelendung zu vertuschen.

Sogar der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ kommt zu zusätzlichen 2 Millionen Erwerbslosen, indem die ABM-Stellen, die Kurzarbeit und die aus persönlichen Gründen nicht erwerbslos gemeldeten Personen dazugechnet werden.

Dazu kommt aber noch der Großteil der sogenannten „geringfügig Beschäftigten“. Schätzungen gehen von viereinhalb bis sechs Millionen, die in sogenannten „610-DM-Jobs“ tätig sind, wobei die Tendenz schnell steigend ist. Allein im Einzelhandel arbeiten schon weit über eine halbe Million Aushilfen versicherungsfrei.³⁰

Gerade bei den aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfenen Teilen der Werk tätigen zeigen sich Merkmale absoluter Verelendung besonders deutlich: Die Zahl der Langzeiterwerbslosen gerade auch unter Jugendlichen nimmt zu. Ende Dezember 1997 waren 1,54 Millionen Menschen bereits über ein Jahr erwerbslos, 26 % mehr als im Dezember 1996. Immer mehr sind auf Sozialhilfe, Wohngeld usw. angewiesen, das zudem ständig eingeschränkt und gekürzt wird. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Westdeutschland in den letzten 15 Jahren um das Doppelte auf ca. 4 Millionen an. Die Zahl der Obdachlosen steigt an, gerade auch unter Jugendlichen und jungen Familien.

Die Antwort der Herrschenden darauf sind vor allem weitere Verschärfungen. Dazu gehören unter anderem:

- Dreimonatige Meldepflicht: Wer die Frist nicht einhält, verliert für 2 bzw. 6 Wochen seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.
- Nur noch monatliche Zahlungen der Geldleistungen (am Ende des Monats).
- Nachweis von „Eigenbemühungen“ bei der Arbeitssuche, die das Arbeitsamt weitgehend willkürlich bewerten kann.
- Bis zu 75% der Abfindungen werden nun auf das Arbeitslosengeld angerechnet.
- Verkürzung der Dauer des Arbeitslosengeldbezuges für Werk tätige ab 42 Jahren.

³⁰ Vgl. „Der Spiegel“, 39/1997, S. 100.

- Verschlechterungen ergeben sich besonders auch für Frauen, die neben der Arbeitslosenhilfe Erziehungsgeld beziehen: Bislang war es möglich, Erziehungsgeld neben der Arbeitslosenhilfe als Vollzeitleistung zu erhalten. Durch den neuen Status als „Teilzeitarbeitslosigkeit“ werden Frauen, deren Erziehungszeiten als Arbeitszeiten angerechnet werden, fortan weniger Arbeitslosenbezüge erhalten. Zudem müssen sie nachweisen, daß sie dem Arbeitsmarkt für mindestens 15 Wochenstunden zur Verfügung stehen.³¹
- Geplante Zwangsarbeit: So sollen Erwerbslose verstärkt bei der Weinlese, Obst- und Gemüseernte sowie in der Gastronomie eingesetzt werden. Wer sich weigert, dem kann sogar das Arbeitslosengeld gestrichen werden – notfalls bis zur Höchstgrenze von zwölf Wochen.
- Weitere Einschränkungen der Erwerbsmöglichkeiten von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern: Die zulässige Höchstzahl an Saisonarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Herkunftsländern wird ab diesem Jahr um zehn Prozent verringert.

Erwerbslosigkeit – ein ökonomisches, politisches und ideologisches Instrument der deutschen Imperialisten

Erwerbslosigkeit ist gerade auch für die deutsche Bourgeoisie ökonomisches, politisches und ideologisches Mittel zur Sicherung und Festigung ihres Ausbeuterparadieses.

- Einerseits dient sie als „Menschenreservoir“, aus dem nach Belieben entsprechend den Notwendigkeiten der kapitalistischen Profitmaximierung Arbeitskräfte in diese oder jene neuen Produktionsvorhaben geworfen werden können, ohne daß die kapitalistische Mehrwertproduktion unterbrochen werden muß.
- Andererseits ist sie ein wichtiges Instrument der Diktatur der Bourgeoisie, um ihre reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche“ durchzusetzen.

³¹ jw 3./4. 1. 1998 und 5. 1. 98.

Mit zunehmender Erwerbslosigkeit verstärkt die deutsche Bourgeoisie die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Erwerbslosigkeit ist ein Hebel für die Verschärfung und Intensivierung der Ausbeutung der noch in der Produktion stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter, für Lohndrückerei durch die Drohung mit Entlassung, die angesichts des Erwerbslosenheeres besonders große Wirkung zeigt, für die Demontage der in vergangenen Kämpfen durchgesetzten minimalen sozialen Standards. Zwei Beispiele:

- Die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben sind im letzten Jahr um mehr als 10 % zurückgegangen, wobei klar ist, daß in Wirklichkeit der Gesundheitszustand der Arbeiterinnen und Arbeiter angesichts der verschärften Arbeitshetze mit Sicherheit schlechter geworden ist.

- Arbeiterinnen und Arbeiter werden zu „Selbständigen“ erklärt, die keinen sozialen Schutz mehr haben. Bürgerliche Fachleute schätzen, daß sich in Deutschland mittlerweile eine bis anderthalb Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in äußerster sozialer Unsicherheit als Scheinselbständige durchschlagen müssen.³²

Marx geht in seinem Werk „Das Kapital“ auf diesen Zusammenhang ein:

„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.“

(Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 665)

In der Tat handelt es sich bei der Erwerbslosigkeit heute um eine chronische, dauernde und dauernd auf hohem Niveau verbleibende Erwerbslosigkeit. Diese bietet den Kapitalisten die Möglichkeit, die Arbeitsintensität in höchstem Maße zu steigern, die durch die übermäßig anstrengende Arbeit ausgesogenen Arbeiter hinauszuerwerfen und dafür neue, kräftigere und gesündere Arbeiter einzustellen. Wer heute über 40 Jahre alt und erwerbslos ist, hat in vielen Branchen

³² Der Spiegel, 39/1997, S. 100.

praktisch keine Chance mehr, wird als „nicht mehr vermittelbar“ ausgemustert. Dadurch verringert sich das ‚Arbeitsalter‘ der Werktätigen und die Dauer ihrer Beschäftigung im Betrieb ganz erheblich. Die Sorge der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter um die nächste Zukunft verstärkt sich.

Die Drohung mit Massenentlassungen bzw. Teilentlassungen, um die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb zu entfernen, ist ein wichtiger Hebel der Diktatur der Bourgeoisie, Tageskämpfe gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausgebeuteten, insbesondere Streikämpfe, schon im Keim zu ersticken.

Die Erwerbslosigkeit dient insbesondere auch zur Schürung nationaler Widersprüche, vor allem durch die Verbreitung des deutschen Chauvinismus, indem suggeriert wird, daß nicht das Kapital, sondern die Werktätigen aus anderen Ländern den deutschen Werktätigen die Arbeitsplätze wegnehmen würden, so als wäre nicht das kapitalistische System die tiefste und grundlegendste Ursache von Erwerbslosigkeit.

**Den Kampf gegen die massenhafte
Erwerbslosigkeit führen, das Bündnis der
beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen
und Arbeiter schaffen!**

Auch in Deutschland sind mittlerweile Ansätze zu einer Bewegung der Erwerbslosen entstanden. Am 5. Februar 1998 wurde ein erster Aktionstag durchgeführt, an dem in ganz Deutschland ca. 40 000 Erwerbslose teilgenommen haben. Weitere Aktionen sollen folgen.

Als Kommunistinnen und Kommunisten werden wir die Entwicklung einer wirklich kämpferischen Erwerbslosenbewegung so weit wie möglich unterstützen. Dies erfordert aber insbesondere auch, all die abwieglerischen Kräfte zu bekämpfen und zu entlarven, deren größte Sorge darin besteht, daß die Aktionen der Erwerbslosen „ruhig und friedlich“ ablaufen und keinesfalls den Rahmen der bürgerlichen Legalität überschreiten. Eine kämpferische Erwerbslosenbewegung kann sich nur im Kampf gegen den gerade in Deutschland auch unter den breiten Massen der ausgebeuteten Werktätigen tiefstehenden Legalismus, gegen den Aberglauben an den Staat entwickeln.

Ebenso gilt es all die opportunistischen Kräfte zu entlarven, welche so tun, als könne die Hoffnung der Erwerbslosen in einem „Kurswechsel“ bzw. Regierungswechsel von der CDU/CSU-geführten Regierung hin zu einer SPD-geführten Regierung liegen. Gerade das Beispiel Frankreich zeigt, daß die sogenannte „Linksregierung“ eben auch eine Regierung des Kapitals ist. Nötig ist dagegen, daß die Erwerbslosen klar erkennen, daß ihre ureigensten Interessen diametral entgegengesetzt sind zu allen bürgerlichen Parteien einschließlich der PDS. Bei der Verteidigung des Kapitalismus und damit auch des Elends der Erwerbslosen wetteifert die PDS lediglich mit den anderen bürgerlichen Parteien um die angeblich zielführendsten „Reformideen“.

Im Kampf gegen die reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche“, welche die deutsche Bourgeoisie auch mit dem Hebel „Arbeitslosigkeit“ durchzusetzen versucht, gilt es, das Bündnis der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zu schaffen. Der Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit muß, ohne Illusionen in den Kapitalismus zu schüren, geführt und mit dem Kampf gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verbunden werden. Es gilt daher, wie Marx feststellte, *„eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren“* (Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke, Band 23, S. 669).

Wichtig ist auch, aus den reichen Erfahrungen der KPD sowie anderer Kommunistischer Parteien zur Zeit der Kommunistischen Internationale zu lernen, die auch in den eigenen Reihen den Kampf gegen die Unterschätzung der Bedeutung der Erwerbslosenbewegung führen mußten und die offenbar auch heute ungeschmälert wichtige Verpflichtung der Kommunistischen Parteien betonten,

„nicht in Worten, sondern in der Tat um die Einheitsfront der Erwerbslosen und der betriebstätigen Arbeiter, auf Grundlage des gemeinsamen Kampfes für Sozialversicherung, gegen Arbeitsdienstplicht, Verschlechterung der Sozialversicherung, Massenentlassungen und für Heranziehung der Erwerbslosen in den Streikampf des Proletariats zu kämpfen.“

(12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1932, zitiert nach: Die Kommunistische Internationale in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen, Band 2, S. 387)

Die gerechten Tageskämpfe der Erwerbslosen werden sich in den nächsten Wochen und Monaten, Monaten und Jahren, Jahren und Jahrzehnten zunehmend gegen das kapitalistische System als tiefste und grundlegendste Ursache der Erwerbslosigkeit richten.

Es gilt für die kommunistischen Kräfte vor allem, die proletarische Revolution als einzigen Ausweg aus der Erwerbslosigkeit immer konkreter zu beweisen und möglichst große Teile der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter für den Kampf um den Kommunismus zu gewinnen.

Streiflichter der Proteste der Erwerbslosenbewegung in Frankreich

Aus der Fülle der vielfältigen Aktionen können wir hier nur ganz wenige herausgreifen.

Die erste Etappe der Kämpfe war deren Ausbreitung über ganz Frankreich im Verlauf des Dezembers 1997.

- Am 4. Dezember 1997 fand in Marseille die erste Demonstration zugunsten der Forderung nach 3 000 Franc (rund 900 DM) „Prämie“ zum Jahresende statt.
- Am 11. Dezember wurde in Marseille schließlich auch die erste Besetzung einer Arbeitslosenkasse (Arbeitsamt) durchgeführt.
- Rasch folgten über ganz Frankreich verteilt ein gutes Dutzend weiterer Besetzungen. Auch die Solidarität begann sich bald zu organisieren. So sammelten die Besetzer in Marseille in einer Stunde an einer Autobahn-Mautstelle 5 600 Franc Unterstützungsspenden.
- In Paris besetzten am 17. Dezember 1997 Erwerbslosen- und Wohnungslosenkomitees symbolisch das Louvre-Museum.

In der zweiten Etappe Anfang Januar 1998 wurde die Bewegung der Erwerbslosen so stark, daß sie von der Regierung nicht mehr einfach ignoriert oder als „minoritär“ abgetan werden konnte.

- Die Aufrufe der „sozialistischen“ Arbeitsministerin Aubry und der Chefin der SP-Gewerkschaft CFDT Notat, die Erwerbslosen sollten ihre „minoritären“, „illegalen“ und „ungerechtfertigten“ Aktionen abbrechen, quittierten diese im nordfranzösischen Arras, indem sie eine Notat-Stoffpuppe verbrannten (taz, 7. 1. 1998).

- In Bordeaux hatten Erwerbslose am 7. 1. 1998 abends den örtlichen Handelskammervorsitzenden mehrere Stunden als Geisel genommen. Die Gespräche mit ihm gingen anschließend ebenso über französische Radiosender wie ein Telefongespräch mit dem Chef des „Arbeitgeberverbandes“ CNPF, Ernest-Antoine de Seilliere, gegenüber dessen Sekretärin sich die anrufenden Erwerbslosen als Minister ausgegeben hatten (taz, 9. 1. 1998).

- Am 7. 1. 1998 fand der erste landesweite Aktionstag mit Demonstrationen, Besetzungen und anderen Aktionen statt. Am 8. 1. redete Jospin erstmals mit Vertreterinnen und Vertretern der Erwerbslosenbewegung, denen er zusätzliche Mittel verspricht.

Die dritte Etappe begann mit dem Doppelmanöver der Regierung, einerseits mit Polizeigewalt gegen die Erwerbslosen vorzugehen, andererseits lächerlich geringe Zugeständnisse zu machen, was beides die Bewegung der Erwerbslosen nicht stoppen konnte.

- Am 10. 1. 98 ließ die Regierung in ganz Frankreich die besetzten Gebäude durch die Polizei räumen. In manchen Städten ketteten sich die Demonstrantinnen und Demonstranten zum Teil in den Büros fest. Jospin begründete die Räumungen mit Bedarf an „Autorität“.

- Am Abend der Räumungen unterbrachen Demonstrantinnen und Demonstranten eine Livesendung auf France 2 und riefen auch die beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter auf, sich an den seit drei Wochen andauernden Protesten zu beteiligen (taz, 12. 1. 1998).

- Die Aktivistinnen und Aktivisten der Erwerbslosenbewegung ließen sich nicht einschüchtern, gaben vielfach noch eins drauf. Trotz des verschärften Vorgehens der Polizei wurden die Aktionen, insbesondere die Besetzungen verschiedener Ämter fortgesetzt.

- Beim 2. Nationalen Protesttag am 13. 1. 1998 demonstrierten über 10 000 in Paris, 40 000 in ganz Frankreich. Am Ende der Demo gelang es Erwerbslosen, die Industrie- und Handelskammern zu besetzen. Bei der Räumung der besetzten Handelsbörse kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, die mit Reizgas vorging. Die Demonstrantinnen und Demonstranten verteidigten sich, indem sie Mülltonnen anzündeten und Mobiliar aus dem Fenster warfen.

- 15. 1. 1998: Besetzung einer Pariser Elite-Hochschule.

- In Paris besetzten etwa 30 Erwerbslose in der Nacht vom 16. zum 17. 1. 1998 eine Filiale des staatlichen Elektrizitätswerks (EDF). Sie verlangten, daß die Gesellschaft bei Erwerbslosen ab sofort nicht mehr Strom und Gas abschaltet, wenn diese ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Der Strommonopolist hatte, mitten im Winter, bei Zahlungsunfähigen

Strom oder Gas abgeschaltet. Der Versuch der Direktion, die Besetzerinnen und Besetzer hinauszudrängen, scheiterte an der Solidarität der anwesenden Kunden der Stromgesellschaft. Ähnliche Besetzungsaktionen gegen die EDF gab es auch in anderen französischen Städten.

- Beim Aktionstag am 17. 1. 1998 nahmen in Paris ca. 20 000 Menschen an einer Demonstration teil. Der Protestbewegung hatten sich zahlreiche Sozialinitiativen, Obdachlosenvereinigungen und Gruppierungen von Schülerinnen und Schülern angeschlossen. Die reformistischen Gewerkschaften CFDT und FO erklärten, daß sie an der Demonstration nicht teilnehmen.

- Am 17. 1. 1998 protestierten mehrere tausend Demonstrantinnen und Demonstranten in Lyon gegen die faschistische „Front National“. Die Demonstrantinnen und Demonstranten bekundeten zugleich ihre Solidarität mit den anhaltenden Protesten der Erwerbslosen (jw, 19. 1. 1998).

- Vor einer angekündigten Fernsehansprache von Jospin am 21. 1. 1998 verstärkten die Erwerbslosen ihre Proteste. Am Morgen des 21. 1. demonstrierte eine Gruppe vor der Wohnung Jospins. Etwa 200 Demonstranten besetzten mit dem Ruf „Hunger“ und „Wir haben die Schnauze voll von Erwerbslosigkeit“ das Gebäude des Wirtschafts- und Sozialrates. Von den Besetzern wurden Vertreterinnen und Vertreter von „Sans papiers“ eingeladen, über ihren Kampf zu berichten.

- Ebenfalls am 21. 1. 1998 verhinderten in Brest Erwerbslose eine halbe Stunde lang die Abfahrt des Hochgeschwindigkeitszuges TGV nach Paris. Derartige Zugblockaden gab es auch an anderen Orten.

- Am 22. 1. 1998 besetzten ca. 100 Erwerbslose am Nachmittag für viereinhalb Stunden den Sitz der „Sozialistischen Partei“ in Paris. Am 23. 1. 98 besetzten in Montpellier Erwerbslose zwei Stunden lang das Regionalbüro der SP und in vielen anderen Städten andere offizielle Einrichtungen. Damit reagierten sie auf die Fernsehrede des „sozialistischen“ Premierministers Jospin, in der er lächerliche Zugeständnisse angekündigt hatte.

- Am 27. 1. 1998 demonstrierten Zehntausende von Menschen in zahlreichen Städten für die 35-Stunden-Woche und Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit.

Organisationen der Erwerbslosen

Die Bewegung der Erwerbslosen wird im wesentlichen von vier Organisationen getragen, wobei wir genaueres über die Rolle der einzelnen Organisationen nicht wissen:

- AC! („Agir ensemble contre le chômage!“; „Gemeinsam gegen die Erwerbslosigkeit handeln!“), ist eine um 1992/93 entstandene Basisbewegung, die seit 1994 auch mehrere größere landesweite und internationale Märsche von Erwerbslosen organisierte, u. a. 1997 zum Amsterdamer EU-Gipfel.
- MNCP („Mouvement national des chômeurs et des précaires“, „Nationale Bewegung der Erwerbslosen und Prekären“). 1981/82 wurde in Frankreich die erste „Gewerkschaft der Erwerbslosen“ gegründet, die in den Achtzigern eine Reihe spektakulärer Aktionen durchführte, u. a. die Besetzung des Sitzes des Kapitalistenverbands CNPF. Diese Bewegung bot vor den Wahlen 1986 allen politischen Parteien einen „Beschäftigungspakt“ an. Um 1987 spaltete sich davon die MNCP ab.
- CGT-Erwerbslosenkomitees („Comités des travailleurs privé d'emploi“, „Komitees der ihrer Beschäftigung beraubten Arbeiter“) wurden bereits in den siebziger Jahren gegründet und stehen unter Führung der revisionistischen PCF.
- APEIS („Association pour l'emploi, l'information et la solidarité“, „Vereinigung für Beschäftigung, für Information und Unterstützung“) wurde 1987 von der revisionistischen PCF gegründet, führt kaum Aktionen durch.

Wir sind nichts, werden wir alles!

Niemand kann heute das Elend des Alltagslebens in seiner gesamten Breite ignorieren.

Und weil das Elend generell ist, wird der Protest dagegen selbst generell und muß in Zukunft noch genereller werden. Die Frage der Erwerbslosigkeit in der gegenwärtigen Formulierung kann nicht gestellt werden, wenn nicht die Frage nach der Arbeit gestellt wird und konsequenterweise, die nach der Beschäftigung mit dem Leben selbst. Daher kommt es, daß der Kampf der Erwerbslosen *jeden* betrifft.

Wenn wir heute die École Normale Supérieure der rue d'Ulm besetzen, so geschieht dies zunächst aus einem unmittelbaren praktischen Grund: Es geht darum, ein Forum für alle zu eröffnen, wo alles, was zu diskutieren ist, diskutiert werden kann. Nur dieser Ort eröffnet uns die Aussicht auf mehrere Tage in Sicherheit vor den Ordnungskräften. Die Isolierung der Individuen ist die Hauptschwäche der vorangegangenen Kämpfe gewesen und die wertvolle Waffe der heutigen Macht. Und es ist genau das, was wir zerbrechen müssen.

Die Entscheidung, die ASSEDICs (Arbeitsämter) zu schließen, ist ganz und gar eine Entscheidung der Regierung und des Vorstands der UNEDIC (Nicole Notat). Diese Maßnahme hat offensichtlich nur das Ziel, die am wenigsten informierten Erwerbslosen gegen die jetzt schon kämpfenden aufzuhetzen.

Es ist bekannt, welchen Profit der Kapitalismus aus dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit zieht als Bedrohung, welche Druck gegen jeden Werktätigen macht. So ist die Erwerbslosigkeit ein wirksames Instrument zur Sicherung der Gesellschaft und ihres Elends. Aber die Erwerbslosigkeit ist auch eine notwendige Konsequenz des Kapitalismus, gegen welche er nichts machen kann. Das Problem der Erwerbslosigkeit wirft das Problem des Überlebens des Kapitalismus auf. Und wichtig ist nun, daß sich der Kampf gegen die Ausbeutung und die Entfremdung selbst organisiert. Es geht um nichts weniger als darum, daß wir unser Leben wieder in Besitz nehmen.

Kommt zu uns! Kommt zu Euch!

- zur besetzten ENS Ulm, dem Forum, dessen Erhalt von Eurer Unterstützung abhängt (Tägliche Generalversammlung um 18.00 Uhr)
- zur Kundgebung am Samstag 14 Uhr, „République“

Inhalt

Vorwort	3
I. Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland von 1984 bis 1997	
1. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984	7
Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein!	8
Der Kampf um die 35-Stunden-Woche:	8
2. Zum Kampf gegen den § 116 im Frühjahr 1986	23
Zum § 116: Die Ausbeuter ziehen die Ketten enger – Kämpfen wir dagegen!	
Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!	24
Die Angst der DGB-Fürsten vor den eigenen Mitgliedern und der anwachsenden Arbeiterbewegung	26
Die Losungen der DGB-Führer, und was davon zu halten ist	28
Der aktuelle Kampf in den Betrieben und die Aufgaben in den nächsten 10, 20, 30... Jahren	35
Die Ausbeutung und Unterdrückung durch den westdeutschen Imperialismus bekämpfen – ein Rückblick auf die letzten 12 Monate und die Perspektiven Amboß oder Hammer sein!	40
Verstärkte Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Verrat der DGB-Führung	40

„Ausländerhetze“ und Rassismus	42
„Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein“	42
3. Zum Kampf in Rheinhausen 1988	44
Für das Kapital und seine Politiker zählt nur Profit, Profit und nochmals Profit – Der Kapitalismus muß gestürzt werden!	45
Kann eine „Verstaatlichung“ die Krise in der Stahlindustrie und anderswo lösen? Dieser Staat ist nicht unser Staat!	52
Illusionen werden geschürt	54
Im kapitalistischen System herrscht die Diktatur der Bourgeoisie	56
Wenn sich die Imperialisten bedroht sehen, regieren unverhüllt und offen die Gewehre und Panzer, das Militär	57
Was will die DKP?	58
Keine Freiheit für die Krupps, Abs, Thyssens und ihre Anhänger	59
Rheinhausen und der DGB	61
Was tut der DGB, „unsere“ Gewerkschaft?	62
Über einige Ursachen, warum die DGB-Führung und der DGB-Apparat fest in der Hand des Kapitals sind	64
Folgerungen	66
<i>Anhang: Dokumente kämpferischer Arbeiterinnen und Arbeiter</i>	69
Das ist nicht das letzte Wort!	69
Rede, die nicht gehalten werden durfte	71
4. Zum Kampf gegen den Golfkrieg 1991	76
Protest- und Widerstandsaktionen gegen den Krieg im Nahen Osten	77
Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben	77

5. Zu den Kämpfen in der Ex-DDR 1991 und Schlaglichter zu den Kämpfen 1991/92 in Westdeutschland	80
Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werkstätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!	81
Die Arbeiterklasse und die anderen Werkstätigen in Westdeutschland kämpfen gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lage!	87
Einige Schlaglichter aus den letzten Monaten	87
6. Zum Kampf gegen die geplante Einführung von Lohnkürzung im Krankheitsfall und zum ÖTV-Streik 1992	90
Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!	91
Die Angriffe des west/deutschen Imperialismus auf die Lebenslage der Werkstätigen zurückschlagen!	91
Lehren aus dem ÖTV-Streik	92
Die ökonomischen Kämpfe der Werkstätigen – nur ein erster Schritt!	95
Die fortschrittliche Jugendbewegung und die Arbeiterbewegung müssen gemeinsam kämpfen!	95
Kampf im Betrieb und auf der Straße! Tod dem west/deutschen Imperialismus!	96
Aus den Betrieben selbst wird sich der Widerstand entwickeln!	97
Die Abwiegelei der DGB-Fürsten	102
Das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter entsteht nicht spontan	104
Der 1. Mai – Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter in der ganzen Welt!	107
7. Zum Kampf in Bischofferode 1993	108
Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der Ex-DDR unterstützen!	109

Die Politik der Ausschaltung der „Konkurrenz“	109
Streiflichter zum Kampf der Kolleginnen und Kollegen der Kali-Mine „Thomas Müntzer“ in Bischofferode	110
Die falschen Freunde entlarven und bekämpfen!	113
Tricks und Methoden der west/deutschen Imperialisten	115
Der notwendige Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Perspektive des weiteren Kampfes	116

8. Zum Kampf auf der Vulkan-Werft

/Bremerhaven 1996

Kämpfe gegen die weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter 1996	119
---	------------

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven	120
--	------------

Die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Abwiegelei der DGB- und IG-Metall-Führung	121
---	-----

Auf die eigene Kraft vertrauen!	123
---------------------------------	-----

Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!	126
--	------------

Die Arbeiteraristokratie – Stoßtrupp des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung!	127
--	-----

Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten Hand in Hand mit der Polizei und hetzen nationalistisch/rassistisch verhetzte Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder aus anderen Ländern!	129
--	-----

Für den Zusammenschluß der kämpferischsten und fortgeschrittensten Kolleginnen und Kollegen!	130
--	-----

9. Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!	132
--	------------

Streiks und Kundgebungen im September/Oktober 1996 gegen den Angriff der Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit	132
--	------------

Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!	133
Streiks und Kundgebungen vom 23. 9. 96 bis zum 9. 10. 96 gegen den Angriff der Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit:	137
10. Zum Kampf der Bergarbeiter 1997	140
Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter	141
Die Kampfaktion der Bergarbeiter in Bonn und die widerliche Abwiegelei der IGBE-Fürsten im Bündnis mit der SPD-Führung	142
Die falschen Freunde entlarven und bekämpfen!	146
Der deutsche Nationalismus – eine Waffe der deutschen Bourgeoisie im Klassenkampf	148
Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!	150
Die Kommunistische Partei vor allem in den Betrieben aufbauen!	151
II. Chronologischer Überblick über Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland 1947 – 1997	154
Anhang: Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern	172
1. Zum Streik bei VW Mexiko, der weitgehend fehlenden Solidarität in Westdeutschland mit	

diesem Kampf und einer Initiative philippinischer Arbeiterinnen und Arbeiter 1987	173
Streik der VW-Arbeiter in Mexiko	
Wie steht es mit der proletarischen Solidarität der westdeutschen Arbeiterklasse?	174
Streik der VW-Arbeiter in Mexiko	175
Eine Initiative von Arbeiterinnen und Arbeitern aus den Philippinen – Vorbild für die westdeutsche Arbeiterklasse	177
2. Zum Kampf der Arbeiterklasse Südkoreas 1990	179
Die Arbeiterklasse Südkoreas kämpft!	180
Die Streikkämpfe in Südkorea – eine Ermutigung für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt!	182
Revolutionäre Perspektiven	182
3. Der Kampf der Arbeiterklasse der Türkei – Vorbild für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Vorbild im Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik	185
Solidarität mit den streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen in der Türkei!	186
4. Zu den Kämpfen in Mexiko 1994	188
Es lebe die Revolution in Mexiko!	189
Der Aufstand in Chiapas	189
5. Zu den Kämpfen in Frankreich 1996	192
Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!	193
Einleitend einige Streiflichter der Klassenkämpfe in Frankreich	193
Knüppel und Tränengas – die wütende Antwort des Staates gegen die Streikenden	195
Die Abwiegelei der Gewerkschaftsfürsten	196

Interview mit einem Streikenden: „Das ist <i>ein</i> Kampf, obwohl die Bergleute ihre spezifischen Probleme haben, aber der Kampf gegen den Plan Juppé ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse in Frankreich!“	197
Die „Solidarität“ der DGB-Führung: Solidarität mit dem Klassenfeind!	203
Die Perspektive der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter	204
„Das kapitalistische System hat seinen Bankrott erwiesen!“	205
Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen!	
Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!	208
Der Kampf der Erwerbslosen in Frankreich	209
Auslöser der Proteste	210
Die kämpferischen Merkmale der Erwerbslosenbewegung in Frankreich	211
Die Politik der Regierung der französischen Imperialisten: Zuckerbrot und Peitsche	214
Prinzipielle Fragen des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit	218
Massenerwerbslosigkeit in Deutschland	221
Streiflichter der Proteste der Erwerbslosenbewegung in Frankreich	227
Wir sind nichts, werden wir alles!	231

“Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!”

Marx/Engels:

“Manifest der Kommunistischen Partei”

Preis 20,- DM